Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Rot Front

Nr. 2
Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

3. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus! (Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

4. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

Direktvertrieb über

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main, Telefax: 069/730920

und

Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
A.Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

Editorial

Die nachfolgende systematische und dennoch in mancher Hinsicht unvollständige Darstellung der Auswirkungen der geschichtlichen Besonderheiten des deutschen Imperialismus[1] auf den aktuellen geschichtlichen Abschnitt des Kampfes gegen den allseitigen Vormarsch des deutschen Imperialismus nach außen und nach innen hat unserer Meinung nach – obwohl es durchweg um Fragen des ökonomischen und politischen Tageskampfes sowie um weiterreichende Fragen des demokratischen Kampfes geht – in mehrfacher Hinsicht grundlegende Bedeutung für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland – Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder und den unterdrückten Völkern.

Die nachfolgenden Prüfsteine sind ganz gewiß nur ein Minimum für die aktuelle Arbeit in Deutschland, für die Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und Gruppen innerhalb und außerhalb der Arbeiterklasse und nicht zuletzt für die Erziehung und Ausbildung der Kader beim Aufbau der Kommunistischen Partei. Es sind notwendige, zwingende Voraussetzungen, aber für eine kommunistische Linie keineswegs ausreichende Grundpositionen des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus!

Während wir einerseits die entscheidende, unverzichtbare Bedeutung nach Möglichkeit kommunistisch geführter ökonomischer und politischer Tageskämpfe und weiterreichender demokratischer Kämpfe unterstreichen, betonen wir schon einleitend, daß alle diese Kämpfe nicht ausreichen und nicht ausreichen können, um den deutschen Imperialismus wirklich zu vernichten, den Kapitalismus in Deutschland zu vernichten, die Diktatur des Proletariats und die so-

---

[1] Grundzüge und Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Imperialismus sind in „Rot Front", Nr. 1, in den Teilen „Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus" und „Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus" ausführlich dargelegt.

zialistische Demokratie im Kampf für den Kommunismus aufzubauen – kurz, die sozialistische Revolution durchzuführen, als entscheidendes und einziges Mittel, als einzigen Weg

> **„ ... zur *Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt*, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."**
> (Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich", 1848, Marx/Engels Werke Band 7 , S. 90)

So wie der Verzicht auf die in den Prüfsteinen angeführten Aufgaben gleichbedeutend wäre mit einer Kapitulation gegenüber dem allseitigen Vormarsch des deutschen Imperialismus, so wäre eine Beschränkung und Eingrenzung der politischen Linie auf diesen Bereich ein Verzicht auf die sozialistische Revolution und unsere kommunistischen Ziele.

Die große Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution in Deutschland erfordert, ausgehend von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, von unseren programmatischen und strategischen Grundpositionen im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus, alle Tagesfragen, alle Fragen des demokratischen Kampfes in richtiger Weise mit dem Kampf für die sozialistische Revolution zu verbinden.

Eine solche Verbindung der Tageskämpfe und weitergehender demokratischer Kämpfe mit der sozialistischen Revolution ist eine eigenständige und tagtäglich zu überprüfende Aufgabe, die große Gefahren in sich birgt, wenn die Tageskämpfe und weitergehende demokratische Kämpfe nicht dazu dienen, wirklich die sozialistische Revolution vorzubereiten und durchzuführen, wenn der Klassencharakter des Staats des deutschen Imperialismus verschleiert, die grundlegenden Ziele unseres Kampfes vertuscht oder in den Hintergrund gedrängt und reformistisch-revisionistische Tendenzen, rechtsopportunistische Tendenzen Raum erhalten. Daher ist unsere grundlegende Richtlinie beim Eingreifen in und bei der Leitung von ökonomischen und politischen Tageskämpfen und weiterreichenden demokratischen Kämpfen, daß alle diese notwendigen Kämpfe in Inhalt und Form unter die grundlegende Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstands

zur Zerschlagung des reaktionären Staatsapparats des deutschen Imperialismus, der sozialistischen Revolution für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus eingeordnet, ja untergeordnet werden müssen, wie es grundsätzlich in einer eigenen Resolution (siehe: **„Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus“,** S. 151) erläutert wird.

Auf dem Boden dieser Grundposition der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland, müssen die besonderen, mit der Geschichte Deutschlands, der ungebrochenen Tradition und dem heutigen Gepräge des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus zusammenhängenden Aufgaben bewußt sein und angepackt werden.

Hervorhebungen in Zitaten, soweit nicht anders gekennzeichnet, wie im Original

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!

(Teil II)

Resolution 3
der 2. Parteikonferenz
von Gegen die Strömung

Resolution 3, Teil II

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

1.

Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus heute muß in konsequenter Weise im Zweifrontenkampf vor allem die grundsätzliche, prinzipielle kommunistische Programmatik der sozialistischen Revolution propagiert und verteidigt werden, aber gleichzeitig die prinzipielle Seite des Kampfes untrennbar mit den genau zu beleuchtenden Besonderheiten des Kampfes gegen die Ausprägungen und Eigentümlichkeiten des deutschen Imperialismus, wie sie aus der Geschichte und durch die heutige Lage entstanden sind, verbunden werden. Die Besonderheiten des deutschen Imperialismus und seine Erscheinungsformen zu entlarven, seine Autorität unter der Arbeiterklasse und der Masse der Werktätigen zu brechen, so konkret und genau wie möglich sein verbrecherisches Wesen und seine imperialistische, militaristische und revanchistische Politik, seine Politik

der Faschisierung zu entlarven, all dies ist ein unverzichtbarer Teil der Aufgabe, in den ökonomischen und demokratischen Tageskämpfen prinzipienfest die sozialistische Revolution vorzubereiten.

2.

Das Verständnis der Vorgeschichte des deutschen Imperialismus –

- die Niederlage der Bauernkriege 1525,
- der Kontrast der deutschen Zustände zu der erfolgreichen Französischen Revolution 1789,
- die deutsch-chauvinistische geprägten „Befreiungskriege" gegen Napoleon 1812,
- die verspätete Entwicklung des deutschen Bürgertums, die Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848,
- die Herausbildung der deutschen Nation nach 1866 (die sogenannte „kleindeutsche Lösung") und des Deutschen Reiches als militaristische Einheit von oben und im konterrevolutionären Krieg gegen die Pariser Kommune 1871

–, das Verständnis all dieser Kernpunkte ist wesentliche Voraussetzung, um zentrale Besonderheiten der Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus auf der einen Seite, aber auch Besonderheiten des Geschichte der Masse der Werktätigen und des Kampfes der Arbeiterklasse bis hin zur heutigen Lage analysieren und für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution heute berücksichtigen zu können.

3.

Die Herausbildung des preußisch-militaristisch geprägten „junkerlich-bourgeoisen Imperialismus" nach der blutigen Niederlage Frankreichs 1870/71 erfolgte im Vergleich zu anderen imperialistischen Mächten mit historischer Verspätung. Der

beim Kampf um Kolonien und bei der Aufteilung der Welt relativ zu kurz und zu spät gekommene deutsche Imperialismus – der bei der Durchsetzung seiner kolonialistischen Machenschaften in Afrika bereits die Methoden des Völkermordes praktizierte – betrieb die Auslösung des von beiden kriegführenden Seiten imperialistischen Ersten Weltkrieges, den er verloren hat.

4.

Die relativ starke, von Marx und Engels geprägte deutsche Arbeiterbewegung erlag in Folge der Vorherrschaft des Revisionismus und im Zusammenhang mit der Entwicklung einer relativ breiten Schicht der Arbeiteraristokratie dem chauvinistischen Taumel im Ersten Weltkrieg, die Sozialdemokratie entwickelte sich im und nach dem Ersten Weltkrieg in der Novemberrevolution zur aktiven proimperialistischen konterrevolutionären Kraft. Die sich herausbildenden revolutionären und kommunistischen Kräfte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die 1918 unter dem Einfluß der siegreichen Oktoberrevolution 1917 in Rußland die KPD gründeten, konnten die Novemberrevolution nicht siegreich zur proletarischen Revolution entwickeln. Der erfolgreiche Sturz der Monarchie in Deutschland wurde nicht der Auftakt zur sozialistischen Revolution, sondern die Novemberrevolution endete – im Blut der revolutionierten Arbeiterklasse erstickt – mit der Festigung einer konterrevolutionären bürgerlich-parlamentarischen Diktatur des deutschen Imperialismus, die sich nach der Niederschlagung aller bewaffneten Kämpfe des revolutionären Proletariats – den Kämpfen zur Schaffung der Münchener Räterepublik, der Roten Ruhrarmee und dem Hamburger Aufstand – schließlich nach 1923 relativ stabilisierte.

5.

Die deutschen Imperialisten – die fieberhaft an der Vorbereitung eines Revanchekrieges zur Neuaufteilung der Welt und zur Zerschlagung der sozialistischen Sowjetunion arbeiteten –

sahen sich einer zunehmend erstarkenden, von der KPD unter der Leitung Thälmanns zielklar und gut organisierten revolutionären Arbeiterbewegung gegenüber, so daß 1933 die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie, die nazifaschistische Diktatur des Finanzkapitals errichtet wurde. Wieder gelang es dem deutschen Imperialismus mit Hilfe der Nazi-Ideologie und des deutschen Chauvinismus – nach der weitgehenden Zerschlagung der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung –, breite Massen der Werktätigen bis in die Reihen der Arbeiterklasse für eine konterrevolutionäre, imperialistische Politik zu mobilisieren, für die Politik der Diskriminierung und der Pogrome gegen Sinti, Roma und die jüdische Bevölkerung im Inneren, für die Errichtung eines Systems der KZs und Zuchthäuser gegen die antinazistischen Kräfte, für eine Politik der imperialistischen Raubkriege und des Völkermordes. Die große Mehrheit des deutschen Volkes unterstützte die Nazi-Verbrechen gegen andere Völker, insbesondere in der Zeit der Siege Nazi-Deutschlands, machte sich mitschuldig an all seinen Verbrechen einschließlich des welthistorisch bisher einmaligen staatlich organisierten und industriell durchgeführten Völkermords an der jüdischen Bevölkerung Europas und an den Sinti und Roma. Die Anerkennung der Mitschuld und Mitverantwortung des deutschen Volkes und der daraus folgenden Anerkennung von Reparationen in größtmöglichem Ausmaß ist ein Angelpunkt kommunistischer Politik, der prinzipiell von Marx und Engels seit Beginn der kommunistischen Bewegung festgeschrieben und von den wirklich kommunistischen Kräften nach der Befreiung Deutschland vom Nazifaschismus programmatisch fixiert wurde. Die kritische Einschätzung des in erster Linie von Kadern der KPD geführten Widerstands muß im Geist der Solidarität und Selbstkritik durchgeführt werden. Daß Deutschland von den alliierten Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzt werden mußte, daß keinerlei realistische Chance auf einen Aufstand innerhalb Deutschlands existierte, um das Nazi-Regime zu stürzen, ist wesentlich, um die Besonderheiten der Lage nach 1945 verstehen zu können.

6.

Der im Zweiten Weltkrieg geschlagene, aber nicht zerschlagene deutsche Imperialismus restaurierte in der BRD nach der Teilung Deutschlands seinen Staat, seine Armee und die kapitalistisch-imperialistische Wirtschaftsstruktur so erfolgreich, daß er sehr bald die Vorherrschaft des US-Imperialismus herausforderte und als selbständige imperialistische Großmacht mit eigener Armee unter vollständigem Bruch des Potsdamer Abkommens schon nach kurzer Zeit weltweit auf den Plan trat. In dem von der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands wurde begonnen, das Potsdamer Abkommen zu realisieren, die weitgehende Entnazifizierung eingeleitet, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher durchgeführt und im Kampf für die Realisierung des Potsdamer Abkommens auch die Perspektive einer sozialistischen Demokratie und einer sozialistischen Ökonomie, die Perspektive der Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem Teil Deutschlands eröffnet. Wesentliche rechte und deutsch-chauvinistische Fehler der SED, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung des internationalen Chruschtschow-Revisionismus, machten diese Perspektive zunichte, die DDR verkam zu einem revisionistisch-kapitalistischen Polizeistaat im Einfluß des konterrevolutionären russischen Sozialimperialismus.

7.

Die Politik der Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus in all seinen Etappen konnte nach 1989 rasch und erfolgreich zu Ende geführt werden, da der westdeutsche Imperialismus schon seit Jahrzehnten im Rahmen dieser Politik alle Vorbereitung getroffen und infolge seines weitgehenden Eindringens in die revisionistische DDR maximale Bedingungen dafür geschaffen hatte. Die vollständige Einverleibung der DDR (und auch des unrechtmäßig schon vorher unter seiner Vorherrschaft geschaffenen Westberlins) in ökonomischer und militärischer Hinsicht, hat nicht nur auf diesen Gebie-

ten zu einer großen Stärkung des deutschen Imperialismus geführt; gerade auch ideologisch konnte der deutsche Imperialismus in „Siegerpose" auftreten, und er wird weiter die anderen imperialistische Großmächte im Kampf um die Weltherrschaft verstärkt herausfordern. Unter Berücksichtigung aller Besonderheiten der neu entstandenen Lage werden die kommunistischen Kräfte der ehemaligen DDR, des ehemaligen Westdeutschlands und des ehemaligen Westberlins eine einheitliche Kommunistische Partei im imperialistischen Deutschland aufbauen – im Kampf gegen den modernen Revisionismus aller Schattierungen, gegen alle dem wissenschaftlichen Kommunismus und revolutionärer kommunistischer Politik feindlich gegenüberstehenden opportunistischen Strömungen.

8.

Bei der Feststellung der Besonderheiten des deutschen Imperialismus ist unser Ausgangspunkt, daß er in ungebrochener Tradition seiner verbrecherischen Geschichte, in der er international immer wieder gerade auch bei der Niederschlagung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern an der Spitze stand, nach wie vor und in hervorstechender Weise heute eine besonders aggressive imperialistische Großmacht und ein eigenständiger Kriegsherd ist, der als internationaler Ausbeuter und Unterdrücker im Kampf gegen andere imperialistische Großmächte den Völkern der Welt gegenübertritt.

9.

Angesichts zweier verlorener Weltkriege, angesichts des Bruchs des Potsdamer Abkommens, der Ideologie und Politik der Revanche gegenüber den Ländern Osteuropas, der ehemaligen Sowjetunion, Österreichs und all den Ländern gegenüber, die der deutsche Imperialismus schon einmal okkupiert hatte und deren Völker ihm im Partisanenkampf Schläge versetzt haben, ist der deutsche Revanchismus besonders deutlich sichtbar. Er richtet sich aber auch gegen die anderen imperialistischen Großmächte, die ihn im Zweiten Weltkrieg besiegt ha-

ben, und die von ihm ebenfalls unter der Flagge der „Revanche" ideologisch und politisch bekämpft werden, um einen imperialistischen Krieg vorzubereiten, wobei er insbesondere erneut das Projekt der „Neuordnung Europas" unter seiner Führung anstrebt, ohne eine Minute auf seine imperialistischen Ambitionen in allen Teilen der Welt zu verzichten.

10.

Der deutsche Militarismus mit seiner Geschichte des preußischen Kadavergehorsams, des Untertanengeistes und des sogenannten „deutschen Ordnungssinns" wurde insbesondere zur Zeit der Nazi-Verbrechen nicht zu Unrecht zum Inbegriff deutscher Mentalität. Durch die Schaffung der Bundeswehr, ihren Aufbau mit Nazi-Kadern, und die industrielle Eigenversorgung mit allen nötigen Kriegsgütern besitzt der deutsche Imperialismus ein höchst gefährliches Instrument nach innen und nach außen. Der Einsatz der militaristischen und revanchistischen Bundeswehrtruppen außerhalb Deutschlands ist inzwischen Alltag, die Militarisierung durchdringt das gesamte öffentliche Leben, beeinflußt und prägt Betriebe sowie die sogenannten „humanitären" Hilfsorganisationen, Medien und Schulen.

11.

Der allseitige Kampf gegen die international und in Deutschland betriebene Ideologie, Politik und Praxis des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, Schulter an Schulter mit den revolutionär und kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder, mit den unterdrückten Völkern aller Länder, ist unverzichtbare Grundvoraussetzung für jeden ernsthaften Kampf gegen den deutschen Imperialismus überhaupt.

12.

Der Parlamentarismus dient in der heutigen Periode der Geschichte des deutschen Imperialismus mit seinen Parteien, die

mit gut verteilten Rollen jeweils andere Teile der Bevölkerung an den deutschen Imperialismus binden, als entscheidendes Mittel, um die Diktatur der Bourgeoisie zu verhüllen und systematisch die in Folge des Sieges der Völker der antinazistischen Koalition eingeführten demokratischen Aspekte zurückzudrängen, eine umfassende Faschisierung mit polizeistaatlichen Methoden zu betreiben, ein System von Bespitzelung, Inhaftierung und sogar offiziell gedeckter Hinrichtungen zu festigen, das in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus als eine der wesentlichen Stützen des deutschen Imperialismus im Inneren besonders drastisch zum Ausdruck kommt. Dabei kombiniert sich die staatliche Faschisierung in den letzten Jahren zunehmend mit von nazistischen Parteien und Gruppen initiierten und geförderten Pogromen, Tausenden von Brandanschlägen und Überfällen, die vom deutschen Staatsapparat oft genug gefördert und geschützt werden. Ganz besonders Ziel der staatlichen Faschisierung – die die Hauptrolle spielt – und nazistischer Pogrome und Anschläge sind neben demokratischen und revolutionären Kräften jene Minderheiten, die traditionell Zielscheibe des deutschen mörderischen Chauvinismus sind.

13.

Der deutsche Imperialismus greift im Prozeß der Faschisierung ideologisch vor allem auf das altbewährte Mittel des deutschen Chauvinismus und Rassismus zurück, das im Nazifaschismus seine größte Steigerung fand. Je nach Situation steigert sich die Hetze der weitgehend staatlich kontrollierten Medien und die nazistische Propaganda gegen Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß, gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen politisch Verfolgte, gegen Sinti und Roma und gegen die jüdische Bevölkerung und andere Minderheiten. Im Kampf für die unerläßliche Solidarität mit allen von staatlicher Faschisierung, aber auch nazistischer Propaganda und Anschlägen Bedrohten, gilt es auf allen Ebenen, ideologisch, politisch und im praktischen Kampf, der Ideologie, Politik und mörderischen Praxis des deutschen Chauvinismus und Rassismus den Kampf anzusagen und ihn zu führen.

14.

Eine sehr eng im Zusammenhang mit der Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus stehende Front ist der Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung der Frau, seine ideologische und klassenmäßige Einordnung in den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den Imperialismus überhaupt. Der vielfach variierten Ideologie von der „deutschen Frau", die angeblich emanzipiert und anderen Frauen überlegen sei, muß die Realität der Ausbeutung und Unterdrückung insbesondere der werktätigen Frauen in Deutschland gegenübergestellt, der Kampf für die ökonomischen und sozialen Rechte, für die wirkliche, auch materiell abgesicherte Gleichberechtigung der Frauen entfaltet und der Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel vernichtet werden.

15.

Angesichts der zunehmenden relativen und absoluten Verelendung der breiten Massen der Werktätigen in Deutschland, der Vergiftung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen und der ständigen Einschränkungen der Möglichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Kampfes wird in den Kämpfen der Massen die konterrevolutionäre Funktion des – auf die vor allem mit Extraprofiten aus der Ausbeutung unterdrückter Völker bestochenen Arbeiteraristokratie gestützten – DGB-Apparates immer deutlicher. Dieser muß bewußt und planmäßig entlarvt und gegen ihn muß die Perspektive des eigenständigen Kampfes der untersten Schichten der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen herausgearbeitet werden.

16.

Die verschiedenen Kampffronten gegen die Besonderheiten des deutschen Imperialismus, gegen die konkrete Verschärfung der Lage heute müssen von der Kommunistischen Partei verbunden werden, die Kämpfe müssen möglichst militant und den

deutschen Imperialismus maximal treffend geführt werden. Dies muß im Bewußtsein erfolgen, daß bei aller notwendigen Führung von ökonomischen und politischen Tageskämpfen sowie weiterreichenden demokratischen Kämpfen die tiefergehenden Ziele dieses Kampfes nur durch die von der Arbeiterklasse geführte sozialistische Revolution, im Kampf gegen den Antikommunismus, im Kampf zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus im Bürgerkrieg, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Kampf für den Kommunismus realisiert werden können.

Referat zu Resolution 3, Teil II

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Ungebrochene Tradition: Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus

> **„Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wiederherstellt."**
>
> (Stalin, „Der 27. Jahrestag der großen sozialistischen Oktoberrevolution", 1944, Werke Band 14, S. 367)

Um die Charakteristika und Besonderheiten des deutschen Imperialismus heute zu verstehen, ist es nötig, ausgehend von der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus über den Imperialismus, die ungebrochene Tradition des deutschen Imperialismus zu betonen.

Der westdeutsche Imperialismus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, ist kein neu entstandener Imperialismus, sondern ist im Kern derselbe deutsche Imperialismus, der den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat, derselbe Imperialismus, der im Zweiten Weltkrieg die bisher größten Verbrechen der Weltgeschichte bis hin zum industriell organisierten Völkermord durchgeführt hat. Er ist eben im Kern derselbe Imperialismus, der schon zweimal bewiesen hat, daß er in der Lage ist, in relativ kurzer Zeit ökonomische, politische und militärische Niederlagen wieder wettzumachen. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der sich selbst bei den räuberischsten Aktionen auf breite Teile der Bevölkerung stützen konnte, unter anderem, weil von der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Massen noch nie ein radikaler Bruch mit der herrschenden Klasse in Deutschland durchgeführt wurde.

Dies hat seinen Militarismus und Revanchismus, den deutschen Militarismus und den deutschen Revanchismus besonders ausgeprägt.

Der deutsche Imperialismus heute ist wieder zum Sprung bereit. Er ist nach wie vor eine ***besonders aggressive imperialistische Großmacht.***

Der deutsche Imperialismus – eine starke imperialistische Großmacht und ein eigenständiger Kriegsherd

Als die Völker der Welt Nazi-Deutschland besiegten, war ein Ziel, in Zukunft den deutschen Imperialismus als ***eigenständigen Kriegsherd*** auszuschalten. Der in seiner Macht zunächst auf das Staatsgebiet Westdeutschlands beschränkte deutsche Imperialismus hat sich relativ schnell wieder zu einer der stärksten imperialistischen Großmächte entwickelt. Der westdeutsche Imperialismus bzw. heute wieder deutsche Imperialismus ist schon lange eine ***imperialistische Großmacht,*** die durch Kollaboration bzw. Rivalität mit den anderen imperialistischen Großmächten, dem US-Imperialismus, dem ehemaligen sowjetischen, heute russischen Imperialismus, dem engli-

schen, japanischen und französischen Imperialismus, die Völker der Welt ausbeutet und unterdrückt, lokale Raubkriege und einen Weltkrieg vorbereitet.

Mit der Einverleibung der DDR und Westberlins, der revanchistischen sogenannten „Wiedervereinigung", hat der westdeutsche, heute wieder deutsche Imperialismus einen großen Schritt getan, um die Ergebnisse seiner historischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg rückgängig zu machen. Er hat weitere Schritte zur Realisierung seiner weitgehenden Revanchepläne vollzogen, seiner Pläne zur Wiedererlangung sogenannter „verlorener Gebiete" und zur Eroberung neuer Gebiete im Kampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte um Weltherrschaft.

Unter Einsatz seiner hochtechnisierten Wirtschaftsmacht verstärkt der deutsche Imperialismus heute die Ausbeutung anderer Völker und der eigenen Arbeiterklasse. Durch großangelegte Hochrüstung und besondere Elitetruppen, durch zunehmende weltweite Einsätze seiner Armee für alle Fälle gerüstet, lauert der deutsche Imperialismus auf seine Chancen zur Realisierung seiner weitgehenden Revanchepläne. Diese Dynamik des „emporkommenden" Imperialismus, der „auf dem Sprung" ist, birgt in sich besondere Gefahren, die vom deutschen Imperialismus im Kampf der Großmächte um Vergrößerung ihrer Einflußsphären und um die Weltherrschaft ausgehen. Bei veränderter Stärke der imperialistischen Großmächte steht eine militärische Neuverteilung der Einflußsphären auf der Tagesordnung.

Auf Grundlage seiner gewachsenen Kraft und weltpolitischen Rolle hat sich die vom deutschen Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr für die Völker der Welt heute noch mehr erhöht, hat ein neues Kapitel in der blutigen Geschichte des deutschen Imperialismus begonnen.

Aber seine zunehmende Stärke und seine Erfolge bei der weltweiten Expansion sind nur die eine Seite des deutschen Imperialismus. Denn infolge der zunehmenden Ausbeutung und Unterdrückung, der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen, der gesetzmäßig auftretenden Krisen werden sich die Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland auf lange Sicht unvermeidlich verschärfen. Die vom deutschen Imperialismus geknechteten und ausgebeuteten Völker der Welt werden sich zunehmend gegen ihn zur Wehr setzen, ihm den Krieg erklären. Der wütende Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten einschließlich des deut-

schen Imperialismus um Einflußsphären wird gesetzmäßig zu imperialistischen Kriegen um die Neuaufteilung der Welt führen und in der Konsequenz auch den Widerstand gegen die imperialistischen Kriegstreiber verstärken.

Der deutsche Imperialismus – ein internationaler Ausbeuter und Unterdrücker

Der deutsche Imperialismus gehört zu den größten Industriemächten der Welt. Diese ökonomische Stärke nutzt er, um weltweit die Völker auszubeuten und finanziell zu versklaven. Der deutsche Imperialismus ist ein internationaler Ausbeuter.

Der Kapitalexport (Aufbau von Fabriken, Bergwerken usw., Erwerb von Rohstoffausbeutungsrechten in anderen Ländern, Vergabe von Krediten und Anleihen) – als ein typisches Wesensmerkmal des Imperialismus – ist eines der wichtigsten Mittel des deutschen Imperialismus zur Erzielung von Maximalprofiten durch Ausplünderung der Völker der Welt, vor allem auch der vom Imperialismus abhängigen Länder. Beim Gesamtumfang der direkten Investitionen, d. h. dem Bau oder Kauf von Betrieben zur direkten kapitalistischen Ausbeutung der Werktätigen in anderen Ländern, liegt der deutsche Imperialismus zwar noch hinter den amerikanischen, japanischen und britischen Imperialisten, aber beim Tempo der Ausdehnung der Auslandsinvestitionen liegt er bereits an der Spitze: Sein im Ausland investiertes Kapital hat sich allein von 1981 bis 1991 vervierfacht (nur der japanische Imperialismus konnte dieses Tempo noch übertreffen). Das zeigt die besondere Aggressivität des Vormarsches des deutschen Imperialismus.

Die Ausplünderung Osteuropas wurde nach dem Zerfall der revisionistischen Regime im Konkurrenzkampf vor allem gegen den US-Imperialismus massiv gesteigert. Weltweit liegt die BRD beim Kapitalexport nach Osteuropa 1993 hinter den USA auf dem zweiten Rang. Bei den Direktinvestitionen und Krediten nach Ungarn, der

Tschechischen Republik und Rußland steht der deutsche Imperialismus bereits an der Spitze.

Der deutsche Imperialismus verstärkt seine Expansion immer massiver nach dem Mittleren Osten, in die Türkei, Iran und Irak, und auch in Richtung Asien. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei neben Indien und Indonesien dem „Milliardenmarkt" China. China stand 1993 an der Spitze der Länder, in die der Kapitalexport des deutschen Imperialismus floß. Gleichzeitig baut er seine Ausbeutungspositionen im nördlichen und südlichen Afrika sowie in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas wie in Brasilien, Chile und Mexiko aus.

Der deutsche Imperialismus hat ein weltweites Netz finanzieller Abhängigkeiten gespannt. Er ist weltweit einer der größten Kreditgeber, der über seine Monopolbanken, aber auch mit Hilfe solcher imperialistischer Institutionen wie dem IWF oder der Weltbank Milliarden Zinsen aus den Völkern der Welt herauspreßt und ihnen zugleich unterdrückerische Ausbeutungsbedingungen diktiert.

Ein weiteres zentrales Mittel des deutschen Imperialismus für die Ausplünderung der Völker ist der Warenexport, der durch den weltweiten Kapitalexport zusätzlichen Auftrieb erhält. Seit Jahren schon betreibt der deutsche Imperialismus hinter dem US-Imperialismus, vor dem japanischen, dem französischen und dem englischen Imperialismus weltweit den zweitgrößten Außenhandel. Der deutsche Imperialismus ist heute mit dem US-Imperialismus die führende Exportmacht, und gerade auch diese beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt ermöglicht es dem deutschen Imperialismus, andere Länder in ökonomische Abhängigkeit zu bringen oder im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte diese Position auszubauen.

Mit seinen politischen und ökonomischen Machtmitteln erobert der deutsche Imperialismus neue Absatzmärkte, neue Rohstoffquellen sowie Kapitalanlagesphären und schafft sich damit zugleich ein riesiges Reservoir an billigsten Arbeitskräften, vor allem in den vom Imperialismus abhängigen Ländern. Er preßt aus den Völkern der Welt in immer gigantischerem Ausmaß Extraprofite heraus, d. h. Profite, die über den Profit hinausgehen, den er aus der Ausbeutung der „eigenen" Arbeiterinnen und Arbeiter erzielt.

Um diese imperialistischen Extraprofite und Einflußsphären zu sichern und weiter zu steigern bzw. auszudehnen, gegen die zunehmenden Kämpfe der ausgebeuteten und unterdrückten Völker auf der einen Seite und gegen die imperialistischen Konkurrenten auf der anderen Seite, wendet der deutsche Imperialismus ein ganzes Arsenal von indirekter und direkter politischer und militärischer Unterdrükkung an.

Von der Finanzierung von „fünften Kolonnen" oder faschistischen Regimes, von Waffenlieferungen wie z. B. an die Türkei oder Indonesien, über die Ausbildung und Mithilfe beim Aufbau von Polizei- und Militärapparaten reaktionärer Länder in allen Erdteilen bis zum direkten Einsatz der Bundeswehr des deutschen Imperialismus wie z. B. in Somalia oder in Ex-Jugoslawien – der deutsche Imperialismus ist noch nie vor Krieg, Mord und Folter zurückgeschreckt, wenn es darum ging, seine Profite zu sichern. Der deutsche Imperialismus ist nicht nur ein internationaler Ausbeuter, sondern zugleich auch ein internationaler Unterdrücker der Völker der Welt.

Es ist unsere Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland, die verbrecherischen Aktivitäten des deutschen Imperialismus gegenüber den von ihm ausgeplünderten und unterdrückten Völkern, seine Kriegsvorbereitungen gegen die Völker und die imperialistischen Konkurrenten, seine Weltherrschaftspläne anzuprangern und gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder, und gerade auch mit den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern zu bekämpfen.[2]

Sei es die chauvinistische Heuchelei von der angeblichen „humanistischen Entwicklungshilfe", welche die BRD an die sog. „unterentwickelten Länder" leistet, oder die Propaganda des nazistisch gefärbten deutschen Chauvinismus vom „Recht des deutschen Volkes", sich auf Kosten der anderen Völker „gesundzustoßen" – die

---

[2] Ein Beispiel: Im September 1991 versuchte „Gegen die Strömung" angesichts der Stationierung von Bundeswehrtruppen in den kurdischen Gebieten in der Türkei, die Verbrechen des west/deutschen Imperialismus am kurdischen Volk aufzudecken und zu entlarven als Beitrag zur Solidarität mit dem revolutionären Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Siehe dazu: „Gegen die Strömung", Nr. 56, „Die Verbrechen des west/deutschen Imperialismus am kurdischen Volk müssen aufgedeckt und bekämpft werden!", September 1991.

für den Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland arbeitenden Kräfte müssen alle Manöver des deutschen Imperialismus zur Verschleierung oder Rechtfertigung seiner weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen und zerschlagen. Dazu gehört unbedingt auch die Entlarvung aller Manöver der „eigenen" imperialistischen Bourgeoisie, die sich gern als „harmlos" und mitunter auch als „Freund" nationaler Befreiungsbewegungen ausgibt, um die Völker zu betrügen und den eigenen Einfluß gegen Rivalen zu stärken.

Es gilt, sämtliche Verbrechen des deutschen Imperialismus weltweit zu entlarven und im Kampf gegen die verfluchte deutsche Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern Schritt für Schritt eine internationalistische Solidarität und gemeinsame Kampffront vor allem mit den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern zu entwickeln und aufzubauen. Dies ist nur möglich, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Werktätigen hier von der revolutionären Kommunistischen Partei zu wuchtigen Aktionen der praktizierten internationalen proletarischen Klassensolidarität mobilisiert werden und solche Aktionen auch wirklich durchgeführt werden (Solidaritätsstreiks, Verweigerung des Transports von Kriegsmaterial und Militärausrüstungen gegen andere Völker usw.). Der Kampf der unterdrückten Völker gegen den deutschen Imperialismus muß mit aller Kraft unterstützt und als wichtige Hilfe für den Kampf gegen den deutschen Imperialismus hier „im Herzen der Bestie" propagiert werden.

Die Kommunistische Partei propagiert und kämpft dabei für die bedingungslose Liquidierung des deutschen Kapitals sowie für die bedingungslose Liquidierung sämtlicher politischer Machtpositionen und militärischer Stützpunkte in anderen Ländern. Dies ist ein wesentlicher programmatischer Punkt der sozialistischen Revolution gegen den deutschen Imperialismus.

Der deutsche Revanchismus

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der Länder des imperialistischen Weltsystems, das Gesetz der imperialistischen Konkurrenz und der Neuaufteilung der Welt gemäß neuer Kräfteverhält-

nisse bedingt auch das Gesetz des Handelns des deutschen Imperialismus auf der internationalen Bühne.

Er muß sein verlorenes Gebiet in jeder Hinsicht wiedererobern, sei es territorial, ökonomisch, politisch oder militärisch. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg zwingt den deutschen Imperialismus zu weit größeren Anstrengungen, als durch eine Augenblicksaufnahme der aktuellen Stärke bewußt werden kann – abgesehen davon, daß selbst solche aktuellen Momentaufnahmen oft genug vor grober Unterschätzung der Macht und Möglichkeiten des deutschen Imperialismus strotzen.

Dieser aus der Geschichte zweier verlorener Weltkriege stammende Revanchismus beschränkt sich nicht nur auf die Wiedereroberung seiner früher verlorenen Gebiete, sondern tritt allseitig in Aktion, um seine Weltherrschaftspläne zu realisieren.

Den Revanchismus allseitig, an allen Fronten und in allen Formen bekämpfen!

Der deutsche Revanchismus ist nicht Sache dieser oder jener bürgerlichen politischen Partei, nicht Merkmal nur der CDU/CSU oder gar nur der Nazis!

Der deutsche Revanchismus ist die offizielle, im Grundgesetz verankerte Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus und aller seiner Abteilungen, aller seiner Parteien. Alle Versuche, „zwei Fraktionen" der imperialistischen Monopolbourgeoisie Deutschlands zu konstruieren – eine angeblich nicht-revanchistische Fraktion, politisch von der SPD/den GRÜNEN vertreten, und eine revanchistische CDU/Nazi-Fraktion –, sind Versuche der Anbiederung und Inschutznahme des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus.

Der deutsche Revanchismus beinhaltet auch nicht nur den „Drang nach Osten", sondern das aus der Geschichte zweier fehlgeschlagener Versuche zur Erringung der Weltherrschaft herrührende allseitige Bestreben, diese Niederlagen wettzumachen, um dieses Ziel im dritten Anlauf mit besonderer Kraftanspannung zu erreichen.

Die Ideologie des Revanchismus ist auch nicht nur Sache offen revanchistischer „Vertriebenen"-Politiker und -Verbände oder eines angeblichen „Rechtskartells" innerhalb der herrschenden Klasse. Die

Ideologie des deutschen Revanchismus tritt in verschiedenen Richtungen und in verschiedenen Formen auf. Doch eine Linie zieht sich trotz aller Tarnungen und Formveränderungen durch die gesamte Politik der Sachwalter des deutschen Imperialismus durch: Die deutschen Imperialisten appellieren an die von ihnen beeinflußte Bevölkerung, sich für die „Wiederherstellung der beschmutzten deutschen Ehre" einzusetzen, endlich Schluß zu machen mit dem den Deutschen angeblich angetanen „Unrecht". Sie appellieren an die Stärke und „Überlegenheit", ja maßen sich eine angebliche „Schutzfunktion" gegenüber anderen Völkern an und schüren dieselbe Banditenmoral wie die Nazifaschisten, wenn sie propagieren, die Lage der deutschen Werktätigen müsse auf Kosten der Völker anderer Länder verbessert werden.

Beim Aufbau der Kommunistischen Partei müssen die kommunistischen Kräfte in Deutschland gegen die Ideologie und Politik des deutschen Revanchismus an allen Fronten, in allen Formen und in allen Abstufungen einen allseitigen Kampf auf Leben und Tod führen!

Die revanchistische Propaganda und Politik der Einverleibung aller angeblich „urdeutschen Gebiete"

Der deutsche Imperialismus verfolgt heute nach wie vor ungebrochen das Ziel, sein „Großdeutsches Reich" zunächst in den Grenzen von 1937/38 wiederherzustellen. Das wirkungsvollste „Eisen im Feuer" in der Propaganda des deutschen Revanchismus ist dabei zweifellos die Losung von der „notwendigen Einheit aller" angeblich „urdeutschen Gebiete". In diesem Rahmen war die „Wiedervereinigung Deutschlands" von vornherein Teil des revanchistischen Programms des westdeutschen Imperialismus, offen formuliert in der alten Präambel des Grundgesetzes. Mit der Einverleibung der DDR und Westberlins ist diese erste Etappe vollzogen.

Der deutsche Imperialismus hat den Abschluß eines auf dem Potsdamer Abkommen beruhenden Friedensvertrages umgangen

Mit dem zwischen den vier alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs einerseits, Westdeutschland und der DDR andererseits im

September 1990 abgeschlossenen sogenannten „Zwei-plus-vier-Vertrag" wurde nicht nur der Abschluß eines Friedensvertrages sabotiert, sondern das vom deutschen Imperialismus stets als „Schmach" empfundene „Potsdamer Abkommen" endgültig beiseite geschoben. Daran zeigt sich, daß der deutsche Imperialismus heute immer mehr in der Pose des Siegers des Zweiten Weltkriegs auftritt.

Im „Zwei-plus-vier-Vertrag" wurden sämtliche Rechte, Verantwortlichkeiten und Abkommen der vier Siegermächte außer Kraft gesetzt, noch verbliebene Beschränkungen in militärischer Hinsicht (z. B. die Tonnagebeschränkung beim Kriegsschiffbau, der Verzicht auf den Bau von Langstreckenbombern) aufgehoben. Nach den Bestimmungen des „Zwei-plus-vier-Vertrags" durften auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Westberlins nicht mehr die Truppen der Siegermächte als solche stationiert werden.

Der „Zwei-plus-vier-Vertrag" enthält keine einzige Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Verbrechen des Nazi-Regimes. Er enthält keinerlei Anerkennung der Unveränderbarkeit der Grenzen zu seinen Nachbarstaaten, insbesondere nicht der Oder-Neiße-Grenze als gerechte Westgrenze Polens. Er enthält keinerlei Verpflichtung zu Reparationsleistungen gegenüber den vom Nazifaschismus überfallenen Ländern und zur Entschädigung der Opfer des Nazifaschismus. Frühere vertragliche Verpflichtungen zur Entschädigung wurden vielmehr außer Kraft gesetzt

Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland muß daher sein, für die vorbehaltlose Anerkennung der bestehenden Ansprüche der vom Nazifaschismus überfallenen Völker und Länder sowie auch einzelner Opfer auf Entschädigung und Reparation einzutreten.

Die Vertragswerke der Vergangenheit wie das Potsdamer Abkommen oder auch Entwürfe für einen Friedensvertrag auf dessen Grundlage können heute als Ganzes natürlich nicht mehr Basis für politische Lösungen der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Probleme sein. Sie sind jedoch wesentliche ideologische und propagandistische Waffen im Kampf um die geschichtliche Wahrheit, zur Entlarvung des deutschen Imperialismus. Viele besondere Punkte in diesen Dokumenten unterstreichen eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben unseres Kampfes heute an vielen Fronten gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus (die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der

Unabhängigkeit Österreichs, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahmen usw.).

Die revanchistischen Pläne gegen Polen und die Oder-Neiße-Grenze

Der deutsche Imperialismus steht in der langen blutigen Tradition des Nazifaschismus, des reaktionären Preußens und der deutschen Ordensritter, die sich allesamt in einer Vielzahl von reaktionären Kriegen polnische Gebiete zusammenraubten. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der im Verlaufe seines verbrecherischen nazifaschistischen Überfalls auf Polen sechs Millionen Menschen ermordete und fast zwei Millionen zur Sklavenarbeit in sein Reich verschleppte. Diese nazifaschistischen Greueltaten konnten nicht ohne Billigung und Unterstützung der großen Mehrheit der in Polen lebenden deutschen Bevölkerung geschehen.

Der deutsche Imperialismus hat sein Verlangen nach der Revision der Grenzen, nach der „Heimholung" der angeblich „deutschen" Ostgebiete, die polnisches Staatsgebiet sind (einschließlich der Teile im ehemaligen sogenannten „Ostpreußen"), nie aufgegeben. Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach Abschluß des „Grenzvertrages" mit Polen 1990 – den die west/deutschen Imperialisten aus reinem imperialistischen Kalkül abschlossen, um die Einverleibung der DDR und Westberlins über die Bühne zu bringen –, hat der deutsche Imperialismus die Oder-Neiße-Grenze als gerechte und unveränderbare Westgrenze Polens anerkannt. Statt dessen wird weiter gegen die berechtigte und notwendige Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen gehetzt. In der Verfassung des deutschen Imperialismus, dem Grundgesetz, ist zudem der revanchistische Paragraph 116 nach wie vor enthalten, wonach die in den angeblich ehemaligen „deutschen Ostgebieten" „als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling" in den Grenzen von 1937 lebenden angeblich „Deutschstämmigen" die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Großdeutsche Rechtsansprüche vor allem Polen gegenüber bestehen also nach wie vor fort.

Die revisionistische Entwicklung der polnischen Volksdemokratie seit den 50er Jahren, der Machtantritt einer neuen, damals weitge-

hend vom russischen Sozialimperialismus abhängigen Bourgeoisie, hat es dem westdeutschen Imperialismus ungeheuer erleichtert, seine Revanchegelüste mehr und mehr in die Tat umzusetzen. Nach dem Zusammenbruch der revisionistischen Herrschaftsform hat die herrschende Klasse in Polen im Interesse ihrer Machterhaltung und für harte Währung das Land nun den westlichen imperialistischen Großmächten, allen voran dem deutschen Imperialismus, weitgehend preisgegeben.

In der Positur des „Retters Polens" reißt der deutsche Imperialismus zunehmend die ehedem vom russischen Imperialismus besetzten Positionen an sich, der seine Truppen zurückgezogen hat. Mit der Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft Polens beabsichtigt der deutsche Imperialismus auch die militärische Kontrolle auszuüben.

Der deutsche Imperialismus ist einer der größten Ausbeuter der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Ganze Industriezweige werden bereits von der deutschen Bourgeoisie beherrscht. Die polnischen Werktätigen, die Not und Armut nach Deutschland trieb, werden hier als billige Arbeitskräfte mit niedrigen Löhnen, oftmals illegal, ohne den elementarsten arbeitsrechtlichen und sozialen Schutz, vor allem in der Bau- und Landwirtschaft ausgebeutet und mit einer Welle deutsch-chauvinistischer Hetze überzogen.

Gegen alle diese Entwicklungen müssen die kommunistischen Kräfte beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland den Kampf aufnehmen. Revanchismus und deutscher Chauvinismus gegenüber Polen und der polnischen Bevölkerung müssen entlarvt und entschieden bekämpft werden.

Dabei ist es nötig, die Maßnahmen der Konferenz von Jalta und des Potsdamer Abkommens gerade in bezug auf Polen als völlig gerecht zu propagieren. Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als rechtmäßige Westgrenze Polens und die Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. großer Teile aus Polen entsprachen den legitimen Sicherheitsinteressen der polnischen Bevölkerung und der Tatsache, daß die weitgehend nazifaschistisch eingestellte deutsche Bevölkerung den nazifaschistischen Verbrechen gegenüber Polen nichts entgegengestellt bzw. diese aktiv unterstützt hatte.

Die neu aufzubauende Kommunistische Partei in Deutschland muß jegliche Kraft innerhalb der Arbeiterklasse Polens unterstützen, die angesichts des Bankrotts der revisionistischen Herrschaftsform und

der offenen Wiederherstellung des Kapitalismus im Kampf für eine sozialistische Revolution in Polen dem gesamten System des Imperialismus und Revisionismus den Krieg erklärt.

Die revanchistischen Pläne gegen die Tschechische Republik

Die angebliche „Sudetenfrage" ist ein Kernpunkt der revanchistischen Hetze und Politik des deutschen Imperialismus. Die Revanchisten behaupten, daß die deutsche Bevölkerung in der ehemaligen Tschechoslowakei unrechtmäßig „vertrieben" worden sei und es deren „Heimatrecht" durchzusetzen gelte.

Gegen die revanchistische „Vertriebenen"-Hetze müssen die historischen Tatsachen festgestellt und propagiert werden:

Das Münchner Abkommen von 1938 zwischen dem nazifaschistischen Deutschland, Italien, Frankreich und England war ***ein von vornherein ungültiges und unrechtmäßiges imperialistisches Diktat,*** bei dem Teile der Tschechoslowakei an Nazi-Deutschland ausgeliefert wurden, um die Aggression des deutschen Imperialismus nach Osten, gegen die damals sozialistische UdSSR zu lenken. Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben das Münchner Abkommen von 1938 nie als von Anfang an ungültig erklärt.

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei spielte in der Politik der Nazifaschisten die Rolle einer „fünften Kolonne" der deutschen Angriffspolitik. Sie machte sich durch aktive Beihilfe, zumindest aber durch stillschweigende Billigung schuldig bzw. mitschuldig an den Verbrechen der Nazi-Okkupanten gegen die tschechoslowakische Bevölkerung, insbesondere auch an der Völkermordpolitik gegen die jüdische Bevölkerung und gegen die Sinti und Roma im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren".

Deshalb ist der Beschluß des Potsdamer Abkommens, die deutsche Bevölkerung bzw. Teile derselben nach Deutschland zu überführen, gerecht und notwendig gewesen, um nicht zuzulassen, daß sogenannte „Deutschstämmige" noch einmal zur „fünften Kolonne" einer von Deutschland ausgehenden Aggression werden. Außerdem war ein Zusammenleben mit diesen Bevölkerungsteilen aufgrund ihrer pro-

nazistischen Haltung bzw. aktiven Unterstützung der Nazi-Verbrechen nicht mehr möglich.

Die westdeutschen bzw. deutschen Imperialisten haben sich mit diesem Ergebnis des Zweiten Weltkriegs niemals abgefunden und betreiben auch in dieser Richtung eine Politik der revanchistischen Revision. Seit Jahrzehnten werden vom deutschen imperialistischen Staat die revanchistischen „Vertriebenenverbände" massiv unterstützt und Anstrengungen zur sogenannten „Regelung der Sudetenfrage" enorm verstärkt. Nicht nur im Grenzgebiet zu Deutschland sind teilweise bereits ganze Industriezweige in der Hand des deutschen Kapitals. Die deutschen Imperialisten üben zunehmenden Druck auf die tschechische Regierung aus und verweigern unter dem Vorwand der sogenannten „Sudetenfrage" den Opfern des Nazifaschismus in der Tschechoslowakei, insbesondere auch der jüdischen Bevölkerung und den Roma, jegliche Entschädigung.

Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es, die keineswegs zu unterschätzenden imperialistischen und annexionistischen Machenschaften und Ziele der deutschen Imperialisten gegenüber der Tschechischen Republik anzuprangern und zu bekämpfen. Gleichzeitig müssen die revolutionären Kräfte in der Arbeiterklasse der Tschechischen Republik unterstützt werden, die sich früher oder später im Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse dort formieren werden.

Die revanchistischen Pläne gegenüber dem Gebiet um Kaliningrad

Die revanchistischen Bestrebungen, die „Einheit Deutschlands" in den Grenzen von 1937/38 herzustellen, erstrecken sich praktisch immer massiver auch auf Gebiete der ehemaligen Sowjetunion und auch Polens, vor allem auf die Region um Kaliningrad. Gemäß den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs und gemäß dem Potsdamer Abkommen war es völlig korrekt, daß das angebliche „Ostpreußen", dieses aggressive Bollwerk, dieser östliche Vorposten des reaktionären Preußentums und des deutschen Imperialismus, liquidiert und ein Teil der sozialistischen UdSSR bzw. des volksdemokratischen Polens wurde.

Beim Aufbau der Kommunistischen Partei muß die revanchistische Politik des deutschen Imperialismus, Kaliningrad wieder „deutsch" zu machen und sich unter dem Vorwand einer „Freihandelszone" faktisch einzuverleiben, angeprangert und entschieden bekämpft werden.

Verstärkter revanchistischer Vormarsch in Osteuropa

Der revanchistische Vormarsch des deutschen Imperialismus verstärkt sich auch – außer in Polen, der Tschechischen Republik und der ehemaligen Sowjetunion – in Richtung jener anderen Länder im Osten wie Ungarn, Rumänien, Slowakei, Ukraine, Baltische Staaten usw., die ehemals von den deutschen Nazis besetzt und ausgeplündert worden waren und die vor einigen Jahrzehnten noch den volksdemokratischen oder sozialistischen Weg gingen. Dabei nutzen die Revanchisten nationale Vorurteile, Widersprüche und Konflikte in diesen Ländern aus und schüren diese. Der Verrat der modernen Revisionisten an einer revolutionären und gerechten Nationalitätenpolitik kommt ihnen dabei zugute, da er den Boden für das Erstarken nationalistischer, reaktionärer Massenbewegungen bereitet hat.

Oftmals mit Hilfe der „Enkel" der Kollaborateure des Nazifaschismus in den jeweiligen Ländern ist der deutsche Revanchismus Drahtzieher bei der Zerschlagung von Staaten wie z. B. in Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Eine besondere Rolle für die Expansion des deutschen Imperialismus in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion spielen hierbei die sogenannten „Deutschstämmigen". Sie haben für den deutschen Imperialismus die Funktion von „fünften Kolonnen", die als Stützpunkte und Reserven für seinen weiteren politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Vormarsch dienen. Dabei muß auch die Illusion bekämpft werden, daß die großen Erfolge bei der „friedlichen Durchdringung" und Heranzüchtung von gekauften „Führern" in diesen Ländern militärische Operationen ausschließen bzw. überflüssig machen würden. Tatsächlich dienen diese „Erfolge" auch der Vorbereitung militärischer Aktionen, denn die Millionen und Milliarden Mark, die in diese Länder fließen, um Profite herauszusaugen und nach Deutschland zu schaffen, müssen entsprechend der imperialistischen Logik gegebenenfalls militärisch abgesichert werden.

Erneute annexionistische Bestrebungen gegenüber Österreich

Der deutsche Imperialismus forciert seine revanchistischen Ziele auch gegenüber Österreich. Er betreibt ideologisch, ökonomisch und politisch zunehmend die Einverleibung Österreichs als angeblichen Teil Deutschlands.

Der deutsche Imperialismus als imperialistische Großmacht ist ganz offensichtlich in der Lage, ein anderes imperialistisches Land wie Österreich weitgehend zu durchdringen und von sich abhängig zu machen. In der Tat dominiert der deutsche Imperialismus so wesentliche Bereiche der Wirtschaft Österreichs wie Kapitalinvestitionen, Außenhandel und Tourismus usw. Ja, der deutsche Konjunkturverlauf bestimmt oft bis ins Detail den Konjunkturverlauf in Österreich. Im Rahmen der Europäischen Union soll Österreich nach den Vorstellungen des deutschen Imperialismus noch stärker politisch, ökonomisch und militärisch an den deutschen Imperialismus angebunden werden.

Aus historischer Sicht bildeten sich spätestens nach dem Krieg Preußens gegen Österreich 1866 getrennt voneinander eine deutsche und eine österreichische Nation heraus. Die Idee eines „Großdeutschen Reiches" war seit dieser Zeitspanne, also auch vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg eine ganz falsche, die eigenständige österreichische Nation verleugnende Idee, die sogar bis in die Reihen der Arbeiterbewegung hineingewirkt hatte.

Die verbrecherische Okkupation Österreichs durch die Nazi-Truppen des deutschen Imperialismus war ein entscheidender Einschnitt, der auch im Bewußtsein der Völker der Welt Klarheit über die Eigenständigkeit der österreichischen Nation schuf. Nach dem Sieg über den Nazifaschismus wurde dann auch international die vollständige Unabhängigkeit der österreichischen Nation in Verträgen und Abmachungen der Anti-Hitler-Koalition (v.a. in der Moskauer Erklärung von 1943) festgeschrieben.

Die kommunistischen Kräfte werden beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland aus all diesen Gründen jegliche Einverleibungsaktivitäten des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus gegenüber Österreich entlarven und bekämpfen

und den berechtigten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Masse der Werktätigen Österreichs gegen den deutschen Imperialismus unterstützen und als wichtige Hilfe für den Kampf hier gegen den deutschen Imperialismus propagieren. Darüber hinaus gilt die Unterstützung der aufzubauenden Kommunistischen Partei allen ehrlichen Kräften in Österreich, die dort durch ihre revolutionäre Tätigkeit den Kampf zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution aufgenommen haben oder aufnehmen werden.

Der Revanchismus richtet sich nicht nur „gegen Osten"

Der Revanchismus, das bedeutet nicht nur Einverleibung der DDR und Westberlins sowie verstärktes Streben nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937/38, d. h. nach Einverleibung angeblicher „urdeutscher Gebiete", die polnisches, russisches, tschechisches oder österreichisches Staatsgebiet sind. Der deutsche Revanchismus bedeutet nicht nur Streben nach „Lebensraum im Osten" überhaupt. Der deutsche Revanchismus ist auch gekennzeichnet durch das Streben nach Wiedererlangung seiner Einflußsphären in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in Westeuropa und den sogenannten „Randländern Europas".

Der deutsche Imperialismus hat in verschiedenen Phasen seiner Geschichte in allen Erdteilen an Boden verloren und will diesen Boden wiedergewinnen. Ob in Frankreich (Elsaß-Lothringen) oder in den Niederlanden, ob in Südafrika, in Griechenland oder im ehemaligen Jugoslawien, der deutsche Revanchismus hat seine alten Ambitionen nie aufgegeben.

Besonders dort, wo im Krieg gegen Nazi-Deutschland die Partisanenkämpfe und die Aufstände der Volksmassen dem Nazifaschismus heftige Schläge versetzt haben, verkleidet sich der deutsche Revanchismus geschickt, um sein erneutes Eindringen in diese Länder zu tarnen.

Bei all diesen Aktivitäten bedient er sich der alten, von den Nazifaschisten überall in der Welt geknüpften Fäden, sei es nach Südamerika in Brasilien oder Chile, sei es zu antisemitischen Strömungen im arabischen Raum usw. Zugleich belebt er auch traditionelle Beziehungen zu seinen alten Kolonien in Afrika (Togo, Kamerun, Tansania, Namibia, das ehemalige „Deutsch-Südwestafrika") oder auch in

Asien (Kiautschou in China, Teile von Neuguinea, das „Bismarck-Archipel" und so weiter).

Der deutsche Imperialismus beschränkt seine weltweiten imperialistischen Aktivitäten nicht nur auf die im Ersten und Zweiten Weltkrieg bereits umkämpften Gebiete, die er so oder so schon einmal unter seiner Oberherrschaft hatte, sondern betreibt selbstverständlich auch relativ unabhängig von diesem Aspekt ökonomische und militärische Expansion in allen Teilen der Welt.

Revanchismus und imperialistischer Konkurrenzkampf

Der deutsche Imperialismus kollaboriert nicht nur mit anderen imperialistischen Ländern gegen die Völker der Welt, sondern verschärft zunehmend seinen Kampf vor allem gegen die anderen imperialistischen Großmächte, die er immer offener herausfordert. Die hohlen, sich gar „fortschrittlich" gebenden Phrasen der deutschen Imperialisten, speziell auch gegen die US-Imperialisten, sollen nur vertuschen, daß sich weltweit die imperialistische Rivalität verstärkt.

Der deutsche Imperialismus greift den USA-Imperialismus, den englischen und französischen Imperialismus auch auf revanchistischer Basis an. Als ideologischen Hintergrund für diese Rivalität verwendet er die Tatsache, daß die USA, Frankreich und England Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition waren. Aus eigenen imperialistischen Interessen heraus und durch die Völker der Welt gezwungen, haben sie den Nazifaschismus militärisch mit besiegt und in den ersten Monaten nach dem Krieg tatsächlich im Zusammenhang mit den gerechten Nürnberger Prozessen einige führende Nazis angeklagt und mit hingerichtet.

Als ideologischen Hintergrund verwendet der deutsche Revanchismus auch die Tatsache, daß in den ersten Jahren direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, als vor allem der US-Imperialismus im Bunde mit den englischen und französischen Imperialisten alle Abkommen mit der damals noch sozialistischen Sowjetunion gebrochen hatte, die Rede davon sein konnte, daß Westdeutschland „unter den Stiefel" der USA geraten war. Aber auch für diese Zeitspanne muß klar sein, daß der „Kampf" der westdeutschen Imperialisten gegen die USA nichts, aber auch gar nichts mit Gerechtigkeit zu tun gehabt hat, sondern daß es sich um zwischenimperialistische Rivalität gehandelt hat und heute auf neuer Stufe handelt.

Der deutsche Revanchismus verwendet auch die Methode, sich wohl dosiert als „Freund" der Befreiungsbewegungen oder antikolonialistischer Bewegungen hinzustellen und politische oder gar finanzielle sowie militärische Unterstützung zu geben, wie z. B. in Mittelamerika, in Afrika oder in Palästina. An diesen Punkten wird schon sichtbar, daß sich durchaus zunächst über solche Konflikte in anderen Erdteilen auch kriegerische Konflikte zwischen den deutschen Imperialisten und den US-Imperialisten sowie den anderen imperialistischen Großmächten anbahnen.

Beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland darf der sicherlich nötige Kampf gegen die anderen imperialistischen Mächte sowie deren im Rahmen der NATO noch in Deutschland stationierten Truppen nicht ablenken vom hauptsächlichen Kampf gegen unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus und Revanchismus.

Revanchistischer Charakter der „Europa-Pläne"

Der deutsche Imperialismus hat sein altes Bestreben zur umfassenden und allseitigen „Neuordnung" Europas unter seinem direkten Diktat nie aufgegeben. Die Europa-Pläne des deutschen Imperialismus werden ganz im revanchistischen Geist und mit revanchistischen Ambitionen verfolgt. Als die stärkste europäische Macht benutzt er das Projekt des „Vereinten Europa" in alle Richtungen, gegen die USA, gegen den englischen, französischen und russischen sowie auch japanischen Imperialismus, für den Ausbau einer unangefochtenen Hegemonialmacht in West- und Osteuropa, als Mittel zur verstärkten Ausbeutung der Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas usw. So soll mit der „Ost- und Südosterweiterung" von EU und NATO die Stationierung von Bundeswehreinheiten in Polen, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, in Ungarn und anderen Länder erfolgen, d. h. der direkte, auch militärische Griff nach Ost- und Südosteuropa sowie nach anderen „Euro-Regionen" konsequent vorbereitet und vorangetrieben werden. In Polen und in der Tschechischen Republik führt die Bundeswehr bereits Militärmanöver durch.

Für den deutschen Imperialismus sind die „Europäische Union" (EU), die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts, die Schaffung einer einheitlichen Wirtschafts- und Währungsunion, die „Deutsche Mark" als europäische Leitwährung Mittel, um seine im-

perialistische Expansionspolitik noch besser durchführen zu können. Je nach Interessenlage erfolgt dies sowohl in Zusammenarbeit als auch in Konkurrenz mit den anderen westeuropäischen imperialistischen Mächten.

Um das berechtigte Mißtrauen der anderen Völker gegen ein „Vereintes Europa" unter der Fuchtel des deutschen Imperialismus zu entkräften, versteckt er seine revanchistischen Vorherrschaftsziele hinter gesamteuropäischen Phrasen vom „Haus Europa", vom „Europa der Regionen", in dem „Grenzen keine Rolle mehr spielen" usw. Um dies zu entlarven, muß auch daran erinnert werden, daß auch die Nazifaschisten den Trick benützt haben, ihre Aggressions- und Versklavungspolitik als angeblich nötige „Neuordnung Europas" zu tarnen.

Ob die Losung heißt „Erst Deutschland, dann Europa" wie bei den diversen Nazi-Parteien oder die Losung paneuropäisch heißt „Wir sind Europa" – das Ziel sowohl der Propagandisten des offenen deutschen Chauvinismus als auch der des verbrämteren europäischen Chauvinismus großdeutscher Prägung ist dasselbe: Durchsetzung der Pläne des deutschen Imperialismus, die Völker verstärkt auszuplündern, zu unterdrücken und zu beherrschen, auch die Werktätigen im eigenen Land verstärkt auszupressen und die Position im Kampf mit anderen imperialistischen Großmächten zu stärken. Dies umfassend zu entlarven und zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, die sich in Zukunft sogar noch verstärkt stellen wird.

Der deutsche Militarismus

Wie der Militarismus überhaupt hat auch der deutsche Militarismus zwei Funktionen: als Militärmacht im Kampf gegen andere imperialistische Staaten sowie gegen andere Völker und im Innern als Waffe in den Händen der herrschenden Klasse vor allem zur Niederhaltung möglicher revolutionärer Bewegungen der Arbeiterklasse.

So durchdringt der Militarismus besonders heute in der Epoche des Imperialismus das ganze öffentliche Leben. In der Geschichte Deutschlands jedoch hat der Militarismus eine besondere Ausprägung.

Schon über den alten deutschen Militarismus schrieb Engels treffend: „ ... das Deutsche Reich preußischer Nation ist der wahre Repräsentant des Militarismus" (Engels, „Offiziöses Kriegsgeheul", 1875, Marx/Engels Werke Band 18, S. 583).

Der Militarismus geht vor allem zurück auf das reaktionäre Preußentum mit seinem Kadavergehorsam und Untertanengeist sowie dem militaristisch geprägten „deutschen Ordnungssinn". Diese wurden weltweit Inbegriff deutscher Mentalität – und das nicht zu Unrecht!

Dieser „typisch deutsche" Militarismus wurde in der Nazi-Zeit zur barbarischsten Form hochgezüchtet, die die Weltgeschichte je gesehen hat.

Der deutsche Imperialismus früher und der deutsche Imperialismus heute sind aus demselben Holz geschnitzt. Er ist nach wie vor davon gekennzeichnet, daß er sich zur Verfolgung seiner imperialistischen Ziele des ***Militarismus*** bedient. Der deutsche Imperialismus ist ein gefährlicher ***eigenständiger Kriegsherd,*** der sich auf einen imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Einflußsphären unter den imperialistischen Großmächten vorbereitet.

Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie nach innen und außen

Der westdeutsche, nun deutsche Imperialismus hat sich eine riesige Kriegsmaschinerie aufgebaut, die Bundeswehr. Als Hauptkomponente seines Staatsapparates ist sie Werkzeug der Konterrevolution und imperialistischen Aggression.

Als Bürgerkriegsarmee nach innen ist die Bundeswehr die Hauptmacht der Konterrevolution gegen Aufstände und Revolutionen, gegen das Aufbegehren der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Die Bundeswehr ist auch ganz praktisch auf den Bürgerkrieg vorbereitet, übt systematisch den Einsatz gegen revoltierende Arbeiterinnen und Arbeiter und Jugendliche.

Als Aggressionsarmee nach außen dient sie der Sicherung und Ausweitung der Ausbeuterinteressen des deutschen Imperialismus, ist sie Instrument des Revanchismus und des Kampfes um die Weltherrschaft, des imperialistischen Kriegs. Die Bundeswehr ist eine

Armee zur Niederschlagung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern und zur Eroberung anderer Länder.

Die Bundeswehr ist die zweitstärkste Armee der NATO, die schlagkräftigste in Europa, die in kürzester Frist im Bedarfsfall über 2 Millionen Reservisten mobilisieren kann und über ca. 50 000 hochspezialisierte, elitemäßig ausgebildete Eingreiftruppen für den blitzschnellen Einsatz verfügt.

Der „Militärische Abwehrdienst" (MAD) ist Teil der Bundeswehr. Seine Aufgaben sind Spionage- und Sabotageabwehr und die Bespitzelung der Soldaten und der eigenen Bevölkerung überhaupt. Ähnliche Aufgaben hat der „Bundesnachrichtendienst" (BND). Der BND ist der größte Geheimdienstapparat in Westeuropa. Dessen Führung liegt ebenfalls in der Hand von Generälen und Obersten der Bundeswehr.

Die Bundeswehr wurde fast ausschließlich von Offizieren und Unteroffizieren aufgebaut, die in der Nazi-Wehrmacht dem deutschen Imperialismus und Faschismus bis zuletzt treu gedient hatten. Deren „Erfahrungsschatz" aus der nazifaschistischen Kriegsführung wurde damit in den Dienst der Bundeswehr gestellt. Damit wurde auch sehr deutlich gemacht, daß die Bundeswehr sich als Fortsetzer der Nazi-Wehrmacht begreift. Bewußt wurde und wird an die Symbole und Traditionen der Nazi-Wehrmacht angeknüpft, deren verbrecherische „soldatische Leistungen, beispielhafte Disziplin und Kameradschaft" zum Vorbild genommen werden.[3]

Das Kriegs- und Rüstungspotential des deutschen Imperialismus

Bestandteile der Kriegsmaschinerie in Deutschland sind auch alle möglichen militärischen und paramilitärischen Verbände, von der

---

[3] Grundsätzlich und sehr ausführlich wird die ungebrochene Tradition der Bundeswehr mit dem Nazi-Faschismus und dem deutschen Militarismus, die Rolle der Bundeswehr im System des west/deutschen bzw. deutschen Imperialismus und die Militarisierung in allen Lebensbereichen in „Gegen die Stömung", Nr. 60, Oktober 1992, „Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie des west/deutschen Imperialismus" prinzipiell und an konkreten, nach wie vor aktuellen Beispielen behandelt.

Polizei über Bundesgrenzschutz, Elitetruppen wie GSG-9 bis hin zu Werkschutz, Sicherheitsdiensten, „Technisches Hilfswerk" und den diversen „Hilfs"organisationen (wie „Rotes Kreuz" usw.), die fest in die Pläne der deutschen Militaristen eingebunden sind.

Besonders wichtig für die deutschen Militaristen war und ist der Aufbau einer eigenständigen ***Rüstungsindustrie,*** mit deren Hilfe der deutsche Imperialismus sich heute selbständig mit den modernsten Waffen ausrüstet. Gegen die illusionistische Propaganda über einen angeblich existierenden separaten „militärisch-industriellen Komplex" im Unterschied zu dem angeblich daneben bestehenden „nichtmilitärischen", also „friedlichen" „industriellen Komplex" des deutschen Imperialismus, muß als wesentlich betont werden, daß die deutsche Bourgeoisie stets darauf bedacht war und ist, die gesamte Produktion sehr schnell auf Kriegsproduktion umstellen zu können und die gesamten Industrieanlagen von vornherein auf diese Umstellung hin aufzubauen.

Ein Grundzug des deutschen Militarismus tritt auch zutage durch seine Unterstützung faschistischer und reaktionärer Regimes überall auf der Welt mit Waffen, Militärberatern und Ausbildungsprogrammen. Der deutsche Imperialismus ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Mit dem Rüstungsexport werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, um die Armeen kleinerer „verbündeter" Länder im Kriegsfall reibungslos in die militärische Planung der Bundeswehr einzugliedern.

Eine wichtige Rolle bei der Militarisierung spielt die Frage der Atomwaffen. Die auf die Benutzung von Atomwaffen ausgelegte Bundeswehr, der jederzeitige Zugriff auf Uran, die Ausbaufähigkeit des sogenannten „Atomprogramms zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" für die Atomwaffenproduktion, die führende Rolle bei der Entwicklung der atomaren Bewaffnung Pakistans, Südafrikas, Argentiniens, Indiens, Iraks, Brasiliens u. a. m., die Erprobung verschiedener Träger für Atomraketen in Zaire oder in Argentinien zeigen, daß der deutsche Imperialismus die faktische ***Verfügungsgewalt über Atomwaffen*** besitzt. Daran ändert auch nichts, daß aus Gründen politischer Opportunität dies offiziell nicht zugegeben wird. Es bleibt das Ziel des deutschen Imperialismus, auch offiziell „Atommacht" zu werden, Atomwaffen zu besitzen, alle dem noch entgegenstehenden rechtlichen Bestimmungen und Verträge aufzuheben.

Eine wichtige Aufgabe ist die Entlarvung der Demagogie von der „Abrüstung" und „Verkleinerung" der Bundeswehr. In Wirklichkeit ist dies nur ein Deckmantel für zunehmende Rüstungsanstrengungen: Erhöhung der Kasernenzahl und Verdoppelung der Truppenübungsflächen seit 1990, riesige Summen für den Militärhaushalt, faktische Erhöhung der Personalstärke durch die verstärkte Einbindung von Reservisten und „Zivildienstleistenden" in die Kriegsplanung, Straffung der militärischen Organisation, Bildung von schnellen Eingreif- und anderen Elitetruppen und eine damit verbundene Erhöhung der Einsatzbereitschaft und der Anzahl der kriegsbereiten Soldaten, Erhöhung der Feuerkraft durch modernste Waffen und Geräte.

Neue Stufe der militärischen Expansion, der militärischen und ideologischen Kriegsvorbereitung

Die Bundeswehr ist immer offener auch außerhalb der Grenzen der BRD „aktiv". Die Bundeswehr führt seit Jahrzehnten Militärmanöver in vielen Regionen der Welt durch, sie übt den Krieg und bereitet sich so systematisch auf lokale und weltweite imperialistische Eroberungskriege zwecks Neuaufteilung der Welt vor. Sie baut ihre Militärstützpunkte aus, ob im Rahmen der NATO oder unabhängig davon. Während weltweite Einsätze der Bundeswehr früher verdeckt und verschleiert durchgeführt worden sind, nehmen die Operationen der Bundeswehr besonders seit 1990 immer unverhohlener den Charakter offener Kriegseinsätze an (Kriegsmarine im Mittelmeer und Luftwaffe im kurdischen Teil der Türkei beim Krieg gegen den Irak, Zerstörer und Aufklärungsflugzeuge gegen die Völker Jugoslawiens, militärische Intervention in Somalia usw.)

Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ist ***der erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr*** Realität geworden. Mit Raketen bestückte Tornado-Jagdbomber, mindestens 2000 Soldaten, darunter Fallschirmspringer und Pioniereinheiten, ein Schnellbootverband und Minenabwehreinheiten waren direkt an den tagelangen mörderischen Luftangriffen der NATO-Truppen in Ex-Jugoslawien beteiligt. In Kroatien sind inzwischen langfristig Tausende von Bundeswehrsoldaten stationiert, um die Interessen des deutschen Imperialismus notfalls auch mit dem direkten mörderischen Einsatz der Bundeswehrtruppen auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens durchzusetzen.

Der deutsche Imperialismus hat damit eine neue Stufe der militärischen Expansion erreicht, die zugleich Vorstufe neuer und größerer Militäreinsätze der Bundeswehr ist![4]

Die Kriegsvorbereitung der deutschen Imperialisten besteht keinesfalls nur aus militärischer Vorbereitung. Aktuell geht es ihnen vor allem auch darum, die Bevölkerung auf die mehrfache Rolle der Bundeswehr vorzubereiten. Dabei sollen die mit großem Propagandaaufwand geführten Debatten über UN-„Blauhelm"-Einsätze innerhalb und außerhalb der NATO-„Verteidigungsgrenzen" die Bevölkerung „psychologisch" auf den „Ernstfall" einstimmen und an den weltweiten Einsatz der deutschen Militärmaschine gewöhnen. Dazu bedienen sich die Propagandisten des deutschen Imperialismus einer ganzen Reihe von demagogischen Betrugsmanövern, um hinter harmlos klingenden Schlagwörtern wie „deutsche Verantwortung" und „Gleichberechtigung" mit den anderen Großmächten ihre wirklichen Ziele zu verbergen. Der entscheidende Punkt gegen die chauvinistischen, imperialistischen Demagogien ist die Klarstellung, daß die Bundeswehr als mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus aus eigenständigen imperialistischen Interessen heraus ihre Interventionen umfassend plant, vorbereitet und durchführen wird.

Die Militarisierung durchdringt das ganze öffentliche Leben

Die Militarisierung macht sich fest an der allseitigen Vorbereitung der werktätigen Massen auf ihre künftige Verwendung als Kanonenfutter durch die Schürung von deutschem Chauvinismus und Rassismus, durch die Schürung des Revanchegeschreis nach „Heimholung der verlorenen Ostgebiete" und die Aktivierung der deutschen Ideologie, durch Staatsglauben, Untertanengeist und Kadavergehorsam, durch die Rechtfertigung der Kriegsverbrechen des deutschen Nazifaschismus im Zweiten Weltkrieg, durch die Propagierung der Bun-

[4] „Gegen die Strömung" versuchte und versucht die weltweite militärische Expansion des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr möglichst konkret und aktuell in Flugblättern zu entlarven. Siehe dazu die Flugblattsammlungen von „Gegen die Strömung" von 1989–1990, von 1991–1992 und von 1993–1994.

deswehr als „Schule der Nation", durch verstärkte Militarisierung der Betriebe und Schulen, durch die immer stärkere und offenere Einbeziehung der Kriegsdienstverweigerer in die allgemeine Kriegsplanung, durch die Vorbereitung von Krankenhäusern, Justiz und allgemeiner Verwaltung auf den „Ernstfall" des Krieges, durch „Luftschutzübungen" und Probealarm.

Der deutsche Imperialismus ist auch in jeder anderen Hinsicht bestens auf die Kriegsführung nach innen und außen vorbereitet: Mit „Zivilschutz und Katastrophenplänen", mit denen die Bevölkerung im Kriegsfall den ihr zugedachten Marschbefehl erhält und z. B. durch Beschlagnahme kriegsrelevante Transportmittel zur Verfügung stehen; mit „Notstandsgesetzen", die ganz „legal" die sogenannten „bürgerlich-demokratischen Freiheiten" außer Kraft setzen.

Den Kampf gegen alle Formen des Militarismus und der Kriegsvorbereitung und für die Zerschlagung der Bundeswehr führen!

Der Kampf gegen alle Aspekte des Militarismus in Deutschland ist eine der vorrangigen Aufgaben beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland, um im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus und Revanchismus, im Kampf für die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, des Aufstandes des Proletariats und seiner Verbündeten zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus und seiner Armee, der Bundeswehr, den Feind genau zu erkennen und zu entlarven.

Der bewußte und organisierte Kampf gegen den deutschen Militarismus erfordert von den revolutionären Kräften eine tiefgehende Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des deutschen Militarismus sowie die tiefgehende Entlarvung der sowohl politisch als auch psychologisch gut durchdachten Kampagnen zur Verherrlichung der revanchistischen Bundeswehr.[5]

---

[5] In „Gegen die Strömung", Nr. 35, „Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus", September 1985, wird die großangelegte Kampagne zur Rehabilitierung der Nazi-Wehrmacht und der Waffen-SS von 1985, deren Höhepunkt die Ehrung der Gräber der Waffen-SS in Bitburg durch Kohl und Reagan

Fortsetzung nächste Seite

Um dem Hochmut der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, die Angreifbarkeit und Besiegbarkeit ihrer scheinbar übermächtigen Militärmaschinerie aufzuzeigen, müssen sich die revolutionären Kräfte in Deutschland mit der Geschichte der bewaffneten Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus, vor allem auch der Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkrieges, auseinandersetzen.

Es gilt auch, die Erfahrungen aus den militanten und antimilitaristischen Kämpfen gegen den west/deutschen Imperialismus in den letzten Jahrzehnten aufzuarbeiten, ihre Schwachstellen, aber auch Stärken erkennen zu lernen (z. B. die Kämpfe gegen die öffentliche Vereidigung von Bundeswehrrekruten in Bremen 1980, gegen den Bau der Startbahn West bei Frankfurt, den Kampf gegen die atomare „Wiederaufbereitungsanlage" in Wackersdorf 1986, die Besetzung von für den Export nach Indonesien bestimmten Kriegsschiffen in Peenemünde/Ex-DDR 1993).

Für die Schaffung des Bewußtseins bei der Mehrheit der Arbeiterklasse über die wirkliche Rolle der Bundeswehr in diesem System, die Bereitschaft, einen Kampf auf Leben und Tod mit dieser Armee des deutschen Imperialismus zu führen, reicht es nicht aus, nur an diese Kämpfe anzuknüpfen. Eigene Erfahrungen im Kampf gegen die Bundeswehr sind notwendig, z. B. durch weitergehende Aktionen beim Überfall der Bundeswehr auf andere Länder oder bei kriegerischen Auseinandersetzungen mit anderen Imperialisten, bei der Niederschlagung von revolutionären Bewegungen oder Kämpfen der Arbeiterbewegung in Deutschland durch die Bundeswehr. Diese Kämpfe sind notwendig, um diesem oder jenem Verbrechen der deutschen Imperialisten entgegenzutreten, es nach Möglichkeit zu verhindern; sie dienen aber gleichzeitig als Hebel zur Erziehung der Massen, um sie schließlich zum Kampf gegen das ganze System zu führen.

Die Geschichte aller Revolutionen bestätigt, daß solche Armeen wie die Bundeswehr nicht von selbst verschwinden, daß ihre Eliteeinheiten, aber auch andere Truppenteile ohne Zögern auf rebellierende Soldaten und Aufständische im eigenen Land schießen wer-

---

Fortsetzung der Fußnote

war, entlarvt und deren Funktion für die imperialistischen Ziele des westdeutschen Imperialismus aufgezeigt.

den. Es ist unmöglich, eine solche Armee einfach durch „Überzeugung" der Soldaten nur „von innen her" zu überwinden und zu beseitigen.

So nötig die oft genug unterschätzte Arbeit in der Bundeswehr ist, um Informationen über ihre militärische Stärke, über den Einsatz der Truppenteile in der Revolution zu haben, um Truppenteile in zugespitzten Situationen zum Desertieren bringen zu können, vor allem auch um, wie Lenin sagte, das „Waffenhandwerk zu erlernen", so muß klar sein: Auch die Zersetzungsarbeit kann nur unter dem Druck bewaffneter revolutionärer Verbände ein wichtiger Hebel im Kampf für die Zerschlagung der Armee werden. Die hauptsächliche Arbeit zur Zerschlagung der Bundeswehr kann nur von der Bürgerkriegsarmee des Proletariats im bewaffneten Aufstand geleistet werden.

Die inneren Zusammenhänge zwischen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

Der deutsche Imperialismus ist entstanden und hat sich entwickelt auf der Grundlage der ***allgemeinen*** Merkmale der Epoche des Imperialismus. Seine ökonomischen und politischen Grundlagen sind die einer jeden imperialistischen Macht bzw. Großmacht.

Die konkreten historischen Voraussetzungen seiner Entstehung und Entwicklung haben jedoch zugleich zur Herausbildung und Verfestigung seiner grundlegenden ***Besonderheiten*** geführt. So hat der ***Militarismus,*** der ebenfalls ein Merkmal jeder imperialistischen Großmacht ist, in Deutschland seine besondere Ausprägung durch das reaktionäre Preußentum erfahren und wurde noch gesteigert durch die besondere Aggressivität, mit welcher der deutsche Imperialismus als „zu spät gekommener" imperialistischer Räuber den Kampf für die gewaltsame Neuaufteilung der Einflußsphären führte. Das imperialistische Weltherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus führte nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und insbesondere nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg zur Herausbildung der grundlegenden Besonderheit des ***deutschen Revanchismus.*** Das Bestreben, für die erlittene Niederlage Revanche zu nehmen, das Ziel der uneingeschränkten Vorherrschaft in Europa und der ganzen Welt buchstäblich mit jedem Mittel zu erreichen und zugleich im Interesse des Weltimperialismus als mörderischer Stoßtrupp der Revolution

und dem Kommunismus einen vernichtenden Schlag zu versetzen, führte dazu, daß sich sämtliche reaktionären Merkmale des Imperialismus im allgemeinen und alles Reaktionäre in der deutschen Geschichte zur Besonderheit der brutalsten und aggressivsten Form des Faschismus, zum ***Nazifaschismus*** konzentrierte, der in seiner mörderischen Bestialität bis heute einzigartig in der Geschichte dasteht.

Auf der Grundlage der geschichtlichen Entwicklung bedingen sich die allgemeinen und besonderen Merkmale des deutschen Imperialismus gegenseitig. Der deutsche Militarismus, Revanchismus und der Nazifaschismus sind entstanden und entwickelten sich letztlich als Mittel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung bzw. zur Gewährleistung und Durchsetzung der imperialistischen Maximalprofite des deutschen Monopolkapitals. Nachdem der deutsche Revanchismus als besondere Ausprägung des deutschen Imperialismus entstanden ist, wird der Revanchismus seinerseits wiederum im gesteigerten Militarismus kulminieren, da die revanchistischen Ziele, wenn überhaupt, dann nur mit maximalen Rüstungs- und Kriegsanstrengungen, mit einer buchstäblich völkermörderischen Politik zu erreichen sind bzw. zu erreichen sein werden.

Die parlamentarisch verbrämte Diktatur der deutschen Bourgeoisie verschärft die politische Unterdrückung

Der Parlamentarismus: Hülle der Diktatur der Bourgeoisie

Der Parlamentarismus als heutige Staatsform in Deutschland, das sogenannte „Mehrparteiensystem", funktioniert trotz jahrzehntelanger Benutzung als Mittel zur Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse immer noch. Durch dieses ausgeklügelte System des Betruges und der Lüge werden der eigentliche Klassencharakter dieses Staates und seine hauptsächlichen Funktionen bei der großen Mehrheit der werktätigen Massen nach wie vor erfolg-

reich vertuscht. Illusionen in diesen Staat sind vorherrschend. Unsere Aufgabe, die Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es, auch und gerade anhand der konkreten, eigenen Erfahrungen der werktätigen Massen grundsätzlich die Funktion und den Mechanismus des bürgerlich-parlamentarischen Staates aufzudecken.

- Es sind die Herren der Banken und der Fabriken, die die großen Fragen der Politik entscheiden, nicht das Parlament.
- Der Staat, das ist nicht vor allem das Parlament. Der Staat, das sind hauptsächlich die Bundeswehr, die Polizei, die Gefängnisse, die Justiz. Dieser Staat dient hauptsächlich der Unterdrükkung der ausgebeuteten Werktätigen.
- Wahlen in der bürgerlich-parlamentarischen Republik, das heißt in Wirklichkeit, einmal in vier Jahren darüber zu entscheiden, welche Mitglieder und Handlanger der herrschenden Ausbeuterklasse die Interessen der breiten Massen des Volkes nicht ver-, sondern in Wirklichkeit zertreten sollen. Solche Wahlen können nie mehr sein, als „Gradmesser der Reife „ der Arbeiterbewegung.

Der Kern ist: Der Staat des westdeutschen, jetzt wieder deutschen Imperialismus, die parlamentarische Republik, die 1949 ausgerufen wurde, ist der Staat der herrschenden Klasse, der westdeutschen, jetzt wieder deutschen Bourgeoisie, vor allem der Monopolbourgeoisie.

Dem Proletariat und den anderen werktätigen Massen muß bewußt werden,

> „ ... **daß jeder Staat, in dem das Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sein mag, ein kapitalistischer Staat ist, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht aber, (...) das Parlament – das ist nur die Form, eine Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert.** (...)
>
> **Das Kapital, ist es einmal da, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas am Wesen der Sache.“**
> (Lenin, „Über den Staat“, Vorlesung an der Swerdlow-Universität 1919, Werke Band 29, S. 476/477)

Dieser Staat ist – verbrämt durch den Parlamentarismus – die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen Deutschlands.

Die gut verteilten Rollen der bürgerlichen Parteien bei der Verschleierung der Diktatur des deutschen Imperialismus

Mit einem immens aufgeblähten System des Betruges versucht der deutsche Imperialismus den Schein von wirklich inhaltlichen Unterschieden zwischen den Parlamentsparteien aufrechtzuerhalten. Dagegen gilt es, die grundlegende Übereinstimmung all dieser Parteien als Agenturen des deutschen Imperialismus herauszustellen. Ernsthaftere „Beißereien" zwischen den Parteien haben ihre Ursache im Kampf um gut dotierte Posten bzw. sollen solche Gefechte die angebliche „Glaubwürdigkeit" der einzelnen Parteien erhöhen.

In der Tat existieren Unterschiede im Auftreten und in der Akzentsetzung der einzelnen bürgerlichen Parteien. Die Ursache dafür liegt darin, daß sie verschiedene Teile der Bevölkerung ansprechen und an sich binden müssen, so daß alle Parteien zusammen soweit als möglich die Bevölkerung insgesamt an sich und somit an das imperialistische Gesellschaftssystem binden. So entstand und entwickelt sich eine bestimmte ideologisch geprägte Anhängerschaft der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

Für die Arbeiterklasse Deutschlands ist es unerläßlich, die Rollenverteilung der verschiedenen politischen Kräfte auf der parlamentarischen Bühne richtig zu verstehen, um den Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung, gegen die Faschisierung, gegen das parlamentarisch-republikanische Betrugssystem, gegen die Diktatur der Bourgeoisie richtig führen zu können.

Unabhängig von dem jeweiligen Stand der Parteienkoalition im einzelnen ist es die grundlegende Aufgabe der aufzubauenden Kommunistischen Partei in Deutschland, all diese Parteien und Kräfte (sowie auch weitere kleinere Ableger, sofern sie an Bedeutung gewinnen) als Agenturen des deutschen Imperialismus, in Übereinstimmung mit dessen grundlegenden Zielen nach außen und nach innen, als verschiedene Abteilungen ein und derselben politischen Armee des deutschen Imperialismus zu entlarven.

Dabei müssen auch die Besonderheiten der einzelnen Kräfte beachtet werden, die besondere Ausprägung und die besonderen Demagogien zusätzlich entlarvt werden, seien es die betont „christlich"-reaktionären Züge der CDU/CSU oder die sich ab und an gar „arbeiterfreundlich" gebenden Phrasen der SPD, die „alternativ-oppositionellen" Phrasen der Grünen oder die „antikapitalistischen" der PDS. Dagegen müssen die realen Taten der jeweiligen Regierungsparteien ihren Lügen gegenübergestellt und die Scheinopposition jeweils entlarvt werden. Die teilweise anwachsenden Nazi-Parteien (NPD, REP, DVU) dürfen dabei keinesfalls außer acht gelassen werden. Die deutsche Bourgeoisie hat diese mehr oder minder unverhüllt auftretenden nazifaschistischen Parteien längst wieder „salonfähig" gemacht, sie gehören mittlerweile zum festen Bestandteil des parlamentarischen Spektakels.

Besonderheiten der parlamentarischen Republik des deutschen Imperialismus

Das parlamentarische Betrugssystem des deutschen Imperialismus unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht nicht grundsätzlich von ähnlichen parlamentarischen Republiken in anderen imperialistischen Ländern.

Dennoch gibt es wichtige Unterschiede und Besonderheiten. Es kann in Westdeutschland nach 1945 keinesfalls einfach von einer „bürgerlichen Demokratie" gesprochen werden, ohne eine Reihe dieser Besonderheiten zu verstehen und zu berücksichtigen.

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg wurde auch der Nazifaschismus als Staatsform beseitigt.

Der Klassencharakter des deutschen Nazifaschismus – der offen terroristischen Diktatur des deutschen Finanzkapitals – ermöglichte den organisierten Übergang des Staates in die Form des bürgerlichen Parlamentarismus. Dieser mehr oder minder reibungslose Wechsel – in umgekehrter Richtung von der Weimarer Republik zum Nazifaschismus schon einmal durchgeführt – vollzog sich unter besonderen Bedingungen:

Die Völker der Welt, voran die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins, hatten den Nazifaschismus besiegt. Dieses System war in der ganzen Welt verhaßt, zum Inbegriff von Völkermord

und Ausbeuterdiktatur geworden. Es war völlig unvorstellbar, daß dieses System in Westdeutschland direkt beibehalten werden konnte.

Der von den Siegermächten gefaßte Beschluß einer tiefgehenden Demokratisierung und Entnazifizierung Deutschlands blieb jedoch in Westdeutschland bloß auf dem Papier, trotz allen Geredes über die Errungenschaften der „westlichen Demokratien" und der Errichtung einer parlamentarischen Republik als Staatsform des westdeutschen Imperialismus. Hitler, Göring, Goebbels mußten zwar von der Weltbühne der Geschichte abtreten, aber Krupp, Abs, Thyssen, die Deutsche Bank usw., ja die Generäle, Richter, Staatsanwälte usw. blieben.

Dieser parlamentarisch verbrämte Staat des westdeutschen Imperialismus hatte weiterhin als zutiefst reaktionäre Hypothek die Tatsache, daß auf sämtlichen Ebenen, von der Armee, der Justiz, den Parteien des Parlaments, der staatlichen Verwaltung bis zu den Hochschulen und Schulen, der Presse usw., die ideologische und personelle Kontinuität mit dem Nazifaschismus keinesfalls durchbrochen worden war, sondern im Gegenteil eine oft bis ins Detail gehende Kontinuität wesentlich war.

Der Wechsel der Staatsform in der Geschichte Deutschlands – ohne daß sich an der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie etwas geändert hätte, sei es in der Weimarer Republik, in der Nazi-Zeit oder in der Bonner Republik – zeigt anschaulich die Kontinuität der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie, ihre gewaltige Erfahrung sowohl bei der Verwendung der Methode des parlamentarischen Betrugs als auch bei der blutigen Anwendung der offen terroristischen, nazifaschistischen Staatsform.

Zunehmende Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfung der Faschisierung in Deutschland seit 1989

Seit Anfang der 90er Jahre haben die deutschen Imperialisten die schon jahrzehntelang vorangetriebene Einschränkung demokratischer Rechte und die staatliche Faschisierung weiter verschärft.

Auf dem Boden der national-chauvinistischen Stimmung im Zuge der Einverleibung der DDR wurde eine noch nicht dagewesene ***Pogromstimmung*** in Teilen der Bevölkerung gegen Menschen aus anderen Ländern geschürt, um unterdrückerische Gesetze, Verbote und

mörderische Praktiken in einem bisher nicht gekannten Ausmaß reibungsloser durchzusetzen.

Die rassistischen Sondergesetze gegen „Ausländer" wurden verschärft und das ***„Asylrecht"*** wurde weitgehend ***abgeschafft.*** Der staatliche Terror der Abschiebehaft und der tausendfachen Abschiebung von Flüchtlingen in ihre Heimatländer bedeutet oft Gefängnis, Folter oder gar Mord. Selbsttötungen oder gar Ermordung als Folge unmenschlicher Abschiebepraktiken sind keine Einzelfälle. Der ***staatliche Abschiebeterror ist bundesdeutsche Alltäglichkeit*** geworden und dient zugleich als Einschüchterungsmittel gegenüber allen „Nichtdeutschen".

Die verschärfte staatliche Unterdrückung, besonders von demokratischen und revolutionären Organisationen aus anderen Ländern, kulminierte 1993 im ***Verbot der PKK*** und weiterer kurdischer Organisationen, der gewaltsamen Unterdrückung fast jeder Veranstaltung zum kurdischen Befreiungskampf, der massenhaften Verhaftung kurdischer Kämpferinnen und Kämpfer und der exemplarischen Bestrafung einzelner mit mehreren Jahren Gefängnis oder deren Auslieferung an die Henker des türkischen Regimes. Diese Verbote sind indirekt auch eine Drohung an alle in Deutschland kämpfenden demokratischen und revolutionären Organisationen – gleich welcher Nationalität. Seitdem wird der polizeistaatliche Terror des deutschen Imperialismus gegen die kurdische Bevölkerung in Deutschland systematisch weiter verschärft, vor allem auch durch zunehmende rassistische Polizeikontrollen und Massenfestnahmen, durch zunehmenden Abschiebeterror.

Der Staat des deutschen Imperialismus verschärft auch unmittelbar die Unterdrückung fast jeder demokratischen, gegen seine Institutionen oder Terrorpraktiken gerichteten Aktion. ***Verbote von Demonstrationen,*** Kundgebungen, Versammlungen und Veranstaltungen, Massenverhaftungen und gerichtliche Aburteilung sind alltäglich geworden. Der deutsche Staatsapparat betreibt die ***Kriminalisierung*** des konsequenten demokratischen, antinazistischen bzw. revolutionären Widerstands und stempelt dessen Organisationen als „terroristische Vereinigungen" ab. ***Die Verbote von demokratischen und revolutionären Presseorganen*** werden immer häufiger, ihre wirklichen oder vermeintlichen Herausgeber werden verhaftet, mit Prozessen bedroht und oftmals zu hohen Haftstrafen verurteilt, was dazu dient, insgesamt eine Atmosphäre der Einschüchterung zu erzeugen und

auch die letzten Reste der noch vorhandenen bürgerlich-demokratischen „Pressefreiheit" immer weiter auszuhöhlen und einzuschränken.

Unter dem Vorwand der „Bekämpfung des organisierten Verbrechens" werden die legalen Möglichkeiten der Verfolgung und Unterdrückung demokratischer und revolutionärer Kräfte erheblich ausgeweitet: Einschränkungen der Rechte Angeklagter im Strafprozeß, die Legalisierung des „großen Lauschangriffs", die Abschaffung der offiziellen Trennung von Geheimdienst und Polizeiapparat sowie Gesetze zur engeren Zusammenarbeit von Polizei, BGS und Bundeswehr sind hier zu nennen.

In der polizeistaatlichen Praxis geht die Faschisierung noch einen Schritt weiter: Die ***offene Hinrichtung von Wolfgang Grams*** (einem Kämpfer der RAF) durch die Elitetruppe GSG-9 und des fünfzehnjährigen ***Halim Dener*** beim Plakatieren für den Befreiungskampf des kurdischen Volkes durch einen polizeilichen Rückenschuß müssen als mörderische Drohung an alle revolutionären und demokratischen Kämpferinnen und Kämpfer verstanden werden.

All dies zeigt, daß die sogenannte „bürgerliche Demokratie", gerade weil sie nur eine der möglichen Formen der Diktatur der Bourgeoisie ist, schon Elemente einer offen terroristischen Diktatur in sich birgt und erstarken läßt, daß die ***Faschisierung*** innerhalb der sogenannten „bürgerlichen Demokratie" in sich logisch ist, „dazugehört", gerade in einem Land wie Deutschland.

Der Imperialismus – das ist Reaktion auf ganzer Linie. Ständig werden die legalen Kampfmöglichkeiten für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen eingeschränkt. Die durch den Sieg über den Nazifaschismus zunächst festgeschriebenen demokratischen Möglichkeiten wurden schon weitgehend eingeschränkt.

Auf diesem Weg wird der deutsche Imperialismus immer weiter gehen. Der Kampf gegen alle diese Einschränkungen der demokratischen Rechte im einzelnen und im Gesamtzusammenhang ist ganz gewiß zwingend, um – ohne Illusionen in das Wesen dieses Staatsapparats, in die parlamentarisch verbrämte Diktatur der Bourgeoisie aufkommen zu lassen – vor allem die Kräfte der proletarischen Revolution sammeln und organisieren zu können.

Ausschlaggebend wird dabei sein, diese demokratischen Kämpfe wie alle anderen Tageskämpfe dazu zu nutzen, wirklich das Bewußt-

sein über die Lage und die Aufgaben einer revolutionären Arbeiterbewegung in die Arbeiterklasse hineinzutragen, also sozialistisches Bewußtsein zu schaffen und praktisch, wo irgend möglich, den engen Rahmen des Legalismus und Pazifismus durch Massenkämpfe zu sprengen.

Das Gefängnissystem des deutschen Imperialismus – ein Unterdrückungsinstrument zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft

„Kriminalität" – mit diesem Begriff wird bei den Werktätigen vom Kindesalter an ein Bild erzeugt, das die Gefängnisse im Kapitalismus so darstellt, als würden dort nur die übelsten Räuber und Mörder hineingesteckt, als dienten sie dem Schutz der alten Oma, der Kinder und des kleinen Mannes. Die Wahrheit ist, daß auf lange Sicht gesehen die ***grundlegende Funktion der Gefängnisse im Kapitalismus***, wie der ganzen Justiz, der Polizei bis hin zur Armee, darin besteht, als Instrument zur Aufrechterhaltung und Ausweitung der Herrschaft der Bourgeoisie zu dienen.

Ein kurzer Blick in die Geschichte des Gefängnissystems des deutschen Imperialismus zeigt: Die Gefängnisse des deutschen Imperialismus wurden gerade in Zeiten des revolutionären Aufschwungs ein wichtiges ***Mittel für die Bourgeoisie im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung,*** indem sie ihr die besten Kämpferinnen und Kämpfer entreißt, Tausende von Revolutionären einkerkert, um die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen. So war es z. B. gegen Ende der Weimarer Republik, in einer Zeit heftiger Klassenkämpfe.

Vor allem in der Nazi-Zeit hat sich in klarster und brutalster Weise gezeigt, wozu der Staatsapparat der deutschen Bourgeoisie, ihr Unterdrückungs- und Verfolgungsapparat mit seinen Gefängnissen, Zuchthäusern, KZs und Vernichtungslagern dient, zu welchen Verbrechen er bei der Verfolgung seiner Ziele in der Lage ist: Liquidierung der Arbeiterbewegung, Ausschaltung aller Kritiker, Vernichtung anderer Völker im Kampf um die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus.

Die entscheidende Funktion der Gefängnisse des west/deutschen Imperialismus nach 1945 war und ist immer wieder erkennbar:

- Nach Ermittlungsverfahren gegen Zehntausende von KPD-Mitgliedern sowie 150 000 mittelbar betroffene Personen wurden bereits in den 50er Jahren in der BRD Tausende von Kommunistinnen und Kommunisten in das in ungebrochener Tradition des deutschen Imperialismus aufgebaute Gefängnissystem des westdeutschen Imperialismus eingekerkert, um den Widerstand gegen die Schaffung einer neuen imperialistischen westdeutschen Armee zu brechen.

- Seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre bis heute dienen west/deutsche Gefängnisse verstärkt dazu, die bestehenden ersten, kleinen Ansätze des revolutionären Kampfes gegen die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie schon im Keim zu erstikken, indem Revolutionäre, Antifaschisten und Antimilitaristen eingekerkert und mit deutscher Gründlichkeit „behandelt", in Isolationshaft gesteckt, ja sogar ge„selbstmordet" werden wie in Stammheim 1977, indem revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer aus anderen Ländern ganz gezielt in die Folterkeller, in die Hände ihrer Mörder in ihren Herkunftsländern abgeschoben werden.

Über 60 000 Frauen und Männer sitzen heute in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus, die meisten für Delikte, die aus sozialer Not und Verelendung (sogenannte „Eigentumsdelikte") begangen wurden, ein zunehmender, nicht unbeträchtlicher Teil aber auch aus direkt politischen Gründen: Totalverweigerer, Revolutionäre, antifaschistische und antiimperialistische Kämpferinnen und Kämpfer verschiedenster Nationalitäten, Flüchtlinge aus anderen Ländern.

Schikanen, Willkür, ständige physische und psychische Unterdrükkung, eine Arbeit für einen Hungerlohn von einigen Mark pro Tag, ohne jegliche Rechte, stumpfsinnig, monoton und gefährlich, bestimmen den Alltag der Gefangenen in den deutschen Gefängnissen. Viele werden durch dieses elende Leben in den Tod getrieben: „Selbstmord" ist die häufigste Todesursache von Gefangenen und kommt fünfmal häufiger vor als außerhalb der Gefängnismauern. Bei Widerstand oder Protest werden verschiedene ***Unterdrückungsmethoden*** angewandt, um die Gefangenen zu brechen und niederzumachen: Psychopharmaka, um „ruhigzustellen", Hochsicherheitstrakte und Bunker (völlig kahle, von oben bis unten gekachelte, leere Dunkelzellen), Zwangsernährung als Foltermethode, um Hungerstreikende zum Aufgeben zu zwingen usw.

Die Gefangenen aus anderen Ländern müssen noch unter weit schlimmeren Bedingungen leben als deutsche Gefangene. Sie sind ständig den widerlichsten, auch körperlichen, rassistischen Angriffen der Schließer, der Anstaltsärzte usw. ausgesetzt, genauso wie alle, die in den Augen eines deutschen Chauvinisten als „undeutsch" gelten. Es gibt eine Reihe völlig „rechtmäßiger" bürokratischer Schikanen gegen Gefangene aus anderen Ländern, wie z. B. keine Möglichkeit zur Ausbildung und Umschulung, verschärfte Zensur der Post und häufige Besuchsverbote.

Die Gefangenen aus anderen Ländern, die in ***Abschiebehaft*** sitzen, sind unter besonders unerträglichen Haftbedingungen eingekerkert. Sie sitzen meist in strenger Isolationshaft und haben tagtäglich die Drohung vor Augen, jederzeit abgeschoben zu werden. Ca. 3500 Flüchtlinge sitzen ständig in Abschiebehaft, 35 000 werden pro Jahr abgeschoben, was immer öfter die gezielte und geplante Abschiebung direkt ins Gefängnis zutiefst reaktionärer Staaten bedeutet, was Folter, ja Mord bedeutet.

Immer wieder kommt es zu ***Revolten, zu Kämpfen und Hungerstreiks gegen diese unmenschlichen Haftbedingungen, gegen die Abschiebehaft.*** So kämpften z. B. 1990 Gefangene militant in den Gefängnissen von Straubing, Fuhlsbüttel und Frankfurt-Preungesheim für bessere Haftbedingungen, 1993 und 1994 kam es zu Hungerstreiks im Abschiebegefängnis Herne, im April und Mai 1994 revoltierten Gefangene im Abschiebegefängnis Büren, im April 1994 revoltierten Flüchtlinge im Abschiebegefängnis Leverkusen und im Juli 1994 in Kassel. Sämtliche Kämpfe gegen das Gefängnissystem des deutschen Imperialismus müssen unbedingt ausgewertet, ihre Erfahrungen gesammelt werden, um aus diesen Kämpfen für zukünftige Kämpfe zu lernen.

Ohne die Solidarität, ohne ein enges Bündnis zwischen deutschen und nichtdeutschen Gefangenen ist ein wirklich wirkungsvoller Kampf für bessere Haftbedingungen und gegen das Gefängnissystem des westdeutschen Imperialismus unmöglich. Ein solches Bündnis ist nur im gemeinsamen Kampf gegen die rassistische und deutschchauvinistische Unterdrückung der Gefangenen aus anderen Ländern und durch den Kampf gegen den Rassismus, die deutsche Überheblichkeit in den Köpfen der deutschen Gefangenen herzustellen.

Die Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen ist ein Maßstab für die Reife der revolutionären Bewegung eines jeden Landes – das gilt auch heute für Deutschland.

Eine solche Solidarität bedeutet für die nicht eingekerkerten demokratischen, revolutionären und kommunistischen Kräfte, gemäß ihren Möglichkeiten alle gerechten Kämpfe der Gefangenen zu unterstützen, sowohl propagandistisch als auch praktisch, insbesondere den Kampf gegen die Abschiebehaft und den mörderischen Abschiebeterror. Eine solche Solidarität bedeutet auch, eine revolutionäre Debatte über die grundlegenden Fragen der Revolution zwischen „Drinnen" und „Draußen" in Gang zu bringen, in dieser Debatte voneinander zu lernen, um die zentralen Fragen der proletarischen Revolution zu lösen.

Die fortschrittlichen, geschweige denn die revolutionären Teile der Arbeiterklasse können sich nicht vorwärtsentwickeln, ohne die Zustände in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus aus dem Dunkeln ans Licht zu bringen, ohne mit wärmster Sympathie die gerechten Kämpfe der Gefangenen zu unterstützen, ohne wirkliche Solidarität mit den kämpfenden Gefangenen.

Der Kampf für die Zerschlagung dieses imperialistischen Staatsapparates schließt unbedingt den Kampf gegen das ganze System der Gefängnisse und Zuchthäuser des deutschen Imperialismus mit ein. Der Kampf der revolutionären, kommunistisch orientierten Arbeiterklasse für die Diktatur des Proletariats ist auch ein Kampf dafür, daß wirklich die Richtigen von Roten Richtern abgeurteilt und bestraft werden, die Mörder, die den Krieg vorbereiten, die kapitalistischen Verbrecher, die den Arbeiterinnen und Arbeitern täglich den Mehrwert in den Fabriken abpressen, das ganze Ausbeutergesindel und seine konterrevolutionären Helfer!

Staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien / Nazi-Banden

Die vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus verschärft betriebene Faschisierung, Hetze und Unterdrückungspraxis, vor allem auch gegen politische Flüchtlinge und andere hier lebende und arbeitende Menschen verschiedenster Nationalität, ermutigt die Nazis und

deren Organisationen zu ***tagtäglichen, um ein Vielfaches verstärkte Terrorakte*** gegen „Nichtdeutsche", gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen Behinderte und Obdachlose, gegen alle Menschen, die nicht in ihr deutsch-nazistisches Weltbild passen, zu ***Pogromen*** wie in Hoyerswerda und Rostock, zu ***Mordtaten*** wie in Mölln, Solingen und Lübeck. Die ***Komplizenschaft des deutschen Staatsapparates mit den nazistischen Brandstiftern*** wird deutlich z. B. an dem faktisch unter Polizeischutz durchgeführten Pogrom in Rostock und an der Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck 1996. Das alles diente und dient den deutschen Imperialisten zur Verschärfung ihrer rassistischen und chauvinistischen Gesetze und Politik gegen Menschen anderer Nationalität.[6]

Durch das Anwachsen neuer Nazi-Parteien hat das Gewicht und die Bedeutung offen nazifaschistischer Bewegungen in den letzten Jahren zugenommen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebautes Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen.

Die Nazi-Banden und Nazi-Parteien dürfen keinesfalls getrennt oder unabhängig von diesem Staatsapparat betrachtet werden. In Wahrheit handelt es sich um eine ergänzende und flankierende Maßnahme des deutschen Imperialismus im gesamten System seiner reaktionären Maßnahmen. Die Nazi-Parteien dienen dabei auch als „Vorreiter", als „Versuchsballon", wie weit sich die Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.

Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom deutschen Staatsapparat gefördert, unterstützt und in Schutz genommen, ja sogar gezielt gegen antifaschistische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten.

---

[6] In „Gegen die Strömung", Nr. 57, „Pogrome!", Oktober 1991, sowie in mehreren Flugblättern und Plakaten hat „Gegen die Strömung" den sich immer weiter verschärfenden Nazi-Terror und die Komplizenschaft der Nazis mit dem westdeutschen bzw. deutschen Staat entlarvt und angeprangert.

Der Kampf gegen die Nazi-Banden und ihre Aktionen, gegen die Nazi-Parteien und ihre Hetzpropaganda ist unerläßlich und heute noch dringender geworden. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargemacht werden, daß die zunehmende ***Faschisierung hauptsächlich vom Staat der deutschen Imperialisten ausgeht,*** daß der hauptsächliche Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man die Nazi-Banden wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarischen Republik zu einer nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt, das imperialistische System, den Kapitalismus vernichten!

Der ***Kampf*** zur Verteidigung der demokratischen Rechte ***gegen staatliche Faschisierung und gegen Nazi-Banden/Parteien*** muß in den Kampf zur Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung eingeordnet und diesem untergeordnet werden.

Ganz besonders von der Einschränkung der demokratischen Rechte, von staatlicher Faschisierung und den Nazi-Banden betroffen sind einige Minderheiten in Deutschland, die traditionell Zielscheibe des deutschen Chauvinismus und Rassismus sind – die Sinti und Roma und die jüdische Bevölkerung.

Besondere Aspekte des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus

> **„Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie er sich ausdrückte, ‚auf den Zahn zu fühlen', sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen. (...)**
>
> **Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrükkernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (der englischen und der russischen) gemeinsam ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, übernommen von der ‚Großmacht'-Bourgeoisie."**
>
> (Lenin, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1914, Werke Band 20, S. 440)

„Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten" gegenüber den vom „eigenen" Imperialismus unterjochten und verfolgten Völkern und Minderheiten, „Wiederkäuen der von der Großmacht-Bourgeoisie übernommenen Vorurteile" – davor warnte Marx zu Recht.

Vom deutschen Imperialismus werden die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem aufgehetzt gegen alle angeblich oder wirklich „nichtdeutschen" Teile der Bevölkerung.

Um die Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, um von den wahren Schuldigen dieses kapitalistischen Systems abzulenken, werden Ideologien wie Chauvinismus und Rassismus gebraucht. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß diese deutsch-chauvinistischen, rassistisch gefärbten oder offen rassistischen Kampagnen ein Grundzug der „Innenpolitik" des deutschen Imperialismus sind: mal vorrangig gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, mal vorrangig gegen Sinti und Roma, dann wieder mehr gegen die politisch

Verfolgten und Asylsuchenden, ein anderes Mal vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, dann aber wieder verstärkt gegen arbeitsuchende Polinnen und Polen, gegen Werktätige aus der Türkei, speziell gegen Kurdinnen und Kurden usw., die in widerlichster Weise beschimpft und diskriminiert werden.

Der deutsche Imperialismus benutzt den Chauvinismus und Rassismus zur Einschüchterung und direkten Bedrohung der Angehörigen dieser Gruppen, aber auch zur Drohung gegen andere Minderheiten, die „als nächste drankommen". Er versucht, mit dieser Hetze breite Teile der deutschen Bevölkerung an sich zu binden.

Ohne Rassismus und Chauvinismus in die Köpfe der werktätigen Massen zu pflanzen, kann kein imperialistischer Krieg geführt werden. Und ohne Rassismus und Chauvinismus in die Köpfe der Bevölkerung zu pflanzen, kann auch die Herrschaft des Imperialismus im Innern nicht aufrechterhalten werden.

Besonders seit der Einverleibung der DDR hat die chauvinistische und rassistische Hetze und Politik in Deutschland ungeheuer zugenommen. Drohungen, Terror, Morde und Pogrome gegen Menschen, die nicht als „deutsch" gelten, gehören zu den tagtäglichen „deutschen Zuständen" heute. Dabei ist es den deutschen Imperialisten unbestreitbar gelungen, das Gift des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und der Überheblichkeit unter großen Teilen der deutschen Werktätigen, der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbreiten.

Der Kampf gegen alle Erscheinungen der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie, gegen jegliche Diskriminierung, die unbedingte Solidarität mit den Arbeitern und Arbeiterinnen aus anderen Ländern hier in Deutschland, mit den vom Imperialismus politisch Verfolgten, mit den vom imperialistischen Weltsystem aus wirtschaftlichen, rassistischen, nationalen, religiösen und anderen Gründen zur Flucht Getriebenen, mit der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma ist daher eine Grundvoraussetzung einer wirklich gegen den deutschen Imperialismus gerichteten revolutionären Arbeiterbewegung.

„Gegen die Strömung" stellt sich diese Aufgaben im Bewußtsein der Lehre von Marx, daß die Vorbereitung der sozialistischen Revolution und ihre siegreiche Durchführung ein hohes, gegen den deut-

schen Chauvinismus gerichtetes Klassenbewußtsein der Mehrheit der Arbeiterklasse voraussetzt.

Der Imperialismus als Ursache der „modernen Völkerwanderung" und ihre dennoch fortschrittliche Bedeutung

Die Erscheinung der „modernen Völkerwanderung" ist nicht neu. Ihre Ursachen liegen im System des Kapitalismus begründet:

> **„Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt. Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an."**
> (Lenin, „Kapitalismus und Arbeiterimmigration", 1913, Werke Band 19, S. 447)

Die Kapitalisten nutzen das Elend der eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter und beuten sie in gewissenlosester Weise aus. In der Epoche des Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, in der eine Handvoll Großmächte die Welt unter sich aufgeteilt hat, herrschen in der Regel solche elenden Lebensbedingungen, die die Werktätigen zwingen, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Die „moderne Völkerwanderung" ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Völker in den abhängigen Ländern.

Lenin stellte klar, daß die „moderne Völkerwanderung" nicht nur zwangsläufige Folge des Imperialismus ist, sondern auch günstige Möglichkeiten für die Entwicklung des Klassenkampfes bietet:

> **„Doch nur Reaktionäre können vor der *fortschrittlichen* Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der *ganzen* Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller**

> **Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt."**
> (Ebenda, S. 447)

Die „moderne Völkerwanderung" bietet also auch große Chancen und stellt große Aufgaben im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die tagtäglichen Erfahrungen in den Betrieben, in den Kämpfen gegen das Kapital zeigen, daß sich erst über die nationalistischen Schranken hinweg auf dem Weg des Kampfes gegen Chauvinismus und Rassismus ein auf internationalistischem Bewußtsein basierender gemeinsamer solidarischer Kampf gegen die Bourgeoisie entwickeln kann.

Die „moderne Völkerwanderung" läßt sich nicht reduzieren auf die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern, die seit den 60er Jahren hierher gekommen sind, um ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, sondern umfaßt Hunderttausende, ja Millionen, die aus Not, Elend und Hunger ihre Heimat verlassen haben oder vertrieben wurden. Die richtige Haltung zur Frage der „modernen Völkerwanderung" ist gleichzeitig auch eng verbunden mit einer richtigen Haltung zur Frage der politisch Verfolgten, die direkt aktiv gegen den Imperialismus gekämpft haben und kämpfen.

Die Grenzen sind oft nicht leicht zu ziehen, sind fließend. Ein richtiger und konsequenter Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus erfordert engste Zusammenarbeit und Solidarität mit diesen vom Imperialismus Ausgebeuteten und Verfolgten.[7]

---

[7] Eine ausführliche Darlegung zur Ursache und Bedeutung der „modernen Völkerwanderung" und der Schlußfolgerungen für den konsequent demokratischen Kampf gegen Abschiebungen, gegen Chauvinismus und Rassismus sowie für alle demokratischen Rechte für die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist in „Gegen die Strömung", Nr. 57, „Pogrome!", Oktober 1991, im Teil „Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus" enthalten.

Die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern in Deutschland bekämpfen!

Der Kapitalismus ist international. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen, auf dem „Arbeitsmarkt" als Ware anbieten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen gerade aus den vom Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Ländern suchen dort Arbeit, wo sie scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger und extrem elende Lebensbedingungen in vielen Ländern sind wesentliche Gründe, außerhalb des eigenen Landes ihren einzigen Besitz, die Arbeitskraft, auf dem Markt in anderen Ländern anzubieten und zu verkaufen.

Der deutsche Imperialismus hat in diesem Prozeß der „modernen Völkerwanderung" schon immer so oder so eingegriffen, ihn in die Bahnen seiner ideologischen, politischen und ökonomischen Interessen zu lenken gesucht. Der deutsche Imperialismus kann dabei auf eine lange Tradition der Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, von „Fremdarbeitern", „Ostarbeitern" usw. zurückgreifen, hat sein Handwerk unter dem Motto: „Teile und herrsche" gründlich gelernt. Diese Tradition fand in der Nazi-Zeit ihren blutigen, mörderischen Höhepunkt.

Warb der westdeutsche Imperialismus mal offen Arbeitskräfte aus anderen Ländern an, spielte Arbeitsuchende aus der einen Region gegen jene aus einer anderen aus, so propagierte er auch, daß „das Boot voll" sei, um Pogromstimmungen zu erzeugen, um dann wieder lauthals die Notwendigkeit eines erneuten Zustroms von neuen „billigen Arbeitskräften" zu verkünden.

Dabei kamen in den 60er und 70er Jahren die „angeworbenen" Arbeitskräfte vor allem aus Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Italien, Portugal und Spanien nach Westdeutschland (in die DDR besonders aus Vietnam und Mosambik). Diese stellen heute in den Fabriken 2 bis 3 Millionen der Ausgebeuteten und machen zusammen mit ihren Familienangehörigen über 7 Millionen, d. h. fast ein Zehntel der Bevölkerung in Deutschland aus.

In den letzten Jahren ist jedoch vor allem eine verstärkte Zuwanderung aus Osteuropa, aber auch aus Asien und Afrika zu beobachten,

ohne daß diese Arbeitskräfte – mit Ausnahme vielleicht von Saisonarbeitern – „angeworben" worden sind. Angesichts zunehmender Erwerbslosigkeit und Verelendung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sowie angesichts des ungeheuren Elends in den meisten industriell weniger entwickelten Ländern der Welt ist so eine verstärkte „moderne Völkerwanderung" im Gange.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern werden vom deutschen Imperialismus schon immer besonders brutal ausgebeutet und unterdrückt, als „Menschen zweiter Klasse" behandelt. Sie werden gezwungen, in den Fabriken die schwersten und gefährlichsten Arbeiten zu verrichten und zumeist in den schlechtesten Wohnungen zu leben.

Die reaktionären „Ausländergesetze" sind Sondergesetze für Menschen ohne deutschen Paß, sie machen die Werktätigen aus anderen Ländern politisch praktisch völlig rechtlos. Von den Wahlen der bürgerlichen Demokratie sind die Werktätigen und andere hier lebende Menschen ohne deutschen Paß ohnehin völlig ausgeschlossen. Viele leben ständig unter dem Damoklesschwert der jederzeitigen Abschiebung.

Mittels der verschiedenartigsten rechtlichen „Unterscheidungen", von „Erstanwerbeländern" über EG-Mitglieds- und Nichtmitgliedsländern bis hin zu den vielfältigsten Diskriminierungsabstufungen der verschiedensten Flüchtlingsgruppen, wird der deutsche wie auch der europäische Chauvinismus weiter geschürt.

Werktätige Frauen aus anderen Herkunftsländern sind in dreifacher Hinsicht diskriminiert: als „Ausländerinnen", als Arbeiterinnen und als Frauen. Sie erhalten oft nur eine an ihre Ehe gebundene Aufenthaltsgenehmigung, die sie im Falle einer Scheidung sofort verlieren. In den Betrieben erhalten sie meist die am schlechtesten bezahlten Jobs, oft sogar ohne festen Arbeitsvertrag und ohne soziale Absicherung.

Besonders kraß werden die Saisonarbeiterinnen und -arbeiter, die in letzter Zeit aus Polen, Rumänien usw. kommen, vor allem auch in der Landwirtschaft und im Baugewerbe ausgebeutet. Unerträglich ist die Lage der Tausenden von illegal Beschäftigten, die keine Arbeitserlaubnis, keinerlei soziale Absicherung und keinerlei gewerkschaftliche Rechte haben. Auf dem künstlich geschaffenen illegalen Arbeitsmarkt machen sie die dreckigsten Arbeiten zu niedrigsten und

völlig ungarantierten Löhnen. Wenn manche Flüchtlinge legal „arbeiten dürfen", dann müssen sie auch dabei die miesesten Ausbeutungsbedingungen akzeptieren, denn sie dürfen nur unter der Voraussetzung beschäftigt werden, daß der Arbeitsplatz weder von einem Deutschen noch von einem Arbeiter bzw. einer Arbeiterin aus der EU besetzt werden kann.

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen von vornherein, ohne Wenn und Aber jegliche Hetze gegen die durch den Kapitalismus zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern bekämpfen. Jegliche „Sondergesetze" wie das „Ausländergesetz" sowie „Zuzugsregelungen", „Einwanderungsgesetze" usw. dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die deutsche Arbeiterklasse mit dem Geist der Überheblichkeit und des Chauvinismus anzustecken. Jede fortschrittliche Arbeiterbewegung muß unbedingt für die ***gleichen Rechte*** aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Menschen, die ursprünglich aus anderen Ländern kommen, eintreten, das heißt für die Abschaffung des „Ausländergesetzes" und gegen jede Einwanderungsbeschränkung kämpfen, gegen jegliche Sondergesetze und gegen jede Beschränkung für Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutschen Paß.

Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus hier müssen sich die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit denen aus anderen Ländern, die hier arbeiten und leben, zusammenschließen. Egal ob sie nun vor Jahrzehnten aus der Türkei und Spanien „angeworben" wurden oder ob sie angesichts der katastrophalen Lage in den ehemals revisionistischen Ländern nun aus Polen, Rumänien oder dem ehemaligen Jugoslawien oder angesichts der katastrophalen Lebens- und Unterdrückungsverhältnisse aus asiatischen, südamerikanischen oder afrikanischen Ländern hierher kommen, um in Deutschland ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Dabei ist besonders zu beachten und hervorzuheben, daß die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, etwa aus der Türkei, oft bei betrieblichen Auseinandersetzungen, im Streikkampf, bei Demonstrationen an vorderster Front stehen. Sie haben teilweise bereits in ihren Herkunftsländern, nicht selten unter sehr schwierigen Bedingungen, wertvolle Kampferfahrungen gesammelt, aus denen die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter viel lernen können und müssen. Doch auch gegenüber Arbeiterinnen und Arbeitern, die aus Ländern nach Deutschland kommen, in denen die Kämpfe noch nicht so

weit wie etwa in der Türkei entwickelt sind, ist jegliche Überheblichkeit zu bekämpfen und solidarisch eine gemeinsame Kampffront zu schmieden.

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter haben die internationalistische Verpflichtung, den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern in Deutschland, des Proletariats und der unterdrückten Völker in „ihren" Ländern für „ihre" Revolution maximal zu unterstützen, vor allem der Revolutionen in den vom deutschen Imperialismus abhängigen Ländern.

Politisches Asylrecht für die von Imperialismus und Reaktion Verfolgten!

Schon bei der Einführung des Asylrechts durch die bürgerliche Französische Revolution vor 200 Jahren wurde ausdrücklich erklärt, daß dies für die von den Tyrannen Verfolgten gilt, nicht aber für die Tyrannen und ihre Henkersknechte:

> **„Das französische Volk gewährt allen aus ihrem Vaterland wegen ihres Freiheitskampfes verbannten Fremden Asyl. Den Tyrannen dagegen wird es verweigert."**

Und selbst in der UNO-Menschenrechtserklärung vom Dezember 1948 wurde, noch unter dem Eindruck der Anti-Hitler-Koalition, festgehalten, daß das Recht auf Asyl bei Verfolgung „wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden kann".

Im Gegensatz dazu ist das Asylrecht in der Bundesrepublik seit seiner Einführung 1945 eng verknüpft mit dem Schutz der deutschen Naziverbrecher und ihrer Gefolgsleute. Der entsprechende Artikel im Grundgesetz lautet:

> **„Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."**

Die Bundesrepublik war seit ihrer Gründung durch den westdeutschen Imperialismus 1949 zum staatlichen Unterschlupf für Naziverbrecher auch aus anderen Ländern geworden, die von ihren Völkern zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Folteroffiziere aus Chile, Faschisten aus den Philippinen, Diktatoren, die von ihren Völkern

gestürzt wurden, versuchten und versuchen auch in Deutschland unter Berufung auf das „Asylrecht" Unterschlupf zu bekommen.

Das gerade trifft einen Kernpunkt: Die deutschen Imperialisten schränken das Asylrecht für die wirklich vom Imperialismus und von jeglicher Reaktion Verfolgten extrem ein und weiten es aus für die Faschisten und Reaktionäre aller Länder.

Mit der 1993 erfolgten Änderung im Grundgesetz wurde das Asylrecht nahezu abgeschafft (durch die generelle Abweisung aller aus einem „sicheren Drittstaat" eingereisten Asylwerber, die schikanöse Verkürzung der Rechtsmittelfristen usw.). Die brutalen Maßnahmen von verschärften Grenzkontrollen, insbesondere an der Grenze zu Polen und zur Tschechischen Republik, die erkennungsdienstliche Erfassung wie bei Kriminellen, die immer widerwärtigere Behandlung von Flüchtlingen in sogenannten „Asylbewerberunterkünften", „Sammellagern", Sonderzonen wie auf dem Frankfurter Flughafen, die eingeschränkte Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden, die Einstufung der Asylsuchenden unterhalb des Existenzminimums (Kürzung der Sozialhilfe), bis hin zu tagtäglichen Mißhandlungen durch die deutschen Staatsbüttel, Polizei- und BGS-Schergen, die auch vor Folter und Morden nicht zurückschrecken, die Inhaftierung in Abschiebegefängnissen (wo sie immer öfter in den Selbstmord getrieben werden) und die mörderische Abschiebepraxis – all das hat die Lage der Flüchtlinge auf das unerträglichste verschärft.

Die aufzubauende Kommunistische Partei in Deutschland muß uneingeschränkt für das Asylrecht der vom Imperialismus und von den Reaktionären Verfolgten kämpfen. Viele von ihnen können für die deutschen Revolutionäre Vorbild sein, von vielen können die Arbeiterinnen und Arbeiter als Revolutionäre und Kämpfer lernen.

Es ist eine Aufgabe, die reaktionäre Demagogie zu bekämpfen, daß „politisch verfolgt" nach dem „Grundgesetz", aber auch nach internationalen Verträgen nur sei, wer selbst in einer politischen Organisation Mitglied war bzw. sich ausdrücklich politisch betätigte und deswegen verfolgt wurde. In Wirklichkeit beinhaltet der Begriff „politisch Verfolgte", daß Menschen ***aus politischem Kalkül,*** aus politischer Berechnung verfolgt werden, wobei eben nicht nur deren ausdrücklich politische Tätigkeit Grund der Verfolgung ist, sondern gerade auch rassistische, nationale und andere Gesichtspunkte der Aufhänger hierfür sind.

Das reaktionäre Manöver, die Frage des Asylrechts zu vermischen mit den Problemen der modernen Völkerwanderung, um sowohl das Asylrecht abzuschaffen als auch das Recht für Werktätige aus anderen Ländern abzulehnen, in Deutschland Arbeit zu suchen und hier zu leben, muß zerschlagen werden, indem wir ***offensiv*** sowohl das Recht auf Suche nach Arbeit für die „Verdammten dieser Erde" verteidigen als auch ***offensiv*** das Recht auf Asyl als demokratisches Grundrecht.

Solidarität, wärmste Sympathie, wirkliche Unterstützung – das ist es, was die deutsche Arbeiterbewegung für diese vom Imperialismus verfolgten „Verdammten dieser Erde" erlernen und hervorbringen muß. Darüber hinaus muß sie Haß, Kampf auf Leben und Tod gegenüber dem deutschen Imperialismus entfalten, der mit widerwärtigen Kampagnen und mörderischen Abschiebepraktiken gegen „Scheinasylanten" etc. zu Felde zieht.

Den Antisemitismus bekämpfen!

> **„Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden ... Auch in anderen Ländern hat man nicht selten Gelegenheit, zu sehen, daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden schüren, um den Blick des Arbeiters zu trüben, um seine Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind der Werktätigen – vom Kapital – abzulenken ... Schmach und Schande über den, der Feindschaft gegen die Juden, Haß gegen andere Nationen sät."**
>
> (Lenin, „Über die Pogromhetze gegen die Juden", 1919, Werke Band 29, S. 239/240)

Der Antisemitismus war die Ideologie, die in der Praxis der Nazi-Diktatur zum industriell und staatlich durchorganisierten Völkermord an 6 Millionen Juden und Jüdinnen, vom Säugling bis zum Greis, beigetragen hat.

Der Antisemitismus in Deutschland hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und reicht bis in die Reihen der Arbeiterbewegung. Er wurde keinesfalls erst durch die Nazifaschisten erfunden, er existierte auch in Westdeutschland von Anbeginn an und existiert heute in Deutschland in vielerlei Formen und Abstufungen. Nach der

Ehrung der SS in Bitburg trat er wieder ungeniert an die Öffentlichkeit. Der Antisemitismus wurde für extrem rechte wie auch „linksliberale" Kreise wieder salonfähig und erstarkte (vgl. die Aufführung des antisemitischen Faßbinder-Stücks „Der Müll, die Stadt und der Tod" 1985 in Frankfurt).[8]

Die jahrzehntelange zumindest in mancher Hinsicht an den Tag gelegte Zurückhaltung nach 1945 aufgrund der zu „frischen" Erinnerung an Auschwitz, das angebliche „Tabu" bezüglich der „Kritisierbarkeit von Juden", wird nun nach 40, 50 Jahren abgeschüttelt, und alte Vorurteile über angebliches „jüdisches Verhalten" erhalten freie Bahn. Gerade jene, die Auschwitz überlebt haben, die sozusagen eine lebendige Anklage gegen die Verbrechen der deutschen Imperialisten darstellen, werden diffamiert und angegriffen. Das geht bis zu dem infamen Vorwurf, daß nur die „Brutalsten" und „Skrupellosesten" angeblich dazu in der Lage waren, Auschwitz zu überleben. Das ist die besondere Form des Antisemitismus und der Judenhetze nach Auschwitz ***wegen Auschwitz!***

Der Antisemitismus ist eine der extremsten Formen des Chauvinismus und Rassismus, bedroht unmittelbar die jüdische Bevölkerung in Deutschland und birgt die Gefahr von Pogromen in sich. Der Antisemitismus hat in den letzten Jahren extrem zugenommen. Verwüstungen und Zerstörungen von jüdischen Friedhöfen sind an der Tagesordnung, der antisemitische, nazifaschistische Terror reicht von Brandanschlägen auf die Gedenkstätte der ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald, über die Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge bis hin zur brutalen Ermordung von Karl-Hans Rohn, der von den Nazis für einen Mann jüdischer Herkunft gehalten worden ist. Dies alles wurde möglich und angeheizt in der durch Repräsentanten des deutschen Staates verschärften antisemitischen Propaganda wie durch die salonfähig gemachte Leugnung des industriellen Völkermords in Auschwitz und in den anderen Vernichtungslagern.

---

[8] In der Nummer 38 von „Gegen die Strömung" vom August 1986, „Den erstarkenden Antisemitismus bekämpfen!", wird diese antisemitische Offensive ausführlich analysiert und entlarvt, die geschichtliche Tradition des deutschen Antisemitismus, die Funktion des Antisemitismus für den deutschen Imperialismus herausgearbeitet, werden Kernpunkte der kommunistischen Positionen zum Kampf gegen den Antisemitismus dargestellt.

Daher muß eine revolutionäre Kommunistische Partei in Deutschland den verschärften Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen Formen führen und die jüdische Bevölkerung in Deutschland in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung solidarisch unterstützen und die Geschichte ihres Kampfes propagieren.

Denn es ist wie Stalin sagte, daß „die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus" sind.[9]

Dabei gilt es gerade auch innerhalb der Arbeiterbewegung, keinerlei Zugeständnisse an pseudolinke, in Wirklichkeit antisemitische Auffassungen zu machen, wie etwa die Lüge, daß der Antisemitismus angeblich „antikapitalistische Elemente" habe. Schon Engels hat diese zutiefst reaktionäre Vorstellung bekämpft:

> **„Der Antisemitismus (...) dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel."**
> (Engels, „Über den Antisemitismus", 1890, Marx/Engels Werke, Band 22, S. 50)

In der Tradition von Marx und Engels muß dem Antisemitismus als einer durch und durch reaktionären Erscheinung der Ausbeuterordnungen unbarmherzig und vollständig der Krieg erklärt werden.

Dabei müssen in der Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus, des Kampfes von Marx und Engels, aber gerade auch des wichtigen Kampfes von Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationalen, auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihr Kampf zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen die Angriffe der Antisemiten zur Zeit von Marx und Engels sowie die oft in der Hölle der KZs geführten Anstrengungen der Genossinnen und Genossen der KPD zum Schutz und zur Verteidigung der vom Antisemitismus direkt Betroffenen propagiert werden. Aber es müssen auch die Unterlassungen und Fehler der kommunistischen und Arbeiterbewegung, insbesondere der KPD, ihrer Führer und ihrer Kader auf theoretischem, propagandistischem und direkt praktischem Gebiet erkannt und aufgedeckt werden, um bewußt aus diesen Kämpfen wirklich für heute lernen zu können.

---

[9] Siehe Stalin, „Über den Antisemitismus", 1931, Werke Band 13, S. 26.

Den Antiziganismus bekämpfen!

Der Völkermord der deutschen Imperialisten in der Nazi-Zeit hat 500 000 Sinti und Roma vernichtet.

Bereits vor der Nazi-Diktatur hatten Diskriminierung, Hetze, Pogrome, polizeiliche Erfassung eine jahrhundertealte Tradition. Der Antiziganismus (der Begriff Antiziganismus wurde zu Recht von der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma eingeführt, um die Parallelen mit dem Kampf gegen den Antisemitismus zu betonen) ist in Deutschland, wie auch der Antisemitismus, seit Jahrhunderten tief in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und hat auch in den Reihen der Arbeiterbewegung Einfluß. Auch nach dem 8. Mai 1945 wurden ungebrochen weiterhin Rassismus, Diskriminierung und Hetze durch die Massenmedien in aller Öffentlichkeit betrieben, sind staatliche Erfassung, Schikane und Verfolgung weiter an der Tagesordnung. Die unmittelbar für die Erfassung, Verschleppung und Ermordung der Sinti und Roma verantwortlichen Nazis wurden in Westdeutschland bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht gerichtlich belangt, befanden und befinden sich auf freiem Fuß bzw. saßen und sitzen wieder in wichtigen staatlichen Positionen, um in besonders infamer Weise ausgerechnet Entschädigungsforderungen der Sinti und Roma zurückzuweisen.

Das an den Überlebenden des Völkermordes systematisch begangene Unrecht während der Nazi-Zeit wird von den Behörden des deutschen Imperialismus als angeblich „rechtmäßig" erklärt. Sämtliche berechtigten Forderungen der Sinti und Roma auf materielle Entschädigungsleistungen wurden fast vollständig abgelehnt.

Die berechtigten Forderungen der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in Deutschland nach völliger Gleichberechtigung – bei selbstverständlicher Wahrung ihrer Identität als deutsche Sinti und Roma, die seit über 500 bzw. fast 100 Jahren in Deutschland leben und arbeiten – werden nach wie vor nicht erfüllt.

Jene Roma, die angesichts der Verfolgungen in der Pogromatmosphäre in Rumänien, Ex-Jugoslawien und anderen Ländern Osteuropas nach West/deutschland geflohen sind, werden hier in Deutschland beschimpft, von Pogromen wie in Rostock bedroht, verfolgt und abgeschoben oder sogar ermordet. Ihr Recht auf Entschädigung an-

gesichts der Naziverbrechen, ihr Recht auf Bleibe, ihr Recht auf Asyl wird ihnen vorenthalten.

Obwohl die Roma unmittelbar von Pogromen und Tod bedroht sind – wie in Rumänien oder dem ehemaligen Jugoslawien –, werden sie im Rahmen sogenannter „Reintegrierungsprogramme", z. B. mit dem „deutsch-rumänischen Abschiebeabkommen", rücksichtslos dorthin abgeschoben.

Die Hetze der Politiker und Massenmedien, die oftmals der Hetze im Nazifaschismus in nichts nachsteht, hat sich schon tiefgehend innerhalb der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung festgesetzt, führt zu chauvinistischen, rassistischen Überfällen und Mißhandlungen, und die reaktionären Maßnahmen des Staates der deutschen Imperialisten breiten sich aus.

Aufgabe beim Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es daher, in den eigenen Reihen Gefühle der Solidarität zu wekken und zu festigen – anknüpfend an dem gemeinsamen Kampf der Genossinnen und Genossen der KPD mit den Sinti und Roma in den Konzentrationslagern der Nazis (ohne dabei zu vergessen, auch kritisch das Verhalten der revolutionären KPD gegenüber den Sinti und Roma zu überprüfen). Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln muß der Kampf der Sinti und Roma gegen den Staat des deutschen Imperialismus unterstützt werden: Kämpfe der Sinti- und Roma-Gruppen gegen Abschiebung und Diskriminierung wie die Besetzung der Gedenkstätten Neuengamme und Dachau und den Widerstand gegen die Abschiebungen aus Nordrhein-Westfalen. Dabei gilt es, in der Arbeiterklasse und den anderen ausgebeuteten Schichten sämtlichen Vorurteilen gegen Sinti und Roma entschieden entgegenzutreten.

Gerade heute ist das Verhältnis zu den gehetzten und verfolgten Minderheiten der Sinti und Roma ein ***Prüfstein*** für die Ehrlichkeit und das kommunistische Bewußtsein eines jeden Mitgliedes der Kommunistischen Partei.

★ ★ ★

Die Kommunistische Partei in einem Land wie Deutschland muß eine prinzipiell klare und konkrete Haltung zu allen hier lebenden Minderheiten haben, die vom deutschen Chauvinismus und Rassis-

mus betroffen sind. Dazu gehören nicht nur die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, die Flüchtlinge, die Sinti und Roma sowie die jüdische Bevölkerung, sondern auch die in Schleswig-Holstein lebenden Dänen und die in der ehemaligen DDR lebenden Sorben. (Inwieweit bei den Friesen an der deutschen Nordseeküste von einer nationalen Minderheit gesprochen werden kann, muß untersucht und analysiert werden.) Angesichts der Verbrechen des Nazifaschismus sah sich die deutsche Bundesrepublik gezwungen, den Dänen gewisse Rechte einer nationalen Minderheit zuzugestehen. In der DDR waren die Sorben ebenfalls als nationale Minderheit anerkannt. Vor dem Hintergrund der zunehmend restriktiveren deutschchauvinistischen Politik und reaktionärer antislawischer Bestrebungen zur Einschränkung und Rücknahme des Rechts der Sorben müssen wir uns mit der Geschichte und heutigen Situation der Sorben sowie auch der Dänen auseinandersetzen.

Die zu diesem Fragenkomplex erforderliche Diskussion und Auseinandersetzung hat notwendigerweise zwei Ausgangspunkte: Zum einen müssen wir uns unverrückbar von den Prinzipien der nationalen Gleichberechtigung leiten lassen, die Lenin, Stalin und die Bolschewiki für nationale Minderheiten auf einem bestimmten Territorium bzw. auch für nationale Minderheiten ohne zusammenhängendes Siedlungsgebiet entwickelt und angewandt haben. Zum anderen müssen wir solidarisch von den konkret geäußerten Bedürfnissen der Betroffenen ausgehen, von deren Diskussionsstand und konkreten Forderungen.

Die gesamte Richtung der chauvinistischen und rassistischen Politik, die sich noch weiter verschärfen wird, setzt die gründliche Auseinandersetzung mit diesem gesamten Fragenkomplex dringend auf die Tagesordnung. Das bedeutet und erfordert zugleich, daß die verstärkte Solidarität und Unterstützung für alle davon Betroffenen propagiert und praktiziert werden muß.

Den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Frauen führen

Die „Frauenfrage" ist beliebtes Betätigungsfeld für die Demagogie und Heuchelei bürgerlicher Politik. Keine bürgerliche Partei ohne Frauenausschüsse, „Frauenquoten" u. a. m. Für die Kommunistische Partei gilt es, im Kampf gegen die Heuchelei der deutschen Imperialisten von der angeblichen „Gleichstellung" der Geschlechter, den wirklichen Charakter und das Ausmaß der vielfältigen Unterdrükkung und Benachteiligung der Frauen, besonders die reale Lage der Arbeiterinnen und anderen werktätigen Frauen auf allen Gebieten zu enthüllen und den Kampf dagegen mit dem Ziel der Befreiung der werktätigen Frauen zu führen.

Die Diskriminierung der werktätigen Frauen heute

Die werktätigen Frauen hat Stalin zu Recht als „die Unterdrücktesten von allen Unterdrückten" bezeichnet.[10]

Schon einige wenige Schlaglichter belegen, daß dies auch in Deutschland nach wie vor Realität ist:

- Auch wenn dies heute nicht der zentrale Punkt sein kann, zeigt die nähere Betrachtung, daß es heute auf verschiedenen Gebieten eindeutig noch ***juristische Benachteiligungen*** und entwürdigende Schikanierung (§218) von Frauen gibt.
- Die Frauen aus anderen Herkunftsländern sind dabei zusätzlichen juristischen Formen der Unterdrückung unterworfen. Sie erhalten z. B. oft nur eine an ihre Ehe gebundene Aufenthaltsgenehmigung, die sie im Falle einer Scheidung sofort verlieren.

[10] Vgl. Stalin, „Zum internationalen Frauentag", 1925, Werke Band 7, S. 41.

- Nach wie vor gibt es massive ***materielle Benachteiligungen*** der Arbeiterinnen in den Betrieben. Auch wenn „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" verkündet wird, so werden Frauen in Wirklichkeit insgesamt im Durchschnitt um ein Drittel schlechter bezahlt als Männer. Auf vielfältige Weise werden Frauen oft aufgrund des „Risikos" einer Schwangerschaft und die dadurch bedingten Ausfallzeiten diskriminiert, weil der „reibungslose Ablauf" der am Profit orientierten kapitalistischen Wirtschaft dadurch gestört wird. Arbeiterinnen mit Kindern sind oft gezwungen, schlecht bezahlte Teilzeitarbeit oder sogar Arbeiten ohne oder fast ohne soziale Absicherung anzunehmen.

  Die Arbeiterinnen und anderen werktätigen Frauen aus anderen Ländern sind dabei in den Betrieben, mehr noch als ohnehin schon alle anderen Arbeiterinnen, besonderer Diskriminierung ausgesetzt. Sie erhalten meist die am schlechtesten bezahlten Jobs, oft sogar ohne festen Arbeitsvertrag und ohne soziale Absicherung.

- Entgegen dem Gerede von der angeblichen Erleichterung der Belastung der Frauen nimmt der Streß für die werktätige Frau durch die Doppelbelastung von Berufstätigkeit plus Hausarbeit oder, was für viele zutrifft, gar die Dreifachbelastung durch Beruf, Haushalt und Kinder in der „modernen Industriegesellschaft" in Wirklichkeit oft sogar noch zu.

- Die Zunahme des Frauen- und Mädchenhandels im Zusammenhang mit der Prostitution, der massenhafte sexuelle Mißbrauch von Kindern bis hin zur Ermordung von Mädchen und Frauen – all dies ist brutale Realität in Deutschland.

  Alle sieben Minuten findet eine offiziell registrierte Vergewaltigung eines Mädchens oder einer Frau statt, wobei die nicht registrierte „Dunkelziffer" um vieles höher liegt. Vergewaltigung wird als eine Art „Kavaliersdelikt" behandelt, so daß die Täter ermutigt werden. Die Gewalt gegen Frauen in der Ehe und gegen Kinder in der Familie hat sogar nach offiziellen Statistiken riesige Ausmaße.

Den Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel vernichten!

Fest steht: Solange werktätige Frauen und Männer es als „ganz normal" ansehen und geduldig hinnehmen, wenn etwa der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" mit Füßen getreten wird und die Männer mehr Geld erhalten, werden sie für solche Ziele, wie es Sozialismus und Kommunismus sind, nicht zu gewinnen sein.

In diesem Zusammenhang existiert ein Grundproblem, mit dem gern spekuliert und das falsch beantwortet wird, das aber auch für die Entwicklung unserer Arbeit zur Frage der Befreiung der Frauen bewußt sein muß: Ein großer, ja entscheidender Teil der Unterdrükkung der werktätigen Frauen erfolgt direkt durch den Kapitalismus, wird vom Klassenfeind und seinem Staat organisiert. Dies muß aber ins richtige Verhältnis gesetzt werden zu den Folgen innerhalb der werktätigen Massen selbst.

Engels stellte einmal polemisch fest: Er, der arbeitende Mann, der „Ernährer der Familie", „ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat".[11]

Der Kampf der werktätigen Frauen gegen ihre Unterdrückung schließt oft sehr konkret die Auseinandersetzung, den „Kampf" gegen ihren Mann ein, der selbst Arbeiter ist, ausgebeutet und unterdrückt wird. Hier einerseits den Blick für die eigentlichen Ursachen zu schärfen, die notwendige Einheit der Proletarierinnen und Proletarier im Kampf für den Sturz des Kapitalismus zu propagieren, ohne andererseits Zweifel daran zu lassen, daß wir prinzipiell den gerechten Kampf der Frauen gegen ihre Unterdrückung unterstützen – auch wenn sie von den „eigenen" Männern ausgeht –, das ist eine sehr konkret zu entwickelnde „Kunst", die so manche Probleme mit sich bringen wird.

Für den nötigen Kampf gegen alle rückständigen Ideologien, welche die volle Einbeziehung der werktätigen Frauen in die revolutionäre Arbeit verhindern, müssen zwei Aspekte hervorgehoben werden.

---

[11] (Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats", 1884, Marx/Engels Werke, Band 21, S. 75)

Der eine ergibt sich aus dem, was Lenin einmal sehr deutlich aussprach:

> **„Wir sagen, die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein, und genauso muß auch die Befreiung der Arbeiterinnen das Werk der Arbeiterinnen selbst sein."**
> (Lenin, „Über die Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung in der Sowjetrepublik", 1919, Werke Band 30, S. 27)

Das bedeutet, daß die Arbeiterinnen ihr mangelndes Selbstvertrauen, ihre Passivität vor allem in der politischen Arbeit ***selbst*** bekämpfen und überwinden müssen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, daß die Arbeiter und anderen männlichen Werktätigen, voran die Kommunisten, ihre Überheblichkeit den Frauen gegenüber bekämpfen und ablegen müssen, wenn sie wirklich mit revolutionärer Perspektive kämpfen wollen. So mancher Mann, der sich höchst fortschrittlich vorkommt und auf „große Ziele" schwört, hält es zum Beispiel für unter seiner Würde, zu Hause bei angeblicher „Weiberarbeit" zuzupacken oder ist z. B. in Diskussionen mit seiner Ehefrau/Freundin oder mit anderen Frauen nicht bereit, diese gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen oder sich mit deren Meinungen und Ansichten auch wirklich auseinanderzusetzen. Dabei merkt er gar nicht oder will aus Bequemlichkeit nicht merken, daß sein „Herrenstandpunkt" gegenüber den Frauen den nur gemeinsam erfolgreich zu führenden Kampf gegen das Kapital sabotiert. Clara Zetkin schreibt in ihren „Erinnerungen an Lenin", daß Lenin hier sehr wohl einen Aspekt revolutionärer Erziehung und Bewußtmachung sah und im Gespräch mit ihr betonte:

> **„Unsere kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen, unsere politische Arbeit unter ihnen, schließt ein großes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern in sich ein. Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel ausrotten – in der Partei und bei den Massen."**
> (Clara Zetkin, „Erinnerungen an Lenin", 1925, zitiert nach: „Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frau", Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Wien 1987, S. 155)

Einwirkung der Nazi-Ideologie auf die breite Masse der Frauen in Deutschland

Der Blick auf die Geschichte zeigt, daß die „deutsche Frau" (und natürlich auch der „deutsche Mann") ein zentrales Thema der

„deutschen Ideologie" war und ist. Das heißt, die spezifisch deutschen Aspekte der Frauenunterdrückung dürfen keineswegs ausgeblendet werden, sondern müssen voll beleuchtet werden: Die Nazi-Mörderinnen von Bergen-Belsen und Ravensbrück, die ideologische Beeinflussung der Masse der werktätigen Frauen, das sind Themen, die gewöhnlich so gut wie gar nicht beim Thema „Unterdrückung der Frauen" behandelt werden, damit aber sehr wohl im Zusammenhang stehen.

Die extremen Beispiele aus der deutschen Geschichte zeigen, daß die Arbeit unter den Frauen auch deshalb so wichtig ist, weil diejenigen Frauen, die nicht in die proletarische Bewegung einbezogen wurden, aufgrund ihrer besonderen Lage begehrtes Ziel konterrevolutionärer und faschistischer Propaganda waren – mit nicht geringem Erfolg. Die Nazis haben gerade an die Hausfrau und Mutter appelliert, deren Arbeit „hochgehalten" und als wertvoll propagiert, und damit auch Erfolg gehabt. Zugleich haben die Nazi-Faschisten die scheinbare „Gleichberechtigung" der Frauen im Zuge der Kriegsvorbereitungen forciert, das heißt Frauen verstärkt in die Rüstungsfabriken geholt.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 kritisierte damals zu Recht, daß den Manövern der Nazis zur Gewinnung großer Massen, insbesondere auch Frauen, zu wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde.

Die nazifaschistische Propaganda und die Instrumentalisierung von großen Teilen der deutschen Bevölkerung, die bei den Verbrechen der Nazis mitgemacht oder diese geduldet haben, wirken bis heute fort. Die Millionen Frauen, die damals beim „Bund Deutscher Mädchen" usw. waren, haben ihren Anteil an der Erziehung der Nachkriegsgeneration.

Um so wertvoller sind die Beispiele der Genossinnen, die damals unter Einsatz ihres Lebens gekämpft haben, wie Lilo Hermann und andere. Nach den ersten großen Verhaftungswellen vor allem männlicher KPD-Mitglieder übernahmen die Frauen vermehrt Aufgaben im Kampf gegen den Nazifaschismus. Die besondere Beachtung von Frauen im Widerstand ist unbedingt notwendig, sozusagen ein Beweis dafür, daß es in Nazi-Deutschland nicht nur die typisch „deutsche Frau" und „Deutsche Mutter" gab, die alles mitmachte, sondern auch – wenn auch (wie in der Bevölkerung überhaupt) wenige, deren Beispiel dafür aber um so größere Bedeutung hat –

kämpfende, kritische und mutige Frauen, die nicht davor zurückschreckten, in den verschiedensten Bereichen gegen den Nazi-Terror anzukämpfen. Wir betonen die Aufgabe, vom Beispiel dieser Genossinnen zu lernen und diese Vorbilder zu propagieren.

Die Klassenfrage zum Ausgangspunkt nehmen

Der Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung und besonderen Ausbeutung der werktätigen Frauen durch den deutschen Imperialismus verkommt natürlich zu Reformismus, wenn nicht als Ausgangspunkt theoretisch und ideologisch das Verständnis über den Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Privateigentum und der Frauenunterdrückung existiert.

Auch in der Frauenfrage hebt die Kommunistische Partei die Eigentumsfrage hervor. Entscheidend ist der Zusammenhang zwischen der Entstehung der Klassenteilung in Unterdrückende und Unterdrückte, in Ausbeuter und Ausgebeutete, zwischen der Entstehung des Staates als Werkzeug der herrschenden Klasse und der beginnenden Unterdrückung der Frauen. Nur die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, an den Fabriken und Werken kann die Bahn frei machen für die vollständige und tatsächliche Befreiung der werktätigen Frauen im Sozialismus und Kommunismus.

Die Klassenfrage ist, wie Clara Zetkin hervorhebt, auch in der Frage der Befreiung der werktätigen Frauen fundamental. Der Kommunismus kann nie und nimmer

> **„ ... das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes der Frauen aller Klassen für die Reform der bürgerlichen Ordnung im Sinne frauenrechtlerischer Forderungen, also gegen die bevorrechtete gesellschaftliche Stellung des männlichen Geschlechts sein. Er kann einzig und allein verwirklicht werden durch den gemeinsamen Klassenkampf der Frauen und Männer des ausgebeuteten Proletariats gegen die Vorrechte, die Macht der Männer und Frauen der besitzenden und ausbeutenden Klassen. (...)**
>
> **Der Sieg des Proletariats durch revolutionäre Massenaktionen und im Bürgerkrieg ist ohne die ziel- und wegsichere, opferbereite, kampfentschlossene Beteiligung der Frauen des werktätigen Volkes unmöglich. Denn diese machen die Hälfte, bei den**

meisten Kulturvölkern sogar die größere Hälfte, des werktätigen Volkes aus, und ihre Rolle in der gesellschaftlichen Wirtschaft wie in der Familie ist sehr oft entscheidend für den Ausgang der Klassenkämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wie für das Verhalten der einzelnen Proletarier in diesen Kämpfen. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat muß auch die Tat der überzeugten kommunistischen Proletarierinnen sein. Das gleiche gilt nach der Aufrichtung der proletarischen Klassendiktatur von dem Aufbau der Räteordnung, von der Durchführung des Kommunismus. Diese tiefgreifende, riesigste Umwälzung der Gesellschaft, ihrer wirtschaftlichen Grundlage, aller ihrer Einrichtungen, ihres gesamten kulturellen, moralischen Lebens ist ohne die tätige und verständnisvolle Mitwirkung der breitesten kommunistisch gesinnten Frauenmassen ein Ding der Unmöglichkeit."

(Clara Zetkin, „Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung", 1920, zitiert nach: „Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frau", Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe, S. 101 f.)

Das heißt, keine Revolution kann ohne die Teilnahme der Masse der werktätigen Frauen siegen. Zugleich gilt als Maßstab für das Voranschreiten der Revolution bis zum Kommunismus die Feststellung von Fourier, die Engels ausdrücklich betont hat, nämlich

„ ... daß in einer gegebnen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist."

(Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", 1880, Marx/Engels Werke, Band 19, S. 196)

Die Geschichte zeigt, daß sich werktätige Frauen an allen Aufgaben der proletarischen Revolution, der nationalen Befreiungsbewegungen und den Kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung beteiligten. In der großen Oktoberrevolution von 1917, bei den Befreiungskämpfen in China usw. nahmen werktätige Frauen in den vordersten Reihen ihren Platz ein.

Diese aktive Teilnahme an der Revolution darf natürlich nicht die höchste Kampfform der Revolution, den bewaffneten Kampf ausschließen. So erinnerte Lenin zum Beispiel 1916 an die Erfahrung der ersten proletarischen Revolution, der Pariser Kommune, als werktätige Frauen in Paris zu den Waffen griffen und einen bürgerlichen Beobachter der Kommune zu dem entsetzten Ausruf veranlaßten: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was

wäre das für eine schreckliche Nation." (Siehe: Lenin, Werke Band 23, S. 77/78)

Die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt darf nicht nur im Hinblick auf die ganze Klasse des Proletariats gesehen werden, sondern betrifft unmittelbar auch die Befreiung der unterdrückten werktätigen Frauen, besonders der Arbeiterinnen.

Frauenemanzipation in der härtesten Zeit des Nazifaschismus und der deutschen Okkupation war für Frauen in den Niederlanden, in Polen, Frankreich usw. die Teilnahme am bewaffneten Kampf. Und der war vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, ein von den Kommunistischen Parteien, von der Kommunistischen Internationale geführter Kampf, der im engsten Bündnis mit der sozialistischen Sowjetunion, der Roten Armee, den sowjetischen Partisaninnen und Partisanen stand. Wer ehrlich an die Frage herangeht, kann sich den Tatsachen des heroischen Kampfs dieser Zeit, der Zeit, als Stalin eindeutig an der Spitze der kommunistischen Weltbewegung stand, nicht entziehen. Bei der Gewinnung und Organisierung der Arbeiterinnen und anderen werktätigen Frauen für die sozialistische Revolution, für den bewaffneten Kampf auf Leben und Tod gegen den deutschen Imperialismus sind diese Erfahrungen unverzichtbar.

Forderungen und Ziele einer von der Kommunistischen Partei geführten proletarischen Frauenbewegung

Gegen die bürgerliche Heuchelei von der „Gleichheit" muß die Kommunistische Partei klarmachen, daß es nicht allein und auch nicht vor allem um die formale, juristische Gleichheit zwischen Frauen und Männern geht. Denn diese ist im Kapitalismus stets mit der ökonomischen und folglich auch sozialen Ungleichheit verbunden. Es geht vielmehr entscheidend um die wirkliche Gleichheit im tagtäglichen Leben.

Und selbst die formale Gleichheit zwischen Frau und Mann, die rein theoretisch im Kapitalismus möglich wäre, ist in der kapitalistischen Klassenrealität in Deutschland und keiner noch so demokratischen kapitalistischen Republik realisiert. Das Gewicht der gesamten Geschichte der Ausbeuterordnungen, die Tradition der Unterdrükkung der Frau, die ganze reaktionäre Ideologie in dieser Frage ver-

hindert selbst eine bürgerlich-formale Gleichberechtigung, und Heuchelei und Phrasen sollen den realen Zustand überdecken.

Hauptaufgabe einer proletarischen Frauenbewegung ist folglich die Durchsetzung einer wirklichen, grundlegenden ökonomischen und sozialen Gleichheit, die nur durch die Beseitigung der Ausbeutung, durch Sozialismus und Kommunismus errungen werden kann.

Gegen pseudoradikale Kritiker demokratischer Forderungen im Kapitalismus muß dennoch erklärt werden, daß die Kommunistische Partei – auch wenn der Kampf für die grundlegende ökonomische und soziale Befreiung wichtiger ist – keine Minute darauf verzichten kann, auch einen Kampf für die formale und politische Gleichheit der werktätigen Frauen gegen den deutschen Imperialismus zu führen. Dieser Kampf enthält die Möglichkeit der Mobilisierung und breiten Einbeziehung der werktätigen Frauen in die Massenkämpfe überhaupt. Dieser Kampf enthält ebenso die Möglichkeit, den Widerspruch zwischen der formalen Gleichheit – soweit und insofern sie existiert – und der realen Ungleichheit, die unter den Bedingungen des Kapitalismus nicht beseitigt werden kann, zu verschärfen. Dies erleichtert die Überzeugungsarbeit der Kommunistischen Partei, weil das eigentliche Grundübel, der Kapitalismus, immer deutlicher hervortritt und zur Zielscheibe des Kampfes gemacht werden kann.

Unsere Haltung zur heutigen Frauenbewegung

Der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Frauen wird von der heutigen, nicht klar organisierten, in vielen Formen existierenden Frauenbewegung in Deutschland aufgegriffen, und es gab und gibt vielfältige, phantasiereiche und mutige Aktionen. Natürlich richten sich diese Kämpfe nicht gleich, wie die Kämpfe anderer Unterdrückten auch, direkt gegen den Kapitalismus oder sind gar Kämpfe für die Revolution und den Kommunismus.

Aber dies ist kein Grund, solche Kämpfe und Bewegungen, wenn sie die Unterdrückung angreifen, nicht zu unterstützen. Entweder wird klar, daß wir gerade auch in der Praxis solidarisch handeln und daher, um diesen Kampf zu unterstützen und zu stärken, Kritik an sozialdemokratischen und anderen bürgerlich-opportunistischen Auffassungen haben. Oder unsere mehr oder minder wichtigen Gedanken könnten mit gewissem Recht als Abwiegelei angesehen werden,

als eine der vielen Varianten „links" garnierter frauenverachtender „Kommentare" von oben herab!

Die Kommunistische Partei muß sich davor hüten, den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen zu vernachlässigen oder gar pauschal mit dem Stempel „Feminismus" abzulehnen. Dort, wo innerhalb der Frauenbewegungen wirklich konterrevolutionäre Kräfte auftreten, müssen diese Kräfte bekämpft werden, aber aufgrund einer konkreten Analyse, mit beweiskräftigen Argumenten.

★★★

Gegen reformistische und revisionistische Positionen gilt es, die Grundpositionen des Kommunismus herauszuarbeiten und zu verteidigen, um dadurch ideologische Voraussetzungen für die aktive kommunistische Arbeit unter den Arbeiterinnen und anderen werktätigen Frauen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu schaffen. Der Kommunistischen Partei stellen sich dabei u.a. folgende Aufgaben und Probleme:

★ Die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen in den verschiedensten Gebieten und Lebensbereichen muß ***systematisch*** analysiert, aufgedeckt und angeprangert werden, um den Kampf dagegen möglichst konkret und treffend führen zu können. Dabei müssen wir uns – von der Klassenfrage ausgehend – u. a. auch auf die vielfältigen Kämpfe und die daraus gewonnenen Erfahrungen von werktätigen Frauen stützen.

★ Innerhalb der mannigfaltigen gerechten Forderungen einer von der Kommunistischen Partei geführten Frauenbewegung gibt es auch eine Reihe bürgerlich-demokratischer Forderungen. Inwieweit können diese Ansatzpunkte sein, um in reformistisch orientierte Frauenorganisationen und -bewegungen hineinzuwirken, um an die Masse der werktätigen Frauen heranzukommen, die noch unter dem Einfluß des Reformismus stehen? Welches Vorgehen kann der kommunistischen Überzeugungsarbeit dienen und den Übergang solcher Arbeiterinnen und Werktätiger in das revolutionäre Lager erleichtern?

★ Im Hinblick auf die Organisationsfrage stellt sich u. a. folgendes Problem, das auch in den Reihen der Kommunistischen Internationale diskutiert wurde: Besteht bei der gesonderten Organisierung vor allem der werktätigen Frauen in Massenorganisationen, durch die

Gründung eigener Frauenorganisationen die Gefahr, daß hierdurch die Frauen von der Kommunistischen Partei und ihren Massenorganisationen wie z. B. den Gewerkschaften abgesondert werden, obwohl es doch darum geht, die werktätigen Frauen in die allgemeine und umfassende Arbeit der Kommunistischen Partei einzubeziehen? Diese Diskussion betrifft z. B. auch die Frage, inwieweit es bei Schulungsgruppen anfangs durchaus richtig und in erster Linie eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, ob spezielle Schulungen nur für Frauen organisiert werden, um ihre politische Entwicklung zu erleichtern.

★ Überhaupt ist eine kritische Auswertung der vielfältigen geschichtlichen Erfahrungen der KPD und der verschiedenen Kommunistischen Parteien im Zusammenhang mit der Gewinnung der Proletarierinnen für den Kommunismus von zentraler Bedeutung. Wie war etwa die Arbeit und Erfahrung der besonderen Frauenausschüsse, die es innerhalb der Kommunistischen Parteien der Kommunistischen Internationale gab, welche die Parteiarbeit für die Gewinnung der Arbeiterinnen, für den Kampf gegen alle Äußerungsformen des Herrenstandpunkts voranbringen sollten?

★ Eine wichtige Aufgabe ist auch die Auswertung und kritische Sichtung der realen Erfolge bei der Befreiung der werktätigen Frauen in der sozialistischen UdSSR zur Zeit Lenins und Stalins sowie in anderen, sich ehemals am Sozialismus orientierenden Staaten.

Verschlechterung der sozialen und politischen Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen und die Kämpfe dagegen

Die Arbeiterinnen und Arbeiter erhalten im großen und ganzen gerade das, was zur Herstellung bzw. Wiederherstellung der Arbeitskraft unter bestimmten konkreten gesellschaftlichen Bedingungen erforderlich ist. Das gilt für alle Länder des imperialistischen Weltsystems.

Jedoch gibt es große Unterschiede im Reallohnniveau und bei den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Ausgebeuteten der verschiedenen Länder des imperialistischen Systems, die vor allem durch die Spaltung der Welt in unterdrückende und unterdrückte Nationen bestimmt werden. Lenin legte dazu dar:

> **„*Ökonomisch* ist der Unterschied der, daß Teile der Arbeiterklasse in den Unterdrückerländern Brosamen von dem *Extraprofit* erhalten, den die Bourgeois der Unterdrückernationen einheimsen, indem sie den Arbeitern der unterdrückten Nationen das Fell stets zweimal über die Ohren ziehen. (...) Die Arbeiter der unterdrückenden Nation sind *bis zu einem gewissen Grade Teilhaber ihrer Bourgeoisie* bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation."**
>
> (Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den imperialistischen Ökonomismus", 1916, Werke Band 23, S. 48)

Dies muß bewußt sein, denn nur so kann verstanden werden, wieso die absolute Verelendung der Ausgebeuteten, ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse in vom Imperialismus abhängigen Ländern Ausmaße und Formen annehmen, die in imperialistischen Ländern nicht vorhanden bzw. nicht vorherrschend sind. In vom Imperialismus abhängigen Ländern sind z. B. Hungersnöte und Epidemien, die in einem Jahr Hunderttausende Tote fordern, millionenfache Kinderarbeit, brutalste Ausbeutung von Millionen Werktätigen vor allem in der Landwirtschaft durch feudalistische und sklavenhalterähnliche Produktionsverhältnisse, das weitgehende Fehlen jeglichen Arbeits- bzw. Sozialschutzes für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken barbarische tagtägliche Realität.

Aus diesen Tatsachen zu schlußfolgern, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Ausgebeuteten würden sich in einer imperialistischen Großmacht wie Deutschland nicht immer weiter verschlechtern, ja eine ständige Verschärfung der Ausbeutung würde nicht oder kaum stattfinden, ist ganz falsch.

Die gesetzmäßige Verschärfung sämtlicher Widersprüche des Imperialismus führt zwangsläufig dazu, daß die Bourgeoisie den politischen und sozialen Druck auf die Arbeiterklasse und die ausgebeuteten Werktätigen auch in den imperialistischen Metropolen immer weiter verstärkt, die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in

den Fabriken immer mehr intensiviert und verschärft – gerade auch in einem Land wie Deutschland.

Zunehmende Verelendung der Ausgebeuteten

Nach dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg des westdeutschen Imperialismus und dem zeitweiligen Anstieg des Lohnniveaus und des Lebensstandards propagierte die Bourgeoisie, der Marxismus sei nun widerlegt. Die Mehrheit der Bevölkerung glaubte tatsächlich, daß das von der westdeutschen Bourgeoisie gepriesene sogenannte „Wirtschaftswunder" kein Märchen sei. Doch dieser Zustand dauerte nur kurze Zeit. Schon in den 60er Jahren ging es mit dem deutschen „Wirtschaftswunder" bergab und es zeigte sich, daß dieser Lebensstandard nur durch verschärfte Arbeitshetze und Ausbeutung zustande gekommen war und auf Dauer für die werktätige Masse nicht aufrechtzuerhalten ist.

Die Spanne zwischen den ungeheuren Profiten, die die imperialistische Bourgeoisie einstreicht, und dem, was die Arbeiterinnen und Arbeiter als Lohn für ihre Arbeitskraft erhalten, klafft immer weiter auseinander. Darüber hinaus verschlechtert sich die Lebenslage eines großen Teils der Arbeiterklasse, kommt es zu einer ***absoluten Verelendung*** breiter Teile der Werktätigen.

Massenentlassungen und Betriebsstillegungen sind an der Tagesordnung. Seit Jahren existierte in Westdeutschland eine industrielle Reservearmee von offiziell über zwei Millionen Erwerbslosen, die seit der Einverleibung der DDR auf über 4 Millionen in ganz Deutschland angewachsen ist (tatsächlich gibt es unter Berücksichtigung der von den offiziellen Statistiken verschleierten Erwerbslosigkeit 1996 zwei bis drei Millionen Erwerbslose mehr). Besonders hart betroffen sind die Werktätigen in der ehemaligen DDR, wo drei Viertel der Arbeitsplätze in der Industrie und der Landwirtschaft vernichtet wurden und Millionen, überwiegend Frauen, schlagartig ihren Arbeitsplatz verloren.

Niedrige Tarifabschlüsse, die zum Teil sogar unterschritten werden, führen – zusätzlich durch langfristige Laufzeiten der Tarifverträge – durch Inflation und Preissteigerung zu realem Lohnabbau. Anfang der 90er Jahre wird dieser durch Arbeitszeitverkürzung bei

gleichzeitiger Lohnkürzung (wie bei VW), durch Beteiligung der Werktätigen an den angeblichen „Kosten der Vereinigung" („Solidaritätszuschlag") und direkten Steuererhöhungen in fast allen Bereichen offen und direkt verschärft. Sogenannte „freiwillige" Zahlungen werden gekürzt oder gestrichen. Unter dem Vorwand der internationalen Konkurrenzfähigkeit wird zunehmend auch die Arbeitszeit auf Samstage und Sonn- und Feiertage ausgedehnt.

Diese Verschlechterung betrifft besonders die Lage der Arbeiterinnen und der anderen werktätigen Frauen, welche zu den Unterdrücktesten der Unterdrückten gehören. Immer noch gibt es besondere materielle Benachteiligungen der Arbeiterinnen in den Betrieben.

Die Intensität der Ausbeutung nimmt durch Rationalisierung, Arbeitshetze usw. zu. Die Leistungen der Sozialversicherung und des Gesundheitswesen werden immer mehr eingeschränkt. Ärztliche Leistungen, Krankenhausaufenthalte, Medikamente, Pflege (Pflegeversicherung) werden verstärkt den Werktätigen selbst aufgebürdet – wer ärmer wird, kann sich medizinische Versorgung auch nicht mehr leisten.

Gerade bei den aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfenen Teilen der Werktätigen zeigen sich die Merkmale absoluter Verelendung besonders deutlich: Die Zahl der Langzeiterwerbslosen gerade auch unter Jugendlichen nimmt zu, immer mehr sind auf Sozialhilfe, Wohngeld usw. angewiesen, das zudem ständig eingeschränkt und gekürzt wird. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die heute zum Teil bereits wieder zu Zwangsarbeit herangezogen werden, stieg in Westdeutschland in den letzten 15 Jahren um das Doppelte auf ca. 4 Millionen an. Die in Rente gegangenen Arbeiterinnen und Arbeiter kommen immer schlechter über die Runden. Die Zahl der Obdachlosen steigt an, gerade auch unter Jugendlichen und jungen Familien. Über 1 Million Menschen sind obdachlos oder leben in Notunterkünften, über 1,5 Millionen leben darüber hinaus in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Die Kinderarbeit und illegale Beschäftigungsverhältnisse werden zur Steigerung der Profite weiter ausgebaut. Die zunehmende Verelendung auf allen Gebieten trifft in besonders hohem Maße im Zusammenhang mit der Verschärfung des deutschen Chauvinismus die Werktätigen anderer Nationalitäten.

Alle diese Erscheinungen zeigen die zunehmende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Werktätigen.

Die Forderungen zur Abwehr der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen umfassen einen ganzen Katalog: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr Urlaubsgeld, früheres Rentenalter usw. Angesichts der immensen Intensivierung der Ausbeutung kommt der Verkürzung der Arbeitszeit eine besondere Bedeutung zu. Sie war und ist eine berechtigte Forderung, wenn und solange sie wirklich dazu dient, den Abwehrkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen das Kapital, wenigstens für eine zeitweilige Verbesserung ihrer Lage zu führen.

Sämtliche berechtigte Forderungen können nur durchgesetzt werden durch den organisierten und bewußten Kampf, durch gut vorbereitete Streiks und militante Massenaktionen und durch das Aufstellen und Durchsetzen solcher Kampfforderungen, die dem Kapital wirkliche Schläge versetzen.

Zunehmender Raubbau und Vergiftung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen

Die Verschmutzung der Luft, vor allem in den Industriezentren, die Vergiftung des Bodens durch Giftmüll, die Vergiftung der Flüsse und Meere, des Trinkwassers, das Absterben großer Teile der Wälder, Probleme wie radioaktive Verseuchung, Klimaveränderungen durch Abholzung der Regenwälder, Ozonloch usw. – das alles sind wirkliche, das Leben und die Gesundheit vor allem der Masse der Werktätigen bedrohende Realitäten der heutigen Welt.

Zu diesen Fragen korrekt ideologisch und politisch Stellung zu nehmen, ist einer der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Kräfte, um in den Tageskämpfen der davon vor allem betroffenen Werktätigen die wirklichen Ursachen und die wirklichen, erfolgreichen Gegenmaßnahmen klarzulegen.

Dies politisch glaubwürdig tun zu können, ist gerade auch nach dem Zerfall der osteuropäischen revisionistisch-kapitalistischen Staaten eine schwierige und komplizierte Aufgabe. Denn diese Länder – insbesondere auch die DDR – haben „im Namen des Sozialismus" in einer Art und Weise die westlich-kapitalistischen Länder an „umweltzerstörerischen Maßnahmen" auf Kosten der Werktätigen nachgeahmt oder gar übertroffen, was dem Antikommunismus weitere Munition gegeben hat. „Ob Kapitalismus oder Sozialismus",

tönen bürgerliche Ideologen, „die Umwelt wird hier wie dort zerstört".

Das ist eine Halbwahrheit. Eine Lüge ist es, daß der Sozialismus (der ja die Herrschaft des Proletariats und die Interessen der Werktätigen verwirklichen muß und insbesondere in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins auch verwirklicht hat) diese Zustände herbeigeführt hat. Hier gilt es klarzustellen, daß die angeblich sozialistischen Länder eben kapitalistische Länder unter revisionistischem Deckmantel waren. Die gemeinsame Ursache, hier wie dort, war das Profitprinzip: Die jeweils herrschende revisionistisch-kapitalistische Klasse nimmt keine Rücksicht auf die Interessen der Werktätigen. Und die werktätigen Massen hatten dort – trotz aller Phrasen und Beteuerungen – und haben hier in Wahrheit nicht wirklich etwas zu sagen.

Es geht darum, trotz aller Phrasen, daß angeblich die „Umweltzerstörung" doch alle gleichermaßen treffe, sich an „kein Klassenprinzip" halte, Arm und Reich betreffe, die gerade von den „Grünen" oder auch revisionistischen Kräften wie der PDS vorgebracht werden, z. B. den wichtigen Unterschied herauszuarbeiten, wie stark verschmutzt die Luft in Arbeitervierteln und industriellen Ballungszentren ist im Vergleich zu den Villengegenden der Superreichen im Grünen. Dabei wäre es natürlich mehr als ungeschickt, überhaupt zu bestreiten, daß die Folgen des kapitalistischen Raubbaus etwa an der Luft, an den Flüssen – gerade langfristig – auch die Reichen trifft. Das ist durchaus so, aber die Mitglieder der herrschenden Klassen haben ganz andere Möglichkeiten, sich zu schützen, Vorsorge zu treffen, Schaden von sich abzuwenden. Das muß betont, konkret herausgearbeitet und bewiesen werden, um der gesamten Politik der Klassenversöhnung der bürgerlichen Parteien, des Appells an die „Vernunft" der Kapitalisten klassenkämpferisch entgegentreten zu können.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen den „Grünen", der PDS, über die CDU/SPD/FDP bis zu den Nazis in ihrer Haltung zur Natur, zur sogenannten „Umweltverschmutzung" ist die „deutsche Ideologie": die deutsche Sauberkeit, die deutsche Blockwartmentalität (der Kontrolle, ob auch sämtliche Hausbewohner ihren Müll richtig sortiert haben) und nicht zuletzt die deutsche „Heimat", die es zu schützen gilt.

Im Kampf gegen die zunehmende Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen, gegen die Ideologen des deutschen Imperialismus, stellen sich für die Kommunistische Partei u. a. folgende Aufgaben:

- Die Heuchelei der deutschen Imperialisten, die sich als „internationales Umweltgewissen" aufspielen, um von den massiven Zerstörungen der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen weltweit und in Deutschland durch den deutschen Imperialismus abzulenken, muß möglichst konkret entlarvt werden. Die Verlagerung der Probleme in abhängige und unterdrückte Länder, vom Giftmüll nach Albanien bis zur Verlagerung von Giftproduktionen in andere Länder usw., muß möglichst konkret entlarvt werden. Es gilt, internationalistische Solidarität zu propagieren und gemeinsame Aktionen zu unterstützen

- Die verschiedensten Varianten und Formen der „deutschen Ideologie" auf diesem Gebiet gilt es genau zu analysieren und zu bearbeiten, um wirklich offensiv dagegen ankämpfen und richtig antworten zu können.

- Vor allem auch gegen die „Grünen"-Ideologie, die die angeblich so „harmonische nichtmenschliche Natur" – in der in Wirklichkeit ein grausamer Überlebenskampf, das Fressen-und-Gefressenwerden Realität ist – als Vorbild für die menschliche Gesellschaft propagiert, aber auch gegen die Nazi-Propaganda, die das „Gesetz des Stärkeren" aus der Tier- und Pflanzenwelt auf die menschliche Gesellschaft überträgt, um Chauvinismus und Rassismus zu schüren, ja Völkermord zu rechtfertigen, gilt es die kommunistische Haltung zur Natur herauszustellen und zu propagieren, welche die bewußte und planmäßige Veränderung der Natur im Interesse der Werktätigen beinhaltet. Das bedeutet auch, daß jegliche Vorstellung von der nichtmenschlichen Natur als ***Vorbild*** für die Beziehungen zwischen den Menschen als zutiefst reaktionär bekämpft werden muß.[12]

---

[12] Ausführlicher ist die kommunistische Haltung zur Natur und die Kritik an der „grünen" Haltung zur Natur und deren Gemeinsamkeit zur Nazi-Ideologie in „Gegen die Strömung", Nr. 49, „Bericht über den Verlauf der Diskussion zu den programmatischen Resolutionen der 1. Parteikonferenz", April 1990, dargelegt.

Die deutschen Imperialisten schränken auch die legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse zunehmend ein

Die Bourgeoisie versucht, die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Lebenslage in einem eng gewebten Netz staatlicher Verordnungen und juristischer Fußangeln zu fesseln. So legt das „Betriebsverfassungsgesetz", das scheinbar eine Mitbestimmung der gewählten Betriebsräte ermöglicht, diesen in Wirklichkeit die Fessel der „vertrauensvollen Zusammenarbeit zum Wohle des Betriebs" zwischen den Vertretern der Werktätigen und denen des Kapitals an. „Wirtschaftliche Entscheidungen", das heißt letztlich alle für die ausgebeuteten Werktätigen existentiellen Fragen, sind ohnehin von der „Mitbestimmung" von vornherein ausgenommen, die sowieso nichts anderes als eine Kettung an die Bourgeoisie darstellt.

Selbst geringfügige gesetzliche Möglichkeiten, die für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter ausgenutzt werden könnten, werden durch die imperialistische Bourgeoisie mittels ihres Staatsapparats noch weiter eingeschränkt, um die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu verschlechtern. Ein Beispiel dafür ist die Neufassung des Paragraph 116 des „Arbeitsförderungsgesetzes", durch die die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in einem Streik enorm verschlechtert und der Aussperrungsterror der Kapitalisten erheblich verstärkt wurden.

Selbständige Streiks, ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, und erst recht politische Streiks, sind überhaupt verboten. Kämpferische Kolleginnen und Kollegen werden bespitzelt, sogenannte „Rädelsführer", das heißt diejenigen, die das Vertrauen der Kämpfenden und Streikenden haben und zur Leitung ihrer Kämpfe delegiert wurden, werden vor Gericht gezerrt und verurteilt und aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Gegen wichtige Streikkämpfe wird die Polizei eingesetzt, mit dem Einsatz von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gedroht.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die reale und angedrohte Verschlechterung ihrer Kampfbedingungen, gegen die zunehmende po-

litische Beschränkung und Unterdrückung, gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ist unbedingt notwendig, wichtig und richtig. Dabei muß aber bewußt sein, daß für den Kampf der Arbeiterklasse nicht die „Gesetzeslage", die „Paragraphen" ausschlaggebend sind, sondern die eigene ***Kampfkraft und Kampfbereitschaft.***

Davon zeugen in positiver und vor allem negativer Hinsicht die ***Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterklasse in Westdeutschland und in der ehemaligen DDR*** in den letzten Jahren: Sei es im Kampf um die 35-Stunden-Woche, sei es im Kampf gegen die Neufassung des Paragraphen 116, seien es die Fabrikbesetzungen und Kämpfe um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Klöckner in Bremen, HDW in Hamburg, Krupp in Rheinhausen, der Kali-Zeche in Bischofferode (Ex-DDR).

Der DGB-Apparat – Werkzeug des deutschen Imperialismus

In all diesen Kämpfen – gerade wenn aktive Arbeiterinnen und Arbeiter mit militanten Aktionen die bürgerliche Legalität durchbrachen und die Kampfformen verschärften – stellte sich praktisch immer die für die weitere Entwicklung der Kämpfe bedeutsame Frage: „Was tut der DGB, was tut ‚unsere Gewerkschaft'?"

Wenn der DGB also unmittelbar auf dem Prüfstand stand, wie z. B. beim Kampf bei Krupp in Rheinhausen, dann ging es nicht etwa um die Frage, wie er zu einer revolutionären, auf die Zerschlagung dieses kapitalistischen Systems und seines Staatsapparats gerichteten kommunistischen Arbeiterbewegung steht. Da gibt es keinen Zweifel: Der DGB steht ohne Wenn und Aber, festgeschrieben in unzähligen Beschlüssen und Erklärungen, auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dieses imperialistischen deutschen Staates. Er tritt ein für die Bundeswehr, von der Polizei und dem Bundesgrenzschutz ganz zu schweigen. Der DGB-Apparat ist mit diesem imperialistischen Staatsapparat durch tausend Fäden verbunden, ja er ist in vielerlei Hinsicht faktisch Teil des Staatsapparats des deutschen Imperialismus. Er ist für eine in der Zukunft liegende Entwicklung, in noch viel größerem Umfang als dies heute bereits durch Gewerkschaftsausschlüsse sogenannter „Linksradikaler" sichtbar geworden ist, eine Waffe der Konterrevolution. Er ist ein Mittel,

revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter auszuspionieren, zu denunzieren, dem Kapital für Entlassungen und dem Staat für Gefängnisstrafen freie Hand zu geben.

Doch für viele – auch für aktiv kämpfende Kolleginnen und Kollegen – ist diese auf lange Sicht ausschlaggebende Frage des Charakters des DGB-Apparats noch nicht entscheidend. Für sie zählt im Moment: Was machen die DGB-Führer im Tageskampf, wie leiten sie den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und um Lohnerhöhungen; was machen sie, wenn Fabriken und Werke dichtgemacht werden sollen wie bei Vulkan in Bremen und anderswo.

Zunächst geht es darum, die Einsicht zu fördern und zu vertiefen, daß bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiterinnen und Arbeiter sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführer oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen – dann sind sie verlassen! Es gibt unzählige Beispiele, wo die DGB-Führer sich als Streikverhinderer, Streikbrecher, als Heuchler und Lügner erwiesen haben! Nur wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig und im Kampf gegen die DGB-Führung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf Erfolge erzielen.

Der DGB ist aber nicht nur der Apparat, umfaßt nicht nur die Führer und Funktionäre – das sind auch die Millionen von Mitgliedern. Deshalb dürfen auf gar keinen Fall die Mehrzahl der Mitglieder mit der Führung und dem DGB-Apparat gleichgesetzt werden. Es muß klargemacht werden, daß diese Mehrheit im Grunde bei den entscheidenden Fragen nichts zu sagen hat.

Dennoch ist es unbedingt nötig, auch innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen. Wenn – gestützt auf die Kraft der Arbeitermassen – um jeden Zentimeter in den Gewerkschaften gekämpft wird, kann, zusätzlich zu den Erfolgen im selbständigen Kampf, auch dieses oder jenes Zugeständnis aus dem DGB-Apparat herausgeholt werden.

Dieser Kampf muß geschickt und prinzipienfest, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität und Illusionen in den DGB-Apparat geführt werden. Schon leiseste Kritik an den DGB-Führern kann zu wütenden Reaktionen, Diffamierungen, Denunziationen und Ausschlüssen führen. Nicht zuletzt geht es darum, unter der großen Zahl der einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die noch Illusionen in „ihre"

Gewerkschaftsführung haben, systematische Überzeugungsarbeit zu leisten und sie für die energische Unterstützung und Beteiligung an den Tageskämpfen zu gewinnen und zu mobilisieren, die DGB-Fürsten zu demaskieren und ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung zu liquidieren.

All dies zeigt im Grunde die eigene Erfahrung der Arbeiterinnen und Arbeiter, wenn – entgegen ihren Erwartungen – die ganze Macht des DGB-Apparates nicht im Interesse ihres Kampfes entfaltet wird, sondern im Gegenteil sich als Hindernis erweist. Dies liegt nicht allein und nicht vor allem an bestimmten Personen an der Spitze, die nur auszuwechseln wären. Diese Dinge haben tiefere Ursachen.

Mit Hilfe der imperialistischen Extraprofite des deutschen Imperialismus wird eine ganze, nicht unerhebliche Schicht der Arbeiterklasse von den untersten Schichten der Arbeiterklasse abgegrenzt, bevorzugt und mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft. Diese gegenüber der ganzen Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht der ***Arbeiteraristokratie,*** aus deren Reihen sich auch die Bürokraten in den Gewerkschaften rekrutieren, ist ein ***Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer Ideologie,*** Stoßtrupp des Reformismus, des deutschen Chauvinismus und Antikommunismus in der Arbeiterbewegung.

Die deutsche Bourgeoisie versucht, die ganze Arbeiterklasse mit Hilfe der Arbeiteraristokratie an sich zu ketten, und noch gelingt es ihr bei relativ großen Teilen. Eine von den Imperialisten und ihrer Arbeiteraristokratie geschickt für sich verwendete materielle Grundlage dafür ist, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse gegenüber den besonders brutal ausgebeuteten und unterdrückten Völkern tatsächlich in einer politisch und ökonomisch viel besseren Lage lebt, ohne dies als Verpflichtung aufzufassen, der parasitären Aussaugung anderer Völker durch den „eigenen" Imperialismus den entschiedenen Kampf anzusagen.

Doch so wie es ist, bleibt es nicht! Denn dies kann ***auf Dauer bei der breiten unteren Masse der Arbeiterklasse nicht gelingen,*** die aufgrund der gesetzmäßigen Verschärfung der weltweiten Widersprüche des imperialistischen Ausbeutungssystems die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung, die zunehmende Verelendung auf längere Sicht am eigenen Leib immer stärker verspüren wird. Deshalb besteht ein ***fundamentaler, antagonistischer Gegensatz zwi-***

schen der bestochenen Arbeiteraristokratie, dem direkten Feind der proletarischen Revolution, ***und der breiten unteren Masse des Proletariats,*** die mit Hilfe ihrer Kommunistischen Partei erkennen wird, daß nicht der Kapitalismus, sondern nur die proletarische Revolution ihre grundlegenden Interessen erfüllen kann.

Einen von allen falschen Freunden, von Gewerkschaftsbürokraten, Arbeiteraristokraten – egal welcher bürgerlicher Partei sie angehören – gereinigten, militanten und internationalistisch orientierten Kampf initiieren und entwickeln, dessen Führung in den Händen der kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben liegt – das ist der einzig mögliche Weg, um wirkliche, wenigstens zeitweilige Erfolge im gewerkschaftlichen Kampf, gegen Massenentlassungen und Lohnraub gegen die Abwiegelei, Resignation und Demoralisierung durch die DGB-Fürsten durchsetzen zu können.

Ohne systematischen, breiten und offenen Kampf gegen die Arbeiteraristokratie im allgemeinen und die Arbeiterbürokratie im besonderen, gegen ihre Politik der Klassenversöhnung und des Reformismus, gegen ihre chauvinistische Ideologie, ist die Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie unmöglich. Die Einheit der Arbeiterklasse kann nur ohne und gegen diese Schicht der Arbeiteraristokratie auf revolutionärer Grundlage geschmiedet werden. Es muß eine Einheit der untersten Schichten der Arbeiterklasse Seite an Seite mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder gegen das Weltsystem des Imperialismus sein.

Den Kampf gegen den Antikommunismus in allen Varianten führen!

Die langfristige Perspektive einer Vorbereitung auf die proletarische Revolution, die unbedingte Notwendigkeit, im Kampf eine Kommunistische Partei aufzubauen, erfordert aus mehreren Gründen den Kampf gegen den Antikommunismus in all seinen Varianten als einen entscheidenden Ausgangspunkt. Der Antikommunismus hat von jeher einen großen Stellenwert im ideologischen System des deutschen Imperialismus. Er dient nicht nur als Bindeglied und Grundlage der ideologischen Einheit der verschiedensten Abteilungen des deutschen Imperialismus, sondern wirkt auch als gefährliches ideologisches Gift bis weit hinein in die Reihen der antifaschistischen und sich als links verstehenden Kräfte. Das zeigt, warum der

Kampf gegen den Antikommunismus in mehrfacher Hinsicht eine Schlüsselfrage im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ist und die antifaschistischen, antiimperialistischen und kommunistischen Kräfte unmittelbar betrifft.

Der Antikommunismus in Deutschland heute muß im Zusammenhang mit den geschichtlichen Besonderheiten des deutschen Imperialismus gesehen werden, die im Nazifaschismus ihren reaktionärsten Ausdruck gefunden haben. Was die nazifaschistischen Ideologen in den Jahren vor und nach 1933 zusammengetragen haben und auch heute weiter vorantreiben, bildet trotz aller durchaus vorhandenen zumeist nur formalen Unterschiede die Basis für die großangelegten ideologischen Kampagnen des deutschen Imperialismus überhaupt. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Nazi-Ideologen ihrerseits aufgegriffen haben und weiter aufgreifen, was die reaktionären Ideologen des deutschen Imperialismus, was alle Abteilungen der Bourgeoisie auf der Basis des Antikommunismus schon umfassend an falschen Behauptungen aufgestellt haben. Daraus folgt die Aufgabe der kommunistischen Kräfte, überzeugend im Kampf auch gegen die Nazi-Ideologie führend zu werden, den inneren und untrennbaren Zusammenhang mit der Ideologie des Kapitals, der Ideologie des deutschen Imperialismus überhaupt aufzuzeigen.

Wesentlicher Kernpunkt des Antikommunismus und der bürgerlichen Ideologie ist der sogenannte „Antistalinismus", der den konterrevolutionären Haß gegen die Erfolge der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus zu Lebzeiten Stalins mit dem imperialistisch-nazistischen Haß wegen der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus vor allem durch die Rote Armee kombiniert.

Den „Antistalinismus" schüren allerdings nicht nur die Nazis und all die anderen offen reaktionär auftretenden Kräfte des deutschen Imperialismus, sondern auch Kräfte, die sich gegen die Bourgeoisie oppositionell darstellen: Revisionisten, Trotzkisten und Anarchisten. Die spezifischen Formen des sich „links" verstehenden Antistalinismus-Antikommunismus erfordern auch spezifische Kenntnisse und Methoden der Auseinandersetzung.

Dabei geht es gerade auch darum, wirkungsvoll neue revolutionäre Kräfte, die immer in der einen oder anderen Weise mit dem Antikommunismus in Berührung stehen, an die kommunistischen Positionen heranzuführen, indem wir ihnen wirklich helfen, gegen die

nazistische und anders geformte antikommunistische Ideologie einen erfolgreichen Kampf zu führen.

Der Antikommunismus besteht keinesfalls nur aus einer Fülle von Geschichtsfälschungen, die widerlegt werden müssen. Er besteht nicht nur aus einer Fülle von antiwissenschaftlichen Behauptungen über die angeblich ewige Natur des Menschen und die angeblich ewige Natur der kapitalistischen Gesellschaft, die widerlegt werden müssen. Der Antikommunismus der Bourgeoisie besteht vor allem auch darin, eine Atmosphäre der Resignation, des sich „klein und schwach Fühlens" bei allen revolutionären Kräften zu schaffen. Die scheinbar einleuchtenden „Argumente", die Praxis habe doch bewiesen, daß der Sozialismus nicht funktioniere, daß eine Kommunistische Partei bürokratisch erstarre, daß Revolutionen zwangsläufig scheiterten usw. verfehlen ihre Wirkung nicht.

Entscheidend für den wirklich tiefgehenden, offensiven Kampf gegen den Antikommunismus ist, die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus zu studieren und sich tiefgehend anzueignen, sie zu propagieren, zu erklären und in lebendiger Form zu erläutern – im Zusammenhang mit der Verteidigung des Kampfes der kommunistischen Weltbewegung und des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins, im Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen die revisionistischen Zerrbilder wie der SED und der DDR oder der Sowjetunion der 60er, 70er oder 80er Jahre.

★ ★ ★

Die grundlegende und konkrete Einschätzung des deutschen Imperialismus in all seinen Aspekten ist unerläßlich, um ohne Illusionen über seine Gefährlichkeit und Aggressivität, zugleich aber auch mit dem Wissen um seine unüberwindbaren Widersprüche und Schwächen den unerbittlichen Kampf gegen diesen Hauptfeind der sozialistischen Revolution in Deutschland, gegen diese besonders aggressive imperialistischen Großmacht zu führen. Aber diesen Kampf erfolgreich zu führen, ist unmöglich, ohne die Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution zu verstehen und mit der konkreten Lage zu verbinden.

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

- **Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution**
- **Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus**
- **Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands**

Resolution 4
der 2. Parteikonferenz
von Gegen die Strömung

Vorbemerkung

Auf der Grundlage der programmatischen Resolutionen über unser Ziel des Kommunismus, über die prinzipiellen Erfordernisse des proletarischen Internationalismus und die Besonderheiten der Geschichte und Gegenwart des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus beschloß die 2. Parteikonferenz, durch drei weitere Resolutionen Grundlagen und Richtlinien für die Verstärkung des ideologischen Kampfes in den eigenen Reihen und für die Arbeit nach außen und für die praktische Arbeit festzulegen.

Unserer Meinung nach ist nach wie vor die Ideologie des modernen Revisionismus, die jahrzehntelange, umfangreiche Revision der grundlegenden Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin in vielerlei Varianten, die ***Hauptgefahr,*** auch wenn scheinbar entgegengesetzte andere opportunistische Strömungen eine gewichtige Rolle spielen.

Es ist die Aufgabe des ideologischen Kampfes der nächsten Jahre, mit Hilfe der nachfolgend festgelegten Richtlinien eine konkrete Polemik, mit Argumenten und Beweisen, Belegen und angemessenen Schlußfolgerungen, gegen alle dem wissenschaftlichen Kommunismus entgegentretenden Strömungen zu führen.

In diesen Kämpfen sind die Resolutionen selbst, die Begründung und die Art der Beweisführung selbstkritisch zu überprüfen.[13]

[13] Der Bericht über die Diskussionen auf der 2. Parteikonferenz mit ergänzenden Aspekten sowie die Resolution über die Kommunistische Partei und ihren Aufbau werden dann in „Rot Front" Nummer 3 und 4 erscheinen.

Resolution 4, Teil I

Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

1.

Die Idee der Erkämpfung des Sozialismus und Kommunismus auf wissenschaftlicher Grundlage, die Idee des bewaffneten Aufstandes und der Durchführung der sozialistischen Revolution, steht und fällt mit dem Verständnis der welthistorischen Rolle der Arbeiterklasse, jener Klasse, die sich nicht selbst von Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann, ohne schließlich durch die konsequente Fortsetzung und Verschärfung des Klassenkampfes und die Verstärkung der Diktatur des Proletariats, die höchste Form der Hegemonie des Proletariats, eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu schaffen, die kommunistische Gesellschaft.

2.

Die Arbeiterklasse ist in der kapitalistischen Gesellschaft die einzig konsequent revolutionäre Kraft, die die Fähigkeit hat, auch andere Massen ausgebeuteter und unterdrückter Werktätiger um sich zu scharen, um im Bürgerkrieg die herrschende Klasse zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen. Dies ist eine objektive Gesetzmäßigkeit. Die Rolle des Proletariats als

Träger der sozialistischen Revolution zu bestreiten oder herabzumindern, heißt, die proletarische Revolution selbst für unmöglich zu erklären oder zu bekämpfen.

3.

Der ideologische Kampf zur Verteidigung der historischen Rolle des Proletariats und seines Kampfes für den Kommunismus gegen die Ideologen der Bourgeoisie und ihre revisionistischen und opportunistischen Anhängsel erfordert, daß über die konkrete Analyse der objektiven und subjektiven Verhältnisse des Proletariats hinaus tiefergehend die geschichtliche Entwicklung und die objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft offensiv aufgedeckt werden, daß die Besonderheiten im heutigen imperialistischen Deutschland im Zusammenhang mit den prinzipiellen Gründen für die revolutionäre Rolle des Proletariats analysiert werden.

4.

Dabei gilt nach wie vor als Ausgangspunkt das von Marx und Engels gegen kleinbürgerliche Zweifler und bürgerliche Apologeten der bestehenden Verhältnisse entwickelte Prinzip, daß die revolutionäre Rolle des Proletariats nicht daraus resultiert, was es gegenwärtig für Ansichten und Auffassungen hat, sondern sich schließlich daraus ergibt, was durch die gesamte geschichtliche Entwicklung objektiv vorgegeben ist. Das von der Kommunistischen Partei geschaffene sozialistische Bewußtsein des Proletariats versetzt es subjektiv in die Lage, seine geschichtliche Rolle als Hegemon im Kampf für den Kommunismus zu verwirklichen.

5.

Gerade im Imperialismus gilt, daß die Arbeiterklasse keine einheitliche Klasse ist. Ausgangspunkt zur Verteidigung der revolutionären Rolle des Proletariats ist daher, sehr genau und tiefgehend die Rolle der Arbeiteraristokratie als durch Extra-

profite bestochener und von der Bourgeoisie abhängiger Schrittmacher der Konterrevolution in den Reihen der Arbeiterklasse zu verstehen und konsequent zu bekämpfen. Darüber hinaus sind die Besonderheiten zu analysieren, die es der Bourgeoisie einer imperialistischen Großmacht wie Deutschland ermöglichen, auch sehr große Teile der Arbeiterklasse durch ideologische, aber auch materielle Mittel zeitweise an den Kapitalismus zu binden. Daher ist es grundlegend, der Linie Lenins zu folgen, sich vor allem auf die untersten, die am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Teile der Arbeiterklasse zu stützen.

6.

Ein ganz besonders wichtiges Problem ist, daß die Arbeiterklasse imperialistischer Großmächte, daß die Arbeiterklasse in Deutschland in den industriellen Großbetrieben, aber verstärkt auch in Agrarbetrieben, gerade in den untersten und kämpferischsten Teilen aus Arbeiterinnen und Arbeitern besteht, die teils vor Jahrzehnten, teils vor Jahren, teils vor ganz kurzer Zeit ihre Herkunftsländer verlassen haben. Von vornherein ist somit bei jeder Analyse und bei jedem konkreten Kampf die rücksichtslose Entlarvung des deutschen Chauvinismus eine Vorbedingung.

Unsere grundlegende Linie ist, daß der Teil der internationalen Arbeiterklasse, der in Deutschland lebt und arbeitet und seine Herkunftsländer verlassen hat, lange Zeit Teil der Arbeiterklasse seiner Herkunftsländer bleibt, und daher vor allem der Revolution in seinen Herkunftsländern verbunden ist, sie unterstützt und nach Kräften und Möglichkeiten vorantreibt. Seine fortgeschrittensten Vertreter werden der Auslandsorganisation der Kommunistischen Partei der Herkunftsländer angehören.

Unsere Linie schließt ein, daß in engster Absprache mit den Kommunistischen Parteien in den Herkunftsländern, auch auf Grund verschiedener Umstände und auf der Basis der Auswertung der Erfahrungen der Kommunistischen Parteien zu Lebzeiten Lenins und Stalins, auch Genossinnen und Genossen dieses Teils der Arbeiterklasse sich zur vorrangigen Unterstützung des

Kampfes für die proletarische Revolution in Deutschland und für den Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland entscheiden.

Die Kommunistische Partei in Deutschland fragt bei der Organisierung ihrer Mitglieder von vornherein nicht nach Staatsbürgerschaft und Nationalität, sondern nach der Perspektive der Revolution. Dies gilt insbesondere gegenüber allen in Deutschland geborenen und aufgewachsenen jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeitern.

7.

Bei der Analyse der konkreten Zusammensetzung des Proletariats in Deutschland ist unser Ausgangspunkt, daß das in der Großproduktion in den Städten konzentrierte Industrieproletariat der führende Kern der Arbeiterklasse ist. Jeder Betrieb muß unsere Festung sein. Ein für das Bündnis mit der Masse der anderen ländlichen Werktätigen wesentlicher Teil der Arbeiterklasse ist jedoch auch das in kapitalistischen Agrarbetrieben konzentrierte Landproletariat. Darüber hinaus ist es eine komplizierte Frage, von der Arbeiterklasse jene proletarisierten Teile der Werktätigen abzugrenzen, die in gewaltigen Dienstleistungsbetrieben, bei der Realisierung der Profite des Kapitals etc. eingesetzt sind, ohne unmittelbar an der Produktion beteiligt zu sein, die als Lohnabhängige der Diktatur des Kapitals unterworfen sind, ökonomisch einige Merkmale des Proletariats haben, aber von ihrer Stellung, ihrem Platz in der Produktion im engen Sinne des Wortes nicht zur Arbeiterklasse als produzierende und mehrwertproduzierende Klasse gerechnet werden können. Die Perspektive der vergesellschafteten Produktion im Sozialismus ist für diese Teile der lohnabhängigen Massen ein gewichtiges Kriterium, um ihre Entwicklung und Beteiligung am Klassenkampf des Industrieproletariats zu beurteilen.

8.

Die Klassenanalyse umfaßt vor allem auch die Analyse der Klassen und Schichten auf dem Land. Die Klassenfeinde auf dem Land sind: Großbauern, Großgrundbesitzer, Agrarkapitalisten und das Finanzkapital. Die Nähe der Lebenslage des Halbproletariats und der Kleinbauern zur Situation der Arbeiterklasse in Stadt und Land ermöglicht dem Proletariat, hier den nächsten Verbündeten im Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie zu finden, da die Entwicklung des Kapitalismus dem Halbproletariat und den Kleinbauern immer weniger eine Zukunftsperspektive einräumt. Auch die kleinbürgerlichen Mittelschichten der Städte müssen genau analysiert, ihre Entwicklung und ihr Verhalten müssen im Klassenkampf des Proletariats beurteilt und beeinflußt werden, um Teile davon als weitere Verbündete des Proletariats im Kampf gegen das Kapital zu gewinnen und andere Teile zumindest zu neutralisieren.

9.

Der Klassenkampf als Triebkraft der Geschichte wird in den Städten und auf dem Land die Spreu vom Weizen trennen. Er ist ein wesentliches Kriterium, um konkret Umfang und Festigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen werktätigen und ausgebeuteten Schichten in der Stadt und auf dem Land bestimmen zu können.

10.

Die Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Situation aller Klassen und Schichten in Deutschland im engen Zusammenhang mit den konkreten Kämpfen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunistischen Partei, um mit einer richtigen Strategie und Taktik für die Hegemonie und die Diktatur des Proletariats, für das Programm des Kommunismus zu kämpfen.

Referat zu Resolution 4, Teil I

Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

Nachdem in der Resolution 1 der 2. Parteikonferenz[14] programmatisch dargestellt ist, daß der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Proletariats gleich unvermeidlich sind, daß das internationale Proletariat der Totengräber des Systems des Weltimperialismus ist, sollen hier – in bewußter Abgrenzung zu den wichtigsten opportunistischen Angriffen und Entstellungen – grundlegende Ausgangspunkte und Probleme bei der Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats festgestellt und begründet werden. Dabei geht es vor allem um drei Fragen:

- ***Wer*** ist die führende Klasse (Hegemon) der sozialistischen Revolution?
- ***Über wen*** wird die Führung (Hegemonie) ausgeübt, wer wird geführt?
- ***Gegen wen*** muß die Führung durchgesetzt werden?

[14] Siehe Resolution 1: „Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus", „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996.

Das Proletariat ist die einzig konsequent revolutionäre Klasse

Zentrale Gründe, warum das Proletariat der Totengräber des Kapitalismus ist

Alle Proklamationen über Revolution und Kommunismus hängen letztlich in der Luft, wenn nicht wirklich klar und bewußt ist, daß die einzige bis zu Ende revolutionäre und darum bis zum Kommunismus voranschreitende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft das Proletariat ist.[15]

Entscheidend ist, daß das Proletariat im Grund nichts außer seine Arbeitskraft, keinerlei Produktionsmittel besitzt, von Leitung, Organisation und Ziel der Produktion ausgeschlossen ist und deshalb nichts zu verlieren hat als seine Ketten. Die Bourgeoisie kann nicht ohne die Ausbeutung des Proletariats leben, aus dem sie den Mehrwert herauspreßt, die Quelle des Profits. Das Proletariat kann aber sehr wohl ohne die Bourgeoisie leben. Deshalb steht das Proletariat der Bourgeoisie objektiv in unversöhnlichem und direktem Gegensatz gegenüber und ist fähig, den Kapitalismus und alle Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse zu vernichten, während alle anderen Schichten auf Grund ihrer objektiven zwiespältigen Lage zwischen Proletariat und Bourgeoisie – einerseits Werktätige, andererseits im unterschiedlichen Ausmaß Produktionsmittelbesitzer – notwendigerweise schwanken.

---

[15] **„Welches ist das erste und wichtigste ‚Grundprinzip' der marxistischen Theorie? Daß die einzige bis zu Ende revolutionäre und darum in jeder Revolution voranschreitende Klasse der modernen Gesellschaft das Proletariat ist."**
(Lenin, „Geschichtliches zur Frage der Diktatur", 1920, Werke Band 31, S. 340)

„Das Wichtigste in der Marxschen Lehre ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft."
(Lenin, „Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx", 1913, Werke Band 18, S. 576)

Ein weiterer gewichtiger Punkt ist, daß das Proletariat mit der fortgeschrittensten Form der Produktion, der industriellen Großproduktion, der grundlegenden Produktionsform von Sozialismus und Kommunismus, eng verbunden ist. Das Proletariat hat deshalb eine wirkliche Zukunft im Kommunismus, alle anderen ausgebeuteten Schichten haben nur eine Zukunft, wenn sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen, d. h. wenn sie für die Diktatur des Proletariats kämpfen, für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.[16]

Aus diesem Punkt folgt unmittelbar das nächste Argument. Die Konzentrierung in Großfabriken erleichtert die Erziehung und Organisierung des Proletariats im Klassenkampf, die Schaffung eines sozialistischen Bewußtseins und einer bewußten Disziplin durch die Kommunistische Partei, die für den siegreichen Kampf gegen alle Mächte und Traditionen des Kapitalismus, der unter der Diktatur des Proletariats nicht aufhört, sondern sogar noch schärfer und komplizierter wird, nötig sind.[17] Denn das Proletariat ist einerseits mit der

---

[16] **„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.**

Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen."

(Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", 1848, Marx/Engels Werke Band 4, S. 472)

[17] **„Es ist klar, daß man zur völligen Aufhebung der Klassen nicht nur die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten, stürzen, nicht nur *ihr* Eigentum abschaffen muß, man muß auch sonst *jedes* Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen, man muß sowohl den Unterschied zwischen Stadt und Land wie auch den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern aufheben. Das ist ein langwieriges Werk. Um es zu vollbringen, bedarf es eines gewaltigen Schritts vorwärts in der Entwicklung der Produktivkräfte, muß man den Widerstand der zahlreichen Überreste der Kleinproduktion überwinden (einen oft passiven Widerstand, der besonders hartnäckig ist und sich besonders schwer überwinden läßt), muß man die ungeheure Macht der Gewohnheit und Trägheit überwinden, die diesen Überresten anhaftet.**

Anzunehmen, daß alle ‚Werktätigen' gleichermaßen zu dieser Arbeit fähig sind, wäre eine völlig hohle Phrase oder die Illusion eines vorsintflutlichen, vormarxschen Sozialisten. Denn diese Fähigkeit ist nicht an sich gegeben, sondern sie erwächst

Fortsetzung nächste Seite

ausbeuterischen Seite (der auf der Furcht vor der Arbeitslosigkeit, der weiteren Verelendung beruhenden reaktionären „Disziplin") und andererseits mit der organisierenden, fortschrittlichen Seite der Fabrikarbeit (der auf der gemeinsamen, durch die Bedingungen der technisch hochentwickelten Produktion vereinigten Arbeit beruhenden Disziplin) verbunden, die ein Hebel dafür ist, daß das Proletariat viel leichter als andere Ausgebeutete die Notwendigkeit von Organisierung und bewußter Disziplin einsieht und sich aneignet – wenn die reaktionäre Seite systematisch durch die kommunistischen Kräfte bekämpft wird.[18]

Mit Phrasen wie: „Alle, die kämpfen, sind die revolutionäre Klasse!" läßt sich kein Kampf für den Kommunismus führen. Denn der Kommunismus und die Kommunistische Partei haben ihre unersetzliche und feste objektive Basis eben im Proletariat, vor allem im Industrieproletariat der kapitalistischen Großbetriebe. Dies hat größte Bedeutung und Auswirkungen für die gesamte Ausrichtung der revolutionären Arbeit.

Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels wurde ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt genannt. Die Arbeiter haben kein Vaterland, das Proletariat ist eine internationale Klasse, auch wenn der Klassenkampf in jedem Land gegen die jeweilige Bourgeoisie geführt werden muß. Die Arbeiterinnen und Arbeiter führen in allen Ländern im Kern ein und denselben Kampf gegen ein und denselben Klassenfeind, die kapitalistischen Ausbeuter

---

Fortsetzung der Fußnote

historisch und erwächst *nur* aus den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Großproduktion."
(Lenin, „Die große Initiative", 1919, Werke Band 29, S. 410/411)

[18] Lenin legt dazu dar:

„Gerade der Marxismus als Ideologie des durch den Kapitalismus geschulten Proletariats belehrte und belehrt die wankelmütigen Intellektuellen über den Unterschied zwischen der ausbeuterischen Seite der Fabrik (der auf der Furcht vor dem Hungertod beruhenden Disziplin) und ihrer organisierenden Seite (der auf der gemeinsamen, durch die Bedingungen der technisch hochentwickelten Produktion vereinigten Arbeit beruhenden Disziplin). Disziplin und Organisation, die der bürgerliche Intellektuelle so schwer begreift, eignet sich das Proletariat dank der ‚Schule', die es in der Fabrik durchmacht, besonders leicht an."
(Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück", 1904, Werke Band 7, S. 395)

und den Weltimperialismus.[19] Deshalb haben sie trotz aller Unterschiede wesentlich dasselbe Interesse, erfordern ihre Interessen volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationen.

Entscheidender Maßstab für den revolutionären Charakter des Proletariats ist nicht sein aktueller Bewußtseinsstand

> **„Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird."**
> (Marx/Engels, „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik", 1844, Werke Band 2, S. 38)

Es gibt ernste und ernst zu nehmende Einwände und Zweifel, gerade auch bei Arbeiterinnen und Arbeitern, die ernsthaft über Fragen der Revolution nachdenken, ob ***diese*** Arbeiterklasse in Deutschland je eine Revolution machen wird. Mit „Proletkult", mit der Verherrlichung der heutigen Kampfkraft und des gegenwärtigen Bewußtseinsstandes der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter kommt man weder gegen jene an, die ehrliche Zweifel haben, noch gegen jene Defätisten und Renegaten, die ihrer eigene Untätigkeit durch Beschimpfung des Proletariats „rechtfertigen" wollen!

---

[19] Im „Manifest der Kommunistischen Partei" heißt es dazu:

„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden."
(Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", 1848, Werke Band 4, S. 473)

Lenin faßt die proletarisch-internationalistischen, gegen den bürgerlichen Nationalismus gerichteten Passagen aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei" konzentriert zusammen:

„ ‚Der Arbeiter hat kein Vaterland' – das bedeutet, daß α) seine ökonomische Lage (le salariat) nicht national, sondern international ist; β) sein Klassenfeind international ist; γ) die Bedingungen für seine Befreiung gleichfalls; δ) die internationale Einheit der Arbeiter *wichtiger* ist als die nationale."
(Lenin, „Brief an Inès Armand", 1916, Werke Band 35, S. 223)

Unser Ausgangspunkt ist, daß die kommunistischen Kräfte den Ausgebeuteten die volle Wahrheit über den Stand ihrer Kämpfe und den Entwicklungsgrad ihres Bewußtseins sagen. Jede Form der Lobhudelei oder Schmeichelei muß mit aller Kraft bekämpft werden. Um die ganze Größe der anstehenden Aufgaben für die kommunistischen Kräfte bei der Erkämpfung der Hegemonie und der Bewußtmachung des Proletariats wirklich realistisch beurteilen, anpacken und bewältigen zu können, ist folgende grundsätzliche Darlegung Lenins von zentraler Bedeutung:

> **„Ihr seid verpflichtet, ihnen (den Massen, A.d.V.) die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den *tatsächlichen* Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen *Masse* (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter), *nüchtern* zu prüfen."**
> (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Sozialismus", 1920, Werke Band 31, S. 43/44)

Die Wahrheit ist, daß der Bewußtseinsstand der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter ebenso wie ihre Kämpfe noch sehr zurückgeblieben sind. Die bürgerlich-reaktionäre Ideologie bis hin zu ihren chauvinistischen Extremen beherrscht die Köpfe der übergroßen Mehrheit der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Um sich über die Bedingungen für eine Änderung dieser Situation klarzuwerden, dürfen allerdings nicht nur das Hier und Heute und auch nicht nur die letzten Jahrzehnte im Blick sein. Denn auch in Deutschland war es nicht immer so.

Unter der Führung der damals noch revolutionären Sozialdemokratie führten die Arbeiterinnen und Arbeiter im letzten Jahrhundert viele und in mancher Hinsicht auch vorbildliche Kämpfe, z. B. gegen den deutsch-französischen Krieg 1870/71 und gegen das „Sozialistengesetz". Vor allem wegen des schändlichen Verrats der meisten seiner Führer und der SPD als Partei überhaupt zu Beginn des Ersten Weltkriegs erfaßte dann der chauvinistische Taumel der „Vaterlandsverteidigung" auch große Teile des Proletariats. Angesichts des sich verschärfenden Elends begannen nach den ersten zwei Kriegsjahren größere Teile der Arbeiterklasse, vor allem auch die Arbeiterinnen in der Kriegsindustrie, die Burgfriedenspolitik aufzukündigen. Es kam zu großen Massenstreiks und schließlich – wobei die revolutionären Teile der Arbeiterklasse zunächst unter Führung des Sparta-

kus-Bundes, dann der 1918 gegründeten KPD standen – zum Kieler Matrosenaufstand, zur Novemberrevolution, zur bayerischen Räterepublik sowie weiteren mächtigen, vielfach auch bewaffneten Kämpfen, darunter vor allem der Hamburger Aufstand 1923. Das deutsche Finanzkapital legte 1933 gerade auch deshalb die politische Vertretung seiner Interessen in die Hände der Nazifaschisten, um den steigenden Einfluß der KPD gewaltsam zu zerschlagen.

In den Jahren nach 1945 gab es in Westdeutschland, zunächst unter der Führung der damals noch revolutionären KPD, einige, teilweise durchaus breite und wichtige Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern für Entnazifizierung, Enteignung der Nazi-Kriegsverbrecher und gegen den Wiederaufbau der Armee des westdeutschen Imperialismus, die nach der revisionistischen Umwandlung der KPD und ihrem Verbot durch die westdeutschen Imperialisten 1956 allerdings sehr schnell abflauten bzw. von der Sozialdemokratie und den Revisionisten völlig pazifistisch verwässert wurden.

Seit Ende der 60er Jahre bis heute entstanden trotz des Verrates der KPD immer wieder spontane Kämpfe, vor allem gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen Massenentlassungen und Lohnkürzungen. Das waren durchaus Ansätze einer selbständigen Arbeiterbewegung – oftmals unter entscheidender Beteiligung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten –, ohne und gegen die staatstreue Gewerkschaftsführung. Vor allem die ***„wilden" Septemberstreiks 1969*** für höhere Löhne, der ***militante Fordstreik 1973*** gegen willkürliche Entlassungen und für bessere Arbeitsbedingungen, der hauptsächlich von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Türkei geführt wurde, oder der einjährige Kampf der Kali-Arbeiterinnen und -arbeiter in ***Bischofferode 1992/93*** für den Erhalt der Arbeitsplätze und gegen die Einverleibungspolitik des west/deutschen Imperialismus zeigten schlaglichtartig, welche Kraft im Proletariat steckt, wenn es zu kämpfen beginnt.

Die relativ gesehen sehr große Schwäche der west/deutschen Arbeiterbewegung zeigt sich jedoch im Vergleich mit vielen vom Imperialismus abhängigen Ländern und insbesondere auch im Vergleich mit imperialistischen Ländern wie Frankreich oder Italien, die in der internationalen Streikstatistik weit vor West/Deutschland stehen. Zudem gab und gibt es von den westdeutschen bzw. deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern fast keine Aktionen internationaler Klassensolidarität mit streikenden und demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeitern anderer Länder, auch nicht mit den direkt von deutschen Konzernen Ausgebeuteten (wie z. B. bei VW Mexiko und Mercedes Brasilien).

Aber diese Situation gibt dennoch nicht jenen Zynikern recht, die die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter im Grunde verachten, sie als für immer verbürgerlicht hinstellen, um damit ihren Defätismus, ihre Absage an die Revolution plausibel erscheinen zu lassen.

Diese Situation widerspricht keineswegs der Tatsache, daß das Proletariat in jedem kapitalistischen Land die einzig wirklich konsequente revolutionäre Klasse ist. Das entscheidende Argument, das Marx und Engels schon vor 150 Jahren gegen damalige kleinbürgerliche Pseudo-Revolutionäre herausstellte, die die Rolle des Proletariats herabminderten, ist heute besonders aktuell:

> **„Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt.* Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird."**
> (Marx/Engels, „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik", 1844, Werke Band 2, S. 38)

Der Maßstab, ob das Proletariat die revolutionäre Klasse ist oder nicht, ist nicht sein aktueller Bewußtseinsstand, der Entwicklungsgrad und Umfang seiner Klassenkämpfe. Das ist zwar naheliegend, wäre aber viel zu kurzfristig argumentiert. Eine solche Herangehensweise sieht nicht die in der Tiefe wirkenden objektiven Gesetzmäßigkeiten und Kräfte, die die Entwicklung auf weite Sicht bestimmen. Das Proletariat ist auch in Deutschland aufgrund seiner objektiven Lage die revolutionäre Klasse, es hat aufgrund seiner objektiven Lage ***die Möglichkeit,*** die proletarische Revolution durchzuführen. Die der kapitalistischen Gesellschaft zugrundeliegenden Widersprüche – die vom herrschenden System nicht gelöst werden können – führen gesetzmäßig zur immer weitergehenden Verelendung der Ausgebeuteten und zwingen letztendlich das Proletariat zum Klassenkampf, und dieser Klassenkampf wiederum führt die Arbeiterinnen und Arbeiter zwangsläufig an die Frage heran: Was ist der Ausweg aus der kapitalistischen Ausbeutung?

Jede frühere gesellschaftliche Umwälzung, sei es die feudale Revolution mit der Fahne der Befreiung von der Sklaverei, sei es die bürgerliche Revolution unter Führung der Bourgeoisie mit der Fahne der Befreiung vom Feudalismus, brachte letztlich eine Weiterentwicklung des Privateigentums, nicht seine Abschaffung mit sich. Der springende Punkt ist nun, daß das privatkapitalistische Eigentum der letzte und vollendetste Ausdruck einer Ausbeutergesellschaft ist, die

auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht. Wenn sich die vom Kapitalismus selbst erzeugte revolutionäre Kraft, das Proletariat, in der Revolution zur herrschenden Klasse erhebt, dann ist es seine objektiv angelegte historische Mission, mit jeglicher Ausbeutung Schluß zu machen.[20]

Das ist die objektive Grundlage, damit diese Möglichkeit ***zur Wirklichkeit*** wird, sie ist jedoch keinesfalls ausreichend. Damit die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe als Totengräber des deutschen Imperialismus erfüllen kann, ist eine starke Kommunistische Partei notwendig, welche die Arbeiterklasse systematisch erzieht, sozialistisches Bewußtsein in sie hineinträgt, sie revolutionär organisiert und dadurch zu ihrer historischen Aufgabe befähigt.

Eine wichtige ***Ursache*** der Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung lag und liegt in der Dominanz der DGB-Bürokraten, der ideologischen und politischen Vorherrschaft der Arbeiteraristokratie, die angesichts der Stärke des west/deutschen Imperialismus besonders stark ausgeprägt ist. Hinzu kommen die nicht unbedeutenden Erfolge der west/deutschen Bourgeoisie, vorübergehend Teile der Arbeiterklasse an sich zu binden. Außerdem wirkten die „deutschen Verhältnisse" als geschichtlicher Ballast, von der Niederlage der Bauernkriege 1525, der Niederlage der bürgerlichen Revolution 1848, der Novemberrevolution 1918/19 bis hin zu den 12 Jahren Nazi-Faschismus, als es dem deutschen Imperialismus weitgehend gelungen war, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen, so daß es in

---

[20] Genau deshalb und in diesem Sinne konnte Marx über den von ihm führend ausgearbeiteten wissenschaftlichen Kommunismus als Theorie zur Befreiung der Arbeiterklasse feststellen:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war

1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist;

2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt;

3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."

(Marx, Brief an Josef Weydemeyer vom 5. März 1852, Marx/Engels Werke Band 28, S. 507/508)

Deutschland keine bewaffneten, massenhaften Kämpfe der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter für den Sturz des Nazi-Faschismus gegeben hat, welche zumindest ein demokratisches Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter geschaffen hätten.

Objektive Faktoren wie die Konjunktur, das zeitweilige „Wohlergehen" des kapitalistisch-imperialistischen Systems in Deutschland usw. haben sicherlich Gewicht, dürfen nicht mißachtet oder geringgeschätzt werden, wenn es darum geht, die Schwächen der Arbeiterbewegung in Deutschland zu untersuchen und zu verstehen. Entscheidend sind sie jedoch nicht. Das hat vor allem auch die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Rußland bewiesen.[21]

Die entscheidende Ursache für die Schwächen der Arbeiterbewegung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten besteht darin, daß seit der Umwandlung der revolutionären KPD in eine revisionistisch-konterrevolutionäre Partei durch den Verrat der modernen Revisionisten Mitte der 50er Jahre keine starke, wirklich Kommunistische Partei vorhanden ist, die mit den breiten Massen der Arbeiterklasse verbunden ist, reformistische Illusionen bekämpft und besonders auch dem Gift des deutschen Chauvinismus und Rassismus den Krieg erklärt und proletarisch-internationalistisches Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinträgt. Denn spontan, ohne den Kampf, die theoretische, politische und organisatorische Arbeit einer starken Kommunistischen Partei setzt sich immer die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse durch, weil sie eben viel älter, vielseitiger entwickelt und im Kapitalismus über unvergleichlich mehr Verbreitungsmöglichkeiten als die proletarische Ideologie verfügt. Deshalb kann trotz erschwerender objektiver Faktoren der Einfluß der kommunistischen Kräfte bei systematischer Arbeit kontinuierlich wachsen, das Bewußtsein und die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter systematisch gehoben und gesteigert werden, bis sie unter Führung ihrer Kommunistischen Partei und mit Hilfe ihrer Verbün-

---

[21] Zum Beispiel war es in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts so, daß trotz vorübergehendem konjunkturellem Aufschwung die Arbeiterbewegung in Rußland erstarkte, vor allem aufgrund der Arbeit der kommunistischen Kräfte. Siehe dazu: „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", 1938, S. 24ff.

deten das verfluchte System des deutschen Imperialismus in der proletarischen Revolution, im Bürgerkrieg zerschlagen werden!

Die Klassengrenze zwischen dem Proletariat und den anderen Ausgebeuteten darf nicht verwischt werden

Die bürgerlichen Ideologen und diversen Opportunisten leugnen die Rolle des Proletariats als revolutionäre Klasse auf vielfältige Art und Weise. Die modernen Revisionisten verwässern klassenversöhnlerisch das Proletariat, indem sie „jeden Lohnabhängigen" wie Angestellte und Beamte, insbesondere auch die sogenannte „wissenschaftlich-technische Intelligenz" zum Proletariat zählen. Dabei verabsolutieren sie einzelne ökonomische Kriterien. Bürgerliche Ideologen versuchen durch Spekulationen mit scheinbaren oder tatsächlichen Veränderungen in der Struktur des Proletariats und der Werktätigen insgesamt in imperialistischen Ländern zu beweisen, daß die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus „veraltet" seien.

Auch ehrliche revolutionäre Kräfte bestreiten häufig mit ähnlichen Argumenten, daß das Proletariat die revolutionäre Klasse ist, weil die Realität eben für diese bürgerlichen „Argumente" zu sprechen scheint.

Das Problem dabei ist: Die Struktur des Proletariats in einem imperialistischen Land wird in der Tat komplizierter, und daher ist die Unterscheidung von anderen Lohnabhängigen schwierig, es gibt keine absolute Grenze, die man ein für allemal festlegen kann. Das heißt aber nicht, daß nun jeder, der seine Arbeitskraft verkauft, automatisch zur Klasse des Proletariats gehört, genausowenig werden Arbeiter oder Arbeiterinnen dadurch zu Angestellten, weil sie in den Gehaltslisten der Bourgeoisie unter der Rubrik „Angestellte" geführt werden.[22] Um die tatsächliche Struktur und Stärke des Proletariats

---

[22] Nach bürgerlichen Statistiken gibt es 1995 in Deutschland 81,6 Millionen Einwohner, davon 7,1 Millionen ohne deutschen Paß. Nach bürgerlich-juristischen Kriterien gibt es ca. 36 Millionen „Erwerbstätige" und über 4 Millionen „registrierte Arbeitslose" (dazu muß man noch 2 bis 3 Millionen Erwerbslose zählen, die die bürgerliche Statistik nicht erfaßt). Unter den „Erwebstätigen" sind 13 Millionen „Arbeiter und Arbeiterinnen", 16,8 Millionen „Angestellte", und

Fortsetzung nächste Seite

bestimmen zu können, muß der Ausgangspunkt sein, daß die Klasse des Proletariats ökonomisch, im marxistischen Sinne, nichts anderes als die Mehrwert produzierende Klasse ist. Dieser ökonomische Aspekt erschöpft aber nicht die Merkmale des Proletariats als Klasse. Um das Proletariat als Klasse von den anderen Ausgebeuteten unterscheiden zu können, müssen darüber hinaus noch eine Reihe von Kriterien berücksichtigt werden, wobei Lenin die wichtigsten genannt hat:

> **„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen."**
> (Lenin, „Die große Initiative", 1919, Werke Band 29, S. 410)

Die wichtigsten Kriterien, die auf die gesellschaftliche Realität in Deutschland angewandt werden müssen, sind also:

- ***Der Platz in der gesellschaftlichen Produktion.***
- ***Das Verhältnis zu den Produktionsmitteln.***
- ***Die Rolle bei der Leitung, Planung und Organisation der Produktion.***
- ***Die Art der Erlangung und die Höhe des Einkommens.***

Fortsetzung der Fußnote

2,45 Millionen „Beamte". Unter der Rubrik „Arbeiter im produzierenden Gewerbe", wozu „Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden, sowie verarbeitendes Gewerbe" zählen, werden ca. 4,5 Millionen angegeben.

(Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 4/96, Statistisches Bundesamt, „Bundesanstalt für Arbeit")

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen in den Tageskämpfen eine Kampffront mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern schaffen und vor allem die Revolution in ihren Herkunftsländern unterstützen

Der deutsche Imperialismus, der auf eine lange Tradition der brutalsten Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern zurückblicken kann, die während der Nazi-Zeit ihren grausamen Höhepunkt erreichte, setzt diese zutiefst reaktionäre Tradition auch heute ungebrochen fort. Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern müssen oftmals die schwersten, am schlechtesten bezahlten Arbeiten ausführen, sie gehören zu den untersten Schichten des Proletariats in Deutschland und werden besonders brutal unterdrückt. Nach dem Prinzip des „Teile und Herrsche" versucht die deutsche Bourgeoisie nicht ohne Erfolg, deutschen Chauvinismus und Rassismus bis hin zu Pogromstimmungen unter den deutschen Werktätigen gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern zu schüren. Deutscher Chauvinismus und Rassismus dienen den deutschen Imperialisten dazu, die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter immer weiter an sich zu binden; sie sind ein Instrument der weltweiten imperialistischen Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten, denn imperialistische Kriege sind nicht zu führen ohne massive Verhetzung der Werktätigen mit dem Gift des Chauvinismus.

Ein ganz besonders wichtiges Problem ist, daß die Arbeiterklasse imperialistischer Großmächte, daß die Arbeiterklasse in Deutschland in den industriellen Großbetrieben, aber verstärkt auch in Agrarbetrieben, gerade in den untersten und kämpferischsten Teilen aus Arbeiterinnen und Arbeitern besteht, die teils vor Jahrzehnten, teils vor Jahren, teils vor ganz kurzer Zeit ihre Herkunftsländer verlassen haben. Von vornherein ist somit bei jeder Analyse und bei jedem konkreten Kampf die rücksichtslose Entlarvung des deutschen Chauvinismus eine Vorbedingung.

Unsere grundlegende Linie ist, daß der Teil der internationalen Arbeiterklasse, der in Deutschland lebt und arbeitet und seine Herkunftsländer verlassen hat, lange Zeit Teil der Arbeiterklasse seiner

Herkunftsländer bleibt, und daher vor allem der Revolution in seinen Herkunftsländern verbunden ist, sie unterstützt und nach Kräften und Möglichkeiten vorantreibt. Seine fortgeschrittensten Vertreter werden der Auslandsorganisation der Kommunistischen Partei der Herkunftsländer angehören.

Unsere Linie schließt ein, daß in engster Absprache mit den Kommunistischen Parteien in den Herkunftsländern, auch auf Grund verschiedener Umstände und auf der Basis der Auswertung der Erfahrungen der Kommunistischen Parteien zu Lebzeiten Lenins und Stalins, auch Genossinnen und Genossen dieses Teils der Arbeiterklasse sich zur vorrangigen Unterstützung des Kampfes für die proletarische Revolution in Deutschland und für den Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland entscheiden.

Die Kommunistische Partei in Deutschland fragt bei der Organisierung ihrer Mitglieder von vornherein nicht nach Staatsbürgerschaft und Nationalität, sondern nach der Perspektive der Revolution. Dies gilt insbesondere gegenüber allen in Deutschland geborenen und aufgewachsenen jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeitern.

Ausgehend von den grundlegenden Prinzipien des proletarischen Internationalismus ergeben sich entscheidende Verpflichtungen, aber auch große Möglichkeiten für die deutschen kommunistischen Kräfte und die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen in den Tageskämpfen, in den Betrieben eine gemeinsame Kampffront mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern aufbauen, für gleiche Rechte der Ausgebeuteten aus anderen Ländern eintreten, jegliche Spaltungsversuche und den deutschen Chauvinismus und Rassismus bekämpfen und dabei von der oftmals vorbildhaften Rolle der Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern in den täglichen Kämpfen, von ihrer Kampfkraft und ihrem kämpferischen Bewußtsein maximal lernen. Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter haben die internationalistische Verpflichtung, den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern in Deutschland, den Kampf des Proletariats und der unterdrückten Völker in „ihren" Ländern für ihre Revolution maximal zu unterstützen, vor allem die Revolutionen in den vom deutschen Imperialismus abhängigen Ländern. Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter haben sehr günstige Möglichkeiten für ihre Erziehung im Geist des proletarischen Internationalismus, indem sie von der revolutionären Erfahrung und dem revolutionärem

Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter anderer Länder für den Kampf um die „eigene" Revolution lernen können und werden.

Das städtische Industrieproletariat ist der führende Kern des Proletariats. Das städtische Proletariat und das Landproletariat verwirklichen die Hegemonie des Proletariats

In einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland fällt einem zum Stichwort „Proletariat" zuerst das städtische Proletariat in den großen Industriebetrieben wie BASF, VW oder Daimler-Benz ein. Die richtige Einschätzung der Rolle des städtischen Proletariats der großen Industriebetriebe ist in der Tat entscheidend, aber es darf dabei nicht vergessen werden, daß es auch in Deutschland ein Landproletariat gibt, dessen Rolle und dessen Unterschiede zur Lage des städtischen Industrieproletariats unbedingt richtig eingeschätzt werden müssen.

Das ***städtische Industrieproletariat ist der führende Kern der revolutionären Klasse des Proletariats,*** weil es in den größten Fabriken arbeitet, am meisten konzentriert ist und dadurch die besten Möglichkeiten für die Organisierung und Erziehung durch die Kommunistische Partei bestehen, weil es die größte Tradition an Klassenkämpfen besitzt.[23] Die anderen Teile des Proletariats, z. B. Handwerker in kleineren Betrieben, Transportarbeiter oder auch das Landproletariat sind wesentlich weniger konzentriert, arbeiten oft weit verstreut voneinander und können deshalb nicht so gut organisiert werden und eine so durchschlagende Kraft entwickeln wie das Proletariat in den großen städtischen Fabriken.

---

[23] **„Diktatur des Proletariats bedeutet, wenn man diesen lateinischen, wissenschaftlichen, historisch-philosophischen Ausdruck in eine einfachere Sprache übersetzt:**

Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die städtischen Arbeiter und überhaupt die Fabrikarbeiter, die Industriearbeiter, ist imstande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für den Sturz der Macht des Kapitals, im Prozeß des Sturzes dieser Macht, im Kampf um die Sicherung und die Festigung des Sieges, bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in dem ganzen Kampf für die völlige Aufhebung der Klassen."
(Lenin, „Die große Initiative", 1919, Werke Band 29, S. 409)

Deshalb darf jedoch die Rolle und Kampfkraft gerade des ***Landproletariats*** und die Bedeutung der kommunistischen Arbeit im Landproletariat – eine grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Parteien in allen Ländern[24] – keineswegs geringgeschätzt, sondern muß in seiner wichtigen Bedeutung erkannt werden, sonst ist an die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats nicht zu denken.

Wie ist die Lage des Landproletariats? Das Landproletariat besitzt wie auch das städtische Proletariat keine Produktionsmittel, wird ausgebeutet und unterdrückt, ist Teil der Arbeiterklasse und daher auf dem Land mit Abstand die revolutionärste Kraft.[25] Es ist ein entscheidender Hebel, um die Verbindung zwischen den werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land und dem städtischen Proletariat herzustellen und zu festigen, die Hegemonie des Proletariats auf dem Land zu verwirklichen.

Wie zentral die Bedeutung des Landes, der Landwirtschaft für den Sieg der proletarischen Revolution auch unter den Bedingungen einer imperialistischen Großmacht wie Deutschland ist, zeigt sich gerade in Zeiten des Bürgerkrieges, aber auch in Zeiten des krisenhaften Zusammenbruchs der Produktions- und Verteilungsmechanismen des Kapitalismus wie z. B. nach dem Ersten Weltkrieg. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land betreiben Lebensmittelproduktion, das Land ist Lebensmittellieferant der Stadt. Was ist, wenn die Lebensmittelquelle, die aus der Ausbeutung anderer Völker stammt, ganz oder fast ganz versiegt? Ganz besonders deutlich wird diese Bedeutung nach dem Sturz der Bourgeoisie, wo die Diktatur des Proletariats die Lebensmittelversorgung im eigenen Land sichern muß und es gilt, die vom deutschen Monopolkapital und seiner imperialistischen Staatsmacht betriebene Ausplünderung der anderen Völker zu beenden. Deshalb ist es zentral, daß das Land unbedingt zur Bastion der proletarischen Revolution werden muß, denn wenn

---

[24] Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", 1920, Werke Band 31, S. 141.

[25] Das Landproletariat charakterisiert Lenin als

„die Lohnarbeiter (Jahres-, Halbjahres-, und Tagesarbeiter), die sich ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in kapitalistischen landwirtschaftlichen Betrieben erwerben."

(Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", 1920, Werke Band 31, S. 141)

das Land Stützpunkt der Bourgeoisie bleibt, wenn in den Städten der bewaffnete Aufstand begonnen hat, kann ein Sieg nicht von Dauer sein, weil es der Konterrevolution gelingen wird, die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten des Landes gegen die Stadt zu mobilisieren. Aus diesen Gründen ist der siegreiche Kampf zum Sturz der Bourgeoisie, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats unmöglich, ohne daß die Kommunistische Partei „eine Macht auf dem Lande" wird.[26]

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß das Landproletariat andere Lebens- und Produktionsbedingungen als das städtische Industrieproletariat hat und bestimmte Besonderheiten aufweist. Es ist weniger konzentriert, es herrscht eine größere Zersplitterung als im städtischen Industrieproletariat vor, z. B. durch die weit verbreitete Saison- und Tagelöhnerarbeit. Es ist besonderen Formen der reaktionären Ideologie der deutschen Bourgeoisie ausgesetzt wie z. B. der reaktionären Propaganda von einer angeblichen „Dorfgemeinschaft", die die Mentalität „Wir Bauern müssen zusammenhalten" fördert, es ist in Teilen mit einer Form pseudofamiliärer, einer Art patriarchalischer Atmosphäre zur Vertuschung der Ausbeutung und der Ankettung an den Betrieb des kapitalistischen Großbauern konfrontiert, die das Ausbeutungsverhältnis verschärfen und undurchschaubarer machen, als es in den industriellen Großbetrieben der Stadt der Fall ist. Das Landproletariat ist der sogenannten „Apathie des Landlebens" ausgesetzt, einer Atmosphäre, die insgesamt auf allen Gebieten besonders reaktionär ist, weil auf dem Dorf in viel größerem Maße nicht über den eigenen Tellerrand geschaut wird, weil das Dorfleben selbst von bürgerlich-demokratischen kulturellen Ideen und Einrichtungen weitestgehend abgeschnitten ist.[27]

---

[26] Engels formulierte in seiner wichtigen, für das Studium der Bauernfrage zentralen Schrift „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" den Gedanken:

„Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei (die Kommunistische Partei, A.d.V.) vorher von der Stadt aufs Land gehen, muß eine Macht werden auf dem Lande."

(Engels, „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", 1894, Marx/Engels Werke Band 22, S. 486)

[27] Siehe dazu: Engels, „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", 1894, Marx/Engels Werke Band 22, S. 485.

Diese besonderen Bedingungen bergen besondere Probleme und Gefahren in sich, die es notwendig machen, das Landproletariat durch die kommunistischen Kräfte in selbständigen Massenorganisationen auf dem Land zu erziehen. Insbesondere gilt es für die kommunistischen Kräfte, durch Hinwendung und Schaffung von vielfältigen Verbindungen des Landproletariats zum städtischen Proletariat, das Landproletariat für die Ideen des Kommunismus zu gewinnen, bei gleichzeitigem Kampf gegen die auch in Teilen des städtischen Proletariats vorhandene Mentalität einer „städtischen Arroganz" gegenüber dem Land.

Dieser Kampf wird erleichtert durch die Tatsache, daß gerade in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland riesige landwirtschaftliche Betriebe, die mit modernsten industriellen Methoden und Produktionsmitteln arbeiten, in immer größerem Umfang entstehen, wodurch sich die Bedingungen großer Teile des Landproletariats mehr und mehr den Bedingungen des städtischen industriellen Proletariats annähern und dadurch größere und bessere objektive Möglichkeiten existieren, auf dem Land feste kommunistische Stützpunkte zu schaffen.

„Arbeitslosigkeit" – ein ökonomisches, politisches und ideologisches Instrument der deutschen Imperialisten. Die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil der Arbeiterklasse

Erwerbslosigkeit wird offiziell vom deutschen Staat und seinen Repräsentanten als „Arbeitslosigkeit" bezeichnet. Damit wird vertuscht, daß für alle Werktätigen Arbeit genug da ist, daß nicht Arbeit fehlt, sondern die Erwerbsmöglichkeiten. In Deutschland hat laut offiziellen Statistiken die Erwerbslosigkeit die 4-Millionen-Grenze überschritten. In Wirklichkeit sind es noch mindestens zwei Millionen mehr, denn mit diesen Statistiken werden ganz gezielt und bewußt die Zahlen gefälscht. Vor allem die längere Zeit Erwerbslosen, die kein Geld mehr aus der sogenannten „Arbeitslosenversicherung" bekommen, Frauen, die längere Zeit keine Arbeit mehr angenommen haben, Werktätige, die umgeschult werden, vorübergehend in ABM-Stellen Beschäftigte, Kurzarbeiter und -arbeiterinnen, Werktätige aus anderen Ländern, die angesichts der zunehmenden Erwerbslosigkeit gezwungen werden, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, früh-

zeitige Rentner und Jugendliche, die nach der Schulausbildung eine „Weiterbildung" oder ähnliches absolvieren – sie alle werden einfach nicht mitgezählt, um die Verhältnisse zu beschönigen und das ganze Ausmaß der immer weiter voranschreitenden Verelendung zu vertuschen.

Im systematischen Kampf gegen die chauvinistisch-rassistische Vorstellung, daß die Wurzel der „Arbeitslosigkeit" in der „Überbevölkerung" vor allem der abhängigen Länder liege, die in der nazistischen Parole „Ausländer raus!" gipfelt, gegen die falsche Vorstellung, daß die Einführung neuer Techniken und Maschinen die Ursache sei, gegen die reformistische Variante, daß die Erwerbslosigkeit nur ein „Panne" des Kapitalismus sei, die von ihm behoben werden könne, muß herausgestellt werden: Das kapitalistische System als Ganzes ist die Ursache!

Marx bewies in seinem Werk „Das Kapital":

> **„Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser (kapitalistischen A.d.V.) Produktionsweise."**
> (Marx, „Das Kapital", Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 647)

Das ökonomische Grundgesetz besteht im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, in der Sicherung des Maximalprofits des Finanzkapitals durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Werktätigen des „eigenen" Landes, durch Versklavung und Ausplünderung der Völker anderer Länder, insbesondere der vom Imperialismus abhängigen Länder, und durch immer weitergehende Militarisierung, durch imperialistische Kriege, die der Sicherung der Maximalprofite dienen. Unter diesem Gesetz der Profitmacherei ist ein Wesenszug dieses Systems: Ein Kapitalist schlägt viele andere Kapitalisten tot, d. h. im Kampf auf Leben und Tod um Profitmaximierung trachten die Kapitalisten danach, die Konkurrenten auszuschalten, ihre rentablen Betriebe zu schlucken und selbst immer größer, fetter und mächtiger zu werden. Da die Einführung immer neuerer und produktiverer Techniken[28] für jeden Kapitalisten im

---

[28] Marx betont als eine weitere wichtige Funktion der Einführung neuer Techniken im Kapitalismus, daß Streiks und Arbeiterkämpfe gerade für Lohnerhöhungen oder den Erhalt von Arbeitsplätzen durch die Möglichkeit von umfangreichen Rationalisierungen, d. h. Massenentlassungen niedergeschlagen werden können:

Fortsetzung nächste Seite

Kampf gegen den kapitalistischen Konkurrenten zwingend ist, um möglichst maximalen Profit zu erzielen, da also der Anteil der Kosten für Maschinen (konstantes Kapital) gegenüber den Kosten für eingestellte Arbeiterinnen und Arbeiter (variables Kapital) beständig steigt und steigen muß, also beständig immer weniger Arbeiterinnen und Arbeiter immer mehr produzieren, sind Massenentlassungen, Erwerbslosigkeit und damit die immer weitere Verelendung der breiten Massen der Bevölkerung bei gleichzeitiger Überproduktion von Waren, die auf dem kapitalistischen Markt nicht abgesetzt werden können, Wesensmerkmale des Kapitalismus. Das Vorhandensein einer industriellen Reservearmee des Kapitals ist eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise.[29] Schuld ist also nicht die Einführung neuer Techniken, denn bei dem heutigen Stand der Produktivkräfte könnte bei planmäßiger, nicht am Profit orientierter Produktion jeder Mensch arbeiten und mit ausreichend Lebensmitteln versorgt werden.[30] Schuld ist also nicht die scheinbare „Überbevölkerung", denn diese ist ja nichts anderes als die Nichtversorgung eines Teils der Weltbevölkerung mit Arbeit und Lebensmitteln, verursacht durch das kapitalistische System.

Fortsetzung der Fußnote

„Sie (die Maschinerie, A.d.V.) wird das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, strikes usw. wider die Autokratie des Kapitals. (...) Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten ins Leben traten."
(Marx, „Das Kapital", Band 1, 1867, Marx/Engels Werke Band 23, S. 459)

[29] Ebenda, S. 661.

[30] Marx führt dazu in seinem Werk „Das Kapital" aus:

„Es ist eine unzweifelhafte Tatsache, daß die Maschinerie an sich nicht verantwortlich ist für die ‚Freisetzung' der Arbeiter von Lebensmitteln."
(Marx, „Das Kapital", Band 1, Marx/Engels Werke Band 23, S. 464)

Denn es ist so, daß

„ ... die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw."
(ebenda, S. 465)

„Arbeitslosigkeit" ist gerade auch für die deutsche Bourgeoisie ökonomisches, politisches und ideologisches Mittel zur Sicherung und Festigung ihres Ausbeuterparadieses. Einerseits dient sie als „Menschenreservoir", aus dem nach Belieben entsprechend den Notwendigkeiten der kapitalistischen Profitmaximierung Arbeitskräfte in diese oder jene neuen Produktionsvorhaben geworfen werden können, ohne daß die kapitalistische Mehrwertproduktion unterbrochen werden muß. Andererseits ist sie ein wichtiges Instrument der Diktatur der Bourgeoisie, um ihre reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche" durchzusetzen.

Mit zunehmender Erwerbslosigkeit verstärkt die deutsche Bourgeoisie die Konkurrenz zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern. Die Erwerbslosigkeit ist ein Hebel für die Verschärfung und Intensivierung der Ausbeutung der noch in der Produktion stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter, für Lohndrückerei durch die Drohung mit Entlassung, die angesichts des Erwerbslosenheeres besonders große Wirkung zeigt.[31]

Die Drohung mit Massenentlassungen bzw. Teilentlassungen, um die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb zu entfernen, ist ein wichtiger Hebel der Diktatur der Bourgeoisie, Tageskämpfe gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Ausgebeuteten, insbesondere Streikkämpfe schon im Keim zu ersticken.

Die Erwerbslosigkeit dient insbesondere auch zur Schürung nationaler Widersprüche, vor allem durch die Verbreitung des deutschen Chauvinismus, indem suggeriert wird, daß nicht das Kapital, sondern die Werktätigen aus anderen Ländern den deutschen Werktätigen die Arbeitsplätze wegnehmen würden, so als wäre nicht das kapitalistische System die Ursache von Erwerbslosigkeit.

Die Arbeitslosen rekrutieren sich aus allen Schichten der Bevölkerung, zu großen Teilen auch aus der Arbeiterklasse, aus dem städti-

---

[31] Marx geht in seinem Werk „Das Kapital" auf diesen Zusammenhang ein:

„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt."
(ebenda, S. 665)

schen und ländlichen Proletariat. Kern der Herangehensweise muß sein, daß die überwiegende Masse der arbeitslosen Arbeiterinnen und Arbeiter Teil der Arbeiterklasse ist. Entgegen den Beschönigungen der bürgerlichen Propagandisten muß die Lage der Arbeitslosen auch in jede Beurteilung der Lage der Arbeiterklasse einbezogen werden.[32]

Im Kampf gegen die reaktionäre Politik des „Teile und Herrsche", die die deutsche Bourgeoisie auch mit dem Hebel „Arbeitslosigkeit" durchzusetzen versucht, gilt es, das Bündnis der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zu schaffen, den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit zu führen, ohne Illusionen in den Kapitalismus zu schüren, und ihn mit dem Kampf gegen die allgemeine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbinden. Es gilt vor allem, die proletarische Revolution als einzigen Ausweg aus der Erwerbslosigkeit immer konkreter zu beweisen und möglichst große Teile der erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter für den Kampf um den Kommunismus zu gewinnen.[33]

---

[32] **„Wenn über die materielle Lage der Arbeiterklasse gesprochen wird, hat man gewöhnlich die in der Produktion beschäftigten Arbeiter im Auge und läßt die materielle Lage der sogenannten Reservearmee von Arbeitslosen außer acht. Ist es richtig, an die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse so heranzugehen? Ich denke, das ist nicht richtig. Wenn die Reservearmee von Arbeitslosen existiert, deren Angehörige von nichts anderem leben als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, dann gehören die Arbeitslosen natürlich zum Bestand der Arbeiterklasse, wenn sie aber zum Bestand der Arbeiterklasse gehören, dann kann ihre elende Lage nicht ohne Einfluß auf die materielle Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bleiben. Darum meine ich, daß bei einer Charakteristik der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern auch die Lage der Reservearmee der arbeitslosen Arbeiter berücksichtigt werden müßte."**
(Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", 1952, Werke Band 15, S. 335)

[33] In „Gegen die Strömung", Nr. 32, „Karl Marx", Mai 1983, wird ausführlicher zur Funktion der „Arbeitslosigkeit" für den Imperialismus Stellung genommen und dabei auch auf die Bedeutung und die Rolle der Technik im Kapitalismus und für die kommunistischen Kräfte eingegangen. Weiterhin werden die grundlegenden Positionen von Marx zur gewaltsamen Revolution, zur Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, zur Diktatur des Proletariats und zur Kommunistischen Partei im Kampf gegen revisionistische Entstellungen dargestellt und verteidigt.

Die Arbeiteraristokratie – Stoßtrupp des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung

> **„Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie', in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ... sie sind wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiter*bewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse ... wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus."**
>
> (Lenin, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus", 1920, Werke Band 22, S. 198)

Das Wesen, die Rolle und die Funktion der Arbeiteraristokratie ist nicht zu verstehen, ohne die materiellen Ursachen ihrer Entstehung zu kennen.

Um die Jahrhundertwende, mit Beginn der Epoche des Imperialismus eröffnete sich für das Kapital in imperialistischen Ländern die Möglichkeit, in viel größerem Umfang, als das in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus der Fall war, Teile der „eigenen" Arbeiterklasse zu bestechen, innerhalb der Arbeiterbewegung, in den Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften „seine Leute" einzusetzen.

Über den Profit hinaus, den die deutschen Imperialisten aus den „eigenen" Arbeiterinnen und Arbeiter herauspressen, bringt vor allem die gigantische und besonders brutale Ausbeutung anderer Völker und auch der in Deutschland lebenden Werktätigen aus anderen Ländern riesige Extraprofite in vorher nicht gekanntem Ausmaß. Ein Teil dieser Extraprofite verwenden die deutschen Imperialisten dazu, eine besondere Schicht der Arbeiterklasse als ihre Agentur zu kaufen und heranzuzüchten. Vor allem die „Aufseher" und „Unteroffiziere" in den Betrieben, aber auch Teile der besser qualifizierten Arbeiter werden durch Privilegien deutlich bevorzugt und von den unteren Schichten der Arbeiterklasse abgegrenzt, mehr oder minder eng an den deutschen Imperialismus gebunden, bestochen und gekauft. Sie

sind in ihrer gesamten Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert.[34]

Diese gegenüber der gesamten Arbeiterklasse kleine Minderheit, aber dennoch relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie, bildet – neben dem Kleinbürgertum – die soziale Basis der Bourgeoisie und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung und ist Feind der proletarischen Revolution. Sie ist ein Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie zur Verbreitung ihrer konterrevolutionären Ideologie, Stoßtrupp des Reformismus, des Antikommunismus und deutschen Chauvinismus und Rassismus, sowohl gegenüber den hier lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern als auch gegenüber den vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völkern. Aus der Arbeiteraristokratie geht die Arbeiterbürokratie hervor, die vor allem aus den Bürokraten des DGB-Gewerkschaftsapparates besteht.

---

[34] Die ökonomische Grundlage dieser Erscheinung ist gerade der Parasitismus und die Fäulnis des Kapitalismus, die seinem höchsten Stadium eigen sind:

„ ... der Imperialismus sonderte eine Handvoll der reichsten, fortgeschrittensten Nationen aus, die die ganze Welt ausplündern, und gestattete eben dadurch der Bourgeoisie dieser Länder, aus ihrem monopolistischen Extraprofit (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus), die *Oberschicht der Arbeiterklasse* dieser Länder zu bestechen."

(Lenin, „Über die Aufgaben der III. Internationale", 1919, Werke Band 29, S. 493/494)

„Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen *Extraprofit* (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres ‚eigenen' Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie *bestechen kann*. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der ‚fortgeschrittenen' Länder bestochen – durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.

Diese Schicht der verbürgerlichten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie', in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die *soziale* (nicht militärische) *Hauptstütze der Bourgeoisie*. Denn sie sind wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiter*bewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (...), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. (...)

Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen."

(Lenin, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1920, Werke Band 22, S. 198)

Während die bürgerlichen Ideologen bewußt die Arbeiteraristokratie mit der gesamten Arbeiterklasse identifizieren, um sie als total verbürgerlicht und ohne revolutionäres Potential hinzustellen, leugnen die modernen Revisionisten die Existenz einer Arbeiteraristokratie als Schicht der Arbeiterklasse, um von der sozialen Basis des Opportunismus, also ihrer eigenen Basis, abzulenken und eine opportunistische Einheit mit der Arbeiteraristokratie gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern und gegen die unterdrückten Völker zustande zu bekommen.

Die Existenz einer Arbeiteraristokratie ist eine der Hauptursachen dafür, daß die Arbeiterklasse in Deutschland von ihren eigentlichen Aufgaben und von ihren internationalistischen Verpflichtungen abgehalten wird, daß die Entstehung einer revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland erheblich erschwert wird.[35]

Die deutsche Bourgeoisie versucht, die gesamte Arbeiterklasse an sich zu ketten

Die Existenz einer Arbeiteraristokratie ist zwar ein Haupthindernis, das die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland erheblich erschwert, aber keinesfalls das einzige. Aus der Tatsache der Ausplünderung der unterdrückten Völker durch die imperialistischen Länder ergibt sich zusätzlich, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber den besonders brutal ausgebeuteten und unterdrückten Völkern der vom Imperialismus abhängigen Länder in einer ökonomisch und politisch viel besseren Lage lebt.[36]

---

[35] **„Eine der Hauptursachen, welche die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern erschweren, besteht darin, daß es dem Kapital hier dank dem Kolonialbesitz und den Extraprofiten des Finanzkapitals usw. gelungen ist, eine relativ breite und feste Schicht der Arbeiteraristokratie herauszubilden, die eine kleine Minderheit ist."**
(Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale", 1920, Werke Band 31, S. 181)

[36] **„Ist etwa die *wirkliche* Lage der Arbeiter der unterdrückenden und unterdrückten Nationen, was die nationale Frage anbetrifft, die gleiche?**

Nein.

1.) *Ökonomisch* ist der Unterschied der, daß Teile der Arbeiterklasse in den Unterdrückerländern Brosamen von dem *Extraprofit* erhalten, den die Bourgeois der Un-

Fortsetzung nächste Seite

Denn dort nimmt die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse Formen und Ausmaße an, die in Deutschland und auch in den anderen imperialistischen Ländern nicht vorhanden bzw. nicht vorherrschend sind. In vom Imperialismus abhängigen Ländern sind z. B. Hungersnöte und Epidemien, die in einem Jahr Hunderttausende Tote fordern, millionenfache Kinderarbeit, brutalste Ausbeutung von Millionen Werktätigen, vor allem in der Landwirtschaft durch feudalistische und sklavenhalterähnliche Ausbeutung, das weitgehende Fehlen jeglichen Arbeits- bzw. Sozialschutzes für die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken und militärisch-faschistische brutalste Unterdrückung tagtägliche barbarische Realität. Auch breite Teile der unteren Massen der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter profitieren in gewisser Weise von dieser imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker, auch sie können z. B. Obst, Kaffee, ihre Kleidung oder andere Konsumgüter relativ günstig erwerben – ohne dies automatisch als Verpflichtung aufzufassen, der parasitären Aussaugung anderer Völker durch den „eigenen" Imperialismus den entschiedenen Kampf anzusagen.[37]

Fortsetzung der Fußnote

terdrückernationen einheimsen, indem sie den Arbeitern der unterdrückten Nationen das Fell stets zweimal über die Ohren ziehen. Die ökonomischen Daten besagen außerdem, daß aus den Arbeitern der Unterdrückernationen ein *größerer* Prozentsatz zu ‚Zwischenmeistern' aufsteigt als aus den Arbeitern der unterdrückten Nationen, daß ein *größerer* Prozentsatz zur *Aristokratie* der Arbeiterklasse emporsteigt. Das ist eine Tatsache. Die Arbeiter der unterdrückenden Nation sind *bis zu einem gewissen Grade* Teilhaber ihrer Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation.

2. *Politisch* ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrückernationen auf einer ganzen Reihe von Gebieten des politischen Lebens eine im Vergleich zu den Arbeitern der unterdrückten Nationen *privilegierte* Stellung einnehmen.

3. *Ideologisch* oder geistig ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrükkernationen durch die Schule und das Leben stets im Geiste der Verachtung oder Mißachtung der Arbeiter der unterdrückten Nationen erzogen werden."
(Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, Werke Band 23, S. 48)

[37] **„Nun hat aber die ausgedehnte Kolonialpolitik dazu geführt, daß der europäische Proletarier *zum Teil* in eine solche Lage geraten ist, daß die Gesellschaft als Ganzes *nicht* von seiner Arbeit, sondern von der Arbeit der fast zu Sklaven herabgedrückten kolonialen Eingeborenen lebt. (...) Unter solchen Verhältnissen entsteht in bestimmten Ländern die materielle, ökonomische Grundlage, um das Proletariat des einen oder anderen Landes mit dem Kolonialchauvinismus anzustecken."**
(Lenin, „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart", 1907, Werke Band 13, S. 68)

Eine materielle Grundlage ***für die Ansteckung auch der großen Masse der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit deutschem Chauvinismus und Rassismus*** ist im imperialistischen Deutschland eben diese für alle imperialistischen Länder geltende Tatsache, die Lenin folgendermaßen ausdrückte:

> **„Die Arbeiter der unterdrückenden Nation sind *bis zu einem gewissen Grade* Teilhaber *ihrer* Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation."**
> (Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, Werke Band 23, S. 48)

Vor allem mit Hilfe der Arbeiteraristokratie und der aus ihr hervorgegangenen Arbeiterbürokratie gelingt es der deutschen imperialistischen Bourgeoisie heute in großem Maße, auch unter den breiten Massen der „eigenen" Arbeiterinnen und Arbeiter den Geist der Verachtung und Überheblichkeit gegenüber den unterdrückten Völkern und den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern zu schüren.

Die deutsche Bourgeoisie versucht, die ganze Arbeiterklasse mit Hilfe der Arbeiteraristokratie an sich zu ketten, und noch gelingt es ihr bei relativ großen Teilen. Doch so wie es ist, bleibt es nicht! Denn dies kann ***auf Dauer bei der breiten unteren Masse der Arbeiterklasse nicht gelingen,*** die aufgrund der gesetzmäßigen Verschärfung der weltweiten Widersprüche des imperialistischen Ausbeutungssystems die verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung, die zunehmende Verelendung auf längere Sicht am eigenen Leib immer stärker verspüren wird. Deshalb besteht ein ***fundamentaler, antagonistischer Gegensatz zwischen der bestochenen Arbeiteraristokratie,*** dem direkten Feind der proletarischen Revolution, ***und der breiten unteren Masse des Proletariats,*** die mit Hilfe ihrer Kommunistischen Partei erkennen wird, daß nicht der Kapitalismus, sondern nur die proletarische Revolution ihre grundlegenden Interessen erfüllen kann.

Die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats erfordert den radikalen Bruch mit der Arbeiteraristokratie und den Opportunisten

Wie muß nun der Kampf gegen die Arbeiteraristokratie und ihre Handlanger geführt werden, was sind die grundlegenden Ausgangspunkte?

Heute steht die Arbeiterklasse eindeutig unter der Dominanz der Arbeiteraristokratie. Eine solche „Einheit" verhindert sogar jeden wirklich effektiven Kampf um die unmittelbaren Forderungen und Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution durch die Kommunistische Partei, die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats durch die Schaffung der ***revolutionären*** Einheit der Arbeiterklasse erfordert um so mehr den ***radikalen Bruch mit der Arbeiteraristokratie und den Opportunisten.***[38] Und dies verlangt den unversöhnlichen Kampf gegen die Ideologie des Opportunismus, insbesondere gegen den modernen Revisionismus, gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus, gegen die Prediger der Einheit mit der Arbeiteraristokratie. Nur auf dieser Grundlage ist eine wirkliche revolutionäre Einheit der untersten Massen der Arbeiterklasse in Deutschland Schulter an Schulter mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aller Länder möglich. Dieser Kampf ist Voraussetzung für das revolutionäre Bündnis der Arbeiterklasse Deutschlands insbesondere mit den vom deutschen Imperialismus unterdrückten Völkern.

Die Kommunistinnen und Kommunisten dürfen in diesem Kampf nicht vor der unvermeidlichen Hetze und den Verfolgungsmaßnahmen zurückschrecken, zu denen die Arbeiteraristokratie greift, um sie mundtot zu machen. Die Kommunistische Partei muß vor allem

---

[38] **„Nicht einmal der Anfang einer Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist möglich, wenn man nicht einen unverzüglichen, systematischen, breiten und offenen Kampf gegen diese Schicht führt, die zweifellos – wie die Erfahrung bereits bewiesen hat – nach dem Sieg des Proletariats den bürgerlichen weißen Garden nicht wenig Kräfte zuführen wird."**
(Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale", 1920, Werke Band 31, S. 181/182)

offensiv propagieren, daß sie als konsequent revolutionäre Kraft eben die wirklichen, grundlegenden Interessen der Mehrheit der Arbeiterklasse vertritt.[39]

In Streiks und bei Kundgebungen stellen sich die Kräfte der Arbeiteraristokratie, besonders die Arbeiterbürokraten, zumeist zunächst scheinradikal an die Spitze (vgl. etwa Rheinhausen 1988)[40], um die Kontrolle zu behalten, um jeden selbständigen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verhindern und den Kampf möglichst rasch ganz abzuwürgen. Mit genauer Kenntnis der Situation im jeweiligen Betrieb und am jeweiligen Ort müssen die Kader der Kommunistischen Partei, ausgehend von den brennenden Fragen der jeweiligen Auseinandersetzung. rechtzeitig und vorausschauend die verräterische Rolle der arbeiteraristokratischen Abwiegler entlarven, insbesondere auch, wie die verschiedenen „großen" und „kleinen", offen abwiegelnden und zunächst im Geheimen den Kampf hintertreibenden Arbeiteraristokraten und -bürokraten vor allem gegen alle klassenkämpferischen Ansätze und gegen fortschrittliche und kommunistische Arbeiterinnen und Arbeiter vorgehen. Dabei muß die Kommunistische Partei insbesondere auch die Erfahrungen und Lehren vergangener und anderer Kämpfe hineintragen und vor allem bewußt machen, daß die Arbeiteraristokraten in der Tat auf der Seite der Ausbeuter stehen.

Jeder Streik, jeder Massenkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter bietet die Möglichkeit, den Antagonismus zwischen den wirklichen Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Politik der Berufsreformisten und Opportunisten bewußt zu machen. Da es diesen Antagonismus gibt, ist auf lange Sicht unbedingt auch die Grundlage

---

[39] **„Den Kampf gegen die ‚Arbeiteraristokratie' führen wir im Namen der Arbeitermassen und um sie für uns zu gewinnen; den Kampf gegen die opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen. Diese höchst elementare und ganz augenfällige Wahrheit zu vergessen wäre eine Dummheit."**
(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 37)

[40] In „Gegen die Strömung", Nr. 43, „Zum Kampf in Rheinhausen", Juli 1988, ist der Verrat und die Abwiegelei der DGB-Fürsten, der anderen Arbeiteraristokraten und Abwiegler dokumentiert; der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, der letztendlich in einer Niederlage endete, wird unterstützt und ausgewertet.

für den zunehmenden Einfluß der kommunistischen Politik in der Arbeiterklasse gegeben. Lenin hat uns dafür eine überzeugende Handlungsanleitung, ein ganzes Programm auf Jahrzehnte hinaus gegeben:

> **„Wir können nicht – und niemand kann – genau ausrechnen, welcher Teil des Proletariats den Sozialchauvinisten und Opportunisten folgt und folgen wird. Das wird erst der Kampf zeigen, das wird endgültig nur die sozialistische Revolution entscheiden. Aber wir wissen mit Bestimmtheit, daß die ‚Vaterlandsverteidiger' im imperialistischen Krieg nur eine Minderheit *darstellen.* Und es ist daher unsere Pflicht, wenn wir Sozialisten bleiben wollen, *tiefer,* zu den *untersten,* zu den wirklichen Massen zu gehen: darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und der ganze Inhalt dieses Kampfes. Indem wir enthüllen, daß die Opportunisten und Sozialchauvinisten in Wirklichkeit die Interessen der Massen verraten und verkaufen, daß sie die zeitweiligen Privilegien einer Minderheit der Arbeiter verteidigen, daß sie Mittler bürgerlicher Ideen und Einflüsse, daß sie in Wirklichkeit Verbündete und Agenten der Bourgeoisie sind, lehren wir die Massen, ihre wirklichen politischen Interessen zu erkennen und durch all die langen und qualvollen Wechselfälle der imperialistischen Kriege und der imperialistischen Waffenstillstände hindurch für den Sozialismus und die Revolution zu kämpfen.**
>
> **Den Massen die Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit des Bruchs mit dem Opportunismus klarmachen, sie durch schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus zur Revolution erziehen, die Erfahrungen des Krieges ausnutzen, um alle Niederträchtigkeiten der nationalliberalen Arbeiterpolitik aufzudecken und nicht zu bemänteln – das ist die einzig marxistische Linie in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt."**
>
> (Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, Werke Band 23, S. 117/118)

Die Bündnispartner des Proletariats in der sozialistischen Revolution

In der Tat ist die vorrangige Frage bei der Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats, daß und warum das Proletariat die revolutionäre Klasse ist, welche Rolle die Arbeiteraristokratie innerhalb der Arbeiterklasse spielt und wie das Proletariat abgegrenzt werden kann zu anderen Ausgebeuteten. Doch auch eine andere Frage stellt sich, die in unserer heutigen Situation scheinbar völlig nebensächlich und nicht aktuell erscheint, weil wir ja selbst bei der Arbeit im Industrieproletariat ganz am Anfang stehen: Die Frage nach den Verbündeten des Proletariats.

Das entscheidende Argument, um die Bedeutung dieser Frage auch für heute zu erkennen ist, wie Lenin sagte, daß die Erziehung des Proletariats keineswegs nur darin bestehen darf, es über seine eigene historische Rolle bewußt zu machen, sondern daß diese Erziehung von Anfang an verbunden sein muß mit der Erkenntnis aller anderen Klassen und Schichten im Kapitalismus, um wirklich die Hegemonie erkämpfen und ausüben zu können.[41]

Die gesamte Geschichte der Klassenkämpfe und vor allem der Oktoberrevolution hat eindeutig gezeigt: Das Proletariat allein kann die Bourgeoisie nicht stürzen, es braucht Verbündete unter den Millionenmassen der anderen Ausgebeuteten, um wirklich im Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und ihre bewaffneten Kräfte siegen zu können. Deshalb ist es, wie Lenin sagte:

> **„Eine wirklich revolutionäre, wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur dann, wenn es als Avantgarde aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt."**
> (Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", 1920, Werke Band 31, S. 141)

---

[41] Siehe dazu: Lenin, „Was tun?" 1902, Werke Band 5, S. 426.

Insofern ist die Frage der Verbündeten des Proletariats, über wen das Proletariat seine Hegemonie ausübt, eine lebenswichtige Frage der proletarischen Revolution, eine Frage, deren richtige Beantwortung, Behandlung und praktische Umsetzung über Sieg oder Niederlage der proletarischen Revolution entscheidet.

Klassenlage, Kampfkraft und Perspektive im Sozialismus – entscheidende Kriterien für die Bestimmung der Bündnispartner des Proletariats

Die modernen Revisionisten und andere Opportunisten spekulieren mit der großen Zahl der Angestellten in einem imperialistischen Land wie Deutschland, sie biedern sich als „Partei der Arbeiter und kleinen Angestellten" an, sie umwerben die sogenannte „Intelligenz", ja konstruieren eine „neue städtische Mittelklasse", die sie als entscheidende Kraft bezeichnen, auf die sich das Proletariat stützen soll. Zugleich spekulieren sie mit der abnehmenden Zahl der werktätigen Bauern in Deutschland, um das Proletariat von der Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land, dem nächsten und kampfentschlossensten Bündnispartner des Proletariats in der proletarischen Revolution abzuhalten, dieses Bündnis für „überholt" zu erklären.[42]

Für wirkliche kommunistische Kräfte ist nicht die zahlenmäßige Stärke dieser oder jener Schicht der Werktätigen ausschlaggebend für ihre Bedeutung und Haltung in der Revolution des Proletariats, sondern ihre Kampfkraft und Interessiertheit an der proletarischen Revolution, die entscheidend aus ihren Arbeits- und Lebensbedingungen, ihrer Klassenlage und Stellung in der Produktion sowie der Perspektive, die ihr der Sozialismus eröffnen kann, resultieren.

---

[42] Nach bürgerlichen Statistiken gibt es 1994 in Deutschland ca. 578 000 landwirtschaftliche Betriebe. Nach bürgerlich-juristischen Kriterien gibt es ca. 1,74 Millionen „landwirtschaftliche Arbeitskräfte, die in den Betrieben einschließlich der Haushalte arbeiten". Davon sind ca. 1,46 Millionen „Familienarbeitskräfte einschließlich Betriebsinhaber" und ca. 280 000 „familienfremde Arbeitskräfte", von denen 90 000 „nichtständige Arbeitskräfte" sind.

(Quelle: „Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1995")

Ausgehend von diesen prinzipiellen Kriterien muß geschlußfolgert werden:

Die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land sind die nächsten Bündnispartner des Proletariats

> **„Eine wirklich revolutionäre, wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur dann, wenn es als Avantgarde aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Das aber ist unmöglich, wenn der Klassenkampf nicht ins Dorf hineingetragen wird, wenn die kommunistische Partei des städtischen Proletariats die werktätigen Massen des Dorfes nicht um sich schart, wenn das Proletariat diese Massen nicht erzieht."**
>
> (Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", 1920, Werke Band 31, S. 141)

In der deutschen Arbeiterbewegung hat die Unterschätzung der Bauernfrage eine lange Tradition. Schon Marx und Engels kritisierten die Fehler der revolutionären deutschen Sozialdemokratie in der Bauernfrage.[43] Lenin bekämpfte die Verfälschungen der Parteien der

---

[43] Ganz besonders wichtig ist dabei der Kampf von Marx gegen die opportunistische Geringschätzung und Arroganz gegenüber den werktätigen und ausgebeuteten Bauern, wie sie sich im Gothaer Programmentwurf der deutschen Sozialdemokratie von 1875 widerspiegelte. Marx kritisierte in der Schrift „Kritik des Gothaer Programms" die Lassallesche Position, daß die Bauern „nur eine reaktionäre Masse" wären (vgl. Engels, Brief an Bebel vom 18./28. März 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 4). Engels setzte die Veröffentlichung 1891 gegen den Widerstand opportunistischer Kräfte in der deutschen Sozialdemokratischen Partei durch. Bei Marx heißt es:

„Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die ‚Mittelstände ... revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat'.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, ‚zusammen mit der Bourgeoisie' und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse ‚nur eine reaktionäre Masse bilden'."

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms", 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 23)

Fortsetzung nächste Seite

revisionistisch zersetzten II. Internationale, der auch die deutsche Sozialdemokratie angehörte.[44]

Die KPD schleppte zunächst einen nicht unerheblichen negativen theoretischen Ballast in der Bauernfrage mit sich, der seine Wurzeln vor allem in den Fehlern der Sozialdemokratie der II. Internationale hatte.[45] Auch die KPD unter Führung Ernst Thälmanns mußte selbstkritisch die Gefahren und Fehler im Herangehen an den Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der armen Bauern feststellen[46] und nahm vor allem mit dem „Bauernhilfsprogramm der KPD" (1931) den Kampf für die selbstkritische Korrektur von Fehlern in dieser

---

Fortsetzung der Fußnote

Als zentrale Schriften von Engels im Kampf vor allem gegen die Geringschätzung der Bauernfrage, aber auch gegen das Herabsinken der kommunistischen Kräfte auf das Niveau der Anbiederei an die Bauern sind vor allem zu nennen: „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891", Marx/Engels Werke Band 22, und die Schrift „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", 1894, Marx/Engels Werke Band 22, wo Engels die Analysen von Marx und seine eigenen zur Bauernfrage zusammenfaßte.

[44] Wesentliche Ergebnisse und Positionen dieses Kampfes hat Lenin als Ausgangspositionen für die neu gegründeten Parteien der III., der Kommunistischen Internationale in seinem „Ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage" dargelegt, die als Leitsätze auf dem 2. Kongreß der Komintern 1920 beraten und mit geringfügigen Veränderungen angenommen wurden (vgl. Werke Band 31, S. 140–152). Wir haben diese Leitsätze ausführlich behandelt in „Gegen die Strömung", Nr. 61, „Zur Analyse der Kommunistischen Internationale (Teil III): Die aktuelle Bedeutung der Leitsätze des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Agrarfrage", Januar 1993.

[45] In „Gegen die Strömung", Nr. 51, „Das revolutionäre Programm der KPD", Juni 1990, werden die grundlegenden kommunistischen Programmpunkte im Programm der KPD herausgestellt und verteidigt und auch solidarisch die Fehler, Halbheiten und Unzulänglichekeiten kritisiert, u. a. auch die Fehler und Unklarheiten im Programm der KPD zu den Verbündeten des Proletariats auf dem Land für die proletarische Revolution. In „Gegen die Strömung", Nr. 53, „Den Kampf von Rosa Luxenburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen!", März 1991, wird dann ausführlich das Werk und der Kampf von Rosa und Karl gegen ihre falschen Freunde solidarisch verteidigt.

[46] Siehe dazu: Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD", 1932, in: E. Thälmann, Auswahl der Reden und Schriften 1930–1933, Band III, Stuttgart 1977, S. 283.

Frage auf. Auf der Grundlage der Auswertung der ideologischen Kämpfe vor allem von Marx, Engels, Lenin und Stalin ist die kritische und selbstkritischen Aufarbeitung der gesamten Geschichte der Haltung der deutschen Arbeiterbewegung zur Bauernfrage bis heute eine wichtige Aufgabe.

Der grundlegende Verrat der modernen Revisionisten an der proletarischen Revolution drückt sich auch darin aus, daß sie unter dem Vorwand der zahlenmäßigen Abnahme der bäuerlichen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten die Bedeutung der Bauernfrage, des Bündnisses mit der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauern beiseite wischen. Dagegen gilt es auch heute prinzipiell zu betonen, daß die Bauernfrage als Frage nach den Verbündeten des Proletariats

> **„ ... ein Teil der allgemeinen Frage der Diktatur des Proletariats (ist) und als solche eine der lebenswichtigsten Fragen des Leninismus."**
> (Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 109)

Ein wesentlicher Punkt beim Herangehen an die Bauernfrage in einem hochindustrialisierten Land wie Deutschland, wo sich schon lange der Kapitalismus entwickelt und durchgesetzt hat, muß der folgende sein:

Da der Kapitalismus die Klassengegensätze vereinfacht und die Gesellschaft mehr und mehr in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen – Proletariat und Bourgeoisie – spaltet, können die zwischen Proletariat und Bourgeoisie stehenden Mittelschichten nicht als einheitliches Ganzes aufgefaßt werden, sondern sind selbst klassenmäßig differenziert.

Im Kampf gegen die Ideologie der „Dorfgemeinschaft" der deutschen Imperialisten und vor allem gegen die Klassenversöhnung der modernen Revisionisten, die den Klassenkampf auf dem Land sabotieren, indem sie die Bauernschaft als einheitliche Klasse behandeln, muß herausgestellt werden:

In der Epoche des Imperialismus hat sich in den imperialistischen Ländern auf dem Land die Bauernschaft klassenmäßig differenziert in kapitalistische Großbauern, Mittelbauern und Dorfarmut. Es existieren auch in Deutschland auf dem Land einerseits die ***Großgrundbesitzer,*** die riesige Ländereien und Güter besitzen, Lohnarbeiter und Kleinbauern systematisch ausbeuten, die großen ***kapitalistischen***

Agrarkonzerne des Finanzkapitals mit ihren landwirtschaftlichen Fabriken ***und die Großbauern,*** landwirtschaftliche Kapitalisten, die Lohnarbeiter ausbeuten und nicht selten noch selbst körperliche Arbeit verrichten.

Die große Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land besteht aus der von Lenin so genannten ***Dorfarmut:***

★ Das ***Landproletariat,*** das Teil der Arbeiterklasse ist,

★ das ländlichen ***Halbproletariat,*** das sich teils durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschafts- oder Industriebetrieben, teils durch eigene Arbeit auf eigenem oder gepachteten Stückchen Land am Leben hält (sogenannte Nebenerwerbsbauern)[47] und

★ die ***Kleinbauern,*** die Produktionsmittel besitzen, aber keine fremde Arbeitskraft ausbeuten und durch eigene Arbeit auf eigenem oder gepachteten Stückchen Land gerade den Lebensunterhalt ihrer Familie bestreiten können, durch tausenderlei Fäden (Pacht, Bankzinsen etc.) von den Großgrundbesitzern, den Großbauern, den Banken und dem Staat des deutschen Imperialismus abhängig sind und unterdrückt werden.[48]

Zunehmende Verelendung und sich immer weiter verschärfende Ausbeutung der Massen auf dem Land, eine voranschreitende Proletarisierung vor allem der Klein- und auch der Mittelbauern, die oftmals zu Landarbeitern oder Halbproletariern werden – das ist die Klassenrealität auch in Deutschland. Die Arbeitsbedingungen des Halbproletariats und der Kleinbauern sind oftmals schwerer, ihre

---

[47] Lenin charakterisiert das Halbproletariat wie folgt:

„ ... diejenigen, die sich ihren Lebensunterhalt erwerben teils durch Lohnarbeit in kapitalistischen Landwirtschafts- und Industriebetrieben, teils durch Arbeit auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Stückchen Land, das ihnen nur einen Teil der von ihrer Familie benötigten Lebensmittel abwirft."
(Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", Lenin Werke Band 31, S. 141)

[48] Mit **Kleinbauern** meint Lenin jene,

„ ... die Eigentümer oder Pächter von so kleinen Grundstücken sind, daß sie gerade die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft decken, ohne fremde Arbeitskraft anzuwenden."
(Lenin, ebenda, S. 142)

ökonomische Lage ist oft schlechter als die der städtischen Werktätigen, vor allem auch durch die Verschuldung großer Teile der werktätigen und ausgebeuteten Bauern in riesigem Ausmaß an die Banken und die dadurch bedingte Zahlung von Zinsen. Insgesamt ist es so, daß sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land weiter vertieft, das Gefälle bei der sogenannten „Lebensqualität" der Masse der Werktätigen zwischen Wohnen, Leben und Arbeiten in der Stadt und auf dem Land wird immer größer.

Dies alles zeigt die ***Möglichkeiten,*** aber auch die ***Schwierigkeiten*** der Gewinnung dieser Teile der Mittelschichten auf dem Land als Bündnispartner des Proletariats auf, die durch ihre zwiespältige Lage bestimmt werden. Einerseits sind sie Werktätige und Ausgebeutete, andererseits ist die große Masse der Bauern auch Produktionsmittelbesitzer (Land, Maschinen) und eng verbunden mit der durch Kleinproduktion zersplitterten Einzelwirtschaft. Anders als im Proletariat ist die Möglichkeit, sich im Kampf eng zusammenzuschließen auch wesentlich erschwert durch die klassenmäßige Spaltung und Schichtung der Bauernschaft. Große Teile der Bauern sind daher eben nicht voll und ganz und nur ausgebeutete Werktätige. Sie haben durch ihren Produktionsmittelbesitz schon heute oder aber in Zukunft Möglichkeiten, beim Verkauf ihrer Produkte als Waren auf dem Markt als Händler und in bestimmten Situationen teilweise auch als Spekulant aufzutreten. Es besteht sogar in bestimmten Situationen die Möglichkeit – meistens nur als theoretische Vorstellung in den Köpfen dieser Bauern – Arbeitskräfte einzustellen und auszubeuten. Aufgrund dieser Klassenlage ergibt sich daraus einerseits objektiv die Notwendigkeit für diese Teile der Bauern, gegen ihre Klassenfeinde mit der Perspektive der Vernichtung des Kapitalismus zu kämpfen, andererseits ergibt sich daraus ein Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat, das bei den verschiedenen Schichten mehr oder weniger ausgeprägt ist.

Im ***Halbproletariat*** bestehen die günstigsten Möglichkeiten, es als Bündnispartner zu gewinnen, denn durch die Erfahrung der kapitalistischen Ausbeutung am eigenen Leib, die Kenntnis der Lohnarbeit und die besonders elende Lage dieser Teile der werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Land überwiegen die unmittelbaren Vorteile, die ihnen die Diktatur des Proletariats bringen wird, die „Nachteile", die darin bestehen, daß die kommunistischen Kräfte ja

jeglichem Privateigentum an Produktionsmitteln den Krieg erklärt haben.

Auch die ***Kleinbauern*** haben aufgrund der Tatsache, daß sie selbst keine fremde Arbeitskraft ausbeuten eine ganze Fülle von konkreten Vorteilen von der proletarischen Revolution (sofortige Befreiung von der Pacht und von Hypothekenschulden, den Zinsen, ja von der gesamten Abhängigkeit und Unterdrückung durch das Monopolkapital und die Großgrundbesitzer, die sofort nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats entschädigungslos enteignet werden, unverzügliche wirtschaftliche Hilfestellung durch die Diktatur des Proletariats). Allerdings existieren hier größere Schwankungen und Probleme als beim Halbproletariat, die bewußt sein müssen. Es existiert durch die Klassenlage bedingt eine weiterverbreitete und tiefersitzende Eigentümerideologie, die allerdings bei systematischem, verschärftem Klassenkampf der kommunistischen Kräfte auf dem Land kein unüberwindliches Hindernis darstellt, so daß auch diese Schicht im großen und ganzen auf der Seite der proletarischen Revolution stehen kann und wird. Dies alles zeigt: Das Proletariat unter Führung seiner Kommunistischen Partei hat die Möglichkeit und Aufgabe, diese beiden Schichten als ***nächste Bündnispartner zu gewinnen*** und sie dem Einfluß der Bourgeoisie zu entreißen.

Eine gesonderte Stellung nehmen die ***Mittelbauern*** ein, die Werktätige sind, die aber als Eigentümer oder Pächter von Land einen Überschuß erwirtschaften können und oftmals saisonweise Landarbeiter ausbeuten.[49] Sie sind kein verläßlicher Bündnispartner des Proletariats, weil sie aufgrund ihrer Klassenlage schwanken zwischen der Dorfbourgeoisie, den reichen Bauern, der sie nacheifern, und der Dorfarmut, deren Lage sie gut kennen, vor der sie Angst haben und deshalb mit aller Kraft verhindern wollen, daß sie selbst in diese Lage geraten. Deshalb überwiegt bei den Mittelbauern die Weltanschauung und Stimmung der Eigentümer, deshalb muß das

---

[49] **„Unter ‚Mittelbauernschaft' im ökonomischen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, die als Eigentümer oder Pächter ebenfalls zwar kleine Parzellen besitzen, aber immerhin solche, die erstens unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur die Familie und die Wirtschaft kümmerlich erhalten, sondern es auch ermöglichen, einen gewissen Überschuß zu erzielen, der sich zumindest in den günstigen Jahren, in Kapital verwandeln kann, und die zweitens ziemlich oft (etwa in jeder zweiten oder dritten Wirtschaft fremde Arbeitskraft in Anspruch nehmen."**
(Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", Lenin Werke Band 31, S. 144)

Proletariat versuchen, die große Mehrheit dieser Schicht im revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie zu ***neutralisieren.***[50]

Im Kampf um die Gewinnung der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauern gegen das Monopolkapital in Stadt und Land, gegen die Großgrundbesitzer und die Großbauern, gegen den kapitalistischen Staat des deutschen Imperialismus muß die Kommunistische Partei den Klassenantagonismus bloßlegen, den Klassenkampf auf dem Land systematisch gegen alle reaktionären Tendenzen führen und verschärfen. Vor allem ist der Kampf gegen die kapitalistischen Großbauern zu führen, um dieses ideologische und politische Bollwerk der Reaktion auf dem Land zu brechen. Deren Stärke wird vor allem bedingt durch die aufgrund der eigenen körperlichen Arbeit entstehende relativ enge Verbundenheit mit den Massen der werktätigen und ausgebeuteten Bauern, was den Großbauern in Verbindung mit ihrem Reichtum und den vielfältigen Abhängigkeiten der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauern von ihnen eine gewisse Autorität im Dorf verschafft.

Es gilt, die falschen Freunde der Kleinbauern, die diese gegen die Arbeiterklasse aufhetzen und Klassenversöhnung predigen, als Feinde und Agenten der Bourgeoisie zu entlarven. Der langwierige, systematische ideologische Kampf der Kommunistischen Partei gegen alle reaktionären Ideen und Vorstellungen, insbesondere gegen klerikale und nazistische Ideen mit ihrer „Blut-und-Boden"-Ideologie und auf die Spitze getriebenen Verherrlichung des bäuerlichen Lebens, gegen sämtliche Varianten der deutschen Ideologie „auf dem Lande", ist entscheidende Voraussetzung, um die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauern den Fängen der Reaktion wirklich entreißen zu können.

In den Tageskämpfen auf dem Land, die gegen die Verschlechterung der Lage geführt werden, muß eingegriffen werden, die gerechte Seite dieser Kämpfe muß die Kommunistische Partei unterstützen, und die negativen, reaktionären Seiten, wie die oftmals führende Rolle der Großbauern in solchen Kämpfen, müssen schonungslos aufgezeigt und ohne faule Kompromisse bekämpft werden. Es gilt, eine gemeinsame Kampffront zwischen dem städtischen Proletariat

---

[50] Siehe: Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", Lenin Werke Band 31, S. 144.

und zwischen der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauern in Deutschland einerseits und dem Proletariat aller Länder andererseits zu organisieren, sowie mit den unterdrückten Völkern, insbesondere mit dem antiimperialistischen Kampf der Masse der Bauern in vom Imperialismus abhängigen Ländern. Es gilt vor allem, die Einheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Stadt und Land – ohne und gegen alle falschen Freunde – für die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und den Sturz der Bourgeoisie zu schaffen, durch systematische Propaganda für die sozialistische Revolution, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und die Perspektive des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus.

Gegen revisionistische Spekulationen, die die kommunistische Arbeit auf dem Lande bagatellisieren und geringschätzen, was nichts anderes bedeutet, als den Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats abzulehnen, und gegen Entstellungen des wissenschaftlichen Kommunismus, die behaupten, daß die kommunistischen Kräfte davon ausgehen, daß schon vor dem Sturz der Bourgeoisie die Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Bauern von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus voll und ganz überzeugt sein müßten, gegen beide antimarxistischen Auffassungen muß folgende Erkenntnis herausgestellt werden:

Die breiten Massen der werktätigen und ausgebeuteten Bauern werden bei richtiger Politik der Kommunistischen Partei ***im revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie*** auf der Seite der Arbeiterklasse stehen und kämpfen, das Proletariat wird ***ihre Sympathie gewinnen können*** und auf dieser Basis den siegreichen bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisie durchführen. Aber erst nach dem Sturz der Bourgeoisie, ***erst nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats*** werden sie die Arbeiterklasse entschlossen und dauerhaft beim Kampf für den Aufbau des Sozialismus unterstützen, erst dann wird ***ein wirklich festes Bündnis geschaffen werden können,*** nachdem sie in der Praxis davon überzeugt worden sind und durch eigene Erfahrungen gesehen haben, daß der sozialistische Weg ihrem grundlegenden Interesse entspricht.[51] Im Verlauf des verschärften Klassenkampfes auf dem Land zur Vernichtung der Dorfbourgeoisie

[51] Siehe: Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage", Lenin Werke Band 31, S. 143/144.

als Ausbeuterklasse, unter der gefestigten Diktatur des Proletariats, können und müssen dann auch die Mittelbauern für den Aufbau des Sozialismus gewonnen werden. Das alles haben die Erfahrungen der sozialistischen Revolution in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins gezeigt.[52]

Zum Bündnis mit Teilen der werktätigen und ausgebeuteten Schichten der Stadt

Die Masse der werktätigen und ausgebeuteten städtischen Mittelschichten, das sind werktätige Kleinbesitzer, Teile der unteren, lohnabhängigen Intelligenz und insbesondere die lohnabhängigen, ausgebeuteten unteren Angestellten der Kaufhäuser, Banken und Bürohäuser der Industrie. Sie haben örtlich eine viel größere Nähe zum städtischen Industrieproletariat als die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauern auf dem Land, und daraus könnte man schließen, daß sie auch als Bündnispartner dem Proletariat näherstehen. Doch die örtliche Nähe ist nicht das entscheidende Kriterium, ganz andere, viel gewichtigere Gründe sprechen dagegen, daß die ausgebeuteten Mittelschichten in der Stadt der nächste Bündnispartner des Proletariats sind.

Die in den imperialistischen Ländern stattfindende Bestechung mit Hilfe der imperialistischen Extraprofite, die Tatsache, daß große Teile der deutschen Werktätigen bis zu einem gewissen Grad an der Ausplünderung anderer Völker durch den deutschen Imperialismus teilhaben – all das hat weitaus größere Ausmaße in der Stadt als auf dem Land und stellt ein großes Hindernis der Revolutionierung der Masse der werktätigen und ausgebeuteten städtischen Mittelschichten dar.

---

[52] Ausführlicher werden die in dem Kapitel „Die Bündnispartner des Proletariats in der sozialistischen Revolution" dargelegten Punkte in „Gegen die Strömung", Nr. 61, „Über die Agrarfrage", Januar 1993, behandelt. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Nummer ist die konkrete Anwendung der leninistischen Leitsätze in der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins, die Erfolge der proletarischen Revolution auf dem Land in der UdSSR und die verheerenden Folgen des Verrats der Chruschtschowrevisionisten für die Landwirtschaft in der Sowjetunion.

Das Vorhandensein eines riesigen, aufgeblähten parasitären imperialistischen Apparates in Deutschland (Beamten-, Bank- und Angestelltenapparat), der dazu dient, die Ausbeutung anderer Völker zu organisieren und zu maximieren, stellt ein weiteres großes Problem dar. Denn es sind vor allem Millionen städtische Werktätige, die dort direkt beschäftigt oder über tausenderlei Fäden mit diesem Apparat verknüpft sind. Ein Beispiel: Bei Hoechst arbeiten in Deutschland 30 000 Beschäftigte, davon ca. 20 000 direkt in dem Apparat, der dazu dient, die weltweite Ausbeutung zu koordinieren und zu maximieren.

Große Teile der städtischen Mittelschichten (insbesondere Angestellte der Banken und Versicherungen und große Teile der Intelligenz) sind ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen gemäß in einer extrem ausgeprägten kleinbürgerlichen Lage. Ihre Arbeitsbedingungen erfordern meist eine relativ „feine" Kleidung, entsprechende Umgangsformen, und daraus resultiert ein Auftreten, das oftmals von Überheblichkeit und Arroganz gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern der Fabriken geprägt ist, und vor allem der bei der Intelligenz vorherrschenden Individualismus – all das sind wesentliche Merkmale dieser Lage.[53]

Diese Tatsachen erklären, daß bei den städtischen Mittelschichten die Schwankungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie besonders groß, ihre Empfänglichkeit für bürgerliche und revisionistische Ideologie besonders ausgeprägt ist, daß ihre Lebenslage oftmals besser ist und auch bleiben wird, als die der breiten Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land. All das bestimmt objektiv ihre Kampfkraft, ihre Rolle in der proletarischen Revolution, erklärt, warum sie eben nicht der nächste Bündnispartner des Proletariats sind.

---

[53] Ernst Thälmann analysierte diese Seite der Lage, die auch die Schicht der unteren Angestellten in Deutschland betrifft, und stellte fest:

„Auch die andere Tendenz, die dieser Annäherung der unteren Angestelltenschichten an das Proletariat entgegenwirkt, beruht auf den Bedingungen ihrer Arbeitsweise. Sie müssen noch immer hinsichtlich ihrer Kleidung, ihrer Umgangsformen usw. bestimmten Anforderungen der Bourgeoisie Rechnung tragen, und es ist klar, daß das auf ihre Ideologie abfärbt."

(Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD", 1932, in: E.Thälmann, Auswahl der Reden und Schriften 1930–1933, Band III, Stuttgart 1977, S. 228/229)

Das heißt aber keinesfalls, daß die kommunistischen Kräfte sämtliche Teile dieser Mittelschichten als Feinde oder als Schichten ansehen, die man allenfalls noch neutralisieren könne. Auf dem Boden des Bündnisses mit der Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land kann und muß das Bündnis des Proletariats mit Teilen der werktätigen und ausgebeuteten städtischen Mittelschichten, vor allem mit Teilen der unteren, ausgebeuteten Angestellten, geschaffen werden. Die Möglichkeit dieses Bündnisses wächst im Zusammenhang mit der zunehmenden Konzentration des Kapitals und der Tendenz zur immer weiter fortschreitenden Proletarisierung großer Teile der städtischen Mittelschichten. Dies zeigt sich z. B. in der verschärften Ausbeutung und Arbeitshetze bei der Masse der unteren Angestellten, in der Vereinfachung und Computerisierung ihrer Tätigkeit sowie in der Konzentration in riesigen Bürohäusern.[54]

Um Teile der städtischen Mittelschichten als Bündnispartner in der proletarischen Revolution gewinnen zu können, andere Teile zu neutralisieren, gilt es, die verschiedenen Teile der städtischen Mittelschichten nach ihrer ökonomischen und sozialen Lage, nach ihrer Einstellung zur Revolution und vor allem ihrem Verhalten im Klassenkampf zu analysieren und demgemäß die Politik der Kommunistischen Partei gegenüber diesen Schichten festzulegen. Im Tageskampf müssen die gerechten Forderungen der Masse der werktätigen und ausgebeuteten städtischen Mittelschichten unterstützt werden, es gilt, den Kampf gegen die kleinbürgerliche Ideologie zu verstärken, die im parasitären Apparat der deutschen Bourgeoisie für ihre imperialistischen Ausbeuterinteressen arbeitenden und bestochenen Teile

---

[54] Ernst Thälmann geht richtig davon aus, daß die Schicht der Angestellten in Deutschland nicht einheitlich, sondern differenziert ist:

„ ... diese Millionen unteren Angestellten, (...) die neben der Dorfarmut den wichtigsten Verbündeten für das Proletariat (...) darstellt.

Wir haben dann eine weitere breite Schicht der Angestellten, die unmittelbar zur Kleinbourgeoisie zu zählen sind (Personalchefs, Abteilungsleiter, Kontrolleure), die z. B. das Recht haben, ihrerseits Entlassungen von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen.

Und schließlich die schmale oberste Schicht der Angestellten, wie Direktoren usw., die, auch wenn sie formell Gehalt beziehen, doch unmittelbar Anteilhaber an der Verteilung des Profits sind und direkt zur Bourgeoisie gehören."

(Ernst Thälmann, „Der revolutionäre Ausweg und die KPD", 1932, in: E.Thälmann, Auswahl der Reden und Schriften 1930–1933, Band III, Stuttgart 1977, S. 229)

maximal zu isolieren. Im Kampf gegen jeglichen von den modernen Revisionisten geförderten Führungsanspruch der kleinbürgerlichen Schichten, insbesondere der Intelligenz, muß das Proletariat und seine Kommunistische Partei Teile der ausgebeuteten städtischen Mittelschichten für den gemeinsamen Kampf gegen das Monopolkapital, gegen Banken und Großhandel, mobilisieren und für den entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie auf die Seite des Proletariats ziehen, indem es die Hegemonie über sie auf allen Gebieten der Ideologie, der Politik und Organisation verwirklicht.

★★★

Bei der Bestimmung der heutigen Aufgaben muß bewußt sein, daß der Kampf für die Hegemonie des Proletariats nur durch eine starke, wirklich revolutionäre Kommunistische Partei erfolgreich sein kann, die systematisch Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse von außen hineinträgt und sie ideologisch, politisch und organisatorisch befähigt, ihre Hegemonie auszuüben.

Heute ist die entscheidende Aufgabe der kommunistischen Kräfte in Deutschland der Aufbau einer revolutionären Kommunistischen Partei, die die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf gegen den Opportunismus verteidigt und immer besser mit den Besonderheiten Deutschlands zu verbinden versteht. Das Hauptkettenglied beim Aufbau der Kommunistischen Partei ist nach wie vor die theoretische Arbeit, einer Kommunistischen Partei, die fest im Proletariat verankert ist, deren Mitglieder vor allem die fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeitern sind und deren Grundorganisation die Betriebszelle sein muß, deren Ausgangspunkt bei ihrer gesamten Tätigkeit die Überzeugung und Kenntnis von der welthistorischen Rolle des Proletariats ist.

Resolution 4, Teil II

Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

Über den Zusammenhang zwischen Tageskämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, weitergehenden demokratischen Kämpfen und dem Kampf für die sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats

1.

Das Eingreifen in Kämpfe gegen verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung, auch wenn sie sich im Rahmen des Kapitalismus und im Rahmen der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie als Hülle der Diktatur der Bourgeoisie bewegen, ist eine wesentliche, tagtägliche Aufgabe der Kommunistischen Partei und ihrer Kader.

Gerade in den sich entwickelnden Kämpfen des Proletariats und anderer Schichten gegen die Auswirkungen der Politik des deutschen Imperialismus und gegen die Verschärfung der Ausbeutung, muß sich der kommunistische und revolutionäre Cha-

rakter der Arbeit der Kommunistischen Partei beweisen. Neben maximaler Unterstützung und nach Möglichkeit Leitung der konkreten Kämpfe gilt es, vor allem sozialistisches Bewußtsein, das Programm des Kommunismus in diese Kämpfe hineinzutragen und die harte Arbeit der Sammlung und Organisierung der fortgeschrittensten Kräfte des Proletariats und anderer Schichten, den Aufbau der Kommunistischen Partei voranzutreiben.

2.

Voraussetzung für eine in dieser Hinsicht erfolgreiche Arbeit in den politischen und ökonomischen Tageskämpfen ist jedoch die Klarheit und Überzeugungskraft, daß und warum wirklich grundlegende Erfolge des Kampfes nicht im Rahmen des Kapitalismus und – untrennbar damit verbunden – nicht im Rahmen der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie als Hülle der Diktatur der Bourgeoisie durchzusetzen sind. Die Entlarvung der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und des Charakters der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie unter den konkreten Bedingungen der Realität Deutschlands und der internationalen Lage setzt einen scharfen ideologischen Kampf gegen die Ideologie der bürgerlichen Klasse und ihrer opportunistischen Nachbeter voraus.

3.

Ein Kernpunkt, der herausgearbeitet werden muß, ist, daß in der Epoche des Imperialismus sich das Finanzkapital im wesentlichen zweier Staatsformen bedient: der bürgerlichen Demokratie als der verhüllten, demagogisch verbrämten Form seiner Diktatur und des Faschismus, der offen terroristischen Form seiner Diktatur, zwischen denen zwar gewichtige Unterschiede bestehen, die unbedingt in taktischer Hinsicht, in bezug auf das Herankommen an die proletarische Revolution beachtet werden müssen, die aber nicht absolut voneinander getrennt sind. Denn beide Formen der Diktatur des Finanzkapitals, die bürgerliche Demokratie und der Faschismus, haben den gleichen Klassencharakter, wurzeln in den gleichen ausbeuterischen Produk-

tionsverhältnissen, werden also vom kapitalistischen System hervorgebracht und gehen daher auch immer wieder auseinander hervor und ineinander über.

Eine Grundtendenz in der Epoche des Imperialismus ist die immer weiter voranschreitende Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates in imperialistischen Ländern als präventive Konterrevolution und Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitung, die in ihrer besonderen Ausprägung in Deutschland konkret auf allen Gebieten aufgedeckt werden muß, um dem deutschen Imperialismus seine scheindemokratische Maske wirklich herunterreißen zu können.

4.

Im harten und so konkret wie möglich zu führenden ideologischen Kampf müssen die Verteidiger des Kapitalismus und des „bürgerlichen Rechtsstaates" widerlegt werden. Vor allem aber gilt es, dem Proletariat und seinen Verbündeten überzeugend die Perspektive der sozialistischen Revolution aufzuzeigen, die Perspektive des Kampfes zur Vernichtung des Kapitalismus, des bürgerlichen Eigentums an Produktionsmitteln, für die Schaffung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und den Aufbau des Sozialismus, für die Ziele des Kommunismus.

5.

Im ideologischen Kampf spielt der Kampf und das Verständnis der Begriffe „Demokratie", „demokratischer Staat", „demokratische Verhältnisse" eine wesentliche Rolle. In diesem harten ideologischen Kampf ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, den Klassencharakter des Begriffs „Demokratie" geschichtlich, vor allem aber anhand der heutigen Verhältnisse herauszuarbeiten und zu beweisen, daß hinter dem Schein der „demokratischen Verhältnisse" des heutigen Deutschland die Realität der Diktatur der Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus steht. Gegen alle antikommunistischen, revisionistischen

und opportunistischen Verleumdungen gilt es, die Einheit von Diktatur des Proletariats und sozialistischer Demokratie aufzuzeigen, die Merkmale der sozialistischen Demokratie, die von der Diktatur des Proletariats gesichert wird, als wirkliche Demokratie für die Arbeiterklasse und breite Schichten der anderen Werktätigen so konkret wie möglich zu propagieren.

6.

Auf der Grundlage eines umfassend geführten theoretischen und programmatischen ideologischen Kampfes um Grundfragen des Wirtschaftssystems und des politischen Systems nutzt die Kommunistische Partei das ganze Instrumentarium der aus der Geschichte der kommunistisch geführten Arbeiterbewegung hervorgegangenen Wissenschaft von der Strategie und Taktik, um im Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus auf klarer theoretischer programmatischer Grundlage strategische und taktische Orientierung in die konkreten Kämpfe des Proletariats und anderer Schichten hineinzutragen. Der strategische Ausgangspunkt der Kommunistischen Partei ist dabei, daß es zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats im imperialistischen hochindustrialisierten Deutschland kein Mittelding geben kann, daß die proletarische Revolution geschichtlich auf der Tagesordnung steht, daß die proletarische Revolution nur durch den bewaffneten Aufstand des Proletariats erfolgreich durchgeführt werden kann, daß mit ihr die sozialistische Demokratie erkämpft, der Aufbau des Sozialismus vorangetrieben und die Diktatur des Proletariats gesichert und gefestigt wird.

7.

Um der Demagogie der bürgerlichen Ideologen entgegenzutreten und die Realität der sozialistischen Demokratie unter der Diktatur des Proletariats deutlich werden zu lassen, ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei zu beweisen – angesichts all der hohlen Versprechungen über „Demokratie" und „Gleichheit der Menschen", die angeblich von der bürgerlichen Repu-

blik verwirklicht werden, die aber, wenn überhaupt, nur teilweise, verstümmelt und bedingt durch den Druck der Kämpfe der Massen existieren –, daß die Diktatur des Proletariats für die sofortige gesetzliche Verwirklichung solcher bürgerlich-demokratischer Versprechungen sorgen wird – etwa die sofortige Liquidierung jeglicher rechtlicher Ungleichheit zwischen Mann und Frau oder jeglicher rechtlicher Ungleichheit von Menschen verschiedener Nationalität usw. –, und daß es ein Kennzeichen sozialistischer Demokratie ist, daß nicht nur die gesetzlichen, sondern mit ihr gerade auch die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, um die proklamierte Gleichberechtigung der Menschen nicht nur formal herzustellen, sondern Schritt für Schritt vor allem auch die wirkliche Gleichheit im tagtäglichen Leben zu realisieren, wie dies die über 30jährige Geschichte der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins in der Praxis bewiesen hat.

8.

Auf dieser Basis ergibt sich die Aufgabe, mit richtigen Prinzipien der Taktik einen viele Bereiche umfassenden demokratischen Kampf zu führen, um die antidemokratische Fratze des deutschen Imperialismus und seine pseudodemokratische Demagogie zu entlarven, erkämpfte demokratische Rechte zu verteidigen und, wenn möglich, auszuweiten, ein umfassendes, den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie nicht verhüllendes Bewußtsein in der Arbeiterklasse und bei den verbündeten Schichten zu schaffen, das im Keim die Idee der sozialistischen Demokratie und der proletarisch-diktatorischen Unterdrückung der Reaktion in sich trägt. Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Autorität der Bourgeoisie in den Fragen der „Demokratie", des demokratischen Kampfes zu brechen.

9.

Dabei ist es entscheidend, in den konkreten politischen Kämpfen, seien es ökonomisch-politische Tageskämpfe oder Kämpfe für weitergehende und tiefergehende demokratische Forderun-

gen, den Antagonismus zu diesem Staat und der herrschenden bürgerlichen Klasse, zum deutschen Imperialismus herauszuarbeiten, jedem Reformismus den Krieg zu erklären und deutlich zu machen, daß Erfolge und Zugeständnisse der herrschenden Klasse Resultat des harten Kampfes sind, oft auch in Kombination mit demagogischen Manövern der herrschenden Klasse, und ganz und gar kein „Beweis" für die angebliche Reformierbarkeit des imperialistischen Systems. Ganz im Gegenteil ist das Eingreifen in Tageskämpfe, und wenn möglich ihre Leitung, insbesondere der demokratischen Kämpfe, nur dann als erfolgreich anzusehen, wenn es gelingt, die unversöhnlichen Klassenwidersprüche dieses Systems aufzuzeigen und die Perspektive der proletarischen Revolution vor allem in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Die demokratischen Kämpfe müssen die Kommunistinnen und Kommunisten als Anknüpfungspunkt zur Verbindung der legalen Arbeit mit der illegalen nutzen, zur Deckung und Verstärkung der illegalen Arbeit für die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats auf die sozialistische Revolution.

10.

Um die Massenkämpfe an die Positionen der proletarischen Revolution heranzuführen, ist es auch nötig, die vielfältigen Fronten und die umfangreichen Aufgaben des demokratischen Kampfs konkret und realistisch miteinander zu verbinden, den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse im scheinbar „rein ökonomischen" Kampf zu verbinden mit dem demokratischen Kampf gegen jeglichen Rassismus und Nationalismus, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden, gegen Kriegstreiberei und Geschichtslügen sowie mit dem internationalistischen demokratischen Kampf zur Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und des Kampfs der unterdrückten Völker. Auch innerhalb des demokratischen Kampfs sind die kommunistischen Kräfte der vorantreibende, konsequenteste und weitblikkendste Teil der kämpfenden Massen, die auch in den Formen des Kampfes keinerlei Zugeständnisse an die Ideologie des Legalismus und Pazifismus zulassen, sondern ganz im Gegenteil

auch im demokratischen Kampf den legalen Rahmen des deutschen Imperialismus nach Möglichkeit überschreiten, um den demokratischen Kampf als Schule des Klassenkampfes zu nutzen und Erfahrungen im gewaltsamen und illegalen Kampf gegen diesen Staatsapparat zu sammeln und zu vermitteln. Dabei geht es vor allem darum, daß die Arbeiterklasse und die anderen verbündeten Schichten anhand eigener Kampferfahrung über den Charakter der Diktatur der Bourgeoisie und die Notwendigkeit der Zerschlagung ihres Staatsapparates mehr und mehr Klarheit gewinnen, sich der Notwendigkeit der Verwirklichung der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" bewußt werden und die von der Kommunistischen Partei propagierten Auffassung anhand der eigenen Erfahrung überprüfen und als richtig erkennen. Ohne umfangreiche eigene Erfahrung im ökonomischen und politischen Kampf ist es unmöglich, an die proletarische Revolution heranzukommen, sie bewußt und organisiert vorzubereiten und durchzuführen.

11.

Eine besondere Herausforderung für die prinzipienfeste taktische Arbeit der Kader der Kommunistischen Partei ist es dabei, zu den untersten Massen zu gehen, selbst in konterrevolutionären bürgerlichen Massenorganisationen, teils verdeckt, teils offen mit dem Risiko des Ausschlusses, der Verhaftung und Verurteilung, den ökonomischen und den demokratischen Kampf in all seinen Formen so zu führen, daß Illusionen in den Charakter solcher Massenorganisationen zerschlagen und eigenständige Formen der Organisierung für möglichst große Teile der Mitglieder als eigentliche Aufgabe verständlich und praktisch notwendig werden.

12.

Während die Kommunistsche Partei systematisch unterstützt, daß unter ihrer Leitung konsequente gewerkschaftliche und demokratische Organisationen in verschiedenen Formen entstehen

und sich festigen, arbeiten ihre Kader, teils verdeckt, teils offen, auch in nicht-reaktionären Organisationen, Komitees und Aktionseinheiten mit besonderen Zielsetzungen, um gerechte Forderungen und Kämpfe tatkräftig zu unterstützen, inhaltlich die Arbeit voranzutreiben und in gut überlegter Form die Ideen des Kommunismus zu propagieren, zu vertreten und zur Diskussion zu stellen, und zwar so, daß die Sache der proletarischen Revolution insgesamt vorankommt. Dies bedeutet weder – was die Hauptgefahr ist –, sich opportunistisch völlig im Kampf um demokratische Teilfragen zu verausgaben noch sektiererisch so aufzutreten, daß den Opportunisten und Reformisten in solchen Organisationen es erleichtert wird, die kommunistischen Kader zu isolieren und als „für den Kampf schädliche Elemente" auszuschließen. Die Mitarbeit in solchen nicht-konterrevolutionären Organisationen ist anders als die Mitarbeit in konterrevolutionären Massenorganisationen nicht eine Arbeit des „Ausnutzens" von Möglichkeiten für kommunistische Propaganda, sondern eine der vorbildlichen Unterstützung, insoweit und insofern diese Arbeit den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und gegen das imperialistische Weltsystem im weitesten Sinne nützt.

13.

Entscheidendes Kriterium für die Beteiligung der Kader der Kommunistischen Partei an berechtigten Massenkämpfen, am ökonomischen und politischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus ist dabei stets, daß die Verankerung in den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse und anderer Schichten vorangetrieben wird, um dort wirklich die Idee der proletarischen Revolution, der Sache der Kommunismus zu verbreiten und zu verankern und so zu realisieren, daß die Tageskämpfe und die demokratischen Kämpfe selbst konsequent geführt und daß sie vor allem zu Transmissionsriemen im Kampf für das Herankommen, für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution werden.

Referat zu Resolution 4, Teil II

Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

Über den Zusammenhang zwischen Tageskämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, weitergehenden demokratischen Kämpfen und dem Kampf für die sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats

Nachdem in der Resolution 1 der 2. Parteikonferenz[55] prinzipiell klargestellt wurde, warum die Diktatur des Proletariats die demokratische Staatsform überhaupt, warum die sozialistische Demokratie die einzig wirkliche Demokratie für die große Masse der Werktätigen ist, sollen in diesem Referat die Thesen über die ökonomischen und demokratischen Tageskämpfe begründet werden. Dabei soll vor allem aufgezeigt werden, daß unter theoretischen, programmatischen, strategischen und taktischen Gesichtspunkten „Demo-

[55] Siehe Resolution 1 der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung: „Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus", „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996.

kratie", „demokratischer Kampf" und „demokratisches Verhalten" wesentliche Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus betreffen.

Theoretische und programmatische Aspekte zur Diktatur des Proletariats und zur sozialistischen Demokratie

Um die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten Werktätigen für die proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie und den Kommunismus zu gewinnen, muß die revolutionäre Kommunistische Partei der heuchlerischen Hetze der Bourgeoisie offensiv entgegentreten, daß die Kommunistische Partei angeblich „gegen die Demokratie" und „für die Diktatur" sei.

Ausgangspunkt der ideologischen Offensive gegen die verlogenen bürgerlichen „Demokratie"-Phrasen ist, diese Frage grundlegend, theoretisch und programmatisch vom ***Klassenstandpunkt*** aus zu behandeln. Da die Geschichte seit der Urgesellschaft eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, ist auch die Frage der Demokratie oder der Diktatur eine Frage danach, um welche Klasse es geht, ***welche Klasse Demokratie und Diktatur wirklich ausübt.*** Und da Proletariat und Bourgeoisie die beiden entscheidenden Klassen im Kapitalismus sind, ist folglich die Frage nach der Demokratie und nach der Diktatur die Frage nach dem Klassencharakter: ***Proletarische oder bürgerliche Demokratie, proletarische oder bürgerliche Diktatur?***

Die große Schwierigkeit und Kompliziertheit der Aufklärung dieser Frage ergibt sich daraus, daß sie unmittelbar verbunden ist mit der ***Staatsfrage,*** die eine der verwickeltsten und schwierigsten Fragen ist.[56]

---

[56] **„Die Frage des Staates ist eine der verwickeltsten und schwierigsten Fragen, eine Frage, die von den bürgerlichen Gelehrten, Schriftstellern und Philosophen wohl am schlimmsten verwirrt worden ist (...)**

Diese Frage ist deshalb so verworren und kompliziert, weil sie (in dieser Beziehung nur den Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft nachstehend) die Interessen

Fortsetzung nächste Seite

In Deutschland kommt im besonderen Maß dazu, daß aus der Geschichte bis heute auch im Proletariat und unter den anderen Ausgebeuteten ein tiefsitzender ***Aberglaube an den Staat*** herrscht.[57]

Theoretische und programmatische Klarheit über die Demokratie ***als Staatsform*** sind folglich grundlegend für jeglichen Klassenkampf gegen die deutsche Bourgeoisie und ihren Staatsapparat, gerade auch für den demokratischen Kampf.

Um aber das demagogische „Demokratie"-Gebäude des deutschen Imperialismus, die Hetze von der „Diktatur der Kommunisten", voll und ganz entlarven und zerstören zu können, ist es (neben der Herausarbeitung der Besonderheiten der „Demokratie" des deutschen Imperialismus) ebenso unerläßlich, Klarheit über die ***Demokratie als Methode zur Entscheidung grundlegender politischer Fragen*** zu schaffen: Was ist ein demokratisches und was ist ein undemokratisches Vorgehen? Was unterscheidet die sozialistische Demokratie, welche die materiellen Bedingungen für die Realisierung demokratischer Rechte betont, auch in dieser Hinsicht radikal von der bürgerlichen Demokratie?

Warum die Diktatur des Proletariats zum erstenmal wirkliche Demokratie für die Arbeiterklasse und die Massen der Werktätigen bedeutet

Die Formen der Demokratie haben sich im Lauf der Jahrtausende, angefangen von ihren Keimen im Altertum, unvermeidlich verändert. In den Republiken des alten Griechenlands, in den Städten des Mittelalters, in den kapitalistischen Staaten hat die Demokratie verschiedene Formen und verschiedene Ausdehnung. Die früheren Re-

---

Fortsetzung der Fußnote

der herrschenden Klassen stärker berührt als irgendeine andere Frage. Die Lehre vom Staat dient dazu, die gesellschaftlichen Vorrechte, das Bestehen der Ausbeutung, die Existenz des Kapitalismus zu rechtfertigen."
(Lenin, „Über den Staat", Vorlesung an der Swerdlow-Universität 1919, Werke Band 29, S. 460 und 462)

[57] Engels wies darauf hin, daß

„gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat."
(Engels, „Einleitung zu Marx' Bürgerkrieg in Frankreich", 1891, Marx/Engels Werke Band 22, S. 1989)

volutionen hatten zwar Veränderungen der Demokratie zur Folge, die aber stets nur eine Demokratie der Minderheit blieb, da sie immer zur Ersetzung eines Ausbeuterstaats durch einen anderen geführt haben.

Der völlig neue Charakter der proletarischen Demokratie hängt entscheidend damit zusammen, daß die proletarische Revolution ***eine tiefe Zäsur in der bisherigen Menschheitsgeschichte*** darstellt, da zum erstenmal in der Welt die Macht von der ausbeutenden Minderheit an die ausgebeutete Mehrheit übergeht. Es geht also nicht um irgendeine Mehrheit, sondern um eine ***vom Klassenstandpunkt der Abschaffung der Ausbeutung ausgehende Mehrheit*** aller, die am eigenen Leib die Ausbeutung erfahren.

Selbstverständlich unterdrückt die Diktatur des Proletariats eine andere Klasse, die ihre Macht verloren hat, nämlich die Bourgeoisie! Im Unterschied zu den bisherigen Staatsformen, die sich demokratisch nannten, aber nur eine Verschleierung der Klassendiktatur einer Minderheit darstellten, erklärt die sozialistische Demokratie offen, daß sie der Mehrheit dient und von dieser benutzt werden kann, weil ***die Mehrheit erst jetzt an der Macht ist.***

Die Grundidee der sozialistischen Demokratie besteht darin, in immer größerem Maß solche Formen zu entwickeln, weiterzuentwickeln und materiell abzusichern, die tatsächlich die Möglichkeit für alle Werktätigen enthalten, sich der demokratischen Rechte und Freiheiten effektiv zu bedienen. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist die unerläßliche Voraussetzung dafür.[58]

---

[58] In seiner Rede über den Entwurf der Verfassung der UdSSR sagte Stalin 1936 unter anderem:

„Eine Besonderheit des Entwurfs der neuen Verfassung besteht darin, daß er sich nicht auf die Fixierung der formalen Rechte der Staatsbürger beschränkt, sondern den Schwerpunkt auf die Frage der Garantien dieser Rechte, auf die Frage der Mittel zur Verwirklichung dieser Rechte verlegt. Er verkündet nicht einfach die Gleichheit der Rechte der Staatsbürger, sondern sichert sie auch durch gesetzgeberische Verankerung der Tatsache, daß das Regime der Ausbeutung aufgehoben ist, daß die Staatsbürger von jeglicher Ausbeutung befreit sind. Er verkündet nicht einfach die demokratischen Freiheiten, sondern sichert sie auch auf gesetzgeberischem Wege durch bestimmte materielle Mittel. Es ist daher klar, daß der Demokratismus des Entwurfs der neuen Verfassung kein ‚gewöhnlicher' und ‚allgemein anerkannter' Demokratismus schlechthin, sondern ein *sozialistischer* Demokratismus ist."
(Stalin, „Über den Entwurf der Verfassung der UdSSR", 1936, Werke Band 14, S. 69/70)

Eine so radikale Revolution wie die proletarisch-kommunistische kann nicht „friedlich" aus der bürgerlichen Demokratie hervorgehen

Nur durch die gewaltsame proletarische Revolution, die im bewaffneten Kampf, im Bürgerkrieg der Millionenmassen unter Führung des Proletariats und seiner Kommunistischen Partei den bürgerlichen Staatsapparat von oben bis unten und von unten bis oben zerschlägt, kann die Bourgeoisie gestürzt werden, und nur auf diesem Weg kann die Arbeiterklasse ihren neuen, proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichten und die sozialistische Demokratie verwirklichen, neue Formen und Einrichtungen der Demokratie schaffen.

Die unmittelbare Macht der bewaffneten und organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter – das ist der politische Kern des neuen Staates, der auf eine neue Art diktatorisch und auf eine neue Art demokratisch ist.

Bereits die Pariser Kommune hat gezeigt, daß die sozialistische Demokratie, die Form, mit der sie ausgeübt wird, sowie die Maßnahmen, die sie hierzu ergreift, eine qualitativ andere Demokratie ist als die bürgerliche Demokratie. Die Organe der Diktatur des Proletariats werden von den werktätigen Massen gewählt und sind

- ★ arbeitende Körperschaften, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit;
- ★ die Volksvertreter sind jederzeit absetzbar, verantwortlich und rechenschaftspflichtig;
- ★ werden nach Arbeiterlohn bezahlt (sofort nach dem Sturz der Bourgeoisie auch die kommunistischen Staatsangestellten, im Verlauf des Aufbaus des Sozialismus schließlich alle Staats- und Verwaltungsbedienstete).

Schon im „Manifest der Kommunistischen Partei" haben Marx und Engels 1848 festgestellt, daß der neue Staat, das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat" „vermittelst despotischer Eingriffe in

das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse"[59] der Bourgeoisie auch die ökonomische Macht entreißen muß, die auf dem Besitz an Produktionsmitteln beruht. Auf der materiellen Basis der Enteignung der Druckereien, Gebäude, Papierlager etc. des Kapitals ***gewährt die sozialistische Demokratie den ehemals Ausgebeuteten nicht nur formal, sondern auch faktisch die größten demokratischen Rechte und Freiheiten.*** Die sozialistische Demokratie wird durch die Erziehung der werktätigen Massen durch die Kommunistische Partei zur maximalen Nutzung dieser Rechte und durch ständige Erweiterung der materiellen Möglichkeiten kontinuierlich ausgedehnt.

Die Diktatur des Proletariats realisiert auch die unerfüllten Versprechen der bürgerlichen Demokratie

Da der Sozialismus die Produktionsmittel aus dem Besitz weniger in gemeinschaftliches Eigentum überführt, über das vor allem die als herrschende Klasse organisierte Arbeiterklasse verfügt, wird unter der Herrschaft des Proletariats der Weg der Abschaffung der Ausbeuterklassen und der Aufhebung der Klassenunterschiede beschritten, und damit werden die sozialen Grundlagen für die Herstellung wirklicher Gleichheit geschaffen.

Da dies das Ziel der Arbeiterklasse ist, gibt es unter ihrer Macht kein Hindernis, auch die bürgerlich-demokratischen Forderungen der Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger unverzüglich und vollständig herzustellen (Gleichberechtigung der Frauen, Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Völker, Trennung der Kirche von Staat und Schule, Aufhebung konfessioneller Beschränkungen). Mehr noch, die revolutionäre Macht des Proletariats weiß zwar, daß die Realisierung dieser bürgerlich-demokratischen Forderungen ***nicht*** die eigentliche Aufgabe des Sozialismus betrifft. Aber ohne ihre unverzügliche Realisierung in der Folge der proletarischen Revolution, kann die für den Kampf um den Sozialismus nötige Einheit der werktätigen Massen nicht geschaffen werden.

---

[59] Vgl. Marx/Engels Werke Band 4, S. 481.

Das Ziel des Kommunismus ist nur zu erreichen durch die Verstärkung der sozialistischen Demokratie und des proletarischen Staates

Die Aufhebung jeglicher Staatsmacht im Kommunismus ist das Ziel der Kommunistischen Partei.[60] Denn nur die Beseitigung aller und jeglicher Klassen und Klassenunterschiede und aller Ideen und Einrichtungen, die ihnen entsprechen, kann wirkliche Gleichheit bedeuten. Unter der Diktatur des Proletariats wird zwar durch die Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse die Ausbeutung beseitigt und der Sozialismus aufgebaut, aber unvermeidlich werden noch verschiedene Ungleichheiten bestehen.[61]

Das Absterben des Staates wird nicht durch die Abschwächung der proletarischen Staatsmacht vorbereitet, sondern durch ihre maximale Verstärkung, durch die immer größere Teilnahme der breiten werktätigen Massen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten.[62] Diese Stärkung der ***proletarischen*** Staatsmacht ist allerdings völlig entgegengesetzt der gigantischen Aufblähung des bürokratischen Staats- und Verwaltungsapparats der bürgerlichen Staaten, der sich auf dem Rücken der Werktätigen auftürmt, wie das auch für die pseudosozialistischen Staaten der modernen Revisionisten kennzeichnend war.[63]

---

[60] Vgl. Lenin, „Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats", I. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1919, Werke Band 28, S. 481.

[61] **„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt."**
(Marx, „Kritik des Gothaer Programms", 1875, Marx/Engels Werke Band 19, S. 20)

[62] Siehe dazu ausführlicher: „Rot Front", Nr. 1, S. 23 ff.

[63] **„Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun."**
(Lenin, „Schlußwort zur Rede über den Frieden", 2. Gesamtrussischer Sowjetkongreß 1917, Werke Band 26, S. 246)

Unser korrektes Eingreifen in demokratische Kämpfe heute setzt die Klarheit und Fähigkeit der Propaganda der sozialistischen Demokratie voraus.[64]

Theoretische und programmatische Ausgangspunkte zum Wesen und zur Geschichte der bürgerlichen Demokratie

Warum die bürgerliche Demokratie eine Demokratie für die kapitalistische Minderheit ist

Jeder Staat, in dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, ist ein kapitalistischer Staat, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die anderen Ausgebeuteten zu unterdrücken.

Der entscheidende Grund liegt darin, daß jeder bürgerliche Staat das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln „heiligt". Wie schon Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" forderten, hebt die Kommunistische Partei die ***Eigentumsfrage*** als Grundfrage hervor und entlarvt damit die materielle und klassenmäßige Basis des bürgerlichen Betrugs.[65]

Der Kapitalismus beruht auf der Täuschung, daß sich angeblich immer Gleiche gegenübertreten, um einen „gerechten Tausch" vorzunehmen. Der springende Punkt aber ist, daß Kapitalismus bedeu-

---

[64] Ein wichtiges Mittel um diese nötige Klarheit zu entwickeln, ist das Studium der „Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Demokratie" von Lenin. In „Gegen die Strömung", Nr. 45, „Die aktuelle Bedeutung der ‚Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur'", August 1989, werden die Kernpunkte dieser Leitsätze herausgearbeitet und erläutert.

[65] **„In allen diesen Bewegungen heben sie (die Kommunisten, A.d.V.) die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor."**
(Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", 1848, Werke Band 4, S. 493)

tet, daß der sogenannte „gerechte Tausch" zwischen Arbeitskraft hie und Lohn da in Wirklichkeit ein höchst ungleicher Handel ist. Denn die Arbeitskraft ist eine Ware, die mehr Wert produzieren kann als sie selbst hat, d. h. als ihre Wiederherstellung kostet. Aus der gesellschaftlichen Ungleichheit zwischen Produktionsmittelbesitzern und jenen, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, die als Gleichheit von Warenbesitzern getarnt ist, folgt die unbedingte Notwendigkeit, das Ausbeutersystem durch eine Diktatur aufrechtzuerhalten, um gesellschaftliche Verhältnisse, die tatsächliche Gleichheit verwirklichen, nicht zum Durchbruch kommen zu lassen.

Indem Marx nachwies, wie Mehrwert entsteht, enthüllte er auch das Wesen der Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, die ***Unversöhnlichkeit*** ihrer Klassengegensätze sowie die historische Rolle des Proletariats als Totengräber des kapitalistischen Systems.[66]

In der kapitalistischen Gesellschaft herrscht im Idealfall ein mehr oder minder vollständiger Demokratismus, insofern die bürgerliche Demokratie die ***formale*** Anerkennung der Gleichheit der Bürger proklamiert. Dies ist zwar ein historischer Fortschritt gegenüber dem Mittelalter[67], aber dennoch bleibt dieser Demokratismus durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeengt und

---

[66] **„Damit war aber auch allen heuchlerischen Redensarten der besitzenden Klassen, als herrsche in der jetzigen Gesellschaftsordnung Recht und Gerechtigkeit, Gleichheit der Rechte und Pflichten und allgemeine Harmonie der Interessen, der letzte Boden unter den Füßen weggezogen, und die heutige bürgerliche Gesellschaft nicht minder als ihre Vorgängerinnen enthüllt als eine großartige Anstalt zur Ausbeutung der ungeheuren Mehrzahl des Volkes durch eine geringe und immer kleiner werdende Minderheit."**
(Engels, „Karl Marx", 1877, Marx/Engels Werke Band 19, S. 106)

[67] Vgl. Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Werke Band 28, S. 241.

Die Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie gegen feudale Rechtlosigkeit brachte ein Stück mehr an politischer Freiheit für das Proletariat. Im Grunde ging es um die Beseitigung der feudalen Überreste, die den Klassenkampf hemmten, weil sie gerade das Wichtigste in einem Wust von verschiedenartigen Unfreiheiten verdeckten und versteckten. Es wurden damit vergleichsweise günstigere Kampfbedingungen geschaffen, die von den sich im Klassenkampf organisierenden Arbeiterinnen und Arbeitern für ihre Zwecke und Ziele genutzt werden können.

daher im Grunde genommen stets ein Demokratismus für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen.[68] Weil die entscheidenden materiellen Voraussetzungen für die Wahrnehmung der demokratischen Rechte in den Händen der Bourgeoisie konzentriert und monopolisiert sind, sind der Mehrheit der Ausgebeuteten die materiellen Voraussetzungen für Presse- oder Versammlungsfreiheit usw. entzogen. Die Kommunistische Partei muß den Widerspruch zwischen formaler Gleichheit und diesen entscheidenden Einschränkungen systematisch aufzeigen, um das bürgerliche „Demokratie"-Geschwätz zu entlarven und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution anhand der realen Klassengegensätze nachzuweisen.

Weil und insofern die bürgerliche Demokratie den Schein der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger schafft, egal ob Reich oder Arm, ist sie auch die „denkbar beste politische Hülle" des Kapitalismus. Die Allmacht des Kapitals verwirklicht sich hier ***indirekt,*** aber um so sicherer, durch direkte Beamtenkorruption und die „Allianz von Regierung und Börse", und zwar so sicher, daß auf dieser Grundlage ***kein*** Wechsel der Personen oder Institutionen noch der Parteien der bürgerlichen Demokratie diese Macht erschüttern kann.[69]

Die Allmacht des „Reichtums" ist in der bürgerlichen Demokratie auch insofern ***sicherer,*** weil sie nicht abhängig ist von einer „schlechten politischen Hülle des Kapitalismus", welche den Ausgebeuteten und Werktätigen ihre Rechtlosigkeit unübersehbar vor Augen führt (z. B. wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter keinerlei Wahlrecht haben). Insofern ist die bürgerliche Demokratie, wie Lenin feststellte, „die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus".[70] Der ökonomische Schein der „Gleichheit" der Warenbesitzer, der

---

[68] **„In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir in der demokratischen Republik einen mehr oder weniger vollständigen Demokratismus. Dieser Demokratismus ist jedoch durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeengt und bleibt daher im Grunde genommen stets ein Demokratismus für die Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen."**
(Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 473/474)

[69] Vgl. Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 404 f.

[70] Vgl. ebenda.

den Gegensatz zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern verdeckt, findet in der bürgerlichen Demokratie politisch seine optimale Entsprechung. Daraus ergeben sich für die Kommunistische Partei die grundlegenden Aufgaben des tiefgehenden Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Vorurteile unter den Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Ausgebeuteten, um hinter dem demokratischen Schein die Realität zu enthüllen, welche die Arbeiterinnen und Arbeiter zu Lohnsklaven macht.[71]

Ein wichtiges Instrument der Bourgeoisie zur Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse ist der bürgerliche Parlamentarismus. Durch dieses ausgeklügelte System des Betruges und der Lüge sollen der eigentliche Klassencharakter des kapitalistischen Staates und seine hauptsächlichen Funktionen bei der großen Mehrheit der werktätigen Massen vertuscht werden.[72]

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, anhand der konkreten, eigenen Erfahrungen der werktätigen Massen, grundsätzlich die Funktion und den Mechanismus des bürgerlich-parlamentarischen Staates aufzudecken und bewußt zu machen:

- Es sind die Herren der Banken und der Fabriken, die die großen Fragen der Politik entscheiden, nicht das Parlament.
- Der Staat, das ist nicht vor allem das Parlament. Der Staat, das sind hauptsächlich die Armee, die Polizei, die Gefängnisse, die

---

[71] **„Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der ‚Demokratie' der Kapitalisten verkündeten *formalen* Gleichheit und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden. Gerade dieser Widerspruch öffnet den Massen die Augen darüber, wie verfault, verlogen und heuchlerisch der Kapitalismus ist. Gerade diesen Widerspruch entlarven die Agitatoren und Propagandisten des Sozialismus ständig vor den Massen, *um sie vorzubereiten* für die Revolution!"**
(Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Werke Band 28, S. 244/245)

[72] **„Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber *können* im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus *nicht* geführt werden ohne ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht – wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten."**
(Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916, Werke Band 23 S. 114/115)

Justiz. Dieser Staat dient hauptsächlich der Unterdrückung der ausgebeuteten Werktätigen.

- Wahlen in der bürgerlich-parlamentarischen Republik, das heißt in Wirklichkeit, einmal in vier Jahren darüber zu entscheiden, welche Mitglieder und Handlanger der herrschenden Ausbeuterklasse die Interessen der breiten Massen des Volkes nicht ver-, sondern in Wirklichkeit zertreten sollen. Solche Wahlen können nie mehr sein, als „Gradmesser der Reife" oder eben der Unreife der Arbeiterbewegung.[73]

Die Kommunistische Partei muß auch bewußtmachen, daß die sogenannte „Gewaltenteilung", die es in der typischen bürgerlichen Demokratie gibt, kein Schutz gegen Unrecht und Willkür ist, sondern der Sicherung der Bourgeoisie gegen jegliche Einflußnahme der werktätigen Massen dient. Denn Wahlrecht und Parlamentarismus sind ganz auf den Bereich der legislativen Gewalt beschränkt, die beiden anderen „Gewalten" bleiben davon aber gänzlich unberührt und jedem Einfluß der werktätigen Massen entzogen. Die Abgeordneten, die Minister, die Regierungen mögen wechseln, wie sie wollen, aber der ganze riesenhafte staatliche Gewaltapparat bleibt dadurch unerschüttert. Er erfüllt seine Rolle als Instrument der bürgerlichen Klassendiktatur ganz unabhängig davon, in der Regel sogar mit Hilfe der selben Bürokraten und Büttel, die schon allen möglichen vorherigen Regierungen und „Systemen" die reaktionäre, unterdrückerische Drecksarbeit besorgt haben.

Bei alledem muß klar sein, daß sich die Bourgeoisie auf die bürgerlich-demokratischen Illusionen und Vorurteile allein natürlich nicht verläßt. Um ihre Diktatur unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, enthalten die Verfassungen selbst der „demokratischsten"

---

[73] Lenin betonte,

„ ... daß jeder Staat, in dem das Privateigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sein mag, ein kapitalistischer Staat ist, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht aber, (...) das Parlament – das ist nur die Form, eine Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert. (...)

Das Kapital, ist es einmal da, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas am Wesen der Sache."
(Lenin, „Über den Staat", Vorlesung an der Swerdlow-Universität 1919, Werke Band 29, S. 476/477)

bürgerlichen Staaten Hintertürchen und Klauseln, die der Bourgeoisie dazu dienen, Militär gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen usw.[74]

Schon Marx stellte 1848 über das Wesen der bürgerlichen Verfassung fest, daß die Freiheiten von 1848, persönliche Freiheit, Pressefreiheit, Redefreiheit, Assoziations-, Versammlungs-, Lehr- und Religionsfreiheit usw. eingeschränkt und aufgehoben werden durch entgegengesetzte Gesetzesvorbehalte (z. B.: „Die Wohnung jedes Bürgers ist unverletzlich ***außer*** in den vom Gesetz vorgeschriebenen Formen").[75]

Daß die bürgerliche Demokratie nur eine Verbrämung der Diktatur der Bourgeoisie ist, zeigt sich daran, daß die Bourgeoisie auch in der „reinsten" bürgerlichen Demokratie rücksichtslos die aufbegehrenden Arbeiterinnen und Arbeiter niedermetzelt, die Revolutionäre massakriert und sich auch nicht daran hindern läßt, rassistische und chauvinistische Pogrome durchzuführen, ein Programm der Faschisierung des Staats zu verfolgen.

Von besonderer Bedeutung ist dabei der Gedanke Lenins, der besagt: Je entwickelter, je „reiner" die Demokratie ist, um so schärfer und schonungsloser gestaltet sich der Klassenkampf, um so deutlicher tritt der Druck des Kapitals und die Diktatur der Bourgeoisie hervor, um so deutlicher kommt heraus, daß hinter den Phrasen von der Demokratie für alle die erbarmungslose und blutige Diktatur der Bourgeoisie steht, die auch vor der Ermordung der führenden Genossinnen und Genossen nicht halt macht.

Der in der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform enthaltene dialektische Widerspruch hat auch den folgenden wichtigen Aspekt: Gerade die in die Form der „freiesten" und „reinsten" Demokratie gekleidete Diktatur der Bourgeoisie muß mit verschärften Repressa-

---

[74] Vgl. Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", 1918, Werke Band 28, S. 243.

[75] So stellte Marx über die dafür so typische bürgerliche Verfassung von Frankreich 1848 fest:

„Jeder Paragraph der Konstitution enthält nämlich seine eigene Antithese, sein eignes Ober- und Unterhaus in sich, nämlich in der allgemeinen Phrase die Freiheit, in der Randglosse die Aufhebung der Freiheit."
(Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte", 1852, Marx/Engels Werke Band 8, S. 127)

lien bis hin zu Massakern und Pogromen gegen die Arbeiterklasse und anderen Werktätigen auftreten, wenn von ihnen die bürgerlich-demokratischen Rechte so kraftvoll zur Vorbereitung des revolutionären Sturzes der Kapitalherrschaft ausgenutzt werden, daß diese ernstlich bedroht erscheint.

Das Profitstreben und das Herrschaftsinteresse des Kapitals sind nicht zuletzt auch der Grund, warum sogar die volle Gleichheit im Sinne der bürgerlich-demokratischer Forderungen unverwirklicht bleibt.

Anspruch der bürgerlichen Demokratie ist die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, Hautfarbe, Nationalität. Doch in ***Wirklichkeit*** gibt es kein bürgerliches Land, und handelt es sich auch um die freieste demokratische Republik, in dem die Bourgeoisie ihre eigenen Gleichheitslosungen nicht lediglich verstümmelt und unvollständig verwirklicht hätte, obwohl sie nun seit 1789 schon über 200 Jahre an der Macht ist. Beispiele aus dem „modernen Industriestaat Deutschland" sind:

- Nach wie vor sind ***Frauen den Männern nicht gleichgestellt.*** Die Frauen unterliegen nicht nur zahlreichen faktischen Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten, sondern sie sind bis heute auch vom Gesetz benachteiligt.
- Die ***Trennung von Kirche und Staat,*** Kirche und Schule ist bis heute nicht konsequent durchgeführt.
- ***Unterdrückung und Entrechtung nationaler Minderheiten, Entrechtung ausländischer Werktätiger,*** Diskriminierungen und Pogrome durch ***Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus*** – all das ist alltägliche Realität.

Die Einschränkungen und Verletzungen demokratischer Rechte sind, allen Beschwörungen von „Gleichheit" zum Trotz, fester Bestandteil des Herrschaftsarsenals der Bourgeoisie. Denn Herrschaft des Kapitalismus heißt auch, im Interesse des Strebens nach Maximalprofit und der Sicherung der Macht des Kapitals mit Hilfe der reaktionären Politik des „Teile und Herrsche", verschiedene Gruppen der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegeneinander aufzuhetzen, sie anhand von unterschiedlich oder gar nicht gewährten Bürgerrechten gegeneinander auszuspielen.

Wie alle anderen antidemokratischen Tendenzen des Kapitalismus wird diese reaktionäre Tendenz im Imperialismus, im Stadium des sterbenden und faulenden Kapitalismus, massiv auf der ganzen Linie verstärkt.

Imperialismus bedeutet die Wendung von der Demokratie zur Reaktion

Die Bourgeoisie des aufsteigenden Kapitalismus war durch ihre eigenen Klasseninteressen an der Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie gegen den Feudalismus interessiert, solange dies zur Errichtung und Sicherung ihrer Herrschaft dienlich war. Dies ergab sich aus den Profit- und Herrschaftsinteressen des Kapitals selbst, aus dem Interesse der Bourgeoisie an der Beseitigung der feudalen Hindernisse und Fesseln zur Durchsetzung und Etablierung der „freien Konkurrenz". Dabei war die Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus auch gezwungen, an die Massen zu appellieren und „demokratische Rechte für alle" zu verkünden.[76] Allerdings mußte die Arbeiterklasse oft harte und langwierige Kämpfe führen, um die von der Bourgeoisie selbst verkündeten „allgemeinen Freiheiten und Rechte" wie z. B. Versammlungs- und Koalitionsrecht für sich zu erringen (z. B. Wahlrecht für Frauen in Deutschland erst 1918 unter Einfluß der Novemberrevolution). Und ebenso mußte sie immer wieder Kämpfe führen, um diese Rechte für sich zu verteidigen oder nach Attacken und Unterdrückungswellen wiederzuerobern.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts trat der Kapitalismus in sein höchstes und letztes Stadium, wurde zum monopolistischen Kapitalismus, zum Imperialismus. Dies hatte auch große Auswirkungen auf die politischen Herrschaftsformen des Kapitalismus:

> **„Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung *von* der Demokratie *zur***

[76] Den entscheidenden Anteil im antifeudalen Kampf hatten zumeist die werktätigen Volksmassen, wenngleich es der Bourgeoisie infolge objektiver Faktoren und der mangelnden Erfahrungen, Unbewußtheit und Unorganisiertheit der Arbeiterklasse letztendlich gelang, ihre Diktatur zu errichten.

> **politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion."**
> (Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, Werke Band 23, S. 34; vgl. auch Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Werke Band 22, S. 273, S. 292 und S. 302)

Die mit dem Imperialismus verbundene Wendung zur Reaktion auf der ganzen Linie wirkt sich auf die Herrschaftsformen und Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie insgesamt aus.

Dem Imperialismus paßt, wie Lenin feststellte, die bürgerlich-demokratische Republik „nicht in den Kram"[77]. Denn es besteht ein tiefer Widerspruch zwischen dem Imperialismus, welcher auf der Jagd nach Maximalprofit die Rechte der überwältigenden Mehrheit der Ausgebeuteten zertrampelt, und der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Parlamentarismus, weil diese die Gewährleistung gewisser Rechte und Freiheiten proklamieren, formale Gleichheit, Mehrheitsentscheidungen, Recht auf Opposition usw. verkünden, und vor allem weil diese damit auch dem Proletariat einen ***gewissen*** Spielraum lassen, den es gegen die Bourgeoisie ausnützen kann. Stalin erklärte in seiner Ansprache auf dem 19. Parteitag der KPdSU 1952 an die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Kommunistischen Parteien und demokratischen Organisationen:

> **„Früher leistete es sich die Bourgeoisie, sich liberal aufzuspielen; sie trat für bürgerlich-demokratische Freiheiten ein und erwarb sich damit Popularität im Volke. Jetzt ist von Liberalismus auch nicht eine Spur geblieben. Es gibt keine sogenannte ‚Freiheit der Persönlichkeit' mehr – die Rechte der Persönlichkeit werden jetzt nur bei denen anerkannt, die Kapital besitzen, alle übrigen Bürger aber werden als menschlicher Rohstoff betrachtet, der nur zur Ausbeutung taugt. In den Staub getreten ist das Prinzip der Gleichberechtigung der Menschen und Nationen, es ist ersetzt durch das Prinzip der vollen Rechte für die ausbeutende Minderheit und der Rechtlosigkeit der ausgebeuteten Mehrheit der Bürger. Das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten ist über Bord geworfen. Ich denke, daß Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner werden erheben und vorantragen müssen,**

[77] Vgl. Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, Werke Band 23, S. 37.

wenn Sie die Mehrheit des Volkes um sich sammeln wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte."
(Stalin, „Rede auf 19. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", 1952, Werke Band 15, S. 393)

Der Imperialismus „negiert" die Demokratie nicht unbedingt durch die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie überhaupt und unter allen Umständen. Das Finanzkapital „bemächtigt" sich der Formen der bürgerlichen Demokratie, ordnet sich diese völlig unter wie es sich den ganzen bürgerlichen Staat mit all seinen Einrichtungen völlig unterordnet. Deshalb besteht eine bürgerliche Demokratie von jenem Typus, wie er für das Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen des vergangenen Jahrhunderts charakteristisch war, heute nicht mehr. In Wirklichkeit haben wir besondere bürgerlich-demokratische Formen der kapitalistischen Diktatur der Epoche des Imperialismus, d. h. sich faschisierende bürgerliche Demokratien.

Dies muß bewußt sein, wenn wir feststellen, daß das Finanzkapital sich im wesentlichen zweier Formen seiner Diktatur bedient: der bürgerlichen Demokratie, als der verhüllten, demagogisch verbrämten Form seiner Diktatur, und des Faschismus, der offen terroristischen Form seiner Diktatur.

Die Aufrichtung der faschistischen Herrschaftsform des Kapitals ist keineswegs nur ein Regierungswechsel, sondern die ***Ablösung*** der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form, durch die offene terroristische Diktatur. Diese offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals wird vor allem dann eingesetzt, wenn das Instrument der bürgerlichen Demokratie – die unter bestimmten Bedingungen die beste politische Hülle der Diktatur der Bourgeoisie ist – zur Sicherung und Ausdehnung der Macht der imperialistischen Bourgeoisie des jeweiligen Landes untauglich wird.

Ein Beispiel dafür ist die Errichtung der nazifaschistischen Diktatur 1933:

„Die deutsche Bourgeoisie sah, daß die in Deutschland noch erhalten gebliebenen bürgerlich-demokratischen Freiheiten ihr einen bösen Streich spielen konnten, daß die Arbeiterklasse diese Freiheiten für die Entfaltung der revolutionären Bewegung ausnutzen konnte. Deshalb kam sie zu dem Schluß, daß es für die Erhaltung der Macht der Bourgeoisie in Deutschland nur ein Mittel gebe – die bürgerlichen Freiheiten zu vernichten, das

Parlament (den Reichstag) völlig auszuschalten und eine terroristische bürgerlich-nationalistische Diktatur zu errichten, die imstande wäre, die Arbeiterklasse niederzuschlagen und unter den von Revanchestimmungen beherrschten kleinbürgerlichen Massen eine Basis zu finden."
(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang", 1938, S. 376)

Das ***Wesen der faschistischen Herrschaft*** ist die Errichtung eines Systems des offenen, brutalsten Terrors gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Ausgebeuteten. Es besteht darin, jegliche Arbeiterbewegung und demokratische Opposition zu unterdrücken und den Ausgebeuteten selbst die minimalsten bürgerlich-demokratischen Rechte zu rauben. Und zu diesem Hauptzweck muß das Finanzkapital, das den Faschismus errichtet, auch überhaupt Schluß machen mit dem ganzen Mechanismus des bürgerlichen Parlamentarismus (was die Existenz irgendeines Karikatur-„Parlaments" nicht unbedingt ausschließt).[78]

Somit bestehen zwischen der bürgerlichen Demokratie als Staatsform und dem Faschismus als Staatsform in mehrerer Hinsicht Unterschiede, die insbesondere in taktischer Hinsicht, in bezug auf das ***Herankommen an die proletarische Revolution*** unbedingt beachtet werden müssen.

Jedoch existiert kein absoluter Trennungsstrich, es gibt grundlegende Gemeinsamkeiten zwischen beiden Formen der Diktatur der Bourgeoisie. Denn beide haben den gleichen Klassencharakter, wur-

---

[78] Dabei muß berücksichtigt werden, daß schon der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale festgestellt hat:

„Die reaktionärste Abart des Faschismus ist der Faschismus *deutschen Schlages.*"
(Dimitroff, „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", in: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band 1, Nachdruck Stuttgart 1976, S. 322).

Diese Einschätzung wurde im Verlauf des Nazi-Faschismus nicht nur bestätigt, sondern erhielt vor allem durch den industriellen, staatlich organisierten nazistischen Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma eine weitere historische Dimension: Der Nazi-Faschismus hatte Verbrechen begangen, die bisher in der Geschichte nicht ihresgleichen kannten und bis heute kennt. Die Nazi-Verbrechen in den KZs und Vernichtungslager werden ausführlich in „Gegen die Strömung", Nr. 62, „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", Mai 1993, behandelt.

zeln in den gleichen ausbeuterischen Produktionsverhältnissen, werden also vom kapitalistischen System hervorgebracht und gehen daher auch immer wieder auseinander hervor und ineinander über.

Die faschistische Diktatur ist also nichts, was von außen als „Unheil" über die bürgerliche Demokratie hereinbricht, sondern sie wächst aus der bürgerlichen Demokratie selbst hervor. In der Epoche des Imperialismus ist die ***immer weiter fortschreitende Faschisierung der bürgerlichen Demokratie*** eine Grundtendenz in imperialistischen Ländern, als präventive Konterrevolution und Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitung.

Die ***Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates*** bedeutet vor allem die schrittweise Umstellung dieses Apparates auf die Ausübung offen terroristischer Herrschaftsmethoden, der Übergang von verdeckten Formen zu faschistischen Formen der Unterdrückung und des Terrors gegen die Werktätigen, die schrittweise Liquidierung der noch vorhandenen, sowieso schon verstümmelten bürgerlichen Rechte für die Ausgebeuteten.

Dabei muß beachtet werden, daß je nach historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, nach dem Stand der Klassenkämpfe, den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes der Faschismus, die Faschisierung und die Errichtung des Faschismus ***verschiedene Ausprägungen, Formen und unterschiedliches Tempo*** annehmen können.

Die Herrschaft des Imperialismus kann nicht durch „demokratische Umgestaltungen" beseitigt werden

Die modernen Revisionisten spekulieren viel mit den unterschiedlichen Herrschaftsformen des Kapitals, um die Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Gerede von der „antimonopolistischen Demokratie" an den Kapitalismus zu binden und von der sozialistischen Revolution abzulenken.

Dagegen betonen wir als programmatischen und strategischen Ausgangspunkt für das richtige Herangehen an Fragen des demokratischen und sozialistischen Kampfes, daß das nächste strategische Ziel in Deutschland eindeutig und klar der Sturz der deutschen Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist und

daß es zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats kein Mittelding gibt.

Die Herrschaft des deutschen Imperialismus kann durch keinerlei demokratische Umgestaltungen beseitigt werden, sondern nur durch die sozialistische Revolution, durch die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats, welche „despotische Eingriffe" vornimmt, um die Ausbeutungsverhältnisse von Grund auf zu beseitigen.[79]

In dem welthistorisch angelegten Klassenkampf zwischen Unterdrückten und Unterdrückern gibt es keinen Mittelweg.[80] Gegen reformistische Verkleisterung und Betrug, gegen die revisionistische Konstruktion einer „antimonopolistischen Demokratie" als angeblicher Zwischenetappe zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats ist das der Schlüssel, um sich klar und bewußt für die proletarische Diktatur und Demokratie zu entscheiden.

---

[79] **„Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die ‚idealsten' demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden."**
(Lenin, „Antwort an P. Kijewski", Werke Band 23, S. 14)

„Die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt, ist durch *keinerlei* Umgestaltungen auf dem Gebiete der politischen Demokratie zu beseitigen."
(Lenin, „Die *sozialistische* Revolution und das Selbstbestimmungsrecht", 1916, Werke Band 22, S. 146)

[80] Lenin betonte,

„ ... daß es in der kapitalistischen Gesellschaft bei einer einigermaßen ernstlichen Verschärfung des Klassenkampfes, auf dem diese Gesellschaft begründet ist, kein Mittelding geben kann zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgend etwas Drittem ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers."
(Lenin, „Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur", I. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 1919, Werke Band 28, S. 478.)

Grundlegende Ausgangspunkte der revolutionären Strategie und Taktik

Um in den tagtäglichen Kämpfen, trotz aller Windungen und Wendungen des Klassenkampfs, seiner Niederlagen und Siege, dem Ziel der sozialistischen Revolution näherzukommen und an dieses Ziel wirklich heranzukommen, die revolutionären Kräfte für dieses Ziel zu mobilisieren und zu formieren, braucht die Kommunistische Partei eine revolutionäre Strategie und Taktik.

Die Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei ist ein ganzes, in ihrer Theorie und in ihrem Programm tief begründetes wissenschaftliches System leitender Grundsätze und Regeln für die Führung des Klassenkampfes des Proletariats[81].

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, sich dieses wissenschaftliche Instrumentarium gründlich anzueignen, es zu durchdenken, es wirklich zu meistern, um es theoretisch und praktisch auf die Bedingungen des Klassenkampfes international und in Deutschland anzuwenden. Nur so kann die Kommunistische Partei in die vielfältigen ökonomischen und politischen Kämpfe des Proletariats und der anderen vom Kapital Ausgebeuteten und Unterdrückten richtig eingreifen und diese schließlich zielsicher führen.

Im Hinblick auf die vielfältigen Fragen der Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe mit dem Ziel der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution sollen hier einige wesentliche Ausgangspunkte festgehalten werden.[82]

---

[81] Vgl. Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 132 ff.

[82] Wir konzentrieren uns vor allem auf Aspekte und Beispiele aus der Strategie und Taktik im Zusammenhang mit dem Eingreifen und der Führung von Kämpfen durch die Kommunistische Partei. Die von den Klassikern des wissenschaftlichen Kommunismus angeführten Aspekte und Beispiele zur Begründung der jeweiligen Etappe der Revolution, der jeweiligen Bündnispartner und indirekten

Fortsetzung nächste Seite

Theorie und Programm des wissenschaftlichen Kommunismus als Grundlage der Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei

Der revolutionäre Optimismus, daß der revolutionäre Kampf des Proletariats unter Führung seiner Kommunistischen Partei den Sieg über den Imperialismus erringen kann und erringen wird, hat theoretisch seine feste Grundlage in der revolutionären Theorie und im revolutionären Programm des Kommunismus:

★ Die ***Theorie*** des wissenschaftlichen Kommunismus, welche die objektiven Prozesse des Kapitalismus erforscht, führt zur Schlußfolgerung, daß der Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats unvermeidlich sind, daß der Kapitalismus unweigerlich durch den Sozialismus abgelöst wird. Die revolutionäre Strategie der Kommunistischen Partei kann folglich nur richtig sein, wenn diese zentrale Schlußfolgerung der kommunistischen Theorie ihrer Arbeit zugrunde gelegt wird.

★ Das ***Programm*** des wissenschaftlichen Kommunismus legt, ausgehend von den Ergebnissen der Theorie, die Ziele der revolutionären proletarischen Bewegung fest, die in den Programmpunkten wissenschaftlichen formuliert sind. Die Strategie kann folglich nur richtig sein, wenn sie sich in ihrem Wirken von den im Programm des Kommunismus formulierten Zielen der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse leiten läßt.[83]

Entgegen dem opportunistischen Grundmotto: „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts" (Bernstein), müssen sämtliche auftauchenden Fragen und Probleme des Kampfes ausgehend von und im engsten Zusammenhang mit den revolutionären Zielen erklärt und ge-

---

Fortsetzung der Fußnote

Reserven der Revolution haben wir bereits an anderer Stelle angeschnitten (z. B. das Ausnützen von Widersprüchen im Lager des Weltimperialismus, Resolution 2, „Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution", „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996).

[83] Vgl. Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten", 1923, Werke Band 5, S. 141 ff.

klärt werden, welche in der Theorie und im Programm formuliert sind.[84] Dies gilt besonders auch für die im Kampf immer wieder notwendigen praktischen Kompromisse, da die damit verbundenen ideologischen Gefahren des Abdriftens in rechtsopportunistische Vorstellungen bekämpft werden müssen.[85]

Die Kommunistische Partei muß in den einzelnen, beschränkten und besonderen Kämpfen stets

- „die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen",
- „in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten",
- „in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung" vertreten.[86]

Strategische und taktische Fragen lediglich auf der Grundlage der besonderen historischen Umstände zu entscheiden, also die sogenannten „kleinen" Fragen in der Bewegung des Proletariats loszulösen von den „großen" geschichtlichen Aufgaben und Zielen der revolutionären Arbeiterbewegung, bedeutet spontaneistisch und pragmatisch an diese strategischen und taktischen Fragen heranzugehen. Im Gegensatz hierzu ist ganz entscheidend, daß die Kommunistische Partei aufs genaueste den inneren Zusammenhang der Detailfragen mit den „großen Fragen" des Klassenkampfes begreift und herausgestellt. Ohne den Kompaß der revolutionären Theorie und des revolutionären Programms gelangen die Kommunistische Partei und die besten Kader über kurz oder lang in der praktischen Politik zu op-

---

[84] **„Es ist seit jeher die Grundfrage der sozialistischen Bewegung gewesen, wie die praktische unmittelbare Tätigkeit in Einklang mit den Endzielen zu bringen sei."**
(Rosa Luxemburg, „Possibilismus, Opportunismus", 1898, Gesammelte Werke, Band I, Berlin 1987, S. 229)

[85] **„Es handelt sich darum, die wahren revolutionären Ziele des Proletariats klar im Auge zu behalten und sie unter allen Umständen, durch alle Zwischenstationen und Kompromisse hindurch verfolgen zu können."**
(Lenin, „Gegen den Boykott", 1907, Werke Band 13, S. 10)

[86] Vgl. Marx/ Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Werke Band 4, S. 474 und S. 492.

portunistischen Schlußfolgerungen und Handlungen und gleiten unweigerlich in den reformistischen Sumpf ab, verwandelt sich das „Bekenntnis zum Endziel" in eine hohle Phrase.

Grundlegende Aufgaben und Grundsätze der Strategie und Taktik

Wesen und Aufgaben der kommunistischen Strategie

Die Aufgabe der Strategie besteht vor allem darin, ausgehend von der Theorie und dem Programm des wissenschaftlichen Kommunismus und unter Berücksichtigung der Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder in Vergangenheit und Gegenwart, die ***Hauptrichtung*** der proletarischen Bewegung des jeweiligen Landes für ***die ganze gegebene Etappe*** richtig festzulegen.[87]

Unser nächstes strategisches Etappenziel ist ohne Zweifel die proletarische Revolution in Deutschland, der Bürgerkrieg, der bewaffnete Aufstand des Proletariats, unterstützt durch seine Bündnispartner, zur Zerschlagung des Staatsapparates der deutschen Imperialisten von oben bis unten und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung all seiner Feinde. Diese Feststellung muß theoretisch gut begründet und richtig verstanden werden, da die modernen Revisionisten mit verschiedenen Tricks die Bedeutung dieser strategischen Festlegung angreifen, um die „Hauptrichtung" des Kampfes in eine „antimonopolistische" Reformbewegung zu verfälschen, welche die Arbeiterinnen und Arbeiter in die Niederlage führt.

Die Strategie umfaßt den für eine ***ganze*** historische Etappe der Revolution geltenden revolutionären Plan, der die Grundlage der revolutionären Tätigkeit der Kommunistischen Partei in dieser Etappe darstellt.

Die ***grundlegende*** Bedeutung der Festlegung der strategischen Etappe, des nächsten strategischen Ziels ergibt sich nicht nur daraus, daß die Kommunistische Partei bei allen Kämpfen sicherstellen muß,

---

[87] Vgl. Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten", 1923, Werke Band 5, S. 144.

daß ihr Eingreifen wirklich auf das nächste strategische Ziel ausgerichtet ist. Vielmehr muß auch klar sein, daß Veränderungen in der Herrschaftsform des Imperialismus (Ersetzen der bürgerlichen Demokratie durch den Faschismus) keineswegs die Änderung der Strategie, des strategischen Etappenziels bedeuten. Auch der Wechsel des konkreten Hauptfeinds (d. h. wenn eine andere imperialistische Bourgeoisie die Staatsmacht in Händen hält) ist keineswegs gleichbedeutend mit einer Änderung der strategischen Etappe.[88] Denn die Festlegung der Strategie, d. h. der Hauptrichtung der revolutionären proletarischen Bewegung, resultiert grundlegend aus der Analyse der objektiven historischen Entwicklung des Kapitalismus und Imperialismus im jeweiligen Land, aus den grundlegenden objektiven Klassenverhältnissen und den Produktionsverhältnissen, welche diesen zugrunde liegen. Die Strategie der Revolution bleibt somit während der ganzen Zeitdauer der gegebenen Etappe ***im wesentlichen*** unverändert, wird also auch nicht durch längere und gewichtige Unterabschnitte (wie z. B. eine mehr oder minder lange faschistische Diktatur der Bourgeoisie) geändert. Bestimmt die Kommunistische Partei den Charakter und die Zielscheibe der Revolution falsch, muß sie scheitern. Sie ist dann nicht in der Lage, die Hauptkräfte und die Reserven der Revolution richtig zu bestimmen, den Hauptschlag in die richtige Richtung zu führen. Folglich muß auch die Richtung ihrer Praxis falsch sein, und sie ist damit auch nicht in der Lage, taktische Fehler zu korrigieren.

Andererseits ist es falsch, strategische Fragen einfach mit langfristigen Fragen gleichzusetzen. So ist etwa die Frage des Zeitpunkts für den entscheidenden Schlag, des Zeitpunkts für den Beginn des Aufstands, keine Frage der taktischen Führung, sondern eine Frage der strategischen Führung. Denn im bewaffneten Aufstand auf Leben und Tod entscheidet sich in kurzer Zeit, ob das Hauptziel der Revolution in der gegebenen Etappe ihrer Entwicklung erreicht wird oder nicht.[89]

---

[88] Die richtige Bestimmung des konkreten Hauptfeinds der sozialistischen Revolution, d. h. der imperialistischen Bourgeoisie ist dabei selbstverständlich zentral, um das Etappenziel erreichen zu können.

[89] Vgl. Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 139-142.

Wesen und Aufgaben der kommunistischen Taktik

Die Aufgabe der ***Taktik*** besteht vor allem darin, geleitet von den Weisungen der Strategie und unter Berücksichtigung der Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, diejenigen Formen und Methoden des Kampfes festzulegen, die der konkreten Kampflage in jedem gegebenen Augenblick am besten entsprechen.[90]

Bei der Ausarbeitung, Durchführung und Beurteilung der Taktik der Kommunistischen Partei ist die Übereinstimmung mit den nationalen und internationalen Bedingungen und Besonderheiten des Klassenkampfes des Proletariats unverzichtbar.[91]

Allerdings ergibt sich die Taktik keinesfalls nur und nicht alleine aus den konkreten Umständen und Besonderheiten des Klassenkampfes in einem Land zu einem bestimmten Zeitpunkt. Denn ***wozu*** wird denn eine Taktik durchgeführt? Einzig und allein, um die Ziele der Revolution zu erreichen bzw. um diesen näherzukommen.

Noch grundlegender ist deshalb die Frage nach der Übereinstimmung der taktischen Linie mit den Grundsätzen des wissenschaftlichen Kommunismus, mit den programmatischen und strategischen Zielen und Aufgaben der proletarischen Revolution. Ob eine Taktik richtig oder falsch ist, erfordert ihre Überprüfung „vom Gesichtspunkt der marxistischen Prinzipien und der Lehren der Revolution“[92].

Wenn Lenin von einem „durch feste ***Prinzipien*** erhellten und unbeirrt durchzuführenden Tätigkeitsplan, der allein die Bezeichnung

---

[90] Vgl. Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“, 1923, Werke Band 5, S. 148.

[91] **„Die Taktik muß auf einer nüchternen, streng objektiven Einschätzung *aller* Klassenkräfte des betreffenden Staates (und der ihn umgebenden Staaten sowie aller Staaten der ganzen Welt) sowie auf der Berücksichtigung der von den revolutionären Bewegungen gesammelten Erfahrungen aufgebaut werden.“**
(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, 1920, Werke Band 31, S. 49)

[92] Vgl. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, 1905, Werke Band 9, S. 6.

Taktik verdient,"[93] oder auch von „***prinzipienfesten*** taktischen Losungen"[94] spricht, dann ist damit gemeint, daß „konkrete Umstände", „nationale Besonderheiten" und auch „internationale Bedingungen" nur die ***Anwendung*** der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus betreffen, niemals aber die Prinzipien selbst außer Kraft setzen.

Diese Frage ist deshalb von letztlich entscheidender Bedeutung, weil die Opportunisten und Revisionisten gerade mit vermeintlichen, aber auch wirklichen Veränderungen in den Bedingungen des Klassenkampfes spekulieren, um die Grundsätze, die Prinzipien des Klassenkampfes des Proletariats und der Revolution über Bord zu werfen.

Gegenüber all diesen opportunistischen Tricks und Manövern, welche die Seite der konkreten Fragen der Taktik gegen die ihr zugrunde liegenden Prinzipien auszuspielen versuchen, gilt es hervorzuheben, daß die Taktik der Kommunistischen Partei eingebettet und untergeordnet ist in den übergeordneten Plan des Programms und der Strategie. Das bedeutet auch, daß es in der Praxis des Kampfes vorkommen kann, daß die Kommunistische Partei sogar auf einen taktischen Erfolg verzichten, taktische Nachteile und Verluste ***bewußt*** in Kauf nehmen muß, um sich strategische Vorteile für die Zukunft zu sichern.[95]

Die Taktik als Plan und die Bedeutung der taktischen Prinzipien

Die Kommunistische Partei braucht nicht nur einen strategischen Plan, sondern für eine jeweilige Kampfperiode auch einen ***taktischen Plan.*** Die Kommunistische Partei muß sich für eine bestimmte Kampfperiode auf ganz bestimmte Kampf- und Organisationsformen festlegen, welche der Situation (z. B. Ebbe oder Flut der revolutionären Bewegung) am meisten entsprechen. Sie benötigt einen

---

[93] Vgl. Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 403.

[94] Vgl. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", 1905, Werke Band 9, S. 5.

[95] Ein Beispiel gibt Stalin in seiner Schrift „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten", 1923, Werke Band 5, S. 147/148.

„systematischen, durch ***feste Prinzipien*** erhellten und unbeirrt durchzuführenden ***Tätigkeitsplan***".[96] Für die Frage der Führung der unmittelbaren Tageskämpfe ist dabei zu beachten, daß die Taktik für die Tagesereignisse ebenfalls der Taktik als Plan für eine ganze Periode des Klassenkampfes zu dienen hat. Denn sonst kann die Kommunistische Partei die unmittelbaren Kämpfe nicht wirklich als Anknüpfungspunkte nutzen, um die Kräfte für die Ziele der proletarischen Revolution zu sammeln und zu erziehen.

Völlig falsch und gefährlich ist die Vorstellung, die Taktik mit kurz andauernden Aufgaben gleichzusetzen. Denn es gibt sehr wohl Aspekte der Taktik, die auch über Jahre und Jahrzehnte hinweg gültig sein können. So waren die Taktik der Arbeitereinheitsfront und dann die Taktik der antifaschistischen Einheits- und Volksfront in Deutschland ohne Zweifel über längere Zeit gültig.[97] Die Kehrseite der Gleichung „Taktik = kurzfristig" ist, daß längerfristige taktische Aspekte dann als Änderung der Strategie ausgegeben werden.[98]

---

[96] Vgl.Lenin, „Womit beginnen?", 1901, Werke Band 5, S. 7.

[97] In China hatte die Taktik des antijapanischen Befreiungskriegs über Jahre hinweg eine zentrale Bedeutung, um dem Ziel der antifeudalen-antiimperialistischen Revolution näher zu kommen, doch setzte diese Taktik die grundlegende Strategie, das strategische Ziel der neudemokratischen Revolution in China keineswegs außer Kraft (vgl. „Gegen die Strömung", Nr. 24,„Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs", Teil I, August 1981, S. 62-78).

[98] So haben die SED-Revisionisten die antifaschistische Einheits- und Volksfront, die vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale eindeutig und klar als ***Taktik*** formuliert und bezeichnet worden ist und zumindest auch von der Brüsseler Konferenz der KPD danach als Änderung der Taktik bestimmt wurde, nachträglich in eine „neue Strategie" umgefälscht:

Auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935 ist die Rede von der taktischen Orientierung auf den Sturz des Nazifaschismus und die Errichtung einer demokratischen Republik mit einer antifaschistischen Regierung:

„Auch hier müssen wir eine gründliche Änderung unserer bisherigen *Taktik* vollziehen. Wir haben gewiß immer Losungen aufgestellt, die unserem kommunistischen Programm entsprechen. Wenn wir also eine Wendung vornehmen, so soll das nicht bedeuten, daß wir etwa nicht mehr unser revolutionäres Endziel oder unser kommunistisches Programm propagieren und popularisieren, sondern es soll bedeuten, daß wir in unserem Kampfe für unser Teilziel, für den Sturz der faschistischen Diktatur, solche Losungen aufstellen, die geeignet sind, auch alle die Schichten für den Kampf um dieses Ziel zu gewinnen, die noch nicht von der Richtigkeit des kommuni-

Fortsetzung nächste Seite

Die ***Taktik als Plan,*** als Linie für eine mehr oder weniger lange Periode des Klassenkampfes des Proletariats auf der Grundlage der gegebenen strategischen Etappe ergibt sich aus der führenden Rolle der Kommunistischen Partei. Denn eine politische Führung des Proletariats, die ihre Taktik, ihr Verhalten „von Fall zu Fall" festlegen wollte, kann nicht wirklich führen, sondern wird den Ereignissen hinterherhinken und sich ihnen anpassen.[99]

Doch damit ist die Frage nach den Kriterien für eine richtige Taktik noch nicht erschöpft. Prinzipienfeste Taktik heißt auch, daß die Taktik selbst sich von bestimmten ***taktischen Prinzipien*** leiten lassen muß, die der taktischen Linie zugrunde liegen müssen und gegen die nicht verstoßen werden darf.

Wesentliche Prinzipien der Taktik sind:

★ Das Prinzip der unbedingten Berücksichtigung der Wahrheit, daß Propaganda und Agitation für die politische Erziehung der Mil-

---

Fortsetzung der Fußnote

stischen Programms und unseres Endziels überzeugt, ja, die vielleicht sogar dagegen sind."
(Die Brüsseler Konferenz der KPD, 1935, Berlin 1975, S. 170; Hervorhebung von uns.)

Auf dem 15. Parteitag der KPD im Jahr 1946 behauptete Ulbricht entgegen den Tatsachen:

„Erst auf Grund der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz wurde die Wendung in der Einheitsfrontpolitik vollzogen. In diesen Beschlüssen wurde gesagt, daß der Kampf um die demokratische Republik *das strategische Kampfziel* ist, für das alle antihitlerischen Kräfte in breiter Front zusammengeschlossen werden müßten."
(Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band II, „Die Politik der KPD von 1935 bis zum Vereinigungsparteitag 1946", Bericht auf dem 15. Parteitag der KPD, 1946, S. 600; Hervorhebungen von uns.)

Ulbricht fälscht hier also die taktische Linie des Kampfes um eine demokratische Republik zur strategischen Linie.

[99] **„Wir können uns nicht damit zufriedengeben, daß unsere taktischen Losungen hinter den Ereignissen dreinhinken, sich ihnen anpassen, nachdem sie eingetreten sind. Wir müssen danach streben, daß diese Losungen uns vorwärtsführen, unseren weiteren Weg erhellen und uns über die unmittelbaren Aufgaben des Augenblicks hinausheben. Wollen wir einen konsequenten und prinzipiellen Kampf führen, so darf die Partei des Proletariats ihre Taktik nicht von Fall zu Fall bestimmen. Sie muß in ihren taktischen Beschlüssen die Treue zu den Grundsätzen des Marxismus mit der richtigen Einschätzung der fortschrittlichen Aufgaben der revolutionären Klasse vereinigen."**
(Lenin, „Die Revolution lehrt", 1905, Werke Band 9, S. 144)

lionenmassen nicht ausreichen, daß hierfür die ***eigene politische Erfahrung der Massen*** notwendig ist.

★ Das Prinzip der unbedingten Ausnutzung der geringsten Möglichkeit durch die Kommunistische Partei eines jeden Landes, dem Proletariat einen ***Massenverbündeten*** zu sichern, und sei es auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger.

★ Das Prinzip der unbedingten ***Berücksichtigung nationaler Besonderheiten*** bei der Anwendung der kommunistischen Prinzipien. Die Aufgabe besteht darin,

> **„ ... daß man es versteht, die allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Kommunismus auf jene *Eigenart* der Beziehungen zwischen den Klassen und Parteien, auf jene *Eigenart* in der objektiven Entwicklung zum Kommunismus anzuwenden, die jedes einzelne Land aufweist und die man zu studieren, zu erforschen, zu erraten fähig sein muß."**
> (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 76)

Allerdings muß sich die Kommunistische Partei davor hüten, die spezifischen Besonderheiten zum Prinzip zu erheben und sie zur Grundlage der Arbeit zu machen.[100] Denn das würde bedeuten, die Unanwendbarkeit des Marxismus auf die jeweiligen Verhältnisse zu proklamieren.[101]

★ Das Prinzip, vor allem das ***Hauptkettenglied*** anzupacken. Das bedeutet, in dem gegebenen Augenblick jenes besondere Glied in der Kette der Prozesse aufzufinden, das man anpacken muß, um die ganze Kette festzuhalten und die Bedingungen für die Erreichung des strategischen Erfolgs vorbereiten zu können.[102]

---

[100] Dieses taktische Prinzip spielt eine wichtige Rolle bei der Debatte über den sogenannten „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus", wie ihn 1946 in der SED durchaus nicht nur Anton Ackermann proklamiert hat (siehe dazu „Gegen die Strömung", Nr. 58, „Die Entwicklung der SED - ein Teil der ‚deutschen Misere'", Dezember 1991, S. 17 ff, siehe auch S. 298 f in dieser Ausgabe von „Rot Front").

[101] Vgl. Stalin, „Über das Englisch-Russische Komitee", 1926, Werke Band 8, S. 181.

[102] Vgl. Lenin, „Über die Bedeutung des Goldes", 1921, Werke Band 33, S. 94 und Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 144-146.

★ Ein weiteres solches taktisches Prinzip ist, von notwendigen Kompromissen, von notwendigen Rückzügen und Umwegen, von Reformen einen solchen Gebrauch zu machen, daß sie als Werkzeug zur Festigung der Revolution, als Stützpunkt zur weiteren Entwicklung der revolutionären Bewegung dienen.[103]

Es kann nicht darum gehen, Reformen und Kompromisse rundweg abzulehnen, sondern der Reformismus muß bekämpft werden. Denn es gibt nicht den geraden Weg zur Revolution, zum Kommunismus. Reformen und Kompromisse werden notwendig sein.

> **„Reformen sind das Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Für die ganze kapitalistische Welt bildet dieses Verhältnis das Fundament der revolutionären Taktik des Proletariats, das ABC, das die käuflichen Führer der II. Internationale und die halbpedantischen, halb affektierten Ritter der zweieinhalbten Internationale verdrehen und verleugnen."**
> (Lenin, „Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus", 1921, Werke Band 33, S. 97)

Entscheidend ist die ideologische und politische Einstellung zu den Reformen und Kompromissen. Das unterscheidet den Reformisten vom Revolutionär. Für den Reformisten ist die Reform alles, die revolutionäre Arbeit aber ein Täuschungsmanöver, um die Arbeiterinnen und Arbeiter irrezuführen. Der Revolutionär dagegen akzeptiert die Reform nur, um sie

> **„ ... als Anknüpfungspunkt zur Verbindung der legalen und der illegalen Arbeit und als Deckung zur Verstärkung der illegalen Arbeit zu benutzen zwecks revolutionärer Vorbereitung der Massen zum Sturz der Bourgeoisie."**
> (Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 147)

Es kommt eben darauf an, daß man es versteht oder es erlernt, für die Reformen ***auf eine solche Weise*** Stellung zu nehmen, daß wir „in jeder halbstündigen Rede 5 Minuten von den Reformen, 25 Mi-

---

[103] Vgl. Lenin, „Gegen den Boykott", 1907, Werke Band 13, S. 8-10; „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 22, S. 52, 55 und 91.

nuten von der kommenden Revolution sprechen".[104] Natürlich bedeutet das nicht, 25 Minuten „Revolution! Revolution!" zu rufen. Vielmehr kommt es darauf an, daß die gesamte Stellungnahme, direkt oder indirekt, ganz offen oder auch in Anspielungen, ein Stück mehr klarmacht, daß es keine grundsätzliche Verbesserung im Rahmen des Kapitalismus geben kann, daß dieses Ausbeutersystem nur wert ist, in der proletarischen Revolution zerschlagen zu werden.

Entscheidendes ***Kriterium*** für eine wirklich kommunistische Taktik ist dabei vor allem, daß die Kommunistische Partei es durch alle Wechselfälle, durch das ganze Auf und Ab im Klassenkampf hindurch versteht,

> **„ ... diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur *Hebung* und nicht zur Senkung des *allgemeinen* Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt."**
> (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 60)

Die Opportunisten nehmen das niedrige Bewußtsein breiter Massen zum Vorwand, um ihre Nachtrabpolitik, ihre Taktik der Anpassung gerade an die rückständigsten Massen zu rechtfertigen. Zu dem selben Zweck beschönigen sie das reaktionäre Bewußtsein breiter Massen. Die Aufgabe der kommunistische Taktik ist dem doppelt entgegengesetzt:

> **„Ihr seid verpflichtet, nicht auf das Niveau der Massen, nicht auf das Niveau der rückständigen Schichten der Klasse hinabzusinken. Das ist unbestreitbar. Ihr seid verpflichtet, ihnen die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den *tatsächlichen* Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen *Masse* (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) *nüchtern* zu prüfen."**
> (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 43/44)

---

[104] Vgl. Lenin, „Prinzipielles zur Militärfrage", 1916, Werke Band 23, S. 159.

In diesem Zusammenhang ist angesichts unserer heutigen Situation auch von höchster Aktualität, daß man es verstehen muß, ein Revolutionär zu sein und revolutionär zu arbeiten, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklichen ***Massenkampf*** noch nicht vorhanden sind. Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen fähig sein, die Sache der Revolution propagandistisch, agitatorisch und organisatorisch in einer nichtrevolutionären Situation, ja selbst in direkt reaktionären Institutionen (wie dem DGB), unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, „die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen".[105]

Völlig falsch und äußerst schädlich ist auch die Vorstellung, die Taktik als eine Art Trick zu verstehen, als ein demagogisches Manöver, das „richtig" sei, wenn es nur seinen Zweck erfüllen würde. Die Kommunistische Partei darf aber niemals eine betrügerische Politik betreiben und keine Losungen ausgeben, an die sie selbst nicht glaubt. Ein solcher Widerspruch zwischen Wort und Tat würde jegliches Vertrauen der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Kommunistischen Partei zerstören.[106]

---

[105] Vgl. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 84.

Im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsfrage stellte Lenin grundsätzlich fest:

„Will man der ‚Masse' helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der ‚Masse' erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der ‚Führer' (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei in Verbindung stehen) und muß unbedingt *dort arbeiten, wo die Massen sind.* Man muß jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen – und seien es auch die reaktionärsten – Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt."
(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 38)

[106] **„Eine derartige Fragestellung würde bedeuten, daß unsere Partei Losungen ausgeben könnte, die ihrem Wesen nach betrügerisch sind, die in Wirklichkeit jeglicher Grundlage entbehren, an die die Partei selbst nicht glaubt, die die Partei aber dennoch herausgibt, um die Massen zu täuschen. (...) So aber kann unsere Partei die Frage niemals und unter gar keinen Umständen stellen, denn sie ist eine marxistische Partei, eine leninistische Partei, eine aufsteigende Partei, die ihre Kraft daraus schöpft, daß bei ihr Worte und Taten nicht in Widerspruch zueinander stehen, daß sie die Massen nicht täuscht, den Massen nur die Wahrheit sagt und ihre Politik**

Fortsetzung nächste Seite

Gerade die Einheit von Theorie und Praxis, von Wort und Tat, diese Wesensmerkmale der kommunistischen Methode, sind ein entscheidender Prüfstein für die Richtigkeit der Taktik der kommunistischen Partei.

Völlig falsch ist schließlich auch die Vorstellung, die Kommunistische Partei müßte nur eine richtige Linie ausarbeiten, und die breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter würden den reaktionären Reformisten im Nu den Rücken kehren und sich gleichfalls im Nu um die Kommunistische Partei zusammenschließen. Stalin sagt zu einer solchen Idee:

> **„So können nur Nichtmarxisten denken. In Wirklichkeit ist von der richtigen Linie der Partei bis zu dem Punkt, wo sich die Massen diese Linie zu eigen machen und sie als richtig akzeptieren, noch ein weiter Weg. (...) Dazu braucht man Zeit, dazu ist erforderlich, daß man in unermüdlicher, tatkräftiger Arbeit die reaktionären Führer entlarvt, die rückständigen Massen der Arbeiterklasse politisch erzieht und neue Kader aus der Arbeiterklasse auf führende Posten aufrücken läßt."**
> (Stalin, „Über das Englisch-Russische Komitee", 1926, Werke Band 8, S. 180)

Der taktische Grundsatz, die Massen an die revolutionären Positionen auf Grund ihrer eigenen politischen Erfahrung heranzuführen, betrifft auch die ***Frage der Losungen,*** ihres Wechsels, der Reihenfolge und der Methoden dieses Wechsels. Er betrifft die Frage, wie die Losungen für die Partei in Losungen für die Massen zu verwandeln sind, die Frage, wie und auf welche Weise die Massen an die revolutionären Positionen heranzuführen sind, damit die Massen selbst sich auf Grund ihrer eigenen Erfahrung von der Richtigkeit der Parteilosungen überzeugen.

Es widerspricht zutiefst den Aufgaben der Kommunistischen Partei, angeblich besonders „raffinierte" Losungen auszuklügeln. Die immer konkretere Ausformulierung der Losungen und Forderungen hat im Rahmen des Gesamtsystems der Theorie, des Programms

---

Fortsetzung der Fußnote

nicht auf Demagogie aufbaut, sondern auf der wissenschaftlichen Analyse der Klassenkräfte."
(Stalin, „Zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung", 1927, Werke Band 9, S. 155)

sowie der Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei in Wirklichkeit zwei elementare Voraussetzungen:

★ Die Losungen und Direktiven müssen Ergebnis einer sorgfältigen ***Analyse*** der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Land und im internationalen Maßstab sein, wobei die Erfahrungen der Revolutionen aller Länder unbedingt berücksichtigt werden müssen.[107]

★ Die Losungen und Direktiven erfordern eine genaue Kenntnis des vor sich gehenden Massenkampfes, um dort das Element der Bewußtheit hineinzutragen.[108]

Für die Frage der Korrektheit der Losungen gilt um so mehr, was Lenin sogar über die Erarbeitung einer richtigen revolutionären Theorie festgestellt hat: Sie können „nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt" annehmen.[109]

Bei alledem geht es darum, Formen des ***Herankommens*** an die proletarische Revolution ausfindig zu machen. Denn für die siegreiche Vorbereitung der proletarischen Revolution genügt es nicht, die ***Vorhut*** des Proletariats zu gewinnen, sondern die ***Massen*** der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Ausgebeuteten müssen an die Position der Vorhut ***herangeführt*** werden. Dazu ist es unerläßlich,

> **„ ... die Form des *Übergehens* zur proletarischen Revolution oder des *Herangehens* an sie ausfindig zu machen."**
> (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 79)

Die Stellung dieser Frage und erst recht ihre Realisierung durch die Kommunistische Partei hat die entschiedene Abgrenzung und den Kampf gegen den Rechtsopportunismus, insbesondere gegen die modern-revisionistischen Manöver zur Voraussetzung. Diese nehmen

---

[107] Vgl. Stalin, „Über die Perspektiven der KPD und über die Bolschewisierung", 1925, Werke Band 7, S. 32.

[108] Vgl. Lenin, „Der Partisanenkrieg", 1906, Werke Band 11, S. 202.

[109] Vgl. „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", Werke Band 31, S. 9.

die Berufung darauf sowie den Kampf Lenins gegen „linke" Abweichungen nur zum Vorwand, um eine angebliche „demokratische Zwischenetappe" zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats zu konstruieren.

Auch wenn die Situation heute in vielfacher Hinsicht eine ganz andere ist als 1935, ist es angebracht, den damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, zu zitieren. Die Kommunistische Internationale stellte damals für eine Reihe von Ländern die Losung der „Einheitsfrontregierung" auf, die ein damals denkbares Mittel war, um unter genau definierten Bedingungen des machtvollen Anwachsens des antifaschistischen Massenkampfes auch „von oben" an die proletarische Revolution ***heranzukommen.*** Dimitroff grenzte diese Losung scharf gegen rechtsopportunistische Verdrehungen ab:

> **„Die Rechtsopportunisten aber versuchen, mit Hilfe dieser Losung ein besonderes *‚demokratisches Zwischenstadium'* zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium' nannten sie auch ‚Übergangsform' und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken; sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die *‚proletarische Revolution'*, d. h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und *nicht* von irgendeiner Übergangsform *zwischen* der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur.**
>
> (Dimitroff, „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus", in: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band 1, Nachdruck Stuttgart 1976, S. 367)

Warum sich die Kommunistische Partei unter bestimmten Voraussetzungen auch am bürgerlichen Parlament beteiligen muß

Heute und auf weitere Sicht steht eine kommunistische Teilnahme an Wahlen ***keinesfalls*** zur Debatte. Dies ergibt sich aus der Schwäche der kommunistischen Kräfte in Deutschland heute. Viele ehrliche linke Kräfte lehnen allerdings jegliche Teilnahme an bürgerlichen Wahlen prinzipiell ab. Das ist kein Wunder angesichts des jahr-

zehntelangen parlamentarischen Idiotismus der modernen Revisionisten und karikaturhafter Wahlbeteiligungen von extrem opportunistischen Gruppen wie der „MLPD" und anderen. Angesichts dessen erscheint es uns aus ideologischen Gründen nötig, hier auch einige theoretische und praktische Grundlinien der Haltung der kommunistischen Partei zum bürgerlichen Parlamentarismus darzulegen.

Programmatisch und strategisch steht unverrückbar fest:

★ Der bürgerliche Parlamentarismus ist ein Hauptmittel des Betrugs der Bourgeoisie an den Massen. Ohne systematische Entlarvung dieses bürgerlichen Betrugssystems, ohne die Überwindung der bürgerlichen Vorurteile und Illusionen über dieses System bei den Massen gibt es keinen siegreichen Kampf für die sozialistische Demokratie.

★ Einen „friedlich-parlamentarischen Weg" zum Sozialismus gibt es nicht. Die Wahlen der bürgerlichen Demokratie sind für die Kommunistische Partei nur ein ***Gradmesser*** für die Reife oder Unreife der Arbeiterklasse, ein Barometer ihres eigenen Einflusses im Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien, aber auch ein Barometer dafür, welche Spielart der bürgerlichen Politik und Ideologie bestimmte Teile der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen am meisten an sich bindet.[110]

Diese prinzipiellen Feststellungen schließen nicht aus, daß sich die Kommunistische Partei unter bestimmten Voraussetzungen dennoch an den Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten beteiligt. Dies hat mehrere Gründe:

Erstens schließt die Kommunistische Partei ***kein*** Kampfmittel, ***keine*** Kampfform prinzipiell aus[111];

zweitens können die bürgerlichen Illusionen und Vorurteile breiter Massen nur anhand ihrer ***eigenen Erfahrungen*** zerschlagen werden.

Die Erfahrungen zeigen, daß diese Illusionen und Vorurteile auch nach Jahrzehnten von Erfahrungen mit dem bürgerlichen Parlament sich nicht von selbst zerschlagen. Die deutschen Imperialisten haben

---

[110] Vgl. Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 405.

[111] Vgl. Lenin, „Über den Partisanenkampf", 1906, Werke Band 11, S. 202 f.

große Virtuosität entwickelt, durch geschickte Wechsel und „Erneuerungen" diese Illusionen weiter zu nähren, wozu in jüngster Zeit insbesondere auch die „parlamentarischen Idioten" der Grünen und der PDS beitragen. Die Kommunistische Partei muß gegen die Meinung der rückständigen Massen kämpfen, die wirklich glauben, ihre Interessen würden im Parlament vertreten, indem sie auch durch ihre „Mitarbeit" im Parlament anhand der Tatsachen den Massen die Wahrheit zeigt. Deshalb muß die Kommunistische Partei, wenn die nötigen Voraussetzungen vorhanden sind, am Parlament teilnehmen, solange sie nicht stark genug ist, um das bürgerliche Parlament auseinanderzujagen, d. h. die proletarische Revolution durchzuführen.[112]

Die „Mitarbeit" der Vertreterinnen und Vertreter des revolutionären Proletariats im Parlament hat überhaupt nichts gemein mit der konstruktiven Mitarbeit der Reformisten, die dort alle möglichen Verbesserungsvorschläge machen, die sie als verheißungsvolle Reformprojekte zur Verbesserung des Kapitalismus präsentieren. Im diametralen Gegensatz dazu nutzt die Kommunistische Partei das Parlament ***revolutionär*** als ***Tribüne des Klassenkampfes,*** als Tribüne ihrer kommunistischen Propaganda und Agitation. Das Wirken von Vertreterinnen und Vertretern der Kommunistischen

---

[112] **„Das Parlament ist ein Produkt der historischen Entwicklung, das wir nicht aus der Welt schaffen können, solange wir nicht stark genug sind, um das bürgerliche Parlament auseinanderzujagen. Nur als Mitglied des bürgerlichen Parlaments kann man, ausgehend von den gegebenen historischen Bedingungen, die bürgerliche Gesellschaft und den Parlamentarismus bekämpfen. Dasselbe Mittel, das sich die Bourgeoisie im Kampf zunutze macht, muß auch vom Proletariat *ausgenutzt* werden – natürlich zu ganz anderen Zwecken."**
(Lenin, „Rede über den Parlamentarismus", II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1920, Werke Band 31, S. 241, Hervorhebung von uns.)

Besonders wichtig ist hier, daß Lenin davon spricht, den Parlamentarismus „auszunutzen". Die Vertreterinnen und Vertreter des revolutionären Proletariats im Parlament bewegen sich von Anfang bis Ende auf feindlichem Gebiet, ihr Ziel ist nicht, der Bourgeoisie das Parlament zu „entwinden", um es für die Zwecke des Proletariats umzuwandeln, sondern die Durchsetzung der Einsicht, daß der Parlamentarismus in der proletarischen Revolution revolutionär zerschlagen werden muß. Deshalb betonte Lenin:

„Der ‚Kampf gegen den Opportunismus' in der Form, daß man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der *gegebenen*, kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der *völligen Kapitulation* vor dem Opportunismus!"
(Lenin, „Antwort an P. Kijewski", 1916, Werke Band 23, S. 15)

Partei im Parlament muß darauf gerichtet sein, den außerparlamentarischen Massenkampf zu unterstützen und zu fördern, sie darf niemals auch nur den geringsten Zweifel daran aufkommen lassen, daß niemand und nichts den Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter ersetzen kann, sie muß jegliches abwartende Hoffen auf das Parlament bekämpfen.

Die von den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunistischen Partei vorgebrachten Anträge z. B. dienen dazu, anhand konkreter Fakten vor den Massen zu zeigen, ***wessen Interessen*** im Parlament und durch das Parlament verteidigt werden, auf Grund welcher Klasseninteressen ihre Anträge abgelehnt werden. Dabei müssen die Vertreterinnen der Kommunistischen Partei nicht nur durch den Inhalt, sondern auch durch die Art und Weise ihres Auftretens den ***Antagonismus*** zu den „Gepflogenheiten" des gesamten bürgerlich-kapitalistischen Parlamentssystems deutlich machen, indem sie z. B. besonders reaktionäre Vorhaben maximal behindern (Obstruktionspolitik).

Kommunistische Abgeordnete können und müssen ihre „Immunität" maximal ausnützen, sie müssen ihre legalen Möglichkeiten nützen, um die illegale Parteiarbeit zu stärken. Vorbild dafür ist die Arbeit der Bolschewiki in der Duma, denen es sogar unter den Bedingungen der zaristischen Illegalität gelungen ist, die minimalen Möglichkeiten in der Duma zu nutzen.

Dieses Vorbild der Bolschewiki, aber auch die noch kritisch auszuwertenden positiven Erfahrungen der KPD zwischen 1919 und 1933, müssen wir hervorheben angesichts des Abscheus vieler ehrlichen und revolutionär eingestellten Kräfte gegen jegliche Teilnahme am bürgerlichen Parlament.[113]

Im Kampf gegen den Revisionismus der II. Internationale hat die Kommunistische Internationale die besonderen, von den Bedingungen des Kampfes im bürgerlichen Parlament ausgehenden Gefahren von Anfang an erkannt und Maßnahmen getroffen, um dieser realen Gefahr maximal wirksam zu begegnen. Dies sind vor allem zwei Hauptmittel: erstens die Kontrolle und unbedingte Unterordnung der Genossinnen und Genossen, welche im Parlament kämpfen, unter das Zentralkomitee, dessen Direktiven sie strikt zu befolgen haben; zweitens die Teilnahme am allgemeinen revo-

[113] Hervorragend eignet sich dazu das Buch „Die Bolschewiki in der Reichsduma" von A. Badajew. Der Verfasser ist ein kommunistischer Arbeiter, der für die Bolschewiki in der zaristischen Duma war.

lutionären außerparlamentarischen Kampf.[114] Die Kommunistische Partei muß dabei den parlamentarischen Kampf auch nutzen, um bewußt ihre führenden Kräfte (aus konspirativen Gründen natürlich nicht alle!) in der Parlamentsarena zu ***erproben.***[115]

Völlig falsch und rechtsopportunistisch ist allerdings auch die These, die Kommunistische Partei müsse am Parlament teilnehmen, wenn sie dazu in der Lage ist. Die Taktik des ***aktiven Wahlboykotts*** betrifft vor allem eine Situation, in welcher es real möglich ist, erfolgreich gegen Versuche der Bourgeoisie zu kämpfen, gegen den revolutionären Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Ausgebeuteten ein bürgerliches Parlament ***zu etablieren.***[116] Dies bedeutet umgekehrt nicht bzw. nicht unbedingt, daß die Vertreterinnen und Vertreter des revolutionären Proletariats beim Heranreifen der revolutionären Situation und dem offenen Ausbruch des revolutionären Massenkampfes das bürgerliche Parlament verlassen müßten. Entscheidend ist, ob sie ihre Position für die Unterstützung des revolutionären Kampfes noch ausnützen können oder nicht.[117]

---

[114] **„Die Parteien, die der III. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, die Zusammensetzung ihrer Parlamentsfraktionen zu überprüfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu entfernen, diese Fraktionen nicht in Worten, sondern in der Tat den Zentralkomitees der Parteien unterzuordnen, von jedem kommunistischen Parlamentsmitglied zu fordern, daß es seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation unterordnet."**
(Lenin, „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale", 1920, Werke Band 31, S. 197)

[115] Führende Genossinnen und Genossen können sich nicht herausbilden und entwickeln,

„ ... ohne die legale und die illegale Arbeit miteinander zu verbinden, *ohne die ‚Führer' unter anderem auch* in der Parlamentsarena zu *erproben*."
(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 51)

[116] Eine solche Situation ergab sich in Rußland 1905, als es den Bolschewiki zunächst gelang, die Einrichtung einer Duma von des Zaren Gnaden zu verhindern.

„Der bolschewistische Boykott des ‚Parlaments' im Jahre 1905 hat das revolutionäre Proletariat um eine außerordentlich wertvolle politische Erfahrung bereichert, indem er zeigte, daß es bei Kombinierung von legalen und illegalen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfformen bisweilen nützlich, ja sogar notwendig ist, daß man es versteht, auf die parlamentarischen Kampfformen zu verzichten."
(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 20)

[117] Man darf dabei nicht, wie Lenin feststellte,

„ ... die Erfahrung zahlreicher, wenn nicht aller Revolutionen vergessen, die davon

Fortsetzung nächste Seite

Unter den gegenwärtigen Umständen steht eine kommunistische Teilnahme am Parlament überhaupt nicht zur Debatte. Denn dafür fehlen die Kräfte völlig. Auch für die Taktik des „aktiven Wahlboykotts" fehlen die Voraussetzungen. Es kann vielmehr heute nur darum gehen, die grundlegende kommunistische Position zu propagieren, den „Wahlkampf" zur prinzipiellen Entlarvung der verschiedenen Parteien des deutschen Imperialismus und diverser Opportunisten, für die revolutionäre Propaganda sowie auch Agitation zu nutzen. Völlig abzulehnen sind „Witz-Kandidaturen" à la „MLPD", die Reformismus und extremen Legalismus bedeuten.

Die sozialistische Revolution und die verschiedenen Stufen der ökonomischen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen

Bedeutung und Charakter der ökonomischen und demokratischen Tageskämpfe des Proletariats

Die ökonomischen und demokratischen Kämpfe der ausgebeuteten werktätigen Massen gegen verstärkte Ausbeutung und Unterdrükkung werden stets von den Kommunistinnen und Kommunisten unterstützt und müssen von ihnen geführt werden, denn sie sind gerecht und eine unbedingte Notwendigkeit für die werktätigen Massen. Sie sind eine Schule des Klassenkampfes – eine unverzichtbare Vorbereitung, damit die Massen sich anhand ihrer eigenen Erfahrungen für

---

Fortsetzung der Fußnote

zeugt, daß es zu Revolutionszeiten besonders nützlich ist, die Massenaktionen außerhalb des reaktionären Parlaments mit einer Opposition, die mit der Revolution sympathisiert (oder noch besser: die Revolution direkt unterstützt), innerhalb dieses Parlaments zu *verbinden*."

(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 47)

entscheidende Schlachten wappnen. Sie sind unverzichtbar, um „irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen“[118]

Der ***ökonomische Kampf*** der Arbeiterklasse ist der Kampf der Arbeiterklasse gegen verschärfte Ausbeutung, für günstigere Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft, für bessere Arbeitsbedingungen.[119]

Der Tageskampf gegen verschärfte Ausbeutung, für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen ist im heutigen Deutschland höchstens noch abstrakt und in einzelnen Fällen ein rein ökonomischer Kampf:

★ In der Regel ist jeder ökonomische Kampf sehr rasch mit den staatlich erlassenen Gesetzen sowie zwischen Kapital und DGB ausgehandelten Verträgen, die sich im Rahmen staatlicher Gesetze befinden, konfrontiert. Sehr rasch richtet sich jeder Streik, jeder Kampf gegen Paragraph X und Paragraph Y, dieses Gesetz und jene Bestimmung, schalten sich – angeblich unterstützend – Lokalpolitiker oder auch „Landesväter“ ein – kurz: wird dieser Kampf als Gefahr, als drohendes politisches Signal begriffen und erhält so von der herrschenden Klasse und ihren Vertretern politischen Charakter!

★ In jedem ökonomischen Kampf stellt sich sehr rasch und tiefgehend zudem die Frage, wie über Inhalt, Verlauf und Form des Kampfes bestimmt wird. Bilden sich unabhängig und gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat Arbeiterkomitees heraus, dann sind damit Keimformen demokratischer Massenorganisationen entstanden. Was „demokratisch“ und was „undemokratisch“ ist, wird aktiv und breit im Kampf diskutiert, und somit werden wichtige Fragen des eigenen Lebens der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen aufgeworfen, die

---

[118] **„Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.“**
(Marx, „Lohn, Preis und Profit“, 1865, Marx/Engels Werke Band 16, S. 151/152)

[119] **„Der ökonomische Kampf ist ein kollektiver Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer für günstige Bedingungen des *Verkaufs der Arbeitskraft*, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Dieser Kampf ist notwendigerweise ein beruflicher Kampf, da die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Berufen äußerst verschieden sind und folglich der Kampf um die *Verbesserung* dieser Bedingungen nach Berufen (...) geführt werden muß.“**
(Lenin, „Was tun?“, 1902, Werke Band 5, S. 417)

im Keim dem repressiven parlamentarischen Vertretungssystem entgegengesetzt sind.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, diese im Kampf entstehende demokratische Selbständigkeit zu fördern und zu festigen und in bewußtem Gegensatz zur antidemokratischen, reaktionären und den Kampf abwürgenden Grundtendenz des Gewerkschaftsapparats und des Staats zur Diskussion zu stellen.

★ Spätestens wenn die Polizei im Interesse des Kapitals gegen Kämpfe des Proletariats vorgeht, wird klar, daß auch der ökonomische Kampf politischen Charakter hat, objektiv und durch die Aufklärung der Kommunistischen Partei mit dem Kampf gegen die polizeistaatliche Faschisierung des Staates verbunden ist und verbunden werden muß.

Die ***polizeistaatliche Willkür*** ist mit den verschiedensten Aspekten des politischen Lebens verbunden, sei es die Inhaftierung in Abschiebehaft, das Verbot der PKK und von Devrimci Sol, sei es die Zerschlagung eines Jugendhauses, die Inhaftierung der „Totalverweigerer", die Räumung eines besetzten Hauses, die blutige Niederschlagung eines Gefängnisaufstandes ...

★ Dort, wo die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen bereit sind, für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gegen verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung, für ihre Tagesinteressen zu kämpfen, treffen sie nicht nur direkt auf den imperialistischen Staatsapparat, sondern auf ein von der Bourgeoisie systematisch aufgezogenes Netz von falschen Freunden der Massen, falschen Führern, Verrätern und Demagogen, aber auch auf die Revolutionäre, Kommunistinnen und Kommunisten. So werden die werktätigen Massen ins Getriebe der Politik hineingezogen. Es ist eine Tatsache, daß nahezu alle ökonomischen Kämpfe politischen Charakter erhalten.

Die Kommunistische Partei muß sich in den Kampf gegen die sich ständig verschärfende ***Ausbeutung*** einschalten, die sozialdemokratische und revisionistische Propaganda entlarven, innerhalb und außerhalb der von den Imperialisten aufgebauten Gewerkschaften die bürgerlichen Gewerkschaftsführer wie die Arbeiteraristokratie überhaupt demaskieren und isolieren, damit die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen nicht nur keinen Schritt zurückgehen, sondern ihren Kampf für die Verbesserung der Lebensverhältnisse verstärken.

Doch nicht nur der ökonomische Faktor, welcher durch die Bourgeoisie selbst oft genug politischen Charakter erhält, bringt die Werktätigen in Bewegung, sondern auch der ***politische Faktor selbst.***

Unter den Tageskämpfen nehmen die ***demokratischen Kämpfe*** einen besonderen Platz ein. Die Bedeutung und Möglichkeit für die Kommunistische Partei liegt darin, daß sie den werktätigen und ausgebeuteten Massen in diesen Kämpfen die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, das wahre Gesicht der Imperialisten und Revisionisten ***unmittelbar anhand der politischen Fragen*** aufzeigen kann.

Selbst wenn die Massen für „bescheidene" demokratische Forderungen eintreten und für sie kämpfen, treffen sie sehr bald auf die imperialistische Bourgeoisie selbst, der die erkämpften bürgerlich-demokratischen Freiheiten beziehungsweise deren Erkämpfung ein Dorn im Auge ist.

Unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland ist es, die spontan aufflackernden ökonomischen und demokratischen Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter, der ausgebeuteten Werktätigen nach Kräften zu unterstützen und, wo möglich, neue zu entfachen. Wir müssen entsprechend unseren Möglichkeiten in diese Kämpfe eingreifen und zunehmend versuchen, die Führung zu übernehmen.

Dabei müssen wir die Beschränktheit dieser Kämpfe aufzeigen und das Augenmerk auf die Wurzel des Übels richten – das kapitalistische System, das System des deutschen Imperialismus.

Der Tageskampf innerhalb dieses kapitalistischen Systems hat seine engen Grenzen. Heutige Erfolge werden morgen direkt oder hintenherum wieder rückgängig gemacht, die allgemeine Verschlechterung der Lage und die absolute Verelendung auf lange Sicht lassen sich nur verlangsamen, wenn entschieden gekämpft wird, aber sie lassen sich nicht stoppen.[120]

---

[120] Vgl. Marx, „Lohn, Preis und Profit", 1865, Marx/Engels Werke Band 16, S. 151/152.

Nichtsdestotrotz kämpfen wir in diesen Tageskämpfen, kämpfen gegen Halbheiten, falsche Führer und falschen Freunde. Wir kämpfen dafür, die Tageskämpfe konsequent und mit der Perspektive der proletarischen Revolution zu führen.

Wie Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" feststellten, kommt es nicht so sehr auf die von Zeit zu Zeit errungenen Siege der Arbeiterinnen und Arbeiter an:

> **„Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter."**
> (Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", 1848, Marx/Engels Werke Band 4, S. 471)

Jede Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit dem Kapital birgt in sich die ***Möglichkeit der Erkenntnis,*** daß dieses ganze kapitalistische System völlig verfault ist, daß es zerschlagen werden muß, um es durch eine neue Welt des Sozialismus und Kommunismus zu ersetzen.

Doch diese Erkenntnis kommt nicht von allein. Hier liegt gerade eine der großen ***Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten,*** der Kommunistischen Partei, die nicht nur alle Kämpfe zusammenfassen, organisieren und führen, sondern vor allem auch die ***nötige Klarheit und Zukunftsperspektive in die sich entwickelnde Arbeiterbewegung hineintragen*** müssen.

Gerade auch aufgrund dieser Möglichkeit stehen die kommunistischen Kräfte den Tageskämpfen keinesfalls gleichgültig gegenüber. Im Gegenteil, sie sind daran interessiert, daß auch diese Kämpfe möglichst zielklar und bewußt geführt werden, um einer weiteren Verelendung der Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen entgegenzusteuern und Kampferfahrungen für weiterreichende und umfassendere Kämpfe und Klassenschlachten gegen eine so erfahrene Bourgeoisie, wie es die deutsche ist, zu sammeln.

Als Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland arbeiten wir in den Tageskämpfen und in den Gewerkschaften, um Seite an Seite mit den Kolleginnen und Kollegen anhand der gemeinsamen Erfahrungen vor allem die Fragen der Revolution und des Kommunismus zu diskutieren und von diesen Zielen zu überzeugen, um ihnen zu helfen, ihre eigene revolutionäre proletarische Partei aufzu-

bauen. Das erfordert gerade auch, in den Massenkämpfen ohne Zurückweichen den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen Reformismus und Chauvinismus in den Köpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter zu führen.

Das proletarische Klassenbewußtsein in die Arbeitermassen hineintragen, die Tageskämpfe so führen, daß sie einmünden in den bewußten und zielklaren Kampf für die proletarische Revolution in Deutschland – das kann nur eine kampferprobte Kommunistische Partei, die ***Revolutionäre Kommunistische Partei*** in Deutschland.

Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen stets dort sein, wo die Massen leben, arbeiten und kämpfen. Die marxistisch-leninistische ***Massenlinie*** ist jedoch unvereinbar mit der Anbetung der Augenblickserfolge und der momentanen Interessen der Massen. Die kommunistische Massenlinie bedeutet vor allem, daß die Kommunistische Partei den Massen – in erster Linie der Arbeiterklasse – in allen Kämpfen ihre ***grundlegenden*** und ***langfristigen*** Interessen und den Weg zu ihrer Verwirklichung aufzeigt.

Die Kommunistinnen und Kommunisten wissen, daß es die ausgebeuteten werktätigen ***Massen*** unter Führung der Arbeiterklasse sind – und sonst niemand –, welche die sozialistische Revolution durchführen. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Mehrheit der Arbeiterklasse anhand ihrer eigenen Erfahrung im langwierigen, schonungslosen und beharrlichen Kampf gegen die Imperialisten und ihre Agenten und Schrittmacher, die gerade in den Tageskämpfen im Trüben fischen, für die sozialistische Revolution ***bewußt*** zu machen und in dieser oder jener Form zu ***organisieren.***

Der Schaden der Tätigkeit der Revisionisten und aller Opportunisten besteht nicht nur in der Sabotage und der Unterhöhlung des gegebenen Kampfes. Der Schaden besteht ***vor allem*** in ihren Versuchen, die ausgebeuteten und werktätigen Massen vom Weg des Kampfes für ihre grundlegenden und langfristigen Interessen, von der sozialistischen Revolution abzuhalten, ihnen den Weg der ökonomischen und politischen Reformen anzupreisen, ihnen zu empfehlen, den Kampf auf die von den modernen Revisionisten ausgeklügelten „demokratischen Forderungen" zu beschränken, die angeblich automatisch zum Sozialismus führen.

Die unbedingte Notwendigkeit der demokratischen Kämpfe und das entscheidende Kriterium, daß in den demokratischen Kämpfen die Vorbereitung der sozialistischen Revolution die Hauptsache ist

Wir sind der Meinung, daß in bezug auf den demokratischen Kampf in zweierlei Hinsicht Klarheit bestehen muß:

Erstens: Warum führt die Kommunistische Partei überhaupt den demokratischen Kampf, wo ihr Ziel doch die sozialistische Revolution ist?

Zweitens: Wie kann sie erreichen, daß die Führung dieses Kampfes wirklich vor allem den Kampf für die sozialistische Revolution voranbringt?

Ausschlaggebende Gründe, warum der demokratische Kampf für die revolutionäre politische Erziehung des Proletariats unerläßlich ist

Eine gewaltige ideologische Kraftquelle der herrschenden imperialistischen Bourgeoisie ist die Verankerung ihrer „Demokratie"-Demagogien unter den breiten Massen der Werktätigen. Deshalb unternehmen die Ideologen des Kapitals auch große Anstrengungen, um die diversen Bestechungsskandale, Schmiergeldaffären wegen Waffenschiebereien usw. lediglich als Pannen eines „im Kern gesunden demokratischen Systems" hinzustellen.

Die Entlarvung, Bloßstellung und Anprangerung der herrschenden Klasse in allen Fragen der „Demokratie" schafft noch nicht die sozialistische Erkenntnis, daß das kapitalistische System in der proletarischen Revolution zerschlagen werden muß. Aber wenn in einem von der Kommunistischen Partei systematisch betriebenen Kampf zunehmend enthüllt wird, daß hinter dem Schein des demokratischen Anspruchs der Bourgeoisie zunehmend die zutiefst reaktionäre, verkommene, abscheuliche und verbrecherische Fratze von Ausbeutern und Imperialisten zum Vorschein kommt und dies dazu führt, daß sich der demokratisch motivierte und durchaus noch nicht klassenbewußte Haß breiter Massen gegen immer mehr Machenschaften und Aspekte der herrschenden Politik richtet, so verliert die imperialisti-

sche Bourgeoisie damit zwar nicht ihre Macht, wird aber isolierter und verliert erhebliche Reserven ihrer Herrschaft. Dagegen steigt die Autorität der Kommunistischen Partei auch bei den Werktätigen, die noch nicht für ihr kommunistisches Programm gewonnen sind.

Die Autorität der herrschenden Klasse, die den Staatsapparat in der Hand hat, in den Fragen des demokratischen Kampfes zu brechen, ist insofern eine unerläßliche Hilfe, um die Ideen des Sozialismus populär zu machen. Die Kommunistische Partei muß die herrschende imperialistische Bourgeoisie und ihre Sachwalter an ihren verlogenen, heuchlerischen Versprechungen und Behauptungen packen, sie muß die Autorität der „eigenen" Bourgeoisie generell an all diesen Punkten brechen. Dies erleichert es, die Idee des Sozialismus sozusagen auf fruchtbaren Boden fallen zu lassen, weil die Mehrheit der Werktätigen dann verstanden hat, daß der Staatsapparat mit der Bourgeoisie als herrschender Klasse unweigerlich ihren Interessen widerspricht und die Entwicklung unter dem Imperialismus zu verschiedenen ökonomischen, politischen und kriegerischen Katastrophen führt. So gesehen ist der demokratische Kampf ***unverzichtbarer Teil*** jeder Kriegserklärung an den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Und ebenso ist dies auch eine der Voraussetzungen, um durch die gleichzeitige und vorrangige kommunistische Propaganda und Agitation proletarisches Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

Der ***zweite,*** eng damit zusammenhängende Grund ist, daß das Proletariat die Sphäre des demokratischen Kampfes ***nicht*** der Bourgeoisie und ihren Lakaien, den Opportunisten, ***überlassen darf.*** Der Imperialismus ruft objektiv verstärkte demokratische Bestrebungen in den Massen hervor.[121] Da alle damit in der Gesellschaft so oder so schon angeschnittenen Fragen, wenn die Kommunistische Partei sie nicht richtig, kommunistisch anpackt, von der Bourgeoisie angepackt werden, ist der Verzicht auf die bewußte Führung des demokrati-

---

[121] **„Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion – und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. (...) das Erwachen und das Anwachsen der sozialistischen Erhebung gegen den Imperialismus sind *untrennbar* verbunden mit einem Anwachsen der demokratischen Abwehr und Empörung."**
(Lenin, „Antwort an P. Kijewski", 1916, Werke Band 23, S. 14/15)

schen Kampfes gleichbedeutend mit der völligen Kapitulation vor der Aufgabe, den Einfluß der Bourgeoisie auf die breiten Massen der Ausgebeuteten zu bekämpfen und zu zerschlagen und im Kampf gegen die Bourgeoisie Verbündete für das Proletariat zu gewinnen. Das ist gleichbedeutend damit, die sozialistische Revolution zum Scheitern zu verurteilen. Der Imperialismus, die Herrschaft des Finanzkapitals, kann zwar nicht durch demokratische Umgestaltungen beseitigt werden, aber daraus folgt keineswegs der Verzicht der Kommunistischen Partei auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für demokratische Forderungen. „Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt." [122]

Drittens ist der demokratische Kampf ein unerläßlicher Hebel, um das für die siegreiche proletarische Revolution unumgängliche Bündnis des Proletariats – der führenden Kraft der Revolution – mit der Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bauern und auf dieser Grundlage mit Teilen der städtischen Mittelschichten vorzubereiten und zu schmieden.

Demokratische Kämpfe und Forderungen betreffen keineswegs nur das Proletariat. Deren Bedeutung liegt sogar gerade darin, daß die Kommunistische Partei für ihre Verwirklichung weit über das Proletariat und seinen bewußtesten Teil hinaus große Teile der vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Massen gewinnen kann und gewinnen muß.

Der ***vierte*** Grund ist, daß ein Proletariat, das nicht im demokratischen Kampf erzogen wird, unfähig ist, die sozialistische ökonomische Umwälzung zu vollziehen.[123]

Bereits im Kampf um kleinste demokratische Forderungen stoßen die Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Frage, was eigentlich demokratisch und was undemokratisch ist, was „Demokratie" eigentlich heißen und wem sie dienen soll. Das proletarische Klassenbewußtsein, das Selbstbewußtsein des Proletariats, daß es die durch seine

---

[122] **„Aber daraus folgt keinesfalls der Verzicht der Sozialdemokratie auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für *alle* diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt."**
(Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht", 1916, Werke Band 22, S. 146)

[123] Vgl. Lenin, „Antwort an P. Kijewski", 1916, Werke Band 21, S. 14.

revolutionäre Diktatur gewährleistete sozialistische Demokratie bewußt durchführen muß, kann nur entwickelt werden, wenn es dazu anhand jeder auftauchenden Frage durch seine Kommunistische Partei bewußtgemacht und erzogen wird. Ohne politisch richtig heranzugehen, kann das Proletariat seine ökonomische Aufgabe, die Ausbeutung zu liquidieren, den Sozialismus und Kommunismus aufzubauen, nicht realisieren. Denn es geht eben nicht einfach um irgendeine „Verstaatlichung", sondern darum, daß erstmals wirklich die Mehrheit auch die Ökonomie im Interesse der Mehrheit regelt. Dieser Aspekt hat noch mehr Bedeutung angesichts des Zerrbilds der revisionistisch-kapitalistischen Länder, die angeblich „sozialistisch" waren, in denen in Wirklichkeit eben nicht die Arbeiterklasse entschied, sondern eine Diktatur einer neuen Bourgeoisie herrschte.[124]

Der ***fünfte*** Grund ist, daß auch der Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie, der gegen die Ausbeuter und ihre Helfer klar und eindeutig diktatorisch ist, „der ***demokratisch*** organisierte und geführte Krieg der Massen der Besitzlosen gegen die Minderheit der Besitzenden" ist,[125] und dieser muß bewußt auch so geführt werden, daß selbst unter den Bedingungen des Bürgerkriegs im Hinterland sowie in der Struktur der Armee die proletarische Demokratie weitestmöglich eingeführt und durchgeführt wird.

---

[124] Es ist völlig ***unwesentlich***, ob Fabriken Privatbesitz einer Minderheit oder staatlicher Besitz einer Minderheit sind. Die staatliche Form allein sagt gar nichts. Sie wurde mehr als einmal bereits zur Zeit von Marx und Engels zur ***Vertuschung der Ausbeutung und des Kapitalismus*** verwendet, wie es Marx und Engels an Bismarcks „Staatskapitalismus" nachwiesen. Es kommt auf den ***Inhalt*** an, es muß nach dem Inhalt jener Staaten gefragt werden, die Produktionsmittel in die eigenen Hände nehmen und verwalten. Es kommt ***alles*** auf folgendes an: Hat den betreffenden Staat eine korrupte und höchstens dem Namen nach sich kommunistisch nennende Ausbeuterclique in der Hand, die ganz und gar nicht die „Führung" einer klassenkämpferischen, sozialistisch erzogenen Arbeiterklasse darstellt, sondern deren unversöhnlicher Feind ist? ***Oder*** aber ist dieser Staat wirklich ein Staat der ***Diktatur des Proletariats***, ein Staat der Arbeiterinnen und Arbeiter, der im Interesse der Mehrheit die ***ausbeutende Minderheit unterdrückt und beseitigt***, der ***garantiert***, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter die Produktion führend planen, kontrollieren und wirklich die Kommandohöhen der Wirtschaft fest in der Hand haben.

[125] Vgl. Lenin, „Antwort an P. Kijewski", 1916, Werke Band 23, S. 16.

Der ***sechste*** Grund ist, daß die Forderungen des demokratischen Kampfes unerläßliche Prüfsteine im Kampf gegen jeglichen Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus sind.[126] Wer z. B. für die nationale Gleichberechtigung bis hin zur Verteidigung des Rechts der staatlichen Lostrennung der unterdrückten Nationen eintritt, muß noch kein Kommunist, keine Kommunistin sein. Wer sich umgekehrt aber als „Kommunist" bezeichnet, aber gegen die Berechtigung dieser Forderung auftritt, ist in Wirklichkeit noch nicht einmal demokratisch, der verstößt gegen die Aufgaben von Demokraten ***und*** Kommunisten.[127] Das gilt für die Frage der Gleichberechtigung der Nationen ebenso wie etwa für die Frage der Gleichberechtigung der Frauen.[128] Das kommunistische Kriterium ergibt sich eben daraus, daß die Diktatur des Proletariats auf dem Weg zum Kommunismus alle demokratischen Rechte der Völker verwirklicht und in einem langen ideologischen und politischen Kampf den Chauvinismus und Nationalismus ausmerzt.

Aus all den Punkten ergibt sich:

> **„Es ist denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie niederwerfen werden, *bevor* sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollständig verwirklichen. Aber es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat, als eine geschichtli-**

---

[126] **„Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie er sich ausdrückte, ‚auf den Zahn zu fühlen', sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen. (...) Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (...) *gemeinsam* ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, übernommen von der ‚Großmacht'bourgeoisie."**
(Lenin, „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1914, Werke Band 20, S. 440)

[127] Vgl. ebenda, S. 447.

[128] **„Genauso wie ausnahmslos *alle* demokratischen Rechte ist das Recht auf Ehescheidung im Kapitalismus schwer realisierbar, trägt es einen bedingten, begrenzten, eng formalen Charakter, und trotzdem wird ein anständiger Sozialdemokrat diejenigen, die dieses Recht ablehnen, nicht als Sozialisten, ja nicht einmal als Demokraten betrachten. Und das ist der Kern der Sache. Die *ganze* ‚Demokratie' besteht in der Proklamierung und Realisierungvon ‚Rechten', die im Kapitalismus nur sehr begrenzt und sehr bedingt realisiert werden können, ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes ist der Sozialismus *unmöglich*."**
(Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, Werke Band 23, S. 69)

che Klasse, die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus."
(Lenin, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1915, Werke Band 21, S. 416)

Das bedeutet, daß die Kommunistische Partei, welche für die sozialistische Revolution kämpft, zugleich an der Spitze der demokratischen Abwehr und Empörung stehen muß, daß gründlich verstanden werden muß, daß und warum die Kommunistische Partei auch zur „Vorkämpferin für Demokratie" [129] werden muß, wenn sie wirklich auf allen Gebieten, planmäßig und mit aller Konsequenz dem deutschen Imperialismus den Krieg erklären will.

Die demokratischen Kämpfe müssen dem Kampf um den Sozialismus untergeordnet werden

Wir haben festgestellt: Die Herrschaft des deutschen Imperialismus kann durch keinerlei demokratische Umgestaltungen beseitigt werden, sondern nur durch die sozialistische Revolution. Während die Kommunistische Partei in dieser Frage niemals auch nur den geringsten Kompromiß machen darf, überläßt sie auch keine der demokratischen Fragen der demagogischen Ausnutzung durch die Bourgeoisie und ihre Agenten, die Opportunisten.

Die Schwierigkeit der richtigen Führung des demokratischen Kampfes und die Notwendigkeit seiner Unterordnung unter das Ziel der sozialistischen Revolution ergibt sich gerade auch daraus, daß es – wie Lenin betonte – keine demokratische Forderung gibt, die nicht unter bestimmten Umständen als Werkzeug des Betruges gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter von seiten der Bourgeoisie dienen könnte oder gedient hätte.[130]

Dieses zentrale Problem kann allerdings auch nicht gelöst werden, indem der demokratische Kampf überhaupt abgelehnt wird. Denn

---

[129] Vgl. Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 435 ff.

[130] **„Es gibt keine der demokratischen Forderungen, die nicht unter bestimmten Umständen als Werkzeug des Betruges gegen die Arbeiter von Seiten der Bourgeoisie dienen konnte oder gedient hätte."**
(Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht", 1916, Werke Band 22, S. 151)

dies bedeutet, vor der Aufgabe zu kapitulieren, die Autorität und den Einfluß der Bourgeoisie auf ***jedem*** Gebiet zu brechen. Vielmehr ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, die ökonomischen und demokratischen Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus auf das nächste Etappenziel der sozialistischen Revolution in Deutschland, auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats auszurichten und der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution ***unterzuordnen.***

> **„Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu *vereinigen*, indem man den ersten dem zweiten *unterordnet*. Darin liegt die ganze Schwierigkeit; darin liegt das ganze Wesen der Sache."**
> (Lenin, Brief an Inès Armand, 1916, Werke Band 35, S. 241)

Wie aber kann die Kommunistische Partei den demokratischen Kampf führen und diesen zugleich dem Kampf für die sozialistische Revolution unterordnen?

Die erste Pflicht der Kommunistischen Partei ist es, in jedem demokratischen Kampf und bei der Propagierung jeder demokratischen Forderung zu ***erklären*** und zu ***erläutern, warum*** die demokratischen Rechte ***von Grund auf*** nur durch den Sturz des Imperialismus, durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden können.

Die Kommunistische Partei muß sich von den Richtlinien leiten lassen, wie sie Lenin in aller Schärfe formuliert hat:

- ★ Die Kommunistische Partei darf die ***Hauptsache,*** die sozialistische Revolution, niemals aus dem Auge lassen, muß sie an die erste Stelle setzen;
- ★ Die Kommunistische Partei muß ***alle*** demokratischen Forderungen so stellen, daß sie diese der sozialistischen Revolution unterordnet, sie mit ihr koordiniert, sie ihr beiordnet, und sich bewußt ist, daß der Kampf um die Hauptsache entbrennen kann, nachdem er mit dem Kampf um eine Teilfrage begonnen hat.[131]

---

[131] **„Laß die *Hauptsache* (die sozialistische Revolution) nicht aus dem Auge; setze sie an die erste Stelle (Junius hat das nicht getan); stelle *alle* demokratischen Forderungen (Radek + Bucharin lassen unvernünftigerweise *eine* davon aus), indem du sie der sozialistischen Revolution unterordnest, sie mit ihr koordinierst, sie ihr beiordnest,**

Fortsetzung nächste Seite

Um die Möglichkeiten des demokratischen Kampfes für die Erziehung des Proletariats und für die Erkämpfung seiner Hegemonie maximal zu nutzen, muß die Kommunistische Partei also stets gegen jegliche Verschmelzung der Aktivität der Kommunistinnen und Kommunisten mit dem demokratischen Kampf entschieden Front machen und darf keinen Zweifel aufkommen lassen, daß zwischen dem demokratischen Kampf (der die Ausbeutung des Proletariats und der anderen Werktätigen nicht beseitigen kann) und dem sozialistischen Kampf (der sämtliche Formen der Ausbeutung vernichtet) ein ***qualitativer*** Unterschied besteht.

Da unter den Bedingungen des Imperialismus der Kampf um Demokratie enger als je zuvor mit dem Kampf für Sozialismus verbunden ist, ist es unbedingt notwendig, ***Unterschied*** und ***Zusammenhang*** zwischen diesen beiden Kämpfen aufzuzeigen. Ein entscheidender Trick der modernen Revisionisten und ihrer Nachbeter liegt gerade darin, zwei in eins zu verschmelzen, ***nur den Zusammenhang zu unterstreichen,*** wogegen sie ***den Unterschied „vergessen",*** weil sie den Kampf für den Sozialismus sabotieren.

Die Unterordnung des demokratischen Kampfes unter den Kampf für den Sozialismus besteht ***nicht*** darin, in den demokratischen Kämpfen aufzugehen und sich mit einigen Phrasen über Sozialismus zu „entschuldigen". Die Unterordnung bedeutet im Gegenteil, in diesen Kämpfen in der ***Hauptsache*** die sozialistische Revolution vorzubereiten, die demokratischen Kämpfe als Werkzeug zur Zersetzung der Macht der Bourgeoisie und der Stärkung und Entwicklung der revolutionären Bewegung zu benutzen, die Erfolge des Kampfes als Anknüpfungspunkt zur Verbindung der legalen Arbeit mit der illegalen, zur Deckung und Verstärkung der illegalen Arbeit zwecks revolutionärer Vorbereitung der Massen für den Sturz der Bourgeoisie zu machen.[132]

Fortsetzung der Fußnote

und sei dessen eingedenk, daß der Kampf um die Hauptsache entbrennen kann, nachdem er mit dem Kampf um eine Teilfrage begonnen hat."
(Lenin, Brief an Inès Armand, 1916, Werke Band 35, S. 242)

[132] Die Unterordnung des Kampfes um demokratische Forderungen unter den Kampf für die sozialistische Revolution bedeutet auch, den Teil zu verwerfen, wenn es praktisch ums Ganze geht. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, bemüht sich die Bourgeoisie, den bewaffneten Aufstand, die Errichtung der revolutionä-

Fortsetzung nächste Seite

Die Kommunistische Partei muß also, von den konkreten Forderungen ausgehend, ***sozialistisches Bewußtsein*** in die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen ***hineintragen.*** Der Verzicht auf eine solche Propaganda, das Zurückweichen vor den großangelegten Manövern der Agenten der Imperialisten, welche der Kommunistischen Partei „Spaltung" vorwerfen, um sie zur Liquidierung der kommunistischen Propaganda, welche auf die Fragen der Werktätigen Antwort gibt, bewegen zu wollen, ist ***Verrat*** und ***Opportunismus.***

Kommunist bzw. Kommunistin ist nur, wer niemals seine Pflicht vergißt, „bei der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Frage ***allen voranzugehen"***, und zwar ***„ohne auch nur einen Augenblick unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen".***[133]

Wie aber kann die Kommunistische Partei in demokratische Kämpfe eingreifen, in den Fragen des demokratischen Kampfes Position

---

Fortsetzung der Fußnote

ren Macht des Proletariats, die Enteignung des Monopolkapitals und die Durchführung anderer revolutionärer diktatorischer Maßnahmen des Proletariats gegen die Ausbeuter zu verhindern, indem die Agenten der Bourgeoisie, die Opportunisten und Revisionisten, im entscheidenden Moment die Revolution zerstückeln und bremsen, indem sie diese auf beschränkte Teilziele reduzieren, welche die Herrschaft des Imperialismus nicht bedrohen und beseitigen können.

Vor diesem Manöver hat Lenin vorausschauend schon 1916 gewarnt:

„Die sozialistische Revolution kann in der nächsten Zukunft beginnen. In diesem Falle wäre die sofortige Aufgabe des Proletariats: die Erkämpfung der politischen Macht, die Expropriation der Banken und die Verwirklichung anderer diktatorischer Maßregeln. Die Bourgeoisie – und besonders die Intelligenz vom Typus der Fabier und Kautskyaner – wird sich bemühen, die Revolution in solch einem Augenblick zu zerstückeln und zu bremsen, indem sie ihr beschränkte demokratische Ziele vorschreiben wird."
(Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht", 1916, Werke Band 22, S. 155)

Wie Lenin an anderer Stelle noch festgestellt hat,

„ ... sind in einem gewissen Sinn für eine gewisse Periode *alle* demokratischen Ziele (...) imstande, die sozialistische Revolution zu bremsen. (...) Beispielsweise, wenn die Bewegung bereits entbrannt ist, *die Revolution bereits begonnen hat*, wenn man *die Banken besetzen* muß und man uns zuruft: Warte, *zuerst* mußt du die Republik festigen, die gesetzliche Grundlage für sie schaffen u. dgl.!"
(Lenin, Brief an Inès Armand, 1916, Werke Band 35, S. 241)

[133] Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 440.

beziehen, ohne ihren proletarischen Klassencharakter aufzugeben? Eben dadurch, daß sämtliche aufgerollten Fragen in streng ***kommunistischem Geiste, ohne die geringste Nachsicht gegen beabsichtigte und unbeabsichtigte Entstellungen des Marxismus*** erläutert werden.[134]

Die Kommunistische Partei muß in den demokratischen, aber auch in den ökonomischen Kämpfen ihre ganze Aufmerksamkeit auf die harte Arbeit der Sammlung der revolutionären Kräfte richten, in den Tageskämpfen hauptsächlich das Bewußtsein des Proletariats und der Volksmassen heben, die Reihen der eigenen Klasse, des Proletariats, stählen und ihre Kampfkraft erhöhen. Die Partei muß sich und die Massen ideologisch, politisch organisatorisch und militärisch auf die Erkämpfung des Sieges der proletarischen Revolution vorbereiten.

Der Charakter der demokratischen Forderungen hängt nicht davon ab, ob diese vor, während oder nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats realisiert werden

Im Kampf gegen Opportunismus und Reformismus geht es nicht nur um die Unterscheidung zwischen demokratischem und sozialistischem Kampf, sondern es muß auch bewußt sein, daß die demokratischen Forderungen eine riesige Bandbreite haben, sich in Bezug auf

---

[134] Lenin antwortete unter den Bedingungen des anstehenden Kampfes für den Sturz des Zarismus in Rußland, also unter den Bedingungen der demokratischen Etappe der Revolution, auf die Frage, wo denn der Klassencharakter der kommunistischen Bewegung bleibe, wenn die kommunistische Partei sich an die Spitze des demokratischen Kampfes stelle und allseitige Enthüllungen des antidemokratischen Charakters des Zarismus organisiere:

„Eben darin, daß wir, die Sozialdemokraten, diese vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung organisieren; darin, daß alle durch die Agitation aufgerollten Fragen in streng sozialdemokratischem Geiste, ohne die geringste Nachsichtig gegen beabsichtigte und unbeabsichtigte Entstellungen des Marxismus erläutert werden; darin, daß diese allseitige politische Agitation von einer Partei geführt wird, die zu einem untrennbaren Ganzen vereinigt: sowohl den Ansturm gegen die Regierung im Namen des ganzen Volkes als auch die revolutionäre Erziehung des Proletariats bei gleichzeitiger Wahrung seiner politischen Selbständigkeit, sowohl die Leitung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse als auch die Ausnutzung jener spontanen Zusammenstöße des Proletariats mit seinen Ausbeutern, die immer neue Schichten des Proletariats aufrütteln und für uns gewinnen!"
(Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 446/447)

ihre Tragweite und konkrete Realisierbarkeit erheblich unterscheiden, von Forderungen, die unmittelbar nur an einem bestimmten Ort erhoben werden bis hin zu umfassenden, regelrecht programmatischen demokratischen Forderungen.

Die Forderung nach Rücktritt eines Innenministers, der nachweislich den Befehl zur Mißhandlung von Gefangenen gegeben hat, ist eine Sache. Es kostet die Herrschenden nicht sehr viel, die eine Figur durch eine andere zu ersetzen.

Viel mehr Druck von Seiten der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen ist schon nötig, um zum Beispiel Gesetzesparagraphen abzuschaffen, die ein mehr oder weniger wichtiges bestimmtes Klasseninteresse der imperialistischen Bourgeoisie schützen, wie z. B. den § 116 im Streikrecht.

Wie groß müßte erst der Druck sein, um die diskriminierenden „Ausländer"-Sondergesetze gegen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern und andere Gesetze gegen die vom Imperialismus Unterdrückten und Verfolgten, insbesondere Asylsuchende, ersatzlos zu Fall zu bringen.

Die konsequente Erfüllung eines demokratischen Programms, wie es das Potsdamer Abkommen darstellte, ist heute praktisch nicht denkbar.

Dennoch muß allgemein und theoretisch klargelegt werden, daß sogar geradezu programmatische demokratische Forderungen wie die des Potsdamer Abkommens den Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht sprengen müssen. Deutschland ohne Auslandseinsätze der Bundeswehr, ja ohne Bundeswehr bleibt ein kapitalistisches Deutschland. Auch mit Abschaffung des zunehmenden Repressionsapparates usw. würde zunächst die Mehrwertproduktion und das Profitsystem nicht abgeschafft. Aber das, was sich in jedem einzelnen Fall theoretisch durchdenken läßt, wird praktisch als unrealistischer Traum zerbersten.

In vielen Fällen ist es so und war es in der Geschichte der Revolutionen so, daß eine Fülle von Forderungen, die „eigentlich" auch vor der Revolution hätten erfüllt werden können, schließlich erst im Zuge und nach der Revolution verwirklicht werden können.

Das wird deutlich an großen grundlegenden Fragen, die eigentlich Gegenstand der bürgerlichen Revolution waren:

- Trennung von Kirche und Staat;
- Gleichstellung von Frauen und Männern;
- Abschaffung des Großgrundbesitzes.

Der Imperialismus hat diese Fragen alle nur teilweise im unterschiedlichen Umfang erledigt, keinesfalls aber grundlegend und tiefgehend.

Insofern ist es richtig zu sagen, daß viele grundlegende demokratische Forderungen und Kämpfe erst im Zuge der sozialistischen Revolution gelöst werden können!

Dabei muß jedoch bewußt sein, daß deswegen nicht die Mogelpakkung entstehen darf, solche demokratischen Forderungen, die erst im Sozialismus realisiert werden, als „sozialistische Forderungen", als eigentlichen „Kampf um Sozialismus" zu bezeichnen, damit das Niveau des Kampfes für solche Forderungen zu überschätzen und die eigenständige Propaganda für das Wesen der sozialistischen Revolution als im Grunde erledigt beiseite zu schieben!

So wird deutlich, daß bei den propagandistischen Forderungen der Kommunistischen Partei, nachgeordnet dem grundlegenden sozialistischen Programm und deutlich als demokratische gekennzeichnet, auch grundlegende demokratische Forderungen stehen müssen, die auf jeden Fall – unabhängig von der Frage, was im Kapitalismus schon „erledigt" wurde – vollständig erfüllt werden! Das Proletariat kann nur siegen, wenn es den revolutionären, sozialistischen Kampf gegen den Kapitalismus mit den demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet.[135]

Dabei ist es falsch und für die Entfaltung des demokratischen Kampfes schädlich, sich festzulegen, wieweit etwas schon unter der Herrschaft des Imperialismus und wieweit es erst nach Errichtung der Diktatur des Proletariats erreicht werden kann! Einige demokratischen Forderungen werden bereits vor, andere während und wieder andere erst nach der Niederwerfung der Bourgeoisie durchgeführt werden. So war die Vollendung der Aufgaben der bürgerlich-

[135] Vgl. Lenin, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1915, Werke Band 21, S. 415.

demokratischen Revolution ein „Nebenprodukt" der Oktoberrevolution 1917.[136]

Einzelne demokratische Forderungen müssen im Kampf entstehen, sie müssen von den Kämpfenden realistisch als kurz- oder langfristig erkannt werden. Sie dürfen nicht ausgeklügelt sein.[137] Die Kunst bei solchen in den Kämpfen aufzustellenden Forderungen ist es, den Kampf weiterzutreiben, auf lange Sicht zu denken, keine Illusionen zu verbreiten, aber auch nicht Defätismus und Resignation zu verbreiten unter dem Hinweis, daß angeblich auch in den demokratischen Sektoren des Kampfes der Imperialismus zu nichts gezwungen werden könne, solange keine Diktatur des Proletariats herrscht.

Die Entwicklung, Entfaltung und Wirkung des sich entfaltenden demokratischen und sozialistischen Kampfes der Massen kann zu großen unerwarteten Zugeständnissen des Imperialismus führen, zu Zuständen, die nach solchen Zugeständnissen dennoch kapitalistisch und eben nicht sozialistisch sind.[138]

Die Erfolge im demokratischen Kampf wie überhaupt in Tageskämpfen sind kaum zu überschätzende Erlebnisse der kämpfenden

---

[136] Die Tatsache der Verflechtung der ***sozialistischen*** Aufgaben der Oktoberrevolution, welche deren sozialistischen Charakter ausmachten, mit den Aufgaben der Vollendung der ***bürgerlich***en Revolution im Laufe der Oktoberrevolution wurde von diversen Opportunisten damals und auch heute noch zur Stiftung von Verwirrung benützt. Hervorragend richtet sich dagegen Stalins Schrift „Über die Losung der Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft in der Periode der Vorbereitung des Oktobers",1927, Werke Band 9, S. 233 ff.

[137] Vgl. Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik", 1923, Werke Band 5, S. 150-152.

[138] Stalin sagte über den qualitativen Unterschied zwischen Reform und Revolution:

„Infolge des Drucks von unten, des Drucks der Massen mag die Bourgeoisie gelegentlich unter Beibehaltung des bestehenden sozialökonomischen Systems bestimmte Teilreformen zugestehen. Wenn sie so handelt, kalkuliert sie, daß diese Zugeständnisse nötig sind, um ihre Klassenherrschaft zu erhalten. Das ist das Wesen der Reform. Revolution meint dagegen die Übertragung der Macht von einer Klasse auf eine andere. Deshalb auch ist es unmöglich, eine Reform als Revolution zu bezeichnen. Deshalb haben wir keinen Wandel des Gesellschaftssystems zu erwarten, der sich als unmerklicher Übergang von einem in ein anderes System auf dem Wege der Reform, durch Zugeständnisse der herrschenden Klasse vollzöge."
(Stalin, „Unterredung mit H.G. Wells", 1934, Werke Band 14, S. 22)

Massen, die Selbstbewußtsein, Tatkraft und Kampfwillen dann stärken, wenn sie als ***eigener*** Sieg im antagonistischen Gegensatz zu diesem Staat, zu diesem System erkannt werden.

Sie schüren dann Illusionen, wenn sie als Beweis für die angebliche „moralische und demokratische Integrität" dieses Staates und dieses Systems benutzt werden![139]

Ob dies gelingt oder nicht – das ist ein wesentlicher Prüfstein, ob die Kommunistische Partei sich wirklich erfolgreich in Kämpfe eingeschaltet hat oder nicht. Und dabei muß sich die Kommunistische Partei selbst von vornherein bewußt sein, daß gerade von den unter ihrer Führung errungenen Erfolgen im demokratischen Kampf im hohen Maß – schleichend oder frech hervortretend – die Gefahr des Rechtsopportunismus ausgeht, den rechtsopportunistischen Tendenzen und Elementen Auftrieb verleihen wird. Dem gilt es, durch die Verstärkung und Verschärfung des ideologischen Kampfes gegen den Opportunismus in den eigenen Reihen sowie für die auch organisatorische Reinigung der Partei von opportunistischen Elementen unversöhnlich entgegenzutreten.

Gefahren, Probleme und Aufgaben, wenn die Kommunistische Partei das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten voranträgt

Kommen wir hier nochmals zurück auf die von Stalin auf dem 19. Parteitag der KPdSU im Jahr 1952 formulierte Aufgabe, daß die Kommunistischen Parteien das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten erheben und vorantragen müssen, wenn sie die Mehrheit des Volkes um sich sammeln wollen.[140]

In dieser Forderung Stalins konzentriert sich Theoretisches, Programmatisches, Strategisches und Taktisches. Diese Forderung heißt allerdings ***nicht,***

- den Klassencharakter der Demokratie theoretisch nicht zu hinterfragen;

---

[139] Siehe dazu: Lenin, „Was tun", 1902, Werke Band 5, S. 418/419.

[140] Vgl. Stalin, „Rede auf 19. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion", 1952, Werke Band 15, S. 393.

● programmatisch Abstriche an der Diktatur des Proletariats zu machen und nur noch sozialistische Demokratie zu predigen;

● die Gefahren des Verherrlichens der bürgerlichen Demokratie im Imperialismus angesichts des Abwehrkampfes gegen faschistische Staatsformen zu ignorieren oder ihnen zu erliegen;

● im Kampf zur Verteidigung schon erkämpfter demokratischer Rechte und für einzelne demokratische Forderungen im reformistischen Fahrwasser zu landen.

Im Gegenteil:

❑ Jedes Eingreifen für demokratische Forderungen zur Verteidigung einzelner demokratischer Rechte muß sich daran messen lassen, ob der Klassencharakter der herrschenden Klasse und ihres Staates entlarvt und deutlich gemacht wird oder nicht, und zwar im Sinne der Stärkung der Hegemonie des Proletariats über andere ausgebeutete und unterdrückte Schichten;

❑ dieser Kampf muß eingebettet sein in den Kampf für umfassende demokratische Rechte und wirkliche Demokratie für die ausgebeutete Mehrheit;

❑ dieser Kampf muß deutlich herausstellen, daß damit schließlich die sozialistische Demokratie, also auch die Diktatur des Proletariats als Instrument zum Aufbau des Sozialismus gemeint ist und nur gemeint sein kann;

❑ schließlich muß bewußt sein, daß der Kommunismus, das eigentliche Ziel, die Demokratie als Staatsform abschafft, aber „demokratische" Umgangsformen und Regularien im neuen und selbstverständlichen Ausmaß herausbildet.

Die Arbeiterklasse und ihre Vorhutpartei müssen im demokratischen Kampf selbst, in der Frage seines Inhalts und seiner Formen vorangehen

Die unversöhnlichen Widersprüche zwischen der Kommunistischen Partei und den modernen Revisionisten und allen Opportunisten konzentrieren sich darauf, daß für die Kommunistinnen und Kommunisten die Vorbereitung der sozialistischen Revolution stets die Haupt-

sache ist. Aber die Widersprüche beschränken sich nicht auf diesen Punkt.

Auch in der Frage des ***Inhalts*** und der ***Formen,*** der Führung der demokratischen Kämpfe selbst, die so sein müssen, daß sie der Vorbereitung der sozialistischen Revolution dienen, gibt es unversöhnliche Widersprüche zwischen der Kommunistischen Partei und allen Opportunisten mit den modernen Revisionisten an der Spitze.

Da nunmehr seit Jahrzehnten die Opportunisten auf diesem Gebiet vorherrschend sind und es in Deutschland hier eine lange Tradition des Betrugs und des Mißbrauchs gibt, muß betont werden, daß auch das konsequent demokratische Bewußtsein in jeder Frage, daß die konsequent demokratischen Forderungen nur im schonungslosen Kampf gegen die Berufsreformisten und Opportunisten aller Sorten von der Kommunistischen Partei in einem langen, harten und unversöhnlichen Kampf durchgesetzt werden können.

Der demokratische Kampf muß den deutschen Imperialismus maximal treffen

In einem jeden demokratischen Kampf besteht die Gefahr, daß die demokratischen Forderungen ***mißbraucht*** werden, um Illusionen zu wecken und die Arbeiter zu betrügen, also der Bourgeoisie zu helfen.

Die Kommunistische Partei muß in einem jeden demokratischen Kampf gegen einen solchen Mißbrauch ankämpfen und dafür eintreten, daß der demokratische Kampf so geführt wird, daß er den Weltimperialismus bzw. den eigenen Imperialismus ***maximal*** trifft, ihn wirklich schwächt, konkret seine Pläne entlarvt und die Wurzel der Übel aufzeigt.

Die Kommunistische Partei muß stets die „demokratischen Forderungen" und die „Reformen", welche die herrschende Klasse erfüllt und durchführt, um die Massen zu betrügen und sie von der Revolution abzuhalten, unterscheiden von den demokratischen Forderungen und Reformen, welche die Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei der Bourgeoisie durch harten Kampf abgetrotzt haben.

Da die Bourgeoisie die Geschichte der Klassenkämpfe zu ihren Gunsten leugnet bzw. verdreht, muß einerseits und vor allem die Geschichte der ***Erkämpfung*** bürgerlich-demokratischer Rechte und Errungenschaften durch das Proletariat bewußtgemacht werden, an-

dererseits muß klargemacht werden, wie die Bourgeoisie ihrerseits die Ergebnisse solcher Kämpfe für sich genutzt hat, wie und warum sie zeitweilige Konzessionen machte und machen mußte, um sich als „sozial" herauszukehren (z. B. die angebliche „Einsicht" der Bismarck-Regierung, daß eine gewisse Sozialgesetzgebung nötig sei), um den Kämpfen die Spitze abzubrechen.

Dieser wichtige Gedanke läßt sich knapp anhand des Wahlrechts für Frauen erläutern, das lange Zeit eine wichtige Forderung des demokratischen Kampfes war und im Zuge der revolutionären Kämpfe 1918 in Deutschland verwirklicht wurde.

Die Einführung des Frauenwahlrechts beseitigte nicht die benachteiligte Stellung der Frauen, die besondere Knechtung der werktätigen Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Bourgeoisie versuchte natürlich die Einführung des Frauenwahlrechts dahingehend für sich auszunutzen, daß nun angeblich wirklich „Gleichheit" erlangt sei, um weiterreichenden Kampfzielen zur Befreiung der Frau die Spitze abzubrechen.

Auf der anderen Seite bot die Verwirklichung dieser demokratischen Forderung den proletarischen Kräften die Möglichkeit bewußtzumachen, daß die ***Ursachen*** der Unterdrückung der Frauen nicht einfach darin zu sehen sind, daß sie nicht wählen dürfen. Aber mit Erkämpfung des Frauenwahlrechts wird es leichter möglich, auf tieferliegende, grundlegende Ursachen hinzuweisen. So kann leichter klargemacht werden, daß das gesamte kapitalistische System beseitigt werden muß, um die Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Frauen aus der Welt schaffen zu können.

Das alles bedeutet: Die ***Möglichkeit*** ist gegeben, daß die demokratischen Freiheiten von der Kommunistischen Partei revolutionär genutzt werden, um die Widersprüche des imperialistischen Systems deutlicher werden zu lassen. Es hängt aber entscheidend von der Kommunistischen Partei ab, ob sie ein Mehr an politischer Freiheit zur Verstärkung des proletarischen Klassenbewußtseins nutzen kann, oder ob es den Herrschenden gelingt, was nicht zu unterschätze ist,[141] eine solche Situation für die Abwiegelei, die Korrumpierung und Vernebelung des Bewußtseins der werktätigen Massen auszunutzen,

---

[141] **„In den Ländern mit alter demokratisch-parlamentarischer Kultur hat es die Bourgeoisie vortrefflich gelernt, nicht nur mit Gewalt, sondern auch mit Betrug, Bestechung und Schmeichelei, bis zu den raffiniertesten Formen dieser Methoden, zu operieren."**
(Lenin, „Über die Aufgaben der III. Internationale", 1919, Werke Band 29, S. 494)

um sie mit der angeblich „besten aller Demokratien" an die bürgerlichen Verhältnisse zu fesseln.

Der bürgerliche Legalismus ist auch eine Falle. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es deshalb gerade auch, jegliche Illusionen zu zerstören, daß die demokratischen Kämpfe „gesittet", im Rahmen der „bürgerlichen Demokratie", der „Verfassung" etc. gehalten werden müssen. Bereits in den demokratischen Kämpfen der Massen muß (ebenso wie natürlich in den ökonomischen Tageskämpfen) jeglicher ***Legalismus*** und ***Pazifismus*** bekämpft werden.

> **„Man muß alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriiert, führen."**
> (Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht", 1916, Werke Band 22, S. 146/147)

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, das Proletariat und die anderen werktätigen Massen dahingehend zu erziehen und zu organisieren, daß sie auch im demokratischen Kampf – um einen wirklichen Erfolg erringen zu können, z. B. gegen die konkrete Gefahr der Errichtung einer faschistischen Diktatur, gegen den Ausbruch eines bestimmten imperialistischen Krieges – berechtigt und verpflichtet sind, militante und bewaffnete Formen des Kampfes zu wählen. Demokratische Kämpfe, die mit Gewalt geführt werden, sind noch keine sozialistischen Kämpfe. Es ist gerade die Aufgabe der Kommunistischen Partei, durch ihre umfassende Propaganda- und Agitationsarbeit, durch ihre ***Führung*** und ***Organisierung,*** den demokratischen Kampf der Massen mit dem Kampf für den Sozialismus, für die ***Diktatur des Proletariats*** zu verbinden.

In den antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf kann und muß die Kommunistische Partei den Gedanken hineintragen, daß gegen die Nazifaschisten und Reaktionäre jegliche „Demokratie" völlig verfehlt, ja selbstmörderisch ist, daß gegen sie wirklich ***diktatorisch*** vorgegangen werden muß, während unter den antifaschistisch-demokratischen Kräften ***demokratisch*** überlegt und beraten

werden muß, wie der Kampf wirksam und durchschlagend zu führen ist. Wenn im antifaschistisch-demokratischen Kampf klargestellt werden kann, daß gegen offen erkannte Feinde demokratischer Rechte diktatorisch vorgegangen werden muß, so enthält das im Keim die Einsicht, daß sozialistische Demokratie nur möglich wird, wenn über alle reaktionären Elemente und Kräfte die revolutionäre Diktatur ausgeübt wird. Somit können und müssen im demokratischen Kampf bereits wesentliche Elemente der Diktatur des Proletariats – die Notwendigkeit einer demokratischen und einer diktatorischen Seite im Kampf – zur Sprache gebracht werden, ohne daß dies bereits mit dem sozialistischen Kampf und dem Wesen der Diktatur des Proletariats selbst verwechselt werden darf, deren Propaganda von der Kommunistischen Partei selbständig und in Verbindung damit vorrangig betrieben werden muß. Dies ist eine besondere Herausforderung angesichts der revisionistischen, pseudosozialistischen antidemokratischen Diktaturen.

Diese prinzipielle kommunistische Position haben die modernen Revisionisten gründlich verraten. Ein Erkennungsmerkmal der Opportunisten in den demokratischen Kämpfen ist, daß sie ständig versuchen, die ***Formen*** des Kampfes ***im bürgerlich-legalen Rahmen*** zu halten, daß sie die Empörung und den Haß der Werktätigen zu beschwichtigen suchen und den militanten Kampf der Arbeiterklasse, der Werktätigen und der Jugendlichen gegen die antidemokratische Politik der Imperialisten verleumden und beschimpfen.

Nach ihrer Ansicht dürfen demokratische Kämpfe nur mit legalen Mitteln im Rahmen der Verfassung geführt werden. Das bedeutet nichts anderes, als den Kampf um demokratische Rechte auf solche Forderungen zu beschränken, welche die Bourgeoisie sowieso bereit ist zu gewähren. Das bedeutet nichts anderes, als den demokratischen Kampf zur reformistischen Bettelmission zu verstümmeln, d. h. diesen grundlegend zu ***verraten.***

Wir leben heute in einer parlamentarischen Republik, also einer bestimmten Staatsform der Diktatur der Bourgeoisie. Auch die ***Verfassung*** ist ein Instrument dieser Diktatur. Die Kommunistische Partei muß den heuchlerischen Charakter dieser Verfassung entlarven. ***Nur*** wenn sie das tut, kann sie einige brauchbare Artikel gegen die Bourgeoisie ausnutzen, ohne Illusionen über den imperialistischen ***Gesamtcharakter*** der Verfassung aufkommen zu lassen.

Die Verbindung zwischen den verschiedenen demokratischen Kämpfen herstellen!

Die vielfältigen demokratischen Fragen sind nicht isoliert voneinander. Der Kampf zwischen der Kommunistischen Partei einerseits und den opportunistischen Verrätern und Lakaien der Imperialisten geht auch darum, ***ob*** und ***wie*** die ***Beziehung*** zwischen den verschiedenen demokratischen Rechten und Forderungen hergestellt wird.

Es ist naheliegend, daß die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen zunächst für einzelne, engere demokratische Forderungen kämpfen, die sie unmittelbar betreffen, und daß sie noch nicht den Zusammenhang dieser Kämpfe mit den Kämpfen anderer Schichten im eigenen Land und mit den Kämpfen anderer Völker, mit den weiter reichenden Aufgaben des demokratischen Kampfes sehen und sehen können.

Besondere Aufmerksamkeit muß die Kommunistische Partei auch den Kämpfen der ***Jugendlichen*** widmen, vor allem der Auszubildenden in den Betrieben sowie der Jungarbeiterinnen und Jungarbeiter, aber auch der sonstigen lernenden und studierenden Jugendlichen. Auf Grund der besonderen Situation der Heranwachsenden, die einerseits in der verlogenen Warenwelt des Kapitalismus scheinbar besonders umhegt werden, andererseits aber massenhaft keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden, haben die Kämpfe der Jugendlichen ihre Besonderheiten, welche die Kommunistische Partei durch die Art ihres Herantretens, ihrer Propaganda, ihrer Schulungs- und Aktionsangebote sowie Organisationsformen unter den Jugendlichen berücksichtigen und deren frischen Elan sie nutzen muß.

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, die Hegemonie des Proletariats im demokratischen Kampf durchzusetzen, nicht nur den gegebenen demokratischen Kampf zu unterstützen, sondern den Zusammenhang dieses Kampfes mit den weitreichenderen demokratischen Kämpfen aufzuzeigen. Sie muß die gegebenen demokratischen Kämpfe des Proletariats mit dem Kampf gegen ***Militarismus, Faschismus*** und ***Kriegspolitik*** verbinden und diese Kämpfe mit dem ***Kampf der anderen Schichten*** und vor allem auch ***mit dem Kampf der Völker der Welt*** koordinieren und verbinden.

Ein beliebtes Manöver der modernen Revisionisten ist es dagegen, etwa die ***Militarisierung*** der Gesellschaft nicht im Zusammenhang

mit der ***Kriegsvorbereitung*** darzustellen, sondern als eine „unvernünftige Maßnahme ***ohne*** Sinne und Zweck." Die modernen Revisionisten und ihre Nachbeter reden viel vom Frieden. Doch sie stellen ***demagogisch*** eine Beziehung zum bewaffneten Kampf der Völker her, welche im Kampf für die antiimperialistisch-demokratische Revolution stehen. Sie wollen die Werktätigen glauben machen, daß die Gefahr eines Weltkrieges gerade durch ***diese*** Kämpfe, nicht aber durch den Imperialismus bestünde.[142] Die Kommunistische Partei muß also auch die ***Beziehung*** zwischen den verschiedenen demokratischen Kämpfen darstellen und propagieren, in diesem Beispiel also den antiimperialistischen bewaffneten Befreiungskampf als einen großen, wesentlichen Beitrag für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

In all diesen demokratischen Kämpfen gegen die imperialistische Kriegspolitik sowie gegen die Faschisierung ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, das jeweilige Thema, den jeweiligen Anlaß für den Kampf genau zu beleuchten und tiefergehende Zusammenhänge aufzudecken – nach Möglichkeit gründlich, keine Zwischenglieder überspringend, die Geschichte und die internationalen Aspekte der Frage hineinzubringen.

Für die Kommunistische Partei ergibt sich aus der Analyse des wahren Gesichts des deutschen Imperialismus auch die Aufgabe, jene Sphären des deutschen Imperialismus anzuprangern und zum Gegenstand des demokratischen Kampfes zu erklären, die noch gar nicht unmittelbar in den Massenkämpfen eine Rolle spielen.[143]

Insofern ist auch die bloß propagandistische Aufklärung, ohne direkten Massenkampf, ständige Aufgabe der Kommunistischen Partei. Sonst wären eine ganze Palette von notwendigen Kämpfen gegen den deutschen Imperialismus von vornherein ausgeschaltet.

---

[142] So erklärte Chruschtschow vor dem revisionistischen Obersten Sowjet 1959, daß „selbst ein kleiner Funke einen Weltbrand entzünden kann", und meinte damit unterschiedslos alle „lokalen Kriege", d. h. also auch nationale Befreiungskriege. (Zitiert in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung", Nachdruck Oberbaum Verlag, 1973, S. 221)

[143] Vgl. dazu: Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 410-421, v. a. 414/415.

Das heißt heute konkret vor allem eine Fülle von Fragen, die mit der Geschichte des deutschen Imperialismus zusammenhängen – vor allem mit dem Bruch des Potsdamer Abkommens, um die Problematik einmal zu bündeln!

Ob es nun um Reparationen für Griechenland geht, die Unterdrükkung der Sinti und Roma, antisemitische Kampagnen ... die Kommunistische Partei steht an dieser demokratischen Front ohne zögern und felsenfest – aber im Bewußtsein, daß es gilt, die Wahrheit über die Geschichte und den notwendigen Kampf um diese Wahrheit in jeden konkreten Kampf hineinzutragen, damit sich die historischen und proletarisch-internationalistischen Aspekte des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse wirklich im Kampf herausbilden.

Für die Kommunistische Partei ergibt sich – anhand der Geschichte jedes Betriebes, jedes Ortes – die konkrete Möglichkeit und Verpflichtung, Zusammenhänge zwischen heutigen Tageskämpfen und der Geschichte und Tradition des deutschen Imperialismus aufzuzeigen, tiefe Abneigung und Haß gegen den deutschen Imperialismus bewußt zu fundieren und den einzelnen demokratischen Kampf einzubetten in den großen Zusammenhang des demokratischen Kampfes gegen die reaktionäre antidemokratische Tradition und Politik des deutschen Imperialismus heute!

Aus der Analyse der verschiedenartigen Besonderheiten des deutschen Imperialismus und ihrer Grundlagen erschließt sich dialektisch, auf welchen Gebieten und in welchen Zusammenhängen der demokratische Kampf in Deutschland heute geführt werden kann, wo er in welcher Hinsicht Erfolge haben kann und wo die Grenze ist, die der demokratische Kampf allein nicht überwinden kann.

Da die ausbeuterischen, unterdrückerischen, geschichtlich geprägten imperialistischen, militaristischen und revanchistischen Züge des besonders aggressiven deutschen Imperialismus Merkmale ein und desselben Systems sind, ist es unsere Aufgabe als Kommunistische Partei, all die verschiedenartigen, begrenzten, einseitigen, spontan aus aktuellem Anlaß entstehenden Kämpfe gegen einzelne dieser Züge zu bündeln, alle Kämpfenden immer über möglichst vielseitige Kämpfe zu informieren und das Bewußtsein hineinzutragen, daß es sich im Kern um einen Kampf handelt, der sich gegen die vielseitigen Erscheinungsformen des deutschen Imperialismus richtet, der zwar diesen oder jenen Teilerfolg (zunächst meist in der Abwehr der tagtäglichen antidemokratischen Vorstöße) erringen kann, aber letzt-

lich an der Oberfläche bleibt, wenn er nicht tiefer geht, nicht die vielfältigen antidemokratischen reaktionären Züge des deutschen Imperialismus aufdeckt, ja hinter den Besonderheiten des deutschen Imperialismus nicht die allgemeinen brutalen Gesetze des kapitalistisch-imperialistischen Weltsystems aufgedeckt werden.

Die Kommunistische Partei muß in den demokratischen Kämpfen konsequent die sozialistische Revolution vorbereiten

In den demokratischen Kämpfen ist für die Kommunistische Partei die Vorbereitung der sozialistischen Revolution die Hauptsache. Das heißt, es wird sich keine wirklich revolutionäre Kraft zum Sturz dieses Systems entfalten können, wenn nicht systematisch und wissenschaftlich die realen Möglichkeiten zum Sturz dieses Ausbeutungssystems klar aufgezeigt und bewiesen, die Klassen und Schichten der Gesellschaft im Hinblick auf diese Aufgabe analysiert und eingeschätzt werden, und vor allem das Ziel, die Alternative zum kapitalistischen System aufgezeigt wird:

Ein ökonomisches System, welches das Privateigentum an Produktionsmitteln aufhebt, die Ausbeutung beseitigt, den Sozialismus ermöglicht, und ein politisches System, das auf der demokratischen und sozialistischen Zustimmung, Mitarbeit und Selbständigkeit der großen Mehrheit der Werktätigen, voran die Arbeiterklasse, beruht, und so die nötige politische, militärische und moralische Autorität hat, den Kampf gegen die bisher herrschende Klasse und ihre Anhänger, gegen alle Muttermale der kapitalistischen Gesellschaft als ***Diktatur des Proletariats,*** als sozialistischer Staat durchzuführen.

Doch auf dem langandauernden Weg muß – ausgehend von einer realistischen Einschätzung der Bewußtseinslage und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und anderen Schichten der Werktätigen – die Kommunistische Partei zunächst ***beweisen,*** daß sie auf die real sich entwickelnden Kämpfe richtig eingehen, sich einschalten und sie führen kann.

Um die dafür notwendige Sympathie, Vertrauen und bewußte Anerkennung zu erwerben, muß die Kommunistische Partei über alle Sektoren des Kampfes genau Bescheid wissen, prinzipiell und konkret am besten und überzeugendsten argumentieren – immer das Problem vor Augen, daß es schwierig und sehr langwierig ist, Ver-

trauen zu erwerben, daß es aber sehr einfach und sehr rasch gründlich und für lange Zeit zu verlieren ist.

Ein ***Kernproblem*** der Arbeit unter den Massen ist, daß wir eine eigene ***systematische*** und kontinuierliche Arbeit leisten müssen und uns gleichzeitig in die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und Bewegungen der Massen einschalten müssen. Die Kontinuität und Systematik der Massenarbeit ist eine Vorbedingung, um wirklich das Vertrauen der werktätigen Massen gewinnen zu können.

Es ist obligatorisch, daß die Kommunistinnen und Kommunisten sich stets an den revolutionären Aktionen und den Tageskämpfen ***beteiligen.*** Schon diese Beteiligung muß ***organisiert*** vor sich gehen.

Gemäß der Situation und den Kräften, ausgehend vom Inhalt und der Bedeutung dieser oder jener Kämpfe, ist es die Pflicht der Kommunistischen Partei, sich in diese Kämpfe ***einzuschalten,*** in diesen Kämpfen den wissenschaftlichen Kommunismus und die korrekte politische Linie zu propagieren, bei der Organisierung der Kämpfe mehr und mehr führend zu werden.

Sozialistische Propaganda bedeutet keineswegs, in demokratischen Massenbewegungen, bei Demonstrationen und bei verschiedenen Kampfaktionen nur Flugblätter zu verteilen, die „pflichtgemäß" mit einem Absatz über die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus der Kommunistischen Partei enden. Sozialistische Propaganda bedeutet, daß die Kommunistische Partei ein ganzes ***System*** von Propaganda- und Agitationsmitteln und -formen entwikkelt und zur Verfügung hat, mit dessen Hilfe sie das Hineintragen des sozialistischen Klassenbewußtseins, die Gewinnung, Erziehung und Schulung neuer Kader durchführt.

Wenn die Kommunistische Partei durch wirksame Plakate und Flugblätter in demokratische Kämpfe eingreift, so besteht die sozialistische Propaganda eben nicht nur darin, ob das Flugblatt nun ein „rotes Schwänzchen" hat oder nicht. Vielmehr muß den Kräften, die über den konkreten demokratischen Kampf hinaus am Kommunismus interessiert sind, offensiv das theoretische Organ, die Möglichkeit von Schulungen auch für ganze Gruppen usw. angeboten werden. Dabei würde es völlig den Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten widersprechen, wenn sich diese auf das geschriebene Wort beschränken würden. Die aktive, aber nicht aufdringliche, engagierte und überzeugende ***mündliche*** Propaganda und Agitation ist

ein unverzichtbares Bindeglied zwischen der Kommunistischen Partei und den Massen.

Ohne Erfüllung all dieser Aufgaben ist es unmöglich, den demokratischen Kampf selbst so zu führen, daß er wirklich der ***Hebung*** des politischen ***Bewußtseins*** und der ***Organisiertheit*** des Proletariats und der anderen werktätigen Massen für die sozialistische Revolution dient, daß in ihm weder Sektierertum noch Nachtrabpolitik die Oberhand gewinnen, und daß der Opportunismus mit dem modernen Revisionismus an der Spitze vor den Augen der Massen entlarvt und durch den Kampf der Massen selbst geschlagen wird. Dies alles ist gerade auch unumgänglich für die ***Stählung*** und ***Organisierung,*** aber auch das ***Wachstum*** der Kommunistischen Partei.

Die Kommunistische Partei muß bei der Einschaltung in jegliche demokratischen wie auch ökonomischen Massenkämpfe den Leitgedanken Lenins vor Augen haben, daß der Kampf gegen den ***Imperialismus*** ohne Kampf gegen den ***Opportunismus*** eine hohle Phrase ist. Der Kampf gegen den Opportunismus schwächt nicht den Kampf der Massen, wie insbesondere natürlich die Opportunisten weismachen wollen, sondern er stärkt ihn.

Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen auch reaktionäre Organisationen ausnutzen, um ihre eigene Massenarbeit zu verstärken

Auch wenn es im Kampf für die Schaffung der revolutionären Kommunistischen Partei heute noch lange nicht um die Gewinnung großer Massen geht, steht für die Kommunistinnen und Kommunisten doch auch aktuell die Frage, ob sie, warum sie, und unter welchen Umständen sie auch in reaktionäre Organisationen gehen. Das ist bei uns heute sicherlich nicht ein gerade populäres Thema. Wer aber wirklich einmal darüber nachdenkt, wie wir unter den heutigen Umständen wirksame Arbeit leisten sollen, wird doch dahin kommen, sich auch dafür zu interessieren.

Wir meinen damit an dieser Stelle gerade auch die Arbeit in den reaktionären DGB-Gewerkschaften, was ein Thema ist, welches mit der prinzipiell nötigen Mitgliedschaft von Kommunistinnen und Kommunisten in den Gewerkschaften und der Linie des Kampfes gegen die Gewerkschaftsführung und den Gewerkschaftsapparat zusammenhängt. Hier geht es auch um Organisationen, die im Sinne

der Menschenrechte, der Völkerverständigung usw. einen „guten Zweck" beanspruchen, Vereinigungen, die der gerade herrschenden Politik punktuell oder in einem bestimmten Bereich (z. B. gegenüber der reaktionären Asylpraxis, Polizeiübergriffen gegen Menschen aus anderen Herkunftsländern) möglicherweise auch unbequem sind, letztlich aber mehr oder weniger eingebunden sind in das Organisationsnetz des deutschen Imperialismus und unter dessen Führung stehen, wie zum Beispiel amnesty international und andere „Hilfsorganisationen". Selbstverständlich müssen zwischen diesen Organisationen auch Unterschiede gemacht werden, je nachdem, wie diese Organisationen auch in der Praxis zum Staatsapparat der Herrschenden stehen.

Hier geht es heute nicht nur darum, innerhalb dieser Organisationen Leute für den Kommunismus zu gewinnen. Vielmehr kommt es darauf an, als Mitglied die Position solcher Organisationen auszunutzen, um direkt oder indirekt vor allem die eigenen Aktivitäten im demokratischen Bereich zu verstärken. Dies ist nötig, weil es ansonsten sehr schnell geht, daß die Kommunistinnen und Kommunisten bei ihrem Auftreten jede Deckung verlieren („Ein richtiges Wort und du bist Kommunist"), als „Linksradikale" geoutet werden und bei den Unterdrückungsorganen des deutschen Imperialismus schnellstens denunziert werden. Die Möglichkeiten, als Mitglied solcher Organisationen an Informationen heranzukommen, Öffentlichkeit für ein Thema zu schaffen, zu dem die Organe und Organisationen der Kommunistischen Partei gerade auch direkt aktiv und offensiv sind, Verbindungen zu knüpfen usw., dürfen nicht unterschätzt werden. Die staatlichen Unterdrückungsorgane haben es womöglich auch nicht so leicht, gegen jemanden vorzugehen, der oder die als Mitglied in einer Organisation auch in bürgerlich-demokratischen Kreisen ein gewisses Ansehen hat.

Natürlich ist das nicht unproblematisch, sich in diesem Feld zu bewegen, denn es ist weitgehend Feindesland, in dem wir es vielfach mit Politprofis, ausgebufften Medienleuten usw. zu tun haben, wo auch alle möglichen Fallen aufgestellt sind und überhaupt die Gefahr der Korrumpierung groß ist. Das A und O, um hier nicht unterzugehen, sich nicht zu kompromittieren, ist die feste und harte Kontrolle durch die Parteiorganisationen, in der die Genossin oder der Genosse mitarbeiten, sowie durch die Parteileitung.

Fragen der Mitarbeit in demokratischen Massenorganisationen

Wenn wir die Arbeit unter den revolutionären und fortschrittlichen Kräften anpacken, ist es notwendig, unter diesen Kräften von vornherein diejenigen Organisationen, die sich als „kommunistisch" bezeichnen, aber Pseudomarxisten sind, zu unterscheiden von jenen Organisationen, die ein spezielles Ziel haben, wie etwa die Rote Hilfe, die internationalistischen Charakter haben oder z. B. antifaschistische Jugendgruppen, die ideologisch noch offen sind, noch keine ideologisch-politische Linie festgelegt haben.

In solchen demokratischen, ***wirklich linken*** – d. h. dem demokratischen Kampf dienenden und nicht dem wissenschaftlichen Kommunismus feindlich gesinnten – Organisationen können wir ***dann*** mitarbeiten, wenn wir ***wirklich*** die Kraft haben, in der ***Sache*** zu helfen, die Arbeit zu verstärken und zu verbessern.

Eine Mitarbeit, die dazu dient, ein paar Mitglieder zu „fischen", nicht zu helfen, sondern sich selber darzustellen, den eigenen Namen unter diversen Flugblättern oder Plakaten zu sehen, muß energisch bekämpft werden.

Bei dieser Arbeit sind die Genossinnen und Genossen verpflichtet, den Umständen entsprechend den wissenschaftlichen Kommunismus und die richtige politische Linie unermüdlich zu propagieren. Das kann gar nicht den Zielen solcher Organisationen widersprechen, wenn sie wirklich den Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter dienen. Zu erwarten, daß eine solche propagandistische Arbeit nur mit Freuden aufgenommen wird, würde allerdings bedeuten, daß eine derartige Arbeit der Kommunistinnen und Kommunisten ohne Kampf, Schwierigkeiten und Probleme vonstatten geht.

Aber diese Arbeit in Massenorganisationen ist selbstverständlich – und daraus sollte nie ein Hehl gemacht werden, es soll aber auch nicht in den Vordergrund gespielt werden – Bestandteil der Tätigkeit von ***Kadern,*** die in der ***Hauptsache*** an der Schaffung der Partei des Proletariats arbeiten. Wenn man dies aus dem Auge verliert und in der „Massenarbeit" aufgeht, verkehrt sich jede noch so nützliche Arbeit in ihr Gegenteil und führt zur ***Hemmung*** der revolutionären Bewegung, deren Fortschritt untrennbar ist vom Fortschritt bei der Schaffung der proletarischen Vorhutpartei.

Unerläßliche Bedingungen für Bündnisse und Absprachen

Die Kommunistische Partei kommt gleichzeitig im praktischen Kampf nicht umhin, verschiedene Absprachen und Bündnisse mit anderen Kräften zu treffen. Dies ergibt sich vor allem aus dem taktischen Prinzip, daß die Kommunistische Partei jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzen muß, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen. Die Kommunistische Partei muß alle Schritte tun und auch auf gewisse Kompromisse eingehen, um die Möglichkeit zu erhalten, auf die Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter einzuwirken, ihre opportunistischen Führer anhand ihrer Taten in den praktischen Fragen des Kampfes zu entlarven, um die Teile der Arbeiterklasse, die sich im Prozeß der Linksentwicklung und der Revolutionierung befinden, von den reaktionären Führern loszureißen, um somit die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse im ganzen zu steigern.[144]

Kernpunkt im Kampf gegen den modernen Revisionismus und Opportunismus ist diesbezüglich nicht „Bündnisse ja oder nein?", sondern die Frage, unter welchen Bedingungen die Kommunistische Partei Absprachen mit anderen Parteien und Kräften trifft und wie

---

[144] Im Zusammenhang mit dem „Englisch-Russischen Einheitskomitee" der Gewerkschaften der UdSSR und Englands anläßlich des großen englischen Bergarbeiterstreiks erläuterte Stalin, mit welchem Ziel die Kommunistische Partei der Sowjetunion (die wohlgemerkt eine Kommunistische Partei an der Spitze der Diktatur des Proletariats war und natürlich ganz andere Möglichkeiten hatte als eine Kommunistische Partei in einem kapitalistischen Land) ein politisches Übereinkommen sogar mit reaktionären Führern der Arbeiterklasse machte, unter welchen Voraussetzungen ein solches Übereinkommen durchaus möglich und zulässig ist, nämlich:

„Um zu den Arbeitermassen Zugang zu erhalten, um diese Massen über das reaktionäre Wesen ihrer politischen Führer und Gewerkschaftsführer aufzuklären, um die Teile der Arbeiterklasse, die sich im Prozeß der Linksentwicklung und der Revolutionierung befinden, von den reaktionären Führern loszureißen, um somit die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse im ganzen zu steigern.

Daher darf man sich auf solche Blocks nur unter zwei Hauptbedingungen einlassen: Wenn die Freiheit unserer Kritik an den reformistischen Führern gewährleistet ist, und wenn die für die Loslösung der Massen von den reaktionären Führern notwendigen Voraussetzungen gewährleistet sind."

(Stalin, „Über das Englisch-Russische Einheitskomitee", 1926, Werke Band 8, S. 167)

sie sich während der Durchführung von Bündnissen verhält. Dies gilt besonders auch für den Bereich des antiimperialistischen, antimilitaristischen und antifaschistischen Kampfes.

Ein Rezept oder eine allgemeine Regel, brauchbar für alle Fälle fabrizieren zu wollen, wäre Unsinn.[145] Denn keine Situation gleicht ganz der anderen. Dennoch bzw. gerade deshalb gilt es, für konkrete Entscheidung des politischen Verhaltens grundlegende Leitsätze zu formulieren.

Da die Kommunistische Partei stets das Ziel der sozialistischen Revolution vor Augen haben und voranstellen muß, ist notwendige Voraussetzung für Bündnisse im demokratischen Bereich

> **„ ... die volle Möglichkeit (...), vor dem Proletariat den feindlichen Gegensatz seiner Interessen zu den Interessen der Bourgeoisie zu enthüllen".**
> (Lenin, „Was tun ?", 1902, Werke Band 5, S. 372);

> **„ ... die *vollste Freiheit* der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit (...) die vollste Freiheit der Entlarvung der Henderson und Snowden (d. h. der revisionistischen Führer, A.d.V.)".**
> (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 73).

Völlig falsch ist die Vorstellung, daß gemeinsame praktische Aktionen bzw. Absprachen für den praktischen Kampf ideologisch und politisch „Waffenstillstand" bedeuten würden. Ganz im Gegenteil muß es die Kommunistische Partei verstehen, gleichzeitig, ununterbrochen den unversöhnlichen und rücksichtslosesten Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und Politik, gegen alle Äußerungen ihres Einflusses innerhalb der Bewegung zu führen.[146]

---

[145] **„Ein Rezept oder eine allgemeine Regel, brauchbar für alle Fälle (‚keinerlei Kompromisse'!) fabrizieren zu wollen, wäre Unsinn. Man muß selbst einen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Fall zurechtzufinden."**
(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 54)

[146] In den Jahren 1901 und 1902, noch vor der Entstehung des Bolschewismus, schloß die von Lenin geleitete Redaktion der „Iskra" ein formelles, politisches Bündnis mit dem Anführer des „legalen Marxismus" in Rußland, dem politischen Führer des bürgerlichen Liberalismus, Struve. Gleichzeitig führten Lenin und die „Iskra" „den rücksichtslosesten ideologischen und politischen Kampf gegen den

Fortsetzung nächste Seite

Die Freiheit der Agitation und Propaganda, der Kritik an den opportunistischen Führern ist eine notwendige, aber noch nicht ausreichende Bedingung für Bündnisse. Die zweite unerläßliche Bedingung ist, daß Absprachen und Bündnisse in der Tat dazu führen, daß der Opportunismus mehr entlarvt wird als vorher, daß bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Basis eine wirkliche Hebung der Bewußtheit und Organisiertheit bewirkt wird.[147] Kriterium ist,

---

Fortsetzung der Fußnote

bürgerlichen Liberalismus und gegen die geringsten Äußerungen seines Einflusses innerhalb der Arbeiterbewegung" (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 57/68, vgl. auch „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 370-372).

[147] So sind direkte Absprachen und Vereinbarungen der Kommunistischen Partei mit den Führern bürgerlich-reformistischer Parteien z.B. im antifaschistischen Kampf nur zulässig, wenn die Freiheit unserer Kritik an den reformistischen Führern garantiert ist, und wenn die für die Loslösung der Massen von den reaktionären Führern notwendigen Voraussetzungen gewährleistet sind (vgl. Stalin, „Über das Englisch-Russische Einheitskomitee", 1927, Werke Band 8, S. 167).

Auch wenn es für unseren heutigen Kampf keine praktische Relevanz hat, ist es aus ideologischen Gründen angebracht, hier bereits einige Bemerkungen zur Politik der KPD vor 1933 zu machen, da diese Politik von diversen Antikommunisten heftig angefeindet wird und es hier ideologische Klarheit geben muß. Die KPD verfocht im Kampf gegen den vom deutschen Imperialismus emporgezüchteten Faschismus in der Weimarer Republik die Taktik der antifaschistischen Einheitsfront, deren Kern die Einheitsfront „von unten" war. Unter bestimmten Voraussetzungen wurde die Einheitsfront „von unten" auch durch Spitzenangebote an die führenden Instanzen der reformistischen und reaktionären Sozialdemokratie ergänzt. Dies geschah keineswegs, weil sich die grundsätzliche Einschätzung von der verräterischen Rolle dieser Führer geändert hätte, wenngleich sich angesichts des Nazifaschismus nach 1933 auch in der Sozialdemokratie eine gewisse Differenzierung ergab. Dies erfolgte vielmehr im Interesse der Intensivierung des antifaschistischen Massenkampfes. Ernst Thälmann formulierte unserer Meinung nach richtig, in Übereinklang mit den Hinweisen Lenins und Stalins, die Voraussetzungen für solche Spitzenangebote an führende Instanzen der Sozialdemokratie und der von ihr dominierten Führung der Gewerkschaften:

„Erstens muß in den Massen die Mobilisierung für die Herstellung der gemeinsamen Kampffront bereits einen solchen Grad angenommen haben, daß ein Spitzenangebot von unserer Seite einen *wirklichen Widerhall* unten bei den Anhängern der SPD oder der Mitgliedschaft der Organisationen des ADGB auslöst; zweitens muß durch die gegebenen konkreten Bedingungen die Sicherheit bestehen, daß unser Herantreten

Fortsetzung nächste Seite

daß das jeweilige Vorgehen, die jeweilige Taktik

> **„ ... zur *Hebung* und nicht zur Senkung des *allgemeinen* Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt."**
> (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus' die Kinderkrankheit im Kommunismus", Werke Band 31, S. 60).

Die demokratische Front als Hebel zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution aufbauen!

Die Kommunistische Partei muß Vorkämpferin für Demokratie sein. Daraus folgt, daß die Kommunistische Partei führend dabei sein muß, den demokratischen Kampf in Deutschland voranzutreiben.

Eine der Besonderheiten des heutigen Opportunismus in Deutschland ist, nicht einmal den demokratischen Kampf zu führen. Die Ursache dafür sind vor allem die reformistischen und chauvinistischen Positionen, die sich oft hinter der Phrase verstecken, daß es vor allem um die „unmittelbaren Arbeiterinteressen", sprich den Lohnkampf gehe. Aber auch die scheinbar „linken" Positionen, die

---

Fortsetzung der Fußnote

an die oberen Instanzen bei der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter und parteilosen Arbeiter den Willen zu *selbständigen Schritten* bei der Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus *nicht* abschwächt, *nicht* ihre Aktivität in ein gewisses Abwarten verwandelt, ‚ob die da oben sich wohl einigen werden', sondern im Gegenteil *die Masseninitiative von unten verstärkt*. Diese beiden Gesichtspunkte sind naturgemäß nicht von einander zu trennen.

Das Entscheidende ist stets, daß wir unten in den Massen die *Basis für Aktionen*, für wirkliche Kampfhandlungen, für den wirklichen Massenkampf schaffen."
(Ernst Thälmann, „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus", 1932, in: Reden und Aufsätze 1930 – 1933, Band II, S. 137/138)

Es steht fest, daß unter unseren gegenwärtigen Bedingungen im antifaschistischen wie demokratischen Kampf *überhaupt* nicht die erforderlichen Voraussetzungen für solche „Spitzenangebote" bestehen. Abgesehen von allen anderen Unterschieden der Lage gibt es heute vor allem keine starke Kommunistische Partei, welche eine solche Politik real durchführen könnte.

Dennoch kommt die Kommunistische Partei auch heute bereits „im Kleinen" nicht umhin, notwendige Kompromisse einzugehen, um den demokratischen Kampf zu verstärken, ihren ideologischen Einfluß auf fortschrittliche Kräfte auszudehnen, die reformistischen Saboteure anhand ihres praktischen Verhaltens im Kampf zu entlarven.

scheinbar ganz revolutionär begründen, warum jeder demokratische Kampf „reformistisch" sei, hat reaktionäre rechte Konsequenzen. Das gilt gerade unter den geschichtlichen und aktuellen Bedingungen Deutschlands. Damit wird nämlich der demokratische Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus, gegen Besonderheiten des deutschen Imperialismus sabotiert und hintertrieben, der eigene Nationalismus und Chauvinismus verdeckt.

Deshalb ist es sehr wichtig, den demokratischen Kampf auf die Besonderheiten des „eigenen" Imperialismus zuzuspitzen, wirklich dem Hauptfeind der sozialistischen Revolution auch seine scheindemokratische Maske durch aktiven demokratischen Kampf herunterzureißen.

Um dies leisten zu können, steht die Kommunistische Partei vor der Notwendigkeit, den Voraussetzungen und Problemen der Schaffung eines gut organisierten konsequent-demokratischen Netzes große Aufmerksamkeit zu widmen. Das muß auch in organisatorischer Hinsicht bewußt Konsequenzen haben.

Wenn wir im Kampf für die Schaffung und den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei vorankommen, dann muß auch aus vielerlei Gründen, eine demokratische, eine konsequent-demokratische Front geschaffen werden, in der die Kommunistinnen und Kommunisten führend arbeiten.

Die gegen den deutschen Imperialismus aufzubauende demokratische Front muß ein Hebel sein, um den Kampf der in Deutschland arbeitenden Kräfte verschiedener Nationalitäten zu koordinieren, zu bündeln, die gegenseitige Unterstützung zu verstärken, und nicht zuletzt auch, um die Debatte über die Fragen des antiimperialistischen Kampfes voranzubringen.

Ein großes Hindernis auf dem Weg zur Schaffung der demokratischen Front ist die ungeheure Zersplitterung der vielen kleinen, oft nur vor Ort arbeitenden lokalen antifaschistischen und antiimperialistischen Initiativen in Verbindung mit der vorherrschenden Diskussionsfeindlichkeit und Furcht vor Kritik, oftmals verbunden mit antikommunistisch geprägter Angst, vereinnahmt zu werden, die durch die antidemokratische und antirevolutionäre Praxis diverser Opportunisten in den letzten Jahren und Jahrzehnten scheinbar bestätigt wurde.

Hier müssen sich die Kommunistische Partei und ihre Kader in der Praxis als konsequenteste Kraft in der demokratischen Front bewähren, langfristig und geduldig arbeiten, durch die eigene Theorie und Praxis wirklich überzeugend sein, durch konsequentes Auftreten, durch begeisternde Aktionen Autorität entwickeln, aber auch durch die ganze Palette ihres „Angebotes", Agitationsmaterial, wissenschaftliches Material usw. zunehmend zum anerkannten Zentrum des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus werden, den ***wir*** von vornherein und ohne Wenn und Aber als Kampf für die Diktatur des Proletariats führen. Das wird auch die Bereitschaft erhöhen, unsere kommunistische Propaganda ernst zu nehmen, sich damit auseinanderzusetzen, die Debatte über die Grundfragen der Revolution zu führen.

Resolution 4, Teil III

Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands

1.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats und das Ziel des Kommunismus erfordern die gewaltsame Revolution des Proletariats, die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates von oben bis unten.

2.

Die Orientierung der Kommunistischen Partei und des klassenbewußten und organisierten Proletariats auf den bewaffneten Kampf, den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg als Schlußfolgerung aus sämtlichen Klassenkämpfen der Geschichte und als Quintessenz der gesamten Erfahrung der Revolutionen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei in allen Ländern der Welt ist unsere unverrückbare Grundposition.

3.

In der Vorbereitung der sozialistischen Revolution ist ein Wesenszug, daß die aufklärerische, befreiende Rolle der Gewalt des Proletariats und des bewaffneten Kampfes des Proletariats voll und ganz verstanden und propagiert werden muß.

4.

Die Theorie des „friedlichen Weges" oder der „Möglichkeit des friedlichen Weges" als zentrale Position des Revisionismus und Opportunismus ist eine konterrevolutionäre Position, die in allen Variationen entschieden bekämpft und zerschlagen werden muß.

5.

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstands gegen den deutschen Imperialismus und alle reaktionären und konterrevolutionären Kräfte ist auf wissenschaftlicher Grundlage unter Auswertung sämtlicher Erfahrungen des bewaffneten Kampfs und bewaffneter Aufstände zentraler Bestandteil der Vorbereitung der sozialistischen Revolution, der aufklärenden und bewußtmachenden, organisierenden Rolle der Kommunistischen Partei. Aufgrund dessen, daß den Arbeiterinnen und Arbeitern und der Masse der anderen Werktätigen im imperialistischen Deutschland ein einheitlicher, höchst zentralisierter imperialistischer Staatsapparat gegenübersteht, nimmt die Kommunistische Partei grundlegend Kurs auf den militärischen Weg der Oktoberrevolution, d. h. den bewaffneten Aufstand in den Städten vorzubereiten und durchzuführen (ohne auszuschließen, daß in besonderen geschichtlichen Situationen auch in ländlichen Gebieten starke bewaffnete Kräfte des Proletariats – vor dem bewaffneten Aufstand in den Städten – kämpfen).

6.

Die Kunst der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes erfordert den Kampf für die Hegemonie des Proletariats, die richtige strategische und taktische Orientierung des Proletariats gegenüber allen Bündnispartnern, die richtige Herangehensweise an sämtliche Tageskämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die gebündelt und dem Kampf für die sozialistische Revolution und dem bewaffneten Aufstand untergeordnet werden müssen.

7.

Der Aufstand ist keine militärische Verschwörung und kein Putsch einer Minderheit, sondern eine zutiefst demokratische Angelegenheit der breiten Massen. Der Aufstand darf, um erfolgreich zu sein, nicht nur die Avantgarde und die klassenbewußtesten Teile des Proletariats erfassen, sondern muß sich auf die breite Masse des Proletariats stützen, muß vom revolutionären Aufschwung, von der Sympathie der Mehrheit der ausgebeuteten Massen getragen sein.

8.

Ausgangspunkt ist dabei, daß der bewaffnete Aufstand nicht der Sieg von 99 Prozent der Bevölkerung über 1 Prozent der Klasse der deutschen Bourgeoisie sein wird, sondern die Form eines gewaltigen Bürgerkrieges der vom sozialistischen Proletariat geführten Massen der ausgebeuteten Werktätigen gegen die Klasse der Bourgeoisie annehmen wird, die sich auf nicht unerhebliche Teile der verhetzten und mit materiellen und ideologischen Fäden an den deutschen Imperialismus gebundenen Teile der Bevölkerung aus allen Klassen und Schichten, darunter in nicht geringer Zahl der bestochenen Teile der Arbeiterklasse, der Arbeiteraristokratie, stützen wird. In diesen Klassenschlachten spielt auch der Kampf für die Neutralisierung schwankender Kräfte eine wesentliche Rolle.

9.

Der Kampf gegen die Armee und andere bewaffnete Verbände des deutschen Imperialismus ist kein Kampf „um die Gewinnung" dieser Kräfte, sondern ein Kampf zur Zerschlagung und Vernichtung sämtlicher bewaffneter Kräfte des deutschen Imperialismus. Der Kampf um die Neutralisierung oder gar Gewinnung von Teilen der Angehörigen der bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus ist zwar ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes des sozialistischen Proletariats und seiner Verbündeten, der jedoch den Bürgerkrieg, den siegreichen bewaffneten Aufstand des sozialistischen Proletariats niemals ersetzen, niemals den Kern und die Struktur der bewaffneten Kräfte des deutschen Imperialismus reformieren oder neutralisieren kann. Aus der Aufgabe der gewaltsamen Zerschlagung des Militärapparates des deutschen Imperialismus und der Durchführung des revolutionären Bürgerkrieges ergibt sich die Notwendigkeit, bewaffnete Verbände und Milizen des Proletariats und der ausgebeuteten Massen (als Keimformen der späteren regulären Roten Armee) bereits vor dem bewaffneten Aufstand aufzubauen.

10.

Die systematische wissenschaftliche Planung der Vorbereitung und offensiven Durchführung des bewaffneten Aufstandes bis zur genauen Festlegung des Zeitpunktes, der Verteilung der Kräfte des Aufstandes und der Erkämpfung täglicher und stündlicher Erfolge, setzt das Wissen voraus, daß die Realität der Klassenkämpfe auch spontane bewaffnete Massenausbrüche, ungeplante Revolten und Revolutionen kennt, die die Kommunistische Partei keinesfalls ablehnt, sondern maximal unterstützt und um deren Leitung sie kämpft.

11.

Während die Kommunistische Partei grundlegend Kurs darauf nimmt, daß die bewaffnete sozialistische Revolution durch den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg des sozialistischen Proletariats vor dem Ausbruch eines imperialistischen Krieges der deutschen Imperialisten siegt, muß sie auch realistisch mit der Möglichkeit rechnen, den bewaffneten Kampf und den bewaffneten Aufstand im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg der deutschen Imperialisten vorzubereiten und durchzuführen. Dabei gilt es, sämtliche Erfahrungen der Taktik, vor allem der bolschewistischen Partei Rußlands zur „Verbrüderung der Soldaten an der Front", aber auch der gemeinsamen Aktionen revolutionärer bewaffneter Kräfte anderer Länder auszuwerten und auf die Bedingungen Deutschlands anzuwenden, Formen des Guerilla- und Partisanenkampfes mit der Vorbereitung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, der Vorbereitung des sozialistischen Aufstandes des Proletariats zu kombinieren.

12.

Die systematische Vorbereitung und Planung des bewaffneten Kampfes des sozialistischen Proletariats erfordert auch lange Zeit vor dem siegreichen Aufstand die Unterstützung spontaner gewaltsamer und bewaffneter Auseinandersetzungen mit dem deutschen Imperialismus. Unser Kampf gegen die Anhänger des „individuellen Terrors" basiert nicht auf „moralischer Ablehnung", sondern auf der grundlegenden ideologischen und taktischen Erwägung, daß nicht die „Anbetung der Spontaneität" der von den arbeitenden Menschen losgelösten Individuen zur Bewußtmachung und Organisierung des Proletariats beiträgt, sondern revolutionär orientierte Kräfte von der entscheidenden Aufgabe der systematischen Vorbereitung der sozialistischen Revolution abhält und bindet. Der Weg der Anhänger des „individuellen Terrors" ist ganz und gar kein Weg, um den Staatsapparat des deutschen Imperialismus, voran seinen Mili-

tärapparat, zu zerschlagen, sondern muß – eng verbunden mit reformistischen und revisionistischen Konzeptionen dem Proletariat gegenüber – vielmehr umschlagen in Resignation und Demoralisierung.

13.

Unsere Linie zum bewaffneten Kampf, zur Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkrieges des sozialistischen Proletariats ist untrennbarer Bestandteil unserer Linie der Schaffung und Festigung einer Kommunistischen Partei, die in ihrem Aufbau, ihrer Struktur und in ihrer Arbeit von Anfang an im Kampf gegen den blutigen Terror der deutschen Imperialisten und für die Leitung des bewaffneten Kampfes des Aufstandes und des Bürgerkrieges des sozialistischen Proletariats aufgebaut werden muß.

Referat zu Resolution 4, Teil III

Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands

Der Kampf für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution in den ökonomischen und politischen Tageskämpfen wird die Herrschaft der Bourgeoisie nicht wirklich gefährden und im revisionistischen Rahmen verbleiben, wird nicht zum Ziel der Diktatur des Proletariats führen, wenn er nicht untrennbar verbunden ist mit der klaren Haltung zum bewaffneten Aufstand des Proletariats, zum Bürgerkrieg gegen den deutschen Imperialismus. Denn wer wirklich die Herrschaft des deutschen Imperialismus zerschlagen will, muß sich damit auseinandersetzen, daß sich auch in einem imperialistischen Land wie Deutschland auf lange Sicht die Widersprüche und der Klassenkampf bis zu dem Punkt zuspitzen, daß breite Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der anderen Ausgebeuteten dazu übergehen werden, sich bewaffnet gegen ihre Ausbeuter, die deutschen Imperialisten, zu erheben. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es ***von Anfang an***, die Arbeiterinnen und Arbeiter ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch darauf vorzubereiten und so anzuleiten, daß sie diesen Kampf ***siegreich*** führen können.

In der Frage der bewaffneten Aufstands gegen den deutschen Imperialismus konzentriert sich zugespitzt die Grundfrage einer jeden Revolution, die Frage der Macht, des Staats. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß es in dieser Frage schärfste Kämpfe zwischen der Kom-

munistischen Partei einerseits und den Opportunisten und Revisionisten andererseits gab und gibt. Vor allem ist es kein Zufall, daß die modernen Revisionisten ihren Generalangriff gegen den wissenschaftlichen Kommunismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 damit starteten, daß sie – in den Fußstapfen der Revisionisten der II. Internationale – die gewaltsame Revolution, den bewaffneten Aufstand und den revolutionären Bürgerkrieg durch den „friedlichen Weg zum Sozialismus" ersetzten. Die Haltung zum bewaffneten Aufstand ist ein erstrangiges revolutionäres Kriterium:

> **„Es genügt nicht, die Menschen nach ihrem Verhältnis zu politischen Losungen zu gruppieren, darüber hinaus ist erforderlich, sie nach ihrer Einstellung zum bewaffneten Aufstand zu gruppieren. Wer gegen ihn ist, wer sich nicht auf ihn vorbereitet, den muß man rücksichtslos aus der Zahl der Anhänger der Revolution streichen und zu ihren Gegnern, zu den Verrätern oder Feiglingen rechnen, denn es naht der Tag, an dem der Gang der Ereignisse, die Situation des Kampfes uns zwingen wird, Feinde und Freunde nach diesem Merkmal voneinander zu scheiden."**
>
> (Lenin, „Die Lehren des Moskauer Aufstands", 1906, Werke Band 11, S. 162)

Aus all dem folgt, daß die offensive und systematische Propaganda für die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und des bewaffneten Aufstands in diesem Land bereits heute, in einer relativ „friedlichen" Phase, in einer Phase der Ebbe der revolutionären und Arbeiterbewegung, für die Erziehung des Proletariats unumgänglich ist.

Prinzipielle und programmatische Ausgangspunkte für die gewaltsame sozialistische Revolution, den bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg des Proletariats haben wir bereits in den Resolutionen 1 und 2 der 2. Parteikonferenz formuliert[148].

Ausgehend davon sollen im folgenden prinzipielle, programmatische, strategische und taktische Gesichtspunkte zum Weg des be-

---

[148] Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung „Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus" und „Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution", „Rot Front" Nr. 1, Januar 1996.

waffneten Aufstands des Proletariats in Deutschland angesprochen werden.

Offensive Propaganda der befreienden Rolle der revolutionären Gewalt, um radikal mit den „deutschen Zuständen" zu brechen

Die Routine des bürgerlichen „Alltags" in Deutschland und die ständig genährten bürgerlich-parlamentarischen Vorurteile haben die breiten Massen systematisch dem entscheidenden Gedanken entwöhnt, daß es ohne revolutionäre Gewalt und bewaffneten Aufstand keine wirkliche Veränderung der Gesellschaftsordnung, keinen Ausweg aus den barbarischen Verhältnissen des Imperialismus geben kann. Die verspießerten Opportunisten stellen dementsprechend jeden Gedanken, daß der bewaffnete Aufstand für die Befreiung von kapitalistisch-imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung nötig ist und wissenschaftlich vorbereitet werden muß, als geradezu aberwitzig und „völlig überholt" hin.[149]

In Deutschland kommt als großes Hindernis die historisch sehr fest verwurzelte Staatsgläubigkeit hinzu, die sich auch tief im Bewußtsein und im Verhalten der Arbeiterklasse festgesetzt hat. Diese abergläubische Verehrung des Staates stammt aus der philosophischen Vorstellung des deutschen Idealismus, daß der Staat die Verwirklichung der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit sei. Von Kindesbeinen an wird der Bevölkerung das „Gewaltmonopol" der bürgerlichen Staats eingetrichtert und eingebleut, dem alle untertan sein müßten, komme was da wolle.

---

[149] **„Dem Opportunisten kommt nur das in den Sinn, was er in dem Milieu kleinbürgerlichen Spießertums und ‚reformistischer' Stagnation um sich herum sieht (...) Der Opportunist hat verlernt, an die Revolution des Proletariats auch nur zu denken."**
(Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 441)

Wesentliche geschichtliche Ursache dafür ist, daß im Verlauf der Geschichte Deutschlands der Aufstand der Ausgebeuteten gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter, die revolutionäre, bewaffnete Bewegung „von unten" nie wirklich durchschlagend erfolgreich war.

Beginnend mit der Niederlage der revolutionären Bauernkriege 1525, welche „die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte" waren, wie Engels vermerkte, über die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 bis hin zur Novemberrevolution 1918 endeten alle entscheidenden Klassenkämpfe in Deutschland schließlich mit Restaurationen, blutigen Konterrevolutionen statt siegreichen Revolutionen. So konnte sich die äußerste Reaktion, insbesondere das reaktionäre und militaristische Preußentum mit seiner kaum faßbaren Obrigkeitsgläubigkeit durchsetzen, dem ganzen Land ihren Stempel aufdrücken und ihren Einfluß tief im Bewußtsein und Verhalten der Werktätigen verankern. Dies führte bis zur „Gefolgschaft" breiter Massen gegenüber dem Nazifaschismus bis zum Schluß.

In Deutschland existiert schon längst keine lebendige Tradition des bewaffneten proletarischen Massenkampfes mehr, denn die letzten Versuche gab es vor über 70 Jahren.[150] Um so wichtiger ist es deshalb, bewußt zu machen, daß es ***auch*** in Deutschland sehr wohl bewaffnete Kämpfe des Proletariats, insbesondere bewaffnete Kämpfe unter Führung der KPD, gab.

---

[150] In der jüngeren Vergangenheit gab es und gibt es in Deutschland lediglich die Erfahrung des bewaffneten Kampfes der RAF und anderer nichtkommunistischer Gruppen.

Die Praxis der RAF hat gezeigt, daß es trotz höchst entwickeltem technischen, polizeilichen und militärischen Apparat des west/deutschen Imperialismus möglich ist, organisiert, konspirativ und illegal zu arbeiten, ohne zwangsläufig zerschlagen zu werden. Andererseits hat sich aber auch erwiesen, daß die Taktik, einzelne Vertreter des Kapitals durch kleine Kommandos zu erschießen oder sonstwie zu liquidieren, ohne daß eine militante, revolutionäre Massenbewegung existiert, keine vorwärtstreibende, richtige, mobilisierende und erzieherische Politik ist und keineswegs das erreichen kann, was in Wirklichkeit nur der Massenkampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, geführt von der Kommunistischen Partei, durchsetzen kann: die Zerschlagung des Staatsapparats und des ganzen kapitalistischen Systems. (Zur Kritik am Konzept Stadtguerilla der RAF siehe S. 286 ff in dieser Ausgabe von „Rot Front".)

Die durch den Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland angespornte Masse der deutschen Arbeiterklasse und Soldaten stürzte in der Novemberrevolution 1918 die Monarchie durch bewaffnete Aufstände. Die deutsche Novemberrevolution blieb jedoch eine halbe, eine bürgerliche Revolution; sie war keine sozialistische Revolution. Denn an die Spitze der zeitweilig herrschenden Arbeiter- und Soldatenräte setzten sich die konterrevolutionären Führer der Sozialdemokratie. Mit deren Hilfe rettete sich die deutsche Bourgeoisie und ertränkte die Revolution im Blut der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Auch die nachfolgenden bewaffneten Kämpfe in Deutschland, die teilweise zur Bildung von revolutionären bewaffneten Formationen des Proletariats führten – wie die Kämpfe der Roten Armee der ***Münchener Räterepublik im April/Mai 1919***, die Kämpfe der ***Roten Ruhrarmee 1920*** nach der erfolgreichen Abwehr des Kapp-Putsches, die ***bewaffneten Kämpfe im März 1921*** im Leunawerk, in den Mansfelder Kupferschieferminen und den mitteldeutschen Braunkohlebergwerken, der ***bewaffnete Aufstand des kommunistischen Proletariats in Hamburg im Oktober 1923*** –, all diese Kämpfe wurden von der Konterrevolution blutig niedergeschlagen.

Die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung erholte sich zwar von diesen Niederlagen, wuchs und erstarkte bis Anfang der 30er Jahre unter Führung der KPD, an deren Spitze seit 1925 Thälmann stand, im Kampf für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus.

Es gelang der KPD jedoch ***nicht***, die Mehrheit der Arbeiterklasse für einen bewaffneten Abwehrkampf zur Verhinderung des nazifaschistischen Staates zu mobilisieren. Als besonders große Hypothek lastet auf den Schultern der deutschen Arbeiterklasse, daß es gegen die Nazi-Barbarei keinerlei bewaffneten Massenwiderstand in Deutschland gab, sondern die allermeisten Arbeiter im Soldatenrock sogar bis zum Schluß mitgemacht haben.

Es ist ein großer Mangel, wenn der bewaffnete Aufstand bzw. revolutionäre Krieg für die eigene Befreiung fehlt, wie in der Situation nach dem Sieg über Nazi-Deutschland, der vor allem durch die Rote Armee errungen wurde. Dies wurde in der SBZ/DDR von der SED nicht oder nicht richtig zum Thema und Problem gemacht und für die Revolutionierung der eigenen Arbeiterklasse nicht berücksichtigt. Das zeigte sich spätesten angesichts der konterrevolutionären Provo-

kation am 17. Juni 1953. Damals wurde die wohl letzte Chance vertan, die bewußteren Teile der Massen unter den zwei Millionen Parteimitgliedern zur bewaffneten Niederschlagung und Isolierung der Konterrevolution zu mobilisieren und die werktätigen Massen für den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse zu gewinnen.[151]

Die bereitwillige Übernahme der verbrecherischen Thesen des XX. Parteitags der KPdSU durch die SED in der DDR und die KPD in Westdeutschland, die damit ihren bereits vorher massiv vorhandenen Opportunismus und Revisionismus systematisierten, hatte verheerende Folgen und führte dazu, daß der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse völlig vernebelt wurde. Dieser revisionistische Generalangriff beinhaltet nicht nur die Leugnung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeit der proletarischen Revolution zum gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie, zur gewaltsamen Zerschlagung des alten Staatsapparates, er ist ein Angriff auf die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, der gewaltsamen Unterdrückung und Vernichtung aller Ausbeuterklassen, des verschärften Klassenkampfes bis zum Sieg des Kommunismus. Mit der Vorherrschaft des modernen Revisionismus wurden auch die „deutschen Zustände" auf Jahre und Jahrzehnte zementiert.

Diese Bedingungen und Besonderheiten machen die offensive Propaganda der befreienden Rolle der Gewalt um so nötiger.

Gerade in Deutschland heute muß desto mehr betont werden, daß die revolutionäre Gewalt, die gewaltsame Revolution, der bewaffnete Aufstand und der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie nicht nur nötig sind, um die feindliche Staatsmacht zu zerschlagen, sondern auch, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter nur in der gewaltsamen Revolution dahin kommen können, „sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen" und sich so überhaupt erst zur Begründung einer neuen, sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft zu befähigen, d. h. sich wirklich zu revolutionieren.[152]

---

[151] Siehe dazu genauer: „Gegen die Strömung", Nr. 58, „Die Entwicklung der SED – ein Teil der deutschen Misere", Dezember 1991.

[152] In der „Deutschen Ideologie" schrieben Marx und Engels, daß

„ ... sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer *Revolution* vor sich gehen

Fortsetzung nächste Seite

Ausgehend von der revolutionären Rolle der Gewalt, der revolutionären Gewalt, „die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht", betonte Engels direkt bezogen auf Deutschland, daß ein gewaltsamer Zusammenstoß der Ausgebeuteten mit dem Staat der Ausbeuter in Deutschland gerade auch den Vorteil hätte, „die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Krieges in das nationale Bewußtsein gedrungne Bedientenhaftigkeit auszutilgen."[153]

Der Bürgerkrieg als schärfste Form des Klassenkampfes ist eine harte Schule für die Arbeiterinnen und Arbeiter, um alle kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile zu vernichten[154]. Der revolutionäre Bürgerkrieg befähigt zugleich die Lohnsklaven, die die Schmach

---

Fortsetzung der Fußnote

kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die *herrschende* Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die *stürzende* Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden."
(Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie", 1845–1846, Werke Band 3, S. 70)

[153] Engels führte um diese Frage den ideologischen Kampf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gegen den deutschen Professor und Hochstapler Eugen Dühring, der in der deutschen Sozialdemokratie damals durchaus seine Anhänger hatte:

„Für Herrn Dühring ist die Gewalt das absolut Böse (...) Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! denn jede Gewaltanwendung demoralisiere den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Krieges in das nationale Bewußtsein gedrungne Bedientenhaftigkeit auszutilgen."
(Engels, „Anti-Dühring", 1894, Marx/Engels Werke Band 20, S. 171)

[154] **„Der Bürgerkrieg ist die schärfste Form des Klassenkampfes, und je schärfer dieser Kampf ist, desto schneller verbrennen in seinem Feuer alle kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile."**
(Lenin, „Thesen und Referat auf dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPR", 1921, Werke Band 32, S. 479)

ihres Sklaventums erkannt haben, zu den größten geschichtlichen Heldentaten.[155]

> **„‚Ihr habt', sagte Marx den Arbeitern, ‚16, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen'".**
> (Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln", S. 32/33, zitiert nach Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 99)

Die Ablehnung der revolutionären Gewalt, des bewaffneten Aufstands und des revolutionären Bürgerkriegs ist somit gleichbedeutend mit der Befürwortung und Verteidigung der Lohnsklaverei und der Aufrechterhaltung der „deutschen Zustände".[156] Ein Proletariat, das nicht seine Bewaffnung betreibt, ist es nur wert, unterdrückt zu werden.[157]

Bewaffneter Aufstand – das ist eben nicht nur „Schießerei", sondern bedeutet auch im umfassenden Sinn ***aufstehen*** gegen die „eigenen" Ausbeuter, bedeutet, gegen die imperialistischen Ausbeuter in die Offensive zu gehen, um „eine Welt zu gewinnen". Die Entscheidung für den bewaffneten Aufstand, das ist die Entscheidung, „lieber stehend sterben als kniend leben".

---

[155] **„Die Schule des Bürgerkriegs macht das Volk nicht umsonst durch. Das ist eine harte Schule (...); diese Schule lehrt die unterdrückten Klassen, den Bürgerkrieg zu führen und in der Revolution siegen. Sie speichert in den Massen der modernen Sklaven jenen Haß auf, den die verschüchterten, stumpfen und unwissenden Sklaven ewig hegen und der die Sklaven, die sich der Schmach ihres Sklaventums bewußt geworden sind, zu den größten geschichtlichen Heldentaten führt."**
(Lenin, „Zündstoff in der Weltpolitik", 1908, Werke Band 15, S. 177)

[156] **„ ... Über den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter jammern, ihn verurteilen, fürchten – das heißt faktisch zum Reaktionär werden.**

Das heißt den Sieg der Arbeiter fürchten, der vielleicht Zehntausende von Opfern kosten wird, und mit Sicherheit ein neues imperialistisches Gemetzel zulassen, ein Gemetzel, das gestern Millionen Opfer gefordert hat und morgen wieder Millionen Opfer fordern wird."
(Lenin, „Entwurf für eine Antwort der KPR auf das Schreiben der USPD", 1920, Werke Band 30, S. 332)

[157] **„Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden."**
(Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", 1916, Werke Band 23, S. 75)

Dies sind prinzipielle und konkrete Gründe, warum die Kommunistische Partei in Deutschland die revolutionäre Gewalt offensiv propagieren und für deren offensive Anwendung kämpfen muß[158].

Jedes „taktische" Verschweigen dieser entscheidenden Frage wäre Betrug an den Massen. Dem Proletariat, den werktätigen Massen die Wahrheit sagen, auch wenn die Bourgeoisie das zu Hetzkampagnen benutzt, stets dafür sorgen, daß Worte und Taten übereinstimmen, die Massen in Theorie und Praxis zur gewaltsamen Revolution erziehen und sich durch keinerlei Drohungen und Augenblicksinteressen davon abbringen lassen – das ist die einzig kommunistische Linie.[159] In dieser Frage muß nach wie vor der große Aufruf am Schluß des „Manifest der Kommunistischen Partei" unsere programmatische Richtlinie sein:

> **„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.**
>
> **Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"**
> (Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", 1848, Marx/Engels Werke Band 4, S. 493)

Die Kommunistische Partei muß bei der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter prinzipielle Klarheit über den Weg der gewaltsamen Revolution schaffen, damit diese sich bewußt dafür entscheiden.

---

[158] **„Die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes werden letzten Endes nur durch Gewalt entschieden, und wir müssen für die Vorbereitung, für die Organisierung dieser Gewalt und für ihre aktive, nicht nur defensive, sondern auch offensive Anwendung Sorge tragen."**
(Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", 1905, Werke Band 9, S. 16)

[159] **„Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde."**
(Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 412)

Der Weg des bewaffneten Aufstands des Proletariats in Deutschland

Zielscheibe des bewaffneten Aufstands ist der deutsche Imperialismus

Deutschland ist ein hochindustrialisiertes kapitalistisches Land. Es gehört nach dem Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte, nach seinen Produktionsverhältnissen und gemäß seiner historischen Entwicklung, mit einem zahlenmäßig starken Proletariat sowie starker Klassendifferenzierung und Konzentration des Kapitalismus auf dem Lande, zu den führenden imperialistischen Ländern der Welt, zu den imperialistischen Großmächten.

In Deutschland steht uns ein so mächtiger und gefährlicher Feind wie der deutsche Imperialismus gegenüber. Die deutsche Bourgeoisie scheut kein Verbrechen, wenn es um den Erhalt und die Ausdehnung ihrer Herrschaft geht, und kann auf eine lange blutige und konterrevolutionäre Tradition zurückblicken. Das hat die Geschichte vor allem dieses Jahrhunderts bewiesen – von der blutigen Niederschlagung der Novemberrevolution 1918 und der Ermordung ihrer Führer bis hin zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung unter der nazifaschistischen Diktatur der deutschen Bourgeoisie, zu den Kriegsverbrechen vor allem im Zweiten Weltkrieg, der Unterjochung und Versklavung anderer Völker bis hin zum systematischen fabrikmäßigen Völkermord an Juden, Sinti und Roma. Diese imperialistische deutsche Bourgeoisie, mag sie sich auch heute unter ihrer parlamentarisch verbrämten Diktatur noch so „aufgeklärt" und „demokratisch" geben, wird nicht vor Betrug und Verbrechen zurückschrecken, vor der Hinschlachtung von Millionen von Arbeitern und Bauern, um ihr Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten.

Unter diesen Verhältnissen ist jeder Gedanke an eine friedliche Unterordnung der Imperialisten unter den Willen der Mehrheit der Ausgebeuteten besonders absurd, ein direkter Betrug an der Arbeiterklasse und den andern werktätigen Massen. Diese Verhältnisse der

Herrschaft des deutschen Imperialismus machen um so deutlicher, daß die proletarische Revolution alle ihre Kräfte auf die Zerstörung und Vernichtung der Staatsmaschinerie ihres Hauptfeinds, des deutschen Imperialismus, auf den gewaltsamen Sturz der deutschen Bourgeoisie konzentrieren und sich auf den bewaffneten Aufstand vorbereiten muß.

Der bewaffnete Aufstand des Proletariats und der anderen Ausgebeuteten in Deutschland muß grundlegend den Weg der sozialistischen Oktoberrevolution gehen

Der Weg der bewaffneten Machtergreifung des Proletariats und der Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Rußland, der Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, die Zerschlagung ihres Staatsapparats und die Vernichtung des Kapitalismus, ist nicht nur in seinen für alle Länder gültigen Gesetzmäßigkeiten, sondern auch in seinen besonderen Grundzügen Vorbild und Leitlinie für den Weg der gewaltsamen bewaffneten Revolution des Proletariats in Deutschland.[160]

Unter den Bedingungen eines kapitalistisch-imperialistischen Landes wie Deutschland wird der Weg der gewaltsamen Revolution zum Sturz der deutschen Bourgeoisie folgende ***drei Grundzüge*** aufweisen:

Eine siegreiche Revolution muß erstens durch den ***bewaffneten Aufstand*** des Proletariats und der von ihm geführten ausgebeuteten

---

[160] Wir übersehen keineswegs die wichtigen Unterschiede zwischen Rußland damals und Deutschland heute. Rußland, das zwar ein hochkonzentriertes und kampfgestähltes, wenn auch kleines Proletariat hatte, stand auch nach der Februarrevolution 1917, welche die imperialistische Bourgeoisie an die Macht brachte, seinem ökonomischen Entwicklungsstand nach auf mittlerer Stufe. Die Agrarrevolution gegen die Großgrundbesitzerklasse war eine wichtige, von der sozialistischen Oktoberrevolution noch zu erledigende Aufgabe. Obwohl selbst nicht nur nach außen, sondern gerade auch gegenüber den zahlreichen Völkern des eigenen Staatsgebietes imperialistisch, war Rußland in hohem Maß durch Kapitalinvestitionen und Auslandsanleihen von anderen imperialistischen Großmächten abhängig. (Vgl. „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S. 193-197)

Massen erfolgen. Aufgrund der Tatsache, daß den Ausgebeuteten und Unterdrückten in Deutschland ein einheitlicher, höchst zentralisierter imperialistischer Staatsapparat gegenübersteht, ist der Weg eines langandauernden Volkskriegs, der sich auf befreite Gebiete stützen kann, in der Regel unmöglich.[161]

Zur Sicherung ihrer Ausbeuter- und Unterdrückerordnung hat sich die deutsche imperialistische Bourgeoisie eine mächtige Staatsmaschinerie, einen riesigen Beamten- und Militärapparat geschaffen, der das gesamte Land mit seinem Überwachungsnetz bis in die entlegendsten Winkel beherrscht. Hauptkomponente dieses Staatsapparats ist die Armee, die hochgerüstete Bundeswehr, die nicht nur Instrument des imperialistischen Krieges im Kampf um die Weltherrschaft und Aggressionsarmee zur Unterjochung anderer Völker ist, sondern zugleich als Bürgerkriegsarmee nach innen zur Niederschlagung spontaner Ausbrüche, von Aufständen und Revolutionen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen bereitsteht. Daneben verfügt die deutsche Bourgeoisie über einen paramilitärisch ausgerüsteten Apparat von BGS- und Polizei-Truppen bis hin zu Sonderkommandos sowie einen mit modernster Informations- und Abhörtechnik ausgestatteten Staatssicherheits-, Spitzel- und Geheimdienstapparat zur lückenlosen Kontrolle und Überwachung der gesamten Bevölkerung. Außer dem militärischen Gewaltapparat unseres Hauptfeindes, der deutschen Bourgeoisie, stehen den Kräften der proletarischen Revolution noch als zusätzliche Feinde in Deutschland die im Rahmen der NATO und der WEU stationierten Truppenteile anderer imperialistischer Mächte gegenüber.

Unter diesen Bedingungen ist eine militärische Befreiung von Teilgebieten des Landes, um diese dann als Stützpunkte für die Eroberung des ganzen Landes zu nutzen, so gut wie ausgeschlossen. Gegen diese zentralisierte Staatsmaschinerie kann nur ein systematisch vorbereiteter, konzentrierter bewaffneter Aufstand, der sich unter Führung der Kommunistischen Partei auf die konsequent revolutionäre Klasse des Proletariats und auf den revolutionären Aufschwung der ausgebeuteten Massen stützt, erfolgreich sein. Voraussetzung dafür

---

[161] Vgl. dazu ausführlich „Gegen die Strömung", Nr. 24 und 37, „Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs" Teil I und Teil II, August 1981 bzw. Dezember 1985.

ist eine gesamtnationale, Ausgebeutete wie Ausbeuter erfassende revolutionäre Krise[162], die selbst die rückständigsten Massen mobilisiert und in die Politik hineinzieht. Der Aufstand muß an einem solchen Wendepunkt beginnen, wo die Aktivität der revolutionär kämpfenden Massen am größten, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind.[163]

Die bewaffnete Machtergreifung muß zweitens in einem hochindustrialisierten kapitalistisch-imperialistischen Land wie Deutschland zunächst in erster Linie in den Zentren und ***großen Städten*** erfolgen. Denn die Entscheidungsschlacht zwischen dem Proletariat, das die Hauptkraft der Revolution ist, und der Bourgeoisie wird dort stattfinden, wo das Proletariat hauptsächlich lebt und arbeitet und in den großen Fabriken konzentriert ist. Die Machtergreifung wird also nicht auf dem Land (durch die Schaffung befreiter Gebiete) beginnen, sondern in erster Linie wird das Proletariat seine politische Macht in den großen Städten errichten und dann erst den Angriff gegen die Bourgeoisie in den Kleinstädten und Dörfern führen.[164]

---

[162] Zur Definition der revolutionären Krise, siehe „Rot Front", Nr. 1, Januar 1996, S. 54/55.

[163] **„Um erfolgreich zu sein, darf sich der Aufstand nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei stützen, er muß sich auf die fortgeschrittenste Klasse stützen. Dies zum ersten. Der Aufstand muß sich auf den *revolutionären Aufschwung des Volkes* stützen. Dies zum zweiten. Der Aufstand muß sich auf einen solchen *Wendepunkt* in der Geschichte der anwachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der vordersten Reihen des Volkes am größten ist, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den *Reihen der schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution* am stärksten sind. Dies zum dritten."**
(Lenin, „Marxismus und Aufstand", 1917, Werke Band 26, S. 4/5)

[164] **„Der einzige Krieg, den die Partei (die Kommunistische Partei in einem kapitalistischen Land, A.d.V.) braucht, ist der Bürgerkrieg, auf den sie sich vorbereitet. Aber solange die Bourgeoisie nicht wirklich versagt hat, solange die Mehrheit des Proletariats nicht von der Entschlossenheit durchdrungen ist, den bewaffneten Aufstand zu beginnen und den Bürgerkrieg zu führen, solange die Bauernmassen dem Proletariat nicht freiwillig zu helfen beginnen, soll man den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg nicht beginnen.**

Und wenn die Zeit für den Aufstand und Krieg gekommen ist, bemächtigt man sich in erster Linie der Städte und führt dann erst den Angriff auf die Dörfer und nicht umgekehrt. All das haben die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder getan, und all das wurde durch die Oktoberrevolution in Rußland bestätigt."
(Mao Tse-tung, „Probleme des Krieges und der Stratgie", 1938, Ausgewählte Werke Band II, S. 256)

Diese Tatsache schließt jedoch nicht aus, daß es in speziellen Situationen, wie die Erfahrungen des bewaffneten Widerstandskampfes während des Zweiten Weltkriegs gegen die nazifaschistische Besatzungsarmee der deutschen Imperialisten in klassischen imperialistischen Ländern wie Frankreich und Italien zeigen – ähnlich wie in Jugoslawien, Albanien, der Ukraine usw. –, Partisanenverbände und befreite Gebiete in unwegsamen, bergigen Gebieten auf dem Land geben kann und Partisanenaktionen auch in den Städten durchgeführt werden können.

Der Aufstand im imperialistischen Deutschland muß drittens vorbereitet und durchgeführt werden durch die ***bewaffneten Verbände und Milizen des Proletariats*** und der ausgebeuteten Massen, die Keimformen der proletarischen Armee sein werden. In imperialistischen Ländern ist die Existenz einer gut bewaffneten proletarischen Miliz oder Roten Garde im Rahmen des bürgerlichen Staates in einer „normalen" Situation undenkbar und unmöglich. Aber mit zunehmender revolutionärer Aktivität der Massen und beginnenden bewaffneten Auseinandersetzungen muß die Propagandalosung für die Bewaffnung des Proletariats in den Appell an die proletarischen Massen für die Schaffung einer proletarischen Miliz münden.

Die proletarische Miliz oder Werktätigenmiliz und die Rote Garde als Massenkampforganisationen des Proletariats sind Organe des Aufstandes. Ihre Schaffung ist die Pflicht der Kommunistischen Partei in einer unmittelbar revolutionären Situation, wenn die Kommunistische Partei Kurs nimmt auf die direkte Vorbereitung der Machtergreifung, die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Erst nach dem siegreichen Aufstand wird es möglich sein, gestützt auf ein revolutionäres Hinterland, eine reguläre Rote Armee, eine militärische Organisation der proletarischen Diktatur aufzubauen.[165]

Die Notwendigkeit bewaffneter Verbände des Proletariats ergibt sich vor allem aus der Aufgabe der ***gewaltsamen Zerschlagung der Bundeswehr*** im Verlauf des bewaffneten Aufstands und Bürgerkriegs. Die Geschichte aller Revolutionen beweist, daß Armeen wie die Bundeswehr nicht von selbst verschwinden, daß ihre Eliteeinhei-

---

[165] Siehe dazu: „Die Militärfrage der proletarischen Revolution", in: Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band 1, Erlangen 1972, S. 138/139.

ten, aber auch andere Truppenteile ohne Zögern auf Aufständische und rebellierende Soldaten im eigenen Land schießen werden, daß jede wirklich ernsthafte Auseinandersetzung mit dieser Armee, mit diesem Staat, mit dem gesamten kapitalistischen System Bürgerkrieg bedeutet. Es ist völlig unmöglich und nichts als opportunistische Propaganda, eine solche Armee sei einfach durch „Überzeugung" der Soldaten „von innen her" zu überwinden oder „unbrauchbar zu machen", zu „demokratisieren" und zu „neutralisieren".

Dennoch wäre es auch falsch, die notwendige Arbeit innerhalb der Bundeswehr, die ***systematische Zersetzung ihrer Truppen*** durch kommunistische Propaganda und Agitation, den Aufbau illegaler revolutionärer Soldatenzellen, die Behinderung militärischer Aktionen durch Sabotage usw. zu unterschätzen. Die Klassenzusammensetzung der Armee macht es unvermeidlich, daß die Soldatenmassen in einer akut revolutionären Situation in mehr oder minder starkem Grade von der revolutionären Gärung erfaßt werden. Das Schwanken der Truppen zwischen Revolution und Konterrevolution wird um so stärker, das Desertieren oder gar der Übergang einzelner Truppenteile auf die Seite des revolutionären Proletariats wird um so eher möglich, je intensiver die Kommunistische Partei die politische und organisatorische Arbeit in der Armee sowohl vor dem Ausbruch der revolutionären Situation als auch besonders während einer revolutionären Krise betreibt. Das haben die Erfahrungen der Revolution von 1905 (Übergang des Panzerkreuzers Potemkin auf die Seite der Revolution) und der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland ebenso bewiesen wie die Erfahrungen der Novemberrevolution 1918 in Deutschland.

Das heißt keinesfalls, daß die bewaffnete Zerschlagung der Armee, des wichtigsten Teils der Staatsmaschine, als nebensächlich oder gar überflüssig angesehen wird. Vielmehr wird ein hoher Grad der Zersetzung der bürgerlichen Armee, der Bundeswehr, ihre Zerstörung, den Sturz der deutschen Bourgeoisie und die Zertrümmerung ihres imperialistischen Staatsapparats wesentlich erleichtern. Diese Bearbeitung und Zersetzung der Bundeswehrtruppen, besonders im Augenblick einer revolutionären Krise, kann nur unter dem Druck bewaffneter revolutionärer Verbände und bewaffneter Aktionen des Proletariats ein wichtiger Hebel im Kampf zur gewaltsamen Zer-

schlagung dieser imperialistischen Armee sein.[166] Allerdings ist eine sehr genaue Analyse der heutigen Struktur der bewaffneten Verbände der Bourgeoisie nötig, um die revolutionäre Arbeit in der Armee durchzuführen. Eine Tendenz des deutschen Imperialismus geht in die Richtung der Schaffung einer Berufsarmee mit Elitetruppen. Dies erschwert die Zersetzungsarbeit. Andererseits können die deutschen Imperialisten im Zuge ihrer Kriegsvorbereitung und dann Kriegsführung auch dazu übergehen, „ein ganzes Volk in Waffen" zu stecken.

So oder so, die hauptsächliche ***Arbeit zur Zerschlagung der Armee*** eines imperialistischen Landes, wie der Bundeswehr, kann nur von den ***Bürgerkriegstruppen des Proletariats*** und seiner Verbündeten im bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg zum Sturz der Bourgeoisie geleistet werden.

Die richtige strategische Führung des bewaffneten Aufstands ist entscheidend für die siegreiche Revolution des Proletariats

Die Revisionisten und ihre opportunistischen Nachbeter spekulieren damit, daß die Frage des bewaffneten Kampfes auch taktische Gesichtspunkte umfaßt, auch eine bestimmte Kampfform im Klassenkampf unter besonderen politischen und militärischen Bedingungen sein kann. Die Opportunisten mindern so den bewaffneten Aufstand zu einer bloß taktischen Frage herab. Der ***bewaffnete Aufstand*** ist jedoch eine ***strategische Frage***, denn von der gewaltsamen

---

[166] Lenin zog aus den Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 die Schlußfolgerung:

„Wir haben mit der geistigen ‚Bearbeitung' der Truppen begonnen und werden sie noch beharrlicher betreiben. Aber wir werden traurige Pedanten sein, wenn wir vergessen, daß im Augenblick des Aufstands auch ein physischer Kampf um die Truppen erforderlich ist."
(Lenin, „Die Lehren des Moskauer Aufstands", 1906, Werke Band 11, S. 161)

„Nicht Passivität müssen wir propagieren, nicht ein einfaches ‚Draufwarten', daß die Truppen ‚übergehen'- nein, wir müssen die Trommel rühren und weit und breit verkünden, daß es notwendig ist, kühn und mit der Waffe in der Hand anzugreifen, daß es notwendig ist, hierbei die militärischen Führer zu vernichten und den allertatkräftigsten Kampf um die schwankenden Truppen zu führen."
(Ebenda, S. 162)

Machtergreifung des Proletariats und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats hängt ab, ob die proletarische Revolution zum Sieg geführt, die Diktatur des Proletariats errichtet werden kann; sie ist somit eine wesentliche Voraussetzung für die Realisierung des Endziels, den Aufbau einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Engels betrachtete den ***Aufstand als eine Kunst***, die genau wie der Krieg bestimmten Regeln und Leitsätzen unterworfen ist. Eine Partei, die diese aus den Erfahrungen der Revolution blutig erkauften Leitlinien nicht einhält, wird den Aufstand nicht zum Sieg und die revolutionäre Bewegung ins Verderben führen. Diese von Engels in seinem Werk „Revolution und Konterrevolution in Deutschland"[167] erläuterten Grundregeln, die Lenin und Stalin zusammenfaßten, gilt es im Falle einer unmittelbar revolutionären Situation in Deutschland konsequent anzuwenden:

> **„,1. *Nie* mit dem Aufstand *spielen*, hat man ihn aber einmal begonnen, so muß man genau wissen, daß man *bis zu Ende gehen* muß.**
>
> **2. Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Augenblick muß ein *großes Übergewicht an Kräften* konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der besser ausgebildet und organisiert ist, die Aufständischen vernichten.**
>
> **3. Sobald der Aufstand begonnen hat, gilt es, mit der größten *Entschiedenheit* zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt *die Offensive* zu ergreifen. ‚Die Defensive ist der Tod der bewaffneten Erhebung.'**
>
> **4. Man muß bestrebt sein, den Feind zu überrumpeln und den Augenblick abzupassen, wo seine Truppen zerstreut sind.**
>
> **5. Es gilt, *täglich* (handelt es sich um eine Stadt, so können wir sagen stündlich) wenn auch kleine Erfolge zu erreichen und dadurch um jeden Preis das *‚moralische Übergewicht'* festzuhalten.' "**
>
> (Zitiert nach: Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 139)

---

[167] Siehe Marx/Engels Werke Band 8, S. 95.

Die hauptsächliche Aufgabe der strategischen Führung der Revolution zum bewaffneten Aufstand durch die Kommunistische Partei besteht darin, die „Hauptkräfte der Revolution", das klassenbewußte Proletariat und seine nächsten Bündnispartner, „im entscheidenden Augenblick an dem ***verwundbarsten Punkt des Gegners*** zu konzentrieren", wie Stalin in „Über die Grundlagen des Leninismus" erklärt.[168] Was heißt das? Der verwundbarste oder schwächste Punkt im Herrschaftssystem der Bourgeoisie, wenn die Revolution bereits herangereift und das Proletariat offensiv im Vormarsch ist, das ist gerade die Grundfrage, welche die Reserven der Revolution mobilisiert, die breitesten Massen der Ausgebeuteten um die proletarische Avantgarde sammelt. Dies war z. B. in der Periode von April bis Oktober 1917 in Rußland der imperialistische Krieg, unter dem die Massen am meisten zu leiden hatten und den die imperialistische Kerenski-Regierung nicht beenden wollte. Dies können aber auch andere Lebensfragen der Massen sein.

So wie sich das Proletariat offensiv auf die gewaltsame Revolution vorbereiten muß, wenn es die historische Initiative ergreifen will, so erfordert auch der bewaffnete Aufstand selbst die ***Offensive***, um der Bourgeoisie das Gesetz des Handelns zu diktieren. Auch wenn es so ist, daß die reaktionären Klassen, wenn ihre Herrschaft ernstlich bedroht ist, gewöhnlich als erste zur Gewalt greifen und die Waffen auf die Tagesordnung setzen, wäre es der erste Schritt zur Niederlage, erst dann mit Gewalt zu antworten oder gar seine Strategie danach auszurichten. Der revolutionäre Kampf des Proletariats ist nicht blosse Selbstverteidigung, kein bloßes Zurückschlagen, der revolutionäre Kampf des Proletariats bedeutet vor allem Angriff, „um die Welt zu gewinnen".

Der ***Zeitpunkt für den Beginn des Aufstands*** muß auf dem Höhepunkt der revolutionären Krise selbständig festgelegt werden. Voraussetzung dafür ist „die Bereitschaft der Avantgarde, sich bis zu Ende zu schlagen, die Bereitschaft der Reserve, die Avantgarde zu unterstützen, und die maximale Verwirrung in den Reihen des Gegners".[169] Die Kommunistische Partei darf sich diesen Zeitpunkt nicht von der Bourgeoisie diktieren lassen, sondern muß den überfallarti-

---

[168] Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 138.

[169] Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 6, S. 139.

gen Unternehmungen der herrschenden Klassen, der Konzentration ihrer Truppen zuvorkommen, um den Aufstand offensiv zum Sieg zu führen. Die Festlegung des Zeitpunkts auf Tag und Stunde genau kann für den Sieg des Aufstands ausschlaggebend sein, wie die Oktoberrevolution 1917 zeigte.[170]

Die Kommunistische Partei muß aufgrund der Analyse der Situation im eigenen Land und der internationalen Lage, aufgrund der unmittelbaren Verbindung mit den Massen, die heranreifende revolutionäre Situation rechtzeitig erkennen und in ihrer gesamten Arbeit rechtzeitig auf die unmittelbare Vorbereitung des bewaffneten Aufstands Kurs nehmen. Auf dem Höhepunkt einer revolutionären Krise, die Gelegenheit zum kühnen und entschlossenen Angriff auf den Feind, zum bewaffneten Aufstand verstreichen zu lassen, würde bedeuten, die Initiative dem Gegner zu überlassen und die Revolution einer Niederlage entgegenzuführen. Nicht weniger schädlich ist es, den Aufstand zu beginnen, wenn die Massen noch nicht bereit sind, sich noch nicht durch eigene Erfahrung von der Richtigkeit der Parteilinie überzeugt haben und die Reihen des Feindes noch nicht maximal in Verwirrung geraten sind. Auch das würde zwangsläufig zur Niederlage führen.

Die Kommunistische Partei darf sich nicht ausschließlich auf die improvisierte und spontane Entwicklung der Kampfhandlungen Aufständischer verlassen, sie muß einen ***konkreten Plan*** des bewaffneten Aufstands in seinen Grundzügen aufstellen. Der gesamtstrategische Aufstandsplan muß sich auf ganz Deutschland erstrecken und vorsehen, welche Zentren, Städte oder Gebiete ausschlaggebende Bedeutung für den bevorstehenden Aufstand besitzen, welche Kommunikationszentren wie Telefon- Rundfunk- und Fernsehzentralen, Zeitungsdruckereien usw. sofort besetzt werden müssen, von welchen Zentren des revolutionären Aufstandes aus die Revolution auf die übrigen Gebiete übergreifen wird, welche zusammenwirken und

---

[170] **„Aufstand – das ist ein sehr großes Wort. Die Aufforderung zum Aufstand ist eine äußerst ernste Aufforderung. Je komplizierter die Gesellschaftsordnung wird, je höher die Organisation der Staatsmacht und je vollkommener die Militärtechnik ist, desto unzulässiger ist es, eine solche Losung leichtsinnig auszugeben."**
(Lenin, „Das letzte Wort der ‚iskristischen' Taktik oder eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt", 1905, Werke Band 9, S. 366)

sich im Verlauf des Aufstandes gegenseitig materiell und politisch unterstützen werden.

Der Aufstand ist keine militärische Verschwörung und kein Putsch einer Minderheit, sondern eine zutiefst demokratische Angelegenheit der breiten Massen. Der Aufstand darf, um erfolgreich zu sein, nicht nur die Avantgarde und die klassenbewußtesten Teile des Proletariats erfassen, sondern muß sich auf die ***breite Masse des Proletariats*** stützen, muß vom revolutionären Aufschwung, von der Sympathie der Mehrheit der ausgebeuteten Massen getragen sein. Die Fragen, wie der bewaffnete Aufstand vorzubereiten ist, müssen offen vor den Massen, auf Versammlungen und in Parteiorganen erörtert werden. Der Aufstand ist keine rein militärische Angelegenheit, sondern in der Hauptsache eine mächtige revolutionäre Bewegung, ein gegen die herrschenden Klassen gerichteter revolutionärer Explosivausbruch der Massen des Proletariats, ein hingebungsvoller Kampf seiner aktiven Mehrheit im entscheidenden Moment und an der entscheidenden Stelle.

> **„Seien wir dessen eingedenk, daß ein großer Massenkampf naht. Das wird der bewaffnete Aufstand sein. Er muß nach Möglichkeit an allen Orten zu gleicher Zeit erfolgen. Die Massen müssen wissen, daß sie in einen bewaffneten, blutigen, erbitterten Kampf gehen. Todesverachtung muß die Massen ergreifen und den Sieg sichern. Die Offensive gegen den Feind muß aufs energischste durchgeführt werden; Angriff, nicht Verteidigung, muß die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung des Feindes wird ihre Aufgabe sein; die Organisation des Kampfes wird beweglich und elastisch sein; die schwankenden Elemente des Heeres werden in den aktiven Kampf hineingezogen werden. Die Partei des klassenbewußten Proletariats muß ihre Pflicht in diesem großen Kampf erfüllen."**
> (Lenin, „Die Lehren des Moskauer Aufstands", 1906, Werke Band 11, S. 165)

Gründe, warum der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines Bürgerkriegs annimmt

Der siegreiche bewaffnete Aufstand bedeutet die Machtergreifung des Proletariats in den Zentren, in der Regel in den großen Städten,

wo das Proletariat seine organisierte politische und militärische Kraft offensiv nutzen kann, um die Machtzentren der Bourgeoisie zu zerschlagen und seine Diktatur zu errichten.

Die restlose Zerschlagung des alten, imperialistischen Staatsapparats, all seiner Institutionen von oben bis unten und von unten bis oben, vor allem die restlose Zerstörung der imperialistischen Armee und ihrer Strukturen, die Verhaftung der Führer der bewaffneten Konterrevolution, die Entwaffnung und Demobilisierung der Truppen, das sind die ersten Aufgaben der siegreichen Revolution.

Zugleich muß die weitere Bewaffnung des Proletariats erfolgen, eine völlig neue Armee der proletarischen Diktatur, eine reguläre Rote Armee muß aufgebaut werden, deren Kern und Grundstock die bewaffneten Verbände des Aufstands, die Bürgerkriegsarmee des Proletariats bilden. Denn die bestehenden Milizen und proletarischen Kampforganisationen wie die Roten Garden werden für den Sieg über die Konterrevolution und besonders gegen imperialistische Überfälle und Interventionen von außen nicht ausreichen.

Das siegreiche Proletariat muß zur Sicherung seiner Macht „despotische Eingriffe" in die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse durchführen wie die Nationalisierung des Bodens, die Enteignung der Großindustrie und der Banken; es wird die Kommandohöhen der Wirtschaft, die entscheidenden Verkehrs- und Kommunikationsmittel usw. sofort in die Hand nehmen.

Aber der siegreiche bewaffnete Aufstand und die ersten Maßnahmen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die die Macht ergriffen haben, bedeutet noch nicht, die Macht im ganzen Land wirklich zu besitzen. Wo das Proletariat noch nicht herrscht, da herrscht noch die Bourgeoisie. Dort stützt sie sich auch auf militärische Kräfte, und wenn sie diese nicht hat, dann wird sie solche rekrutieren, mit Demagogie, materieller Bestechung und Zwang. Wie die Erfahrungen der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland gezeigt haben, formieren sich nach dem ersten „überraschenden" Schlag gegen die Bourgeoisie die Kräfte der Konterrevolution wieder und beginnen den Krieg gegen die siegreiche Revolution zu führen. Es kommt unweigerlich zum Bürgerkrieg.

Um seinen Sieg zu behaupten und zu festigen, muß das Proletariat von vornherein entschlossen sein, gegen den „weißen Terror" ständiger konterrevolutionärer Aktionen der gestürzten Ausbeuterklasse

und ihrer Lakaien, der vor der Ermordung der revolutionären Führer nicht zurückschrecken wird (siehe die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie die Mordanschläge gegen Lenin und andere führende Genossen), mit dem roten, dem ***proletarischen Massenterror*** vorzugehen. Denn gerade die Erfolge der Arbeiterinnen und Arbeiter führen unvermeidlich dazu, daß die gestürzten, aber noch nicht auf der ganzen Linie geschlagenen Ausbeuter ihren Widerstand vervielfachen!

Die revolutionäre Partei, die gesiegt hat, stellte Engels einst gegen die anarchistische Leugnung der Notwendigkeit eines proletarischen Staates fest, „muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten." [171]

Zudem gibt es in Deutschland sehr starke kleinbürgerliche, vor allem städtische Mittelschichten, die zwischen Revolution und Konterrevolution schwanken und vielfach erst unter der Diktatur des Proletariats dem Einfluß der Bourgeoisie entzogen werden können. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen also damit rechnen, daß es einen bestimmten Teil dieser Mittelschichten im bewaffneten Kampf gegen sich hat.

Eine imperialistische Großmacht wie Deutschland verfügt vor allem auch über eine relativ breite und starke Schicht von Arbeiteraristokraten, die sich unweigerlich im Bürgerkrieg in großer Zahl auf die Seite der Bourgeoisie stellen werden.[172]

Besondere Elemente der Verschärfung des Klassenkampfes, des Bürgerkriegs in Deutschland werden aus dem riesigen parasitären Verwaltungsapparat mit Millionen von Angestellten und Beamten erwachsen, der vor allem auf Kosten und zur Unterdrückung und

---

[171] **„Haben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten."**
(Engels, zitiert nach: Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 451)

[172] **„Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie (die Arbeiteraristokraten, A.d.V.) sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie."**
(Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Werke Band 22, S. 198)

Ausbeutung anderer Völker existiert und nach dem siegreichen Aufstand zerschlagen werden muß. Der imperialistische Staatsapparat und alle seine parasitären Einrichtungen in Deutschland kann schon aus diesen Gründen nur in einem ***Bürgerkrieg*** vollständig zerschlagen und vernichtet werden. Denn es wird kein kleiner Teil der Angehörigen dieses Apparats sein, welcher sich im Klassenkrieg – zunächst jedenfalls – auf die Seite der Ausbeuter stellen wird.

Das alles sind Gründe, warum es, wie Lenin sagt, zum Bürgerkrieg eines Teils des Volkes gegen den anderen Teil kommt:

> **„Es ist ganz natürlich und unvermeidlich, daß der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines langwierigen, das ganze Land erfassenden Bürgerkriegs, d. h. des bewaffneten Kampfes eines Teils des Volkes gegen den anderen, annimmt."**
> (Lenin, „Der Partisanenkrieg", 1906, Werke Band 11, S. 212)

Spätestens wenn sich die Niederlage der konterrevolutionären Kräfte abzuzeichnen beginnt, kann sich auch die deutsche Bourgeoisie der ideellen, finanziellen und militärischen Unterstützung der ***internationalen Konterrevolution*** sicher sein. Nicht zuletzt aus eigenen imperialistischen Interessen werden die imperialistischen Großmächte und die angrenzenden kapitalistischen Staaten, wenn es die internationale Lage erlaubt, Interventionsversuche starten, um die aufständische revolutionäre Bewegung zu vernichten. Zumindest werden die in Deutschland im Rahmen der NATO oder WEU noch stationierten Truppen anderer imperialistischer Staaten dem deutschen Imperialismus zu Hilfe kommen und höchstwahrscheinlich bereits beim Beginn des Aufstands zur Niederschlagung der revolutionären Kräfte eingreifen. Der Bürgerkrieg des revolutionären Teils der Bevölkerung gegen die innere Konterrevolution wird sich mit dem Krieg gegen die äußeren Feinde, gegen imperialistische Interventionsversuche zu einem untrennbaren Ganzen verschmelzen, wie die Erfahrungen der Periode nach der siegreichen Oktoberrevolution in Rußland zeigten. Dieser Krieg wird auch ganz Deutschland durchziehen und alle Beziehungen prägen, denn dieser Krieg ist ein Klassenkrieg, in dem die historische Frage zur Entscheidung ansteht: Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen zu großen Opfern bereit sein, um den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen und zu festigen

Natürlich wird die gewaltsame Revolution, der revolutionäre bewaffnete Aufstand, der Bürgerkrieg, dem Proletariat und seinen Verbündeten Opfer vor allem an Menschen kosten. Über diese unbestreitbare Tatsache jedoch zu lamentieren und zu jammern, den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter zu verurteilen und ihn zu fürchten, das heißt den Sieg des Proletariats zu fürchten und neue imperialistische Gemetzel zuzulassen, die Millionen Opfer fordern werden.[173]

Das Proletariat muß jedoch vor allem auch für die Periode direkt nach dem siegreichen Aufstand und der Errichtung seiner Diktatur zu

---

[173] Lenin schlug zum Beispiel für die Münchner Räterepublik 1919, nachdem die Konterrevolution in einer ersten Schlacht geschlagen war, folgende Maßnahmen zur Festigung und Verstärkung der Positionen des Proletariats vor:

„Haben Sie Arbeiter- und Gesinderäte in den Stadtteilen geschaffen, die Arbeiter bewaffnet, die Bourgeoisie entwaffnet, die Bestände an Kleidung und anderen Erzeugnissen verwendet, um den Arbeitern und besonders den Landarbeitern und Kleinbauern sofortige und umfassende Hilfe zu leisten, haben Sie die Fabriken und die Reichtümer der Kapitalisten in München wie auch die kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe in seiner Umgebung enteignet, die Hypotheken und Pachtzahlungen für die Kleinbauern aufgehoben, die Löhne für Landarbeiter und ungelernte Arbeiter verdoppelt oder verdreifacht, alles Papier und alle Druckereien zum Druck populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen beschlagnahmt, den Sechsstundentag bei gleichzeitiger zwei- oder dreistündiger Beschäftigung in der Verwaltung des Staates eingeführt, den Wohnraum der Bourgeoisie in München beschränkt, um sofort Arbeiter in die Wohnungen der Reichen einzuweisen, alle Banken in Ihre Hände genommen, Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt, für die Arbeiter größere Lebensmittelrationen als für die Bourgeoisie eingeführt und die Arbeiter ausnahmslos sowohl für die Verteidigung als auch ideologische Propaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert? Die schnellste und umfassendste Durchführung dieser und ähnlicher Maßnahmen bei eigener Initiative der Arbeiter- und Landarbeiterräte und gesondert von ihnen der Kleinbauernräte wird Ihre Stellung festigen. Es ist notwendig, der Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen und in der Lage der Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern sofort und um jeden Preis eine faktische Verbesserung herbeizuführen.“

(Lenin, „Grußschreiben an die Bayrische Räterepublik“, 1919, Werke Band 29, S. 314/315)

großen Opfern bereit sein.[174] Die Kommunistische Partei muß bereits in relativ „friedlichen" Zeiten jene opportunistische, besonders von der Arbeiteraristokratie getragene Vorstellung bekämpfen, daß nach dem Sieg sofort das „Paradies auf Erden" geschaffen wird und keinerlei Entbehrungen für das Proletariat mehr nötig sind. Abgesehen davon, daß die Infrastruktur des Landes mehr oder weniger zerstört sein wird, werden die Imperialisten nicht nur „verbrannte Erde" zurücklassen, sondern auch versuchen, das Land zu erdrosseln, seine Lebensmittel- und Rohstoffbasis abzuschneiden, um Hungerkatastrophen zu erzeugen usw.

Aber von noch größerer Bedeutung für die Aufrechterhaltung und Fortsetzung der siegreichen Revolution wird sein, daß das revolutionäre deutsche Proletariat seine Pflicht gegenüber den vom deutschen Imperialismus ehemals unterdrückten Völkern erfüllt. Das heißt, es muß sofort alle geraubten Reichtümer, alle weltweit zur Ausbeutung errichteten Fabriken und Niederlassungen des deutschen Imperialismus, seine militärischen Stützpunkte usw. den Völkern als rechtmäßige Eigentümer zurückgeben, gegebene Kredite annullieren, Repa-

---

[174] Gegen die konterrevolutionäre, arbeiteraristokratische Vorstellung, daß das Proletariat keinerlei Opfer bringen bzw. sich seine Lage sofort nach dem Sturz der Bourgeoisie verbessern müsse, stellte Lenin auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale heraus:

„Dann kam Crispien auf die hohen Löhne zu sprechen. In Deutschland seien die Verhältnisse so, daß es den Arbeitern im Vergleich mit den russischen Arbeitern und überhaupt mit den osteuropäischen Arbeitern recht gut gehe. Eine Revolution könne man, wie er sagte, nur dann durchführen, wenn sie die Lebenshaltung der Arbeiter ‚nicht allzusehr' verschlechtere. Ich frage, ist es statthaft, in einer kommunistischen Partei in einem solchen Ton zu reden? Das ist konterrevolutionär. Bei uns in Rußland ist das Lebensniveau unstreitig niedriger als in Deutschland, und als wir die Diktatur errichteten, hatte das zur Folge, daß die Arbeiter noch mehr hungerten und ihr Lebensniveau noch weiter sank. Der Sieg der Arbeiter ist unmöglich ohne Opfer, ohne eine zeitweilige Verschlechterung ihrer Lage. Wir müssen den Arbeitern das Gegenteil von dem sagen, was Crispien hier gesagt hat. Will man die Arbeiter auf die Diktatur vorbereiten und sagt ihnen, die Lebenshaltung dürfe sich ‚nicht allzusehr' verschlechtern, so vergißt man die Hauptsache, nämlich daß die Arbeiteraristokratie gerade dadurch entstanden ist, daß sie ‚ihre' Bourgeoisie bei der imperialistischen Eroberung und Unterdrückung der ganzen Welt unterstützte, um sich auf diese Weise bessere Löhne zu sichern.Wenn jetzt die deutschen Arbeiter revolutionäre Arbeit leisten wollen, so müssen sie Opfer bringen und dürfen nicht davor zurückscheuen."

(Lenin, „Rede über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale", 1920, Werke Band 31, S. 236)

rationszahlungen, Wiedergutmachung und größtmöglichen Ausgleich leisten, soweit das im materiellen Sinne überhaupt möglich ist. Zugleich muß das revolutionäre Deutschland den revolutionären Befreiungsbewegungen und Arbeiterbewegungen in allen Ländern maximale materielle, propagandistische und moralische Unterstützung leisten.

Gegenüber seinen nächsten Verbündeten in Deutschland, dem ländlichen Halbproletariat und den Kleinbauern, muß das klassenbewußte Proletariat bereit sein, gewisse Entbehrungen in Kauf zu nehmen. Es muß zeigen, daß die proletarische Diktatur in Hinblick auf deren Lebenslage sofort faktische Verbesserungen bringt, um sie für die Unterstützung der proletarischen Staatsmacht, für die freiwillige Kollektivierung der Landwirtschaft und den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen. Das bedeutet, die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen gewisse Entbehrungen in Kauf nehmen, auf eine sofortige Verbesserung ihrer Lage verzichten, um eine Verbesserung der Lage der schwankenden Verbündeten zu „finanzieren". Gerade auch in dieser Fähigkeit muß sich der revolutionäre Charakter der Arbeiterklasse als Hegemon aller Ausgebeuteten erweisen.

Das Proletariat wird den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gegen innere Konterrevolution und imperialistische Intervention niemals zum Sieg führen können, wenn es nicht von vornherein ein enges Kampfbündnis, nicht nur mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen vor allem auf dem Land, sondern auch mit dem internationalen Proletariat und den vor allem vom eigenen Imperialismus unterdrückten Völkern schließt und diese in ihrem Kampf unterstützt.

Die sozialistische Revolution vorbereiten heißt, für alle Möglichkeiten des Ausbruchs der Revolution gewappnet sein

Der bewaffnete Aufstand muß von Anfang an planmäßig vorbereitet werden, aber nicht alles ist planbar

Die zwangsläufige Verschärfung der Widersprüche des deutschen Imperialismus wird auch in Deutschland zum bewaffneten Aufstand des Proletariats und seiner Verbündeten führen. Es ist eine Gesetzmäßigkeit, daß der „versteckte" Klassenkampf früher oder später zum „offenen" Klassenkrieg", schließlich zum bewaffneten Aufstand und zum Bürgerkrieg führen wird.

Selbst die allergünstigste revolutionäre Situation vermag jedoch von selbst den Erfolg der Revolution nicht zu sichern. Die Bourgeoisie wird ihre Herrschaft auch in ernsthaften Krisenzeiten nicht freiwillig aufgeben und nicht von selbst fallen. Ohne den bewußten und organisierten revolutionären Akt des Proletariats und ohne Organisierung und Leitung des Aufstands durch seine Kommunistische Partei ist der Sieg nicht dauerhaft möglich.

Die unumgänglichste Voraussetzung für den Erfolg des bewaffneten Aufstands ist die ideologische Vorbereitung der Massen im Verlauf des Klassenkampfes durch Propaganda und Aktionen.

Der Aufstand ist kein isolierter Akt, sondern seine Vorbereitung erfolgt durch die vorhergehenden täglichen Kämpfe der werktätigen Massen. Die gesamte Propaganda und die Führung der Tageskämpfe des Proletariats und der andern Ausgebeuteten durch die revolutionäre Kommunistische Partei in Deutschland muß planmäßig orientiert werden auf die Vorbereitung und Mobilisierung der Massen zur höchsten Form des Klassenkampfes im Moment des Aufschwungs

der Revolution – auf den bewaffneten Aufstand zum Sturz und zur Vernichtung des deutschen Imperialismus!

Aber der konkrete Gang der Bewegung bis zum Aufstand kann selbstverständlich nicht vollständig nach Plan ablaufen. Denn die Entwicklung des Klassenkampfes enthält einige „unbekannte Größen", vor allem auch das Verhalten der herrschenden Klasse, die nicht oder nicht genau vorhersehbar sind.

Erstens ist der „Anlaß" für die äußerste Zuspitzung, die den bewaffneten Aufstand in Deutschland herbeiführt, nicht vorhersehbar. Jede Teilfrage kann zum Auslöser für den Aufstand werden.

Doch das bedeutet nicht, die Vorbereitungsarbeit, die allseitige ideologische und politische Erziehung der proletarischen Massen der spontanen Entwicklung des Klassenkampfes zu überlassen. Die Kommunistische Partei darf ihre Tätigkeit niemals auf spontane Ausbrüche und „Anlässe" konzentrieren, sondern muß auf alle möglichen „Anlässe" vorbereitet sein. Die Kommunistische Partei muß, wie Lenin einmal sagte, „auf allen vier Hufen beschlagen sein", sie muß sich auf Zeiten des revolutionären Aufschwungs ebenso einstellen wie auf Zeiten der Stille. Sie muß die notwendige Elastizität besitzen, d. h. die Fähigkeit, sich den verschiedenen und rasch wechselnden Bedingungen des Kampfes sofort anzupassen. Die Kommunistische Partei muß ihre planmäßige und systematische Vorbereitungsarbeit zur Durchführung des bewaffneten Aufstands unbeirrt tun.[175]

Zweitens. Wenn wir das Proletariat und die ausgebeuteten Massen ernsthaft auf den bewaffneten Kampf und den Aufstand vorbereiten wollen, dann müssen die euphorischen Ansichten bekämpft werden, daß die Revolution ein einziger Akt sei und die Bourgeoisie auf den ersten Ansturm hin sofort fallen werde.

Die Kommunisten unterscheiden sich gerade dadurch von den Pseudorevolutionären, daß sie – alle Kräfte auf einen schnellen und

---

[175] **„Aber keine politische Partei darf, ohne in Abenteurertum zu verfallen, ihre Tätigkeit auf solche Ausbrüche und Komplikationen aufbauen. Wir müssen unseren Weg gehen, unsere systematische Arbeit unbeirrt tun, und je weniger wir mit Überraschungen rechnen, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß uns keinerlei ‚historische Wendungen' überrumpeln werden."**
(Lenin, „Womit beginnen?", 1901, Werke Band 5, S. 13)

sofortigen Sieg beim ersten Sturmangriff konzentrierend – sich und die werktätigen Massen ideologisch und organisatorisch darauf vorbereiten, daß es unweigerlich auch Perioden der Niederlagen und der „Depression" gibt. Denn eine proletarische Revolution entwickelt sich nicht in gerader Linie, führt über Zeiten des Aufschwungs und der Teilsiege, über Zeiten der Ebbe und zeitweiliger Niederlagen.[176]

Drittens sind elementare Ausbrüche und auch spontane Teilaufstände ausgebeuteter Massen durchaus denkbar, auch wenn die Situation für die Entscheidungsschlacht noch nicht reif ist. Nur hoffnungslose Pedanten werden, anstatt sich an solchen bewaffneten Kämpfen der Massen zu beteiligen und diese zu führen, diese Kämpfe verurteilen oder neutral beiseite stehen. Allein schon die Tatsache, daß Teile der Arbeiterklasse selbst die revolutionäre Initiative ergreifen, selbst die Aufgabe des bewaffneten Aufstands stellen, ist von ungeheurer Bedeutung.

Das soll natürlich nicht bedeuten, daß die Kommunistische Partei das Proletariat sehenden Auges in eine vernichtende Niederlage hineinschickt. Auch Marx hat die Pariser Kommunarden einige Monate vorher gewarnt. Es wäre ausgesprochen dumm, auf jede Provokation des Feindes einzugehen, den Kampf, den uns der Feind aufzwingen will, zu einem für ihn günstigen Zeitpunkt anzunehmen, wenn es offenkundig unvorteilhaft ist oder gar zur Vernichtung der revolutionären Kräfte führen würde.

Die Haltung der Kommunistischen Partei unterscheidet sich vor und nach Ausbruch solcher Kämpfe. ***Vorher*** kann und wird die Kommunistische Partei von der Aufnahme eines aussichtslosen bewaffneten Kampfes möglicherweise entschieden abraten, so wie Marx 1871 die Pariser Kommunarden ***vor*** ihrer Erhebung gewarnt hat, daß der Versuch, die Regierung zu stürzen, eine verzweifelte Torheit wäre. Hat der Kampf aber bereits begonnen, so beteiligt sich die Kommunistische Partei unbedingt daran, stellt sich möglichst an

---

[176] **„Wir müssen unsere tägliche Arbeit *ständig* leisten und immer zu allem bereit sein, denn sehr oft ist es fast unmöglich, vorauszusehen, wann Perioden der Stille durch Perioden des Sturmes abgelöst werden. (...) Auch die eigentliche Revolution darf man sich keineswegs in der Form eines einmaligen Aktes vorstellen (...), sondern in der Form eines rasch aufeinanderfolgenden Wechsels von mehr oder weniger starken Ausbrüchen und mehr oder weniger vollständiger Stille."**
(Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 534/535)

die Spitze und führt diesen Kampf zu dem maximal erreichbaren Ergebnis.

Es kann allerdings auch Situationen geben, in denen es ein „viel größeres Unglück" wäre, zu erliegen, ohne den Kampf aufgenommen zu haben, wie Marx anläßlich des heroischen Aufstands der Pariser Kommune feststellte, weil dies eine große Demoralisierung der Kämpfenden zur Folge hat.[177]

So oder so, über eine mögliche Niederlage nach erfolgtem Aufstandsversuch zu lamentieren, nach dem Motto „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen", ist nichts als Spießertum. Denn jede Niederlage birgt in sich die Elemente des künftigen, unvermeidlichen Sieges. Gerade aus Niederlagen werden revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer lernen. Geschlagene Armeen lernen ausgezeichnet, wie Engels einmal feststellte. Ohne die Generalprobe des Jahres 1905 wäre der Sieg der Revolution in Rußland im Oktober 1917 undenkbar gewesen.[178]

Daraus folgt: Die Kommunistische Partei muß nicht nur lernen, offensiv anzugreifen, sondern auch ein geordneter Rückzug muß gelernt werden, wenn die Kräfte nicht ausreichen, den Sieg im bewaffneten Aufstand zu erringen. Der Hamburger Aufstand 1923 hat dafür ein Beispiel gegeben. Das revolutionäre Proletariat muß begreifen,

---

[177] **„Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde."**
(Marx, Brief an Kugelmann vom 17.4.1871, Marx/Engels Werke Band 33, S. 209)

Das schrieb Marx in seiner Antwort an Kugelmann, der aus Anlaß der Pariser Kommune gewisse Vermutungen geäußert hatte, daß es den Parisern an Chancen fehle. Und Marx fuhr fort:

„Das wußten aber auch die bürgerlichen Kanaillen von Versailles. Ebendarum stellten sie die Pariser in die Alternative, den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu erliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letztren Falle wäre ein viel größres Unglück gewesen, als der Untergang einer beliebigen Anzahl von ‚Führern'."
(ebd.)

[178] **„Eine Niederlage nach schwerem Kampf ist eine Tatsache von ebenso großer revolutionärer Bedeutung wie ein leicht errungener Sieg."**
(Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", 1851 bis 1852, Marx/Engels Werke Band 8, S. 77)

daß es nicht siegen kann, wenn es nicht gelernt hat, richtig anzugreifen und sich richtig zurückzuziehen.[179]

Im imperialistischen Krieg beziehungsweise Weltkrieg gilt die Linie: Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg!

Völlig falsch ist es, den Beginn der Revolution von einem imperialistischen Krieg abhängig zu machen. Imperialistische Kriege zwischen den imperialistischen Großmächten um die Neuverteilung der Einflußsphären sind in unserer Epoche zwar unvermeidlich. Die Revolution kann einem Krieg jedoch auch zuvor kommen, bedarf jedenfalls nicht unbedingt des imperialistischen Kriegs als Anlaß.[180] Denn es gibt eben viele denkbare Anlässe. Imperialismus bedeutet die Zuspitzung ***aller*** Widersprüche bis zum äußersten, bis zur revolutionären Krise, die den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzt. So besteht z. B. die Möglichkeit, daß die Revolution durch eine große Krise des deutschen Finanzkapitals im Zusammen-

---

[179] Als eine Hauptbedingung der richtigen strategischen Führung der Kommunistischen Partei stellt Stalin heraus:

„Mit den Reserven muß man so manövrieren, daß man einen geordneten Rückzug antreten kann, wenn der Feind stark ist, wenn der Rückzug unvermeidlich ist, wenn es offenkundig unvorteilhaft ist, den Kampf, den uns der Feind aufzwingen will, anzunehmen, wenn der Rückzug bei dem gegebenen Kräfteverhältnis das einzige Mittel ist, die Avantgarde den Schlägen des Gegners zu entziehen und ihr die Reserven zu erhalten."
(Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", 1924, Werke Band 5, S. 141)

Und Lenin hob in diesem Sinne hervor:

„Revolutionäre Parteien müssen stets zulernen. Sie haben gelernt anzugreifen. Jetzt gilt es zu begreifen, daß diese Wissenschaft ergänzt werden muß durch die Wissenschaft, wie man sich richtig zurückzieht. Es gilt zu begreifen – und die revolutionäre Klasse lernt aus eigener bitterer Erfahrung begreifen –, daß man nicht siegen kann, wenn man nicht gelernt hat, richtig anzugreifen und sich richtig zurückzuziehen."
(Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", 1920, Werke Band 31, S. 12)

[180] Rechte Opportunisten in der Kommunistischen Internationale und der KPdSU(B) wie Bucharin behaupteten seinerzeit, daß die Revolution nur aus einem neuen imperialistischen Krieg entstehen könnte. Vgl. dazu die Fußnote im Leninismus-Heft 2, „Die Theorie der proletarischen Revolution", Moskau 1935, Neuauflage Kiel o.J. S. 124.

hang mit einem revolutionären Aufschwung, der international große Ausmaße annimmt, hervorgerufen wird.

Falls jedoch die deutsche Bourgeoisie einen imperialistischen Krieg bzw. Weltkrieg anzettelt oder in einen solchen Krieg verwikkelt ist, das Proletariat also diesen Krieg nicht verhindern konnte – und dies ist leider nicht unwahrscheinlich –, dann gilt für die Kommunistische Partei als Richtlinie: ***Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg***. Revolutionäre Massenaktionen des Proletariats und der anderen Werktätigen im Hinterland und an der Front gegen den imperialistischen Krieg und zum Sturz der Bourgeoisie sind Kampfmittel, um auf diesem Weg nicht nur den konkreten Krieg zu beenden, sondern auch die proletarische Revolution herbeizuführen.

Das anzustrebende Ziel ist also, daß das Proletariat und die andern ausgebeuteten Massen, darunter die in den Soldatenrock gesteckten bewaffneten Arbeiter und Bauern, die Gewehre gegen ihre eigene Bourgeoisie, gegen den deutschen Imperialismus richten und deren Macht stürzen müssen. Dieser Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zum Sturz der Bourgeoisie ist jedoch kein einmaliger Akt, sondern erfordert eine langwierige schwierige Arbeit der Propaganda und Mobilisierung zu revolutionären Aktionen.

Im Kampf gegen die reaktionäre und sozialchauvinistische Politik der „Vaterlandsverteidigung" muß die Kommunistische Partei revolutionären Defätismus propagieren, d. h. die Linie der „Niederlage des eigenen Landes im imperialistischen Krieg" vertreten und die Massen dafür mobilisieren. Das ist wirklicher proletarischer Internationalismus.

Die Kommunistische Partei muß revolutionäre Arbeit unter den einfachen Soldaten leisten und illegale revolutionäre Organisationen in der imperialistischen Armee schaffen. Die revolutionären Arbeiter können die Situation auch ausnutzen, um sich zu bewaffnen und das Waffenhandwerk zu erlernen, sich darauf vorzubereiten, im gegebenen Moment die Waffen gegen die „eigene" Bourgeoisie zu wenden.

Die wichtigste Aktionsparole an der Front ist die Losung der Verbrüderung der einfachen Soldaten. Ihr Zweck ist, die aus den Reihen der Arbeiterklasse und andern Ausgebeuteten stammenden Soldaten auf beiden Seiten der Kriegsfront zusammenzuschließen gegen ihre

Offiziere. Die Erfahrungen des ersten imperialistischen Weltkrieges haben bewiesen, daß eine Massenverbrüderung möglich ist und zur klassenmäßigen Zersetzung der imperialistischen Armeen und zum bewaffneten Kampf zwischen Soldaten und Offizieren führen kann.[181]

Ob der imperialistische Krieg tatsächlich in den Bürgerkrieg übergeleitet, mit dem bewaffneten Aufstand beantwortet werden kann, hängt davon ab, daß eine revolutionäre Krise sich zuspitzt, die nicht nur die Massen zu revolutionären Aktionen mobilisiert, sondern auch die Reihen der eigenen herrschenden Klasse maximal zersetzt. Denn es ist nichts anderes als großmäulige Phrasendrescherei, jede Kriegserklärung sofort mit dem Aufstand beantworten zu wollen, unabhängig davon, ob der Zeitpunkt für das Proletariat günstig ist.[182]

★★★

Aus all dem folgt: Die Kommunistische Partei muß sich im Kampf für die allseitige Erziehung der Massen im Geist der gewaltsamen bewaffneten Revolution auf einen langwierigen Kampf mit Komplikationen und Zickzack einstellen und für alle Fälle gewappnet sein, indem sie umfassend die historischen Erfahrungen auswertet, um die

---

[181] Die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" faßt die Linie der Kommunisten im Falle eines imperialistischen Krieges zusammen. Die bolschewistische Losung „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!" bedeutet,

„ ... daß die Werktätigen, darunter die in den Soldatenrock gesteckten bewaffneten Arbeiter und Bauern, die Gewehre gegen ihre eigene Bourgeoisie kehren und deren Macht stürzen müssen, wenn sie den Krieg loswerden und einen gerechten Frieden erreichen wollen.

Der menschewistischen und sozialrevolutionären Politik der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes stellten die Bolschewiki die Politik der *‚Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Kriege'* entgegen. Dies bedeutete, daß es notwendig ist, gegen die Kriegskredite zu stimmen, illegale revolutionäre Organisationen in der Armee zu schaffen, die Verbrüderung der Soldaten an der Front zu unterstützen und revolutionäre Aktionen der Arbeiter und Bauern gegen den Krieg zu organisieren, um diese Aktionen in den Aufstand gegen die eigene imperialistische Regierung überzuleiten."

(„Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", 1938, S. 209/210)

[182] Vgl. Lenin, „Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart, 1907, Werke Band 13, S. 71 sowie „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik", 1908, Werke Band 15, S. 187.

Gesetzmäßigkeiten korrekt mit der konkreten Lage heute zu verbinden.

Aufgaben zur Vorbereitung der gewaltsamen Revolution des Proletariats

Die Kommunistische Partei muß die marxistisch-leninistische Theorie über die Militärfrage studieren

Kommunist bzw. Kommunistin kann nur sein, wer auch die Bedeutung der militärischen Seite der proletarischen Revolution begriffen hat. Jede Herabminderung der Militärfrage der proletarischen Revolution oder gar eine gleichgültige Haltung ihr gegenüber ist gleichbedeutend mit der ablehnenden Haltung zur proletarischen Revolution selbst.

Der bewaffnete Aufstand und der revolutionäre Krieg sind zwar als Konsequenz und höchste Zuspitzung des Klassenkampfes auf der Grundlage der gegebenen Klassenverhältnisse den politischen Zielen untergeordnet. Zugleich haben der bewaffnete Aufstand und der revolutionäre Krieg als ***besondere*** Formen des Klassenkampfes auch besondere Gesetzmäßigkeiten, die tiefgehend studiert und verstanden werden müssen. Friedrich Engels, der große Kenner dieser Sache, hat die überragende Bedeutung militärischer Kenntnisse und der militärischen Technik betont.[183]

Bei Engels zu lernen, das heißt, sich nicht nur die Resultate seiner militärwissenschaftlichen Studien anzueignen, sondern in seinem

---

[183] **„Kein Sozialdemokrat (gemeint ist Kommunist, A.d.V.), der auch nur halbwegs mit der Geschichte vertraut ist, der bei dem großen Kenner dieser Sache, Engels, gelernt hat, zweifelte jemals an der überragenden Bedeutung militärischer Kenntnisse, an der ungeheuren Wichtigkeit der militärischen Technik und der militärischen Organisation als eines Werkzeugs, dessen sich die Volksmassen und Volksklassen zur Lösung der großen geschichtlichen Konflikte bedienen.“**
(Lenin, „Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung“, 1905, Werke Band 8, S. 568)

Lenin spricht hier im Plural von den „Volksklassen“, da er nicht nur die proletarische Revolution vor Augen hatte, sondern auch die demokratische Etappe der Revolution, deren Ziel die Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern ist, also nicht einer, sondern zweier Klassen im politischen Sinne.

Sinne die militärischen Erfahrungen der von der Arbeiterklasse geführten Befreiungskämpfe für die künftigen revolutionären Kriege um die „Emanzipation des Proletariats" nutzbar zu machen.

Gewiß steht in unserer gegenwärtigen Situation die unmittelbare militärische Vorbereitung der proletarischen Revolution praktisch nicht im Vordergrund. Dennoch oder gerade deshalb muß die Bedeutung der Militärfrage in der Revolution prinzipiell und praktisch bewußtgemacht werden. Beim Studium der Lehren des wissenschaftlichen Kommunismus über die Militärfrage, über Aufstand und Krieg als Kunst, stehen wir erst am Anfang.

Die bewaffneten Revolutionen und Kämpfe der Völker in Geschichte und Gegenwart auswerten

Für die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes ist es notwendig, sorgfältig die historischen und aktuellen Erfahrungen des bewaffneten Kampfes, die militärischen Taktiken der Revolution und die der Konterrevolution gründlich zu studieren.

Insbesondere gilt es, die Erfahrungen der siegreichen Oktoberrevolution und des Bürgerkriegs in Rußland auszuwerten und zum „Allgemeingut" einer jeden Genossin und eines jeden Genossen zu machen. Dafür steht großteils hervorragendes Material zur Verfügung.[184]

Wichtig ist es auch, die Erfahrungen des gigantischen bewaffneten Befreiungskampfes in China unter Führung der KP Chinas zu kennen und richtig zu verstehen. Die ausgezeichneten Schriften Mao Tsetungs zum Programm, zur Strategie und Taktik und zum militäri-

[184] Die „Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR", die unter der Redaktion u. a. von Stalin erstellt wurde, erschien 1949 in Moskau auf deutsch und behandelt die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in Rußland. Sehr detailliert werden, ausgehend von den kommunistischen Prinzipien, die Rolle des 1. Weltkrieges für das Heranreifen der Revolution, die bürgerlich-demokratische Februarrevolution, die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren Petrograd und Moskau, der Verlauf der proletarischen Revolution an der Front und die Organisierung der proletarischen Macht nach dem siegreichen bewaffneten Aufstand analysiert und in lebendiger Art und Weise dargestellt.

schen Weg der chinesischen Revolution sind dafür eine große Hilfe.[185]

Zum Erfahrungsschatz des internationalen Proletariats, den es auszuwerten gilt, gehört auch die antifaschistische Erhebung der Arbeiterinnen und Arbeiter 1934 in Österreich, der spanische Bürgerkrieg 1936 bis 1939, die von den Kommunistischen Parteien gegen den Nazifaschismus und die einheimische Konterrevolution geführten Partisanenkämpfe, Befreiungskriege und bewaffneten Aufstände in Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und anderen Ländern. Aber auch die antinazistischen Partisanenkämpfe in Frankreich, Italien und anderen Ländern Westeuropas sind ein nicht zu vernachlässigender Bestandteil der Erfahrungen des Weltproletariats, die es vor allem auch kritisch im Hinblick auf die Linie und Politik der Kommunistischen Parteien einzuschätzen gilt.[186]

---

[185] Dabei muß bewußt sein, daß China als abhängiges, halbfeudales und halbkoloniales Land auch militärisch einen anderen Weg eingeschlagen hat und einschlagen mußte, als dies in einem hochindustrialisierten, imperialistischen Land wie Deutschland geschehen muß. Der langandauernde Volkskrieg, der befreite Gebiete auf dem Land schuf, um von dort aus „die Städte einzukreisen", ist nicht auf Deutschland zu übertragen. Ganz falsch wäre es aber auch, den konkreten militärischen Weg der chinesischen Revolution schematisch auf alle Länder anzuwenden, die vom Imperialismus abhängig sind. Zwischen der heutigen Lage dort und der damaligen Lage in China bestehen – neben gemeinsamen Merkmalen – zum Teil auch erhebliche Unterschiede im Entwicklungsgrad des Kapitalismus, im Verhältnis zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung und in sonstigen Gegebenheiten, deren Bedeutung für den Weg und die Form des militärischen Kampfes nicht übersehen werden dürfen.

Ausführlich ist dieser Komplex in „Gegen die Strömung", Nr. 24 und 37, „Untersuchungen zur Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs" Teil I und Teil II, August 1981 bzw. Dezember 1985, analysiert und begründet, wo insgesamt eine Einschätzung zum Werk Maos und auch zur chinesischen Revolution gegeben wird. Desweiteren gibt es wichtige Dokumente aus der ehemaligen sozialistischen Sowjetunion und von der Kommunistischen Internationale zu Fragen der chinesischen Revolution, die in der Broschüre „Über die chinesische Revolution – Beiträge von 1950 und 1954 aus der Sowjetunion", sowie in der Broschüre „Die KP Chinas und die chinesische Revolution in den Dokumenten der Kommunistischen Internationale" vorliegen.

[186] ★ Zu den antifaschistischen Kämpfen in Östereich 1934 liegen einige Dokumente von Georgi Dimitroff, der Kommunistischen Internationale und der MLPÖ in zwei Broschüren mit dem Titel „Revolutionäre Lehren des 12. Februar 1934"

Fortsetzung nächste Seite

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben verschiedenartige Befreiungskriege wie in Korea, Vietnam, Kuba, Algerien, Laos, Kambodscha, Angola, Moçambique, Simbabwe, Namibia den Imperialisten und Kolonialisten immer wieder schwere Schläge versetzt und praktisch die Möglichkeit bewiesen, den bis an die Zähne bewaffneten Imperialismus militärisch zu besiegen. In Zusammenarbeit mit den Kräften der kommunistischen Weltbewegung bzw. den kommunistischen Kräften der jeweiligen Länder gilt es diese Kämpfe auszuwerten.

Auch heute führen in verschiedenen Ländern der Welt, so in der Türkei die kurdische Befreiungsbewegung, in Peru, in Mexiko, fortschrittliche, antiimperialistische und revolutionäre Kräfte bewaffnete Kämpfe gegen imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung sowie gegen die einheimische Reaktion. Diese bewaffneten Kämpfe müssen mit Waffen, Technik, Literatur, Geld usw. unterstützt werden.

Gemeinsam mit den kommunistischen Kräften in anderen Ländern müssen wir die militärischen Erfahrungen des Kampfes im jeweiligen Land studieren und kritisch auswerten, um – im vollen Bewußtsein der Unterschiedlichkeit der Kampfbedingungen und der jeweili-

---

Fortsetzung der Fußnote

und „Die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes vom Februar 1934 studieren!" vor.

★ Zum bewaffneten Kampf gegen den italienischen und den deutschen Faschismus in Albanien gibt es wichtige Dokumente von führenden Mitgliedern der damals noch revolutionären PAA und eine Auszug aus der „Geschichte der PAA" von 1971 in der Broschüre „Über den nationalen Befreiungskampf des albanischen Volkes 1941 – 1944".

★ Die Probleme eines organisierten Widerstandes unter den extremen Bedingungen der KZ- und Vernichtungslager des Nazi-Faschismus enthalten wie in einem Brennglas in zugespitzter Form grundlegende Probleme und Perspektiven jeglichen Widerstandes gegen reaktionäre Kräfte überhaupt, auch bewaffneter Befreiungskriege. Gerade unter diesem Gesichtspunkt hat „Gegen die Strömung" diesen Widerstand in „Gegen die Strömung", Nr. 62, „Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus", Mai 1993, analysiert und ausgewertet.

gen Etappe der Revolution – daraus zu lernen.[187] Dies ist um so nötiger, da seit mehr als einem halben Jahrhundert jegliche Tradition des bewaffneten Massenkampfes in Deutschland abgerissen ist. Unser Bezug auf die bewaffneten Kämpfe und blutigen militärischen Erfahrungen in anderen Ländern heute erfolgt bewußt und emotional gerade auch gegen die deutsche Spießermentalität, um alle Genossinnen und Genossen als Kämpferinnen und Kämpfer der proletarischen Weltrevolution zu erziehen.

Die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung und der KPD im bewaffneten Kampf auswerten

Trotz aller Niederlagen gibt es auch in Deutschland historisch wichtige Erfahrungen des bewaffneten Kampfes, die unbedingt studiert und ausgewertet werden müssen, vom Berliner Aufstand und den anderen bewaffneten Kämpfen 1848 bis hin zur Novemberrevolution 1918/19 und den bewaffneten Kämpfen gegen Bourgeoisie und Reaktion in der ersten Hälfte der 20er Jahre.

Besonders hervorzuheben ist der ***Hamburger Aufstand 1923***, der ein Barrikadenkampf, ein bewaffneter Aufstand und auch ein organisierter Rückzug war. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, ihr kampfentschlossenster Teil unter Führung der KPD mit der Sympathie breiter Massen, haben mit diesem Kampf den praktischen Beweis

---

[187] Es sind eine Reihe von wichtigen Dokumenten verschiedener ehemaliger kommunistischer Organisationen und Parteien vorhanden, die versucht haben die bewaffneten Kämpfe im „eigenen" Land zu analysieren. Diese Dokumente, die als Broschüren vorliegen, sind Grundlage für die weitere Analyse. Die wichtigsten sind:

★ Über den Kampf der KP Brasiliens gegen den Imperialismus und Revisionismus

★ Die Kommunistische Partei Kolumbien (ML) über den Volkskrieg, Dokumente aus dem Jahre 1965

★ Dokumente der KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation)

★ „Unter dem Banner des Marxismus-Leninismus, Beiträge zum Aufbau der Marxistisch-Leninistischen Partie in Indien", Nr. 5 „Laßt uns die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung in Indien verteidigen und auswerten!", 1986, Nr. 6 „Haltet hoch das revolutionäre Erbe der Naxalitenbewegung und der KPI(ML) unter Führung Charum Mazumdars!", 1987

geliefert, daß und wie ein bewaffneter Aufstand in einem hochindustrialisierten Land durchgeführt werden kann, auch wenn er lokal und zeitlich begrenzt blieb und nicht zum Signal für den bewaffneten Aufstand in anderen Teilen Deutschlands wurde und nicht zum Sieg der proletarischen Revolution führte.

Analysiert werden muß, wie die KPD theoretisch und praktisch die Militärfrage angepackt hat, wie zum Beispiel bei der Schaffung von bewaffneten Formationen und halbmilitärischen Verbänden (proletarische Hundertschaften 1923, Rotfront-Kämpferbund). Dabei muß besonders der konterrevolutionären pazifistischen Entstellung der Haltung der KPD durch die modernen Revisionisten entgegengetreten werden. Bei der weiteren Entwicklung der KPD zwischen 1923 und 1933 muß untersucht werden, warum es der KPD nicht gelang, Teile der Arbeiterklasse – wenn schon nicht die Mehrheit für den bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisie – wenigstens für einen bewaffneten Abwehrkampf gegen die Nazifaschisten zu mobilisieren.

Die militärischen Taktiken der imperialistischen Konterrevolution auswerten

Um sich allseitig auf die Revolution, auf den bewaffneten Aufstand vorzubereiten, reicht es nicht aus, die Erfahrungen der bewaffneten Kämpfe der Volksmassen zu studieren, sondern die Kommunistische Partei muß auch gründlich die Taktiken der Konterrevolution studieren, ihr Repertoire kennen – angefangen vom Zuckerbrot der Schmeicheleien und kleinen Zugeständnisse, wenn es ihr längerfristig nützt, bis hin zur Peitsche, zum nackten Terror, zur brutalsten Unterdrückung, zur Folter und zur systematischen physischen und politischen Vernichtung in einer faschistischen Diktatur, wie dies in Nazi-Deutschland geschah.

Praktische Erziehung zur Vorbereitung der gewaltsamen Revolution des Proletariats

Es kann keine Rede von der Vorbereitung der proletarischen Revolution sein, wenn sich die Kommunistische Partei in der heutigen, nichtrevolutionären Zeit allein mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung gegen die Reaktion und mit der Propagierung der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands gegen die imperialistische Bourgeoisie Deutschlands begnügen würde. Es geht vielmehr

auch um die praktische Erziehung zur Bereitschaft, revolutionäre Gewalt auszuüben und den bewaffneten Kampf zu führen. Ein Vorbild hierfür sind die Erfahrungen der Bolschewiki, die schon Jahre vor der Revolution, besonders bei Straßendemonstrationen, die Anwendung der Gewalt der Massen gegen ihre Unterdrücker unterstützten und Beispiele solcher Gewaltanwendung für das ganze Land propagierten.[188]

Gerade weil es in der heutigen Situation in Deutschland nur wenige militante Kämpfe gibt, gilt es, jede Möglichkeit für die praktische Erziehung und Schulung in dieser Hinsicht zu nutzen und alle positiven Ansätze, vor allem auch antinazistischer und antimilitaristischer Kämpfe gegen Nazi-Banden und Staatsapparat, zu unterstützen, zu entwickeln und zu propagieren.[189]

Erinnert sei an die Tötung des Nazi-Kaders Kaindl am 4.5.1992 in Berlin, die einen „Schrei der Entrüstung", der Heuchelei und moralischen Empörung bei den bürgerlichen und opportunistischen Kräften und Medien auslöste. Die Wahrheit ist jedoch, daß Aktionen antifaschistischer Selbsthilfe vollauf gerechtfertigt und moralisch zu verteidigen sind, sie müssen solidarisch unterstützt, ihre Beweggründe erklärt und gegen die Verleumdungen der Bourgeoisie und ihrer Helfer klargestellt werden. Auf dieser Grundlage muß es selbstverständlich Diskussionen unter diesen Kräften über die Linie und Methode eines planmäßigen, bewußten und taktisch zweckmäßigen Vorgehens

---

[188] **„Wir unterstützten z.B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, daß sich das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen machte. Wir trachteten immer mehr auf Organisierung eines andauernden und systematischen Widerstands der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär."**
(Lenin, „Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz", 1916, Werke Band 23, S. 121)

[189] Insbesondere in „Gegen die Strömung", Nr. 36, „Die Ermordung Günter Sares zeigt das wahre Gesicht des westdeutschen Imperialismus", Oktober 1995, wurde versucht, die militanten Kämpfe gegen die Polizei angesichts der Ermordung des Antifaschisten Günter Sare durch die deutsche Polizei in Frankfurt am 28.9.85 im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Verhinderung einer Nazi-Veranstaltung zu propagieren, auszuwerten und die reaktionäre Hetze gegen die militanten Kämpferinnen und Kämpfer, die von der SPD, den Grünen und der DKP verbreitet wurde, zu entlarven.

im militanten antifaschistischen wie auch antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampf geben.

Das Eintreten für revolutionäre Gewalt darf sich selbstverständlich nicht auf Fausthiebe und Steinwürfe beschränken, sondern erfordert je nach Möglichkeiten die Bewaffnung des Proletariats.

Die Vorbereitung der Aufstellung bewaffneter Verbände des Proletariats und der anderen Ausgebeuteten und der Aufbau der Kommunistischen Partei selbst müssen richtig kombiniert werden mit der illegalen Arbeit in der imperialistischen Bundeswehr. Kader der Kommunistischen Partei müssen in der Armee systematisch und hartnäckig kommunistische Propaganda und Agitation betreiben und in den Truppen kommunistische Zellen bilden. Gleichzeitig und vorrangig ist der militärische Kurs der Kommunistischen Partei auf die Bildung eigener, von der Kommunistischen Partei geführter bewaffneter Verbände zu richten, die Massenorganisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Werktätigen auch als breite militante Keimformen der bewaffneten Verbände der Revolution zu organisieren.

Die Aufgaben der bewaffneten Revolution des Proletariats bestimmen die Art des Aufbaus der Kommunistischen Partei

Die Aufgaben der Vorbereitung, Leitung und Durchführung der bewaffneten Revolution der Arbeiterinnen und Arbeiter zum Sturz der Bourgeoisie als ***zentrale*** Aufgabe und ***höchste*** Form des Kampfes bestimmen die Art des Aufbaus der Partei, ihre Arbeit unter den Massen und ihr Studium der Erfahrungen, insbesondere der Völker, die den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus geführt haben und führen. Dazu ist nur eine Partei neuen Typus, die Kommunistische Partei, fähig.

Das erklärte Ziel der Kommunistischen Partei ist es, den Staatsapparat des deutschen Imperialismus zu zerschlagen, Führerin und Organisatorin der bewaffneten Verbände des Proletariats und der werktätigen Massen zu werden – daher wird dieser Staat eine solche Partei ***unbedingt*** zerschlagen wollen –; sie muß deshalb auf richtige Weise von vornherein die illegale und legale Arbeit kombinieren, wobei die ***Basis*** für die legale Arbeit ***unbedingt*** der illegale Aufbau der Partei ist.

Eine wirklich revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei, kann nur aufgebaut werden, wenn ihre eigenen Kader von vornherein zur revolutionären Gewaltanwendung erzogen und den Möglichkeiten gemäß in revolutionären Kampfaktionen erprobt werden. Auch wenn es heute bis zum bewaffneten Aufstand in Deutschland weit ist, muß jedes Parteimitglied, wie Mao Tse-tung es sagte, ideologisch und praktisch „jederzeit bereit sein, zum Gewehr zu greifen und an die Front zu gehen".[190]

Bei alledem müssen wir betonen, daß die Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf eine hohle Phrase bleibt, wenn sich die Kommunistische Partei nicht eng mit den kommunistischen Kräften anderer Länder verbindet, die schon den bewaffneten Kampf führen, wenn sie von diesen nicht lernt und sie nicht maximal unterstützt.

Nur im scheinbaren Gegensatz zu den modernen Revisionisten lehnt auch das „Stadtguerilla"-Konzept den bewaffneten Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter ab

In der Frage des bewaffneten Kampfes ist der ideologische Kampf gegen die revisionistischen Theorien vom „friedlichen Weg zum Sozialismus" nach wie vor die ideologische Hauptfront. Im Zusammenhang damit darf aber auch nicht der Kampf gegen die ideologischen Strömungen vergessen werden, die – scheinbar entgegengesetzt – ein sogenanntes „Stadtguerilla"-Konzept propagieren und durchführen.[191]

---

[190] Mao Tse-tung, „Probleme des Krieges und der Strategie", 1938, Ausgewählte Werke Band II, S. 259.

[191] Vgl. dazu ausführlicher „Gegen die Strömung", Nr. 41, „Der Kampf zur Vernichtung des westdeutschen Imperialismus erfordert die Auseinandersetzung mit der RAF!" vom Oktober 1987. In dieser Nummer wird solidarisch die Verfolgung und Ermordung der Kämpferinnen und Kämpfer der RAF angeprangert und mit einer ausfürlichen Kritik des Konzeptes „Stadtguerilla" sowie der anderen zentralen Fehler der politischen Linie der RAF v. a. zu folgenden Fragen verbunden: der westdeutsche Imperialismus wurde aus der Schußlinie genommen, ab Mitte der 70er Jahre gab es eine schlimme Entwicklung hin ins Lager der Konterrevolution, die an der Unterstützung und Verbindung mit dem sowjetischen Sozialimperialismus deutlich wurde; ein weiterer zentraler Fehler der RAF ist ihr europä-

Fortsetzung nächste Seite

Auch wenn die Mitglieder von Stadtguerilla-Gruppen wie RAF in Deutschland, CCC in Belgien, PCE(R) in Spanien oder BR in Italien unter höchstem persönlichen Einsatz einen aufopferungsvollen Kampf geführt haben bzw. weiter führen, so war und ist ihr Konzept dennoch katastrophal falsch und muß auf der Grundlage des wissenschaftlichen Kommunismus schonungslos kritisiert werden. Dies ist auch ein Gebot der Solidarität mit allen vom Imperialismus verfolgten, verhafteten und ermordeten Genossinnen und Genossen.

Die Kommunistische Partei behandelt die Frage der Attentate gegen Vertreter des Kapitals und der Reaktion nicht als moralische Frage, sondern als taktische Frage. Die kriecherischen Distanzierungen der Opportunisten nach jedem solchen Anschlag müssen entlarvt und gebrandmarkt werden.[192] Die Kommunistische Partei lehnt den individuellen Terror als Taktik ab, verdammt deshalb aber noch lange nicht die Anwendung des Terrors insgesamt. Sie stellt sich die Frage nach der Verbindung zwischen der Anwendung des Terrors mit der revolutionären Massenbewegung und erzieht die Arbeiterinnen und Arbeiter und anderen ausgebeuteten Massen zur Anwendung revolutionären ***Massenterrors*** gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter. Roter proletarischer Massenterror gegen die Konterrevolution – das ist es, was die Kommunistische Partei gegen die Anhänger des individuellen Terrors propagieren muß.[193]

Fortsetzung der Fußnote

isch-chauvinistisches Denken, das sich in der Propaganda für eine „westeuropäische Front" ausdrückt.

[192] Lenin fordert in einem Brief an Franz Koritschoner zum Attentat Fritz Adlers auf den österreichischen Ministerpräsidenten Stürgkh, „in schärfster Weise das Lakaientum" der Opportunisten, ihre kriecherischen Distanzierungen zu geißeln und „Adlers Tat moralisch (zu) rechtfertigen". (Lenin, Brief an Franz Koritschoner, 1916, Werke Band 35, S. 217).

[193] **„In den Ländern, die eine unerhörte Krise, eine Auflösung der alten Beziehungen, eine Verschärfung des Klassenkampfes nach dem imperialistischen Krieg 1914–1918 durchmachen – und das gilt für alle Länder der Welt –, ist es entgegen den Heuchlern und Phrasenhelden unmöglich, ohne Terror auszukommen. Entweder der weißgardistische, bürgerliche Terror auf amerikanische, englische (Irland), italienische (die Faschisten), deutsche, ungarische oder sonstige Manier oder der rote proletarische Terror. Ein Mittelding gibt es nicht, ein „Drittes" gibt es nicht und kann es nicht geben."**
(Lenin, „Über die Naturalsteuer", 1921, Werke Band 32, S. 370)

Alle Mittel, alle Formen des Kampfes müssen danach beurteilt werden, ob sie das Proletariat und die werktätigen Massen mobilisieren oder demobilisieren, ob sie ihre Bewußtmachung und Organisierung fördern oder behindern, ob sie ihre revolutionäre Initiative und Aktivität vorantreiben oder nicht, wobei es natürlich nicht um den Augenblick geht, sondern um die große Perspektive, die weite Sicht.

Die Kommunistische Partei lehnt daher solche Formen der Gewaltanwendung wie Attentate, Bankraub usw. keineswegs unbedingt ab. Was sie entschieden ablehnt, sind Aktionen des individuellen Terrors ***losgelöst*** von den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der anderen werktätigen Massen, ***anstelle*** dieser Kämpfe oder sogar ***gegen*** sie – unabhängig davon, ob diejenigen, die diese Aktionen durchführen, die besten Absichten haben. Nur im direkten Zusammenhang mit breiten, revolutionären Aktionen der Massen und als eine ihrer unmittelbaren Erscheinungsformen ***können*** solche Formen der Gewaltanwendung wie Akte des Terrors einzelner Revolutionäre auch mobilisierend wirken.

Die Kommunistische Partei muß die Rechtfertigungsargumente für das Konzept des individuellen Terrors entlarven:

- Völlig falsch ist die Behauptung, daß die Massen durch „Aktionen der Guerilla" aufgerüttelt und mobilisiert würden. Wer durch die herrschenden Zustände in den Fabriken usw. nicht aufgerüttelt wird, wird auch dem „Zweikampf" zwischen der Guerilla und dem Staat ruhig zusehen und „die Daumen drehen".[194]

- Völlig haltlos ist die Behauptung, die Bourgeoisie und ihr Staat ließen sich durch den individuellen Terror zu Zugeständnissen zwingen. Die kurzfristige Angst der Bourgeoisie nützt gar nichts, wenn es keine starke Organisierung und keinen breiten Massenkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Forderungen und Interessen gibt. Die Erfahrungen zeigen, daß die Taktik des individuellen Terrors das Bedürfnis nach einer solchen Selbstorganisation der ausgebeuteten Massen abtötet, den Arbeiterinnen und Arbeitern die Lust nimmt, sich zusammenzuschließen und selbständig aufzutreten.[195]

---

[194] Vgl. Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 434.

[195] **„Was kann uns die *flüchtige* Angst der Bourgeoisie und ein hierdurch hervorgerufenes Zugeständnis geben, wenn wir keine starke Massenorganisation hinter uns**

Fortsetzung nächste Seite

Die Anhänger des „Stadtguerilla"-Konzepts beschwören zwar mitunter, daß sie die Arbeit unter den Massen nicht ablehnen würden und berufen sich sogar auf Marx und Lenin. Ihre ganze Linie läuft aber auf den Ersatz der Massenarbeit durch den individuellen Terror hinaus. Den Großteil ihrer Kraft stecken sie in die Planung und Durchführung ihrer Aktionen, anstatt die Arbeiterinnen und Arbeiter bewußtzumachen und zu organisieren.

Die Anhänger des „Stadtguerilla"-Konzepts sprengen den Rahmen der revisionistischen Ideologie und der reformistischen Politik in Wirklichkeit nicht:

- Den prinzipiellen theoretischen Kampf zur Verteidigung des wissenschaftlichen Kommunismus gegen den modernen Revisionismus lehnen sie als unnütz und „Dogmatismus" ab.

- Den ideologischen Kampf gegen alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie und Politik in der Arbeiterklasse führen sie erklärtermaßen oder faktisch nicht.

- Vor der eigentlichen Aufgabe, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden, kapitulieren sie.

Angesichts dessen ist es auch unvermeidlich, daß die Gruppen, welche das „Stadtguerilla"-Konzept verfolgten, immer weiter im Sog des modernen Revisionismus versunken und teilweise ganz offen reformistisch geworden sind, zumal sie jeglicher prinzipiellen revolutionären Auseinandersetzung und Kritik an ihrer falschen Linie und Politik ablehnend gegenüberstehen.

Lenin hat in seiner Schrift „Was tun?" gezeigt, worin die tiefere Ursache der Fehler der Anhänger des individuellen Terrors liegt. Er hat ihre wesentliche Gemeinsamkeit mit den „Ökonomisten" (den Propagandisten des nur auf Tagesfragen orientierten gewerkschaftlichen Kampfes) herausgearbeitet, die viel weiterreichend ist, als der

---

Fortsetzung der Fußnote

haben, die *immer* bereit ist, für die Arbeiterforderungen zu kämpfen (...)? Indessen sprechen aber allem Anschein nach die Tatsachen davon, daß der ökonomische Terror das Bedürfnis nach einer solchen Organisation abtötet und den Arbeitern die Lust nimmt, sich zusammenzuschließen und *selbständig* aufzutreten, da sie ja die Terrorhelden haben, die für sie auftreten können."

(Stalin, „Der ökonomische Terror und die Arbeiterbewegung", 1908, Werke Band 2, S. 102; Hervorhebungen von uns.)

Anschein vermuten läßt: Sie unterschätzen die revolutionären Möglichkeiten der Massen und mindern die revolutionären Aufgaben herab, sofern sie diese nicht überhaupt leugnen. Die Ursache – die logische Grundlage jeder Art von Opportunismus – ist die „Anbetung der Spontaneität", wobei die Anhänger des individuellen Terrors nicht die Spontaneität der Arbeiterbewegung anbeten (wie es die Ökonomisten tun), sondern die „Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen", die den Glauben an eine Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und der revolutionären Sache verloren oder nie besessen haben, und die daher für ihre Empörung keinen anderen Ausweg finden als den Terror[196].

Was Lenin vor über 90 Jahren in dieser grundlegenden Schrift als Aufgabe formuliert hat, nämlich alle Kräfte auf den Aufbau einer wirklichen, professionell organisierten Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse zu konzentrieren, die das Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinträgt und sich durch nichts, auch nicht durch die Faszination des „Bombenzündens" davon ablenken läßt, das gilt heute nach wie vor. Denn nur eine Kommunistische Partei ist in der Lage, allseitig den Massenkampf der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer Verbündeten zu leiten, den bewaffneten Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter für die Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats vorzubereiten und durchzuführen.

Gegen alle Spielarten des revisionistischen „friedlichen Wegs" als Hauptgefahr kämpfen!

Das Gesetz von der gewaltsamen Revolution des Proletariats, von der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats durch die bewaffneten Volksmassen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter, ohne die die Diktatur des Proletariats unmöglich ist, stellt seit jeher einer der Hauptangriffspunkte der Opportunisten aller Länder dar.

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 verkündeten die modernen Revisionisten unter dem Vorwand angeblich „neuer Bedingungen" ihren Generalangriff gegen den wissenschaftlichen

---

[196] Vgl. Lenin, „Was tun?", 1902, Werke Band 5, S. 431-435.

Kommunismus.[197] Abgesehen von der Verdammung Stalins war die wohl „sensationellste" Neuerung" Chruschtschows die Propaganda von der Möglichkeit eines gewaltlosen, „friedlich-parlamentarischen Weges" zum Sozialismus.[198]

Viele ehemals Kommunistische Parteien folgten diesem verräterischen Weg, hörten auf, den bewaffneten Kampf als einzigen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker zu propagieren und vorzubereiten, ja bekämpften mehr oder minder offen alle Kräfte, die an den Prinzipien der gewaltsamen proletarischen Revolution festhielten.

Die modernen Revisionisten versicherten, es handle sich lediglich um eine „taktische Frage". Gleichzeitig aber mobilisierten sie auf allen Gebieten der marxistischen Theorie ihre Schreiberlinge, um ihren Thesen ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen und zugleich damit aus allen Bestandteilen der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus den revolutionären Kern zu entfernen. Die modernen Revisionisten, die in die Fußstapfen der alten Revisionisten der II. Internationale traten,[199] richteten damit geradezu verheerenden und sich bis heute auswirkenden Schaden an.

---

[197] Die Frage wie es überhaupt dazu kommen konnte, daß die revolutionäre KPdSU(B) zu einer revisionistischen Partei verkommen konnte, wie sich der Machtantritt der Chruschtschowrevisionisten erklärt, wird in ersten Ansätzen versucht in der „Gegen die Strömung", Nr. 59, „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki) von 1966)" vom März 1992 zu beantworten. Dort werden anhand der Erklärung der antirevisionistsichen Bolschewiki der Sowjetunion von 1966 wichtige Gründe und Ursachen herausgearbeitet.

[198] **„Und daß wir angeblich Gewalt und Bürgerkrieg als den einzigen Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft anerkennen – das entspricht nicht den Tatsachen. (...)**

Gleichzeitig hat die Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Länder unter den gegenwärtigen Bedingungen die *reale Möglichkeit* (...), eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein *Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens* zu verwandeln."

(„Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag", Berlin 1956, S. 45–47, vgl. auch „Beiträge zum ideologischen Kampf" der Redaktion des Westberliner Kommunist: „Hauptpositionen des XX. Parteitages der KPdSU", Nr. 3 1980, S. 10/11)

[199] Seinerzeit erklärte Kautsky, als er zum offenen Revisionisten geworden war, daß er sich zum Ziel stellt:

Fortsetzung nächste Seite

● 1966 zeigte sich mit großer Dramatik in Indonesien, wohin jedes Zugeständnis an die Philosophie des „friedlichen Weges" gegenüber den hochgerüsteten Kräften der Weltfront der imperialistischen Reaktion führen wird: Das faschistische Regime Suhartos vernichtete in einer großangelegten Militäraktion fast vollständig die damals mächtige Kommunistische Partei Indonesiens, ermordete und inhaftierte Hunderttausende revolutionärer Genossinnen und Genossen. Das Politbüro der KP Indonesien hat im September 1966 eine äußerst wichtige Selbstkritik gegen jegliche Spekulation auf einen „friedlichen Weg" verfaßt, in der sie auch das von der KP Chinas in der „Großen Polemik" 1963 vertretene Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg" zurückweist.[200]

● 1973 zeigte sich erneut in Chile, daß der Verzicht auf den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus, daß die Propaganda des „friedlichen Übergangs" den Weg bereitet, die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte eben den reaktionären Kräften auszuliefern:

Fortsetzung der Fußnote

„Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament".
(Zitiert nach Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 504)

[200] Diese Selbstkritik der KP Indonesiens ist abgedruckt und ausgewertet in „Gegen die Strömung", Nr. 55, „Der einzige Weg zur Befreiung ist die bewaffnete Revolution!" vom Juli 1991.

Eine ausführliche Kritik an der gesamten Linie des „Vorschlages zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" der KP Chinas vom März 1963, der für die Entwicklung der kommunistischen Kräfte weltweit in den 60er und 70er Jahren eine große Rolle gespielt hat, und dem weiteren Kampf der KP Chinas gegen den Chruschtschow-Revisionismus ist Thema von mehreren „Gegen die Strömung"-Nummern.

Eine ausführliche Kritik des Schemas der „Zwei Wege" wird grundsätzlich in „Gegen die Strömung", Nr. 20, „Das Schema vom ‚friedlichen und nichtfriedlichen Weg' widerspricht dem Marxismus-Leninismus", Januar 1981, durchgeführt.

„Gegen die Strömung", Nr. 42, enthält die Kritik an der Linie des „Vorschlages" zur Revolution in den imperialistischen Ländern, den halbkolonialen, halbfeudalen und vom Imperialismus abhängigen Ländern, zur Frage des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats bis zum Kommunismus. Eine abschließende Einschätzung der „Polemik" wird hier gegeben, deren Stärken und Schwächen, ihre Fehler und Halbheiten und ihre Bedeutung für den internationalen Kampf gegen den modernen Revisionismus werden knapp zusammengefaßt.

Durch den Militärputsch vom September 1973 wurden Zehntausende von Genossinnen und Genossen in wenigen Tagen ermordet, Hunderttausende gefoltert und inhaftiert.[201]

Auch all jene revolutionären, gegen den Chruschtschow-Revisionismus gerichteten Kräfte, die sich in den sechziger und siebziger Jahren unter dem Einfluß vor allem der damals noch revolutionären KP Chinas, aber auch der damals ebenfalls noch revolutionären Partei der Arbeit Albaniens befanden, brachen oft nur halbherzig mit den revisionistischen Ideen vom angeblich „friedlichen Weg" zum Sozialismus: Die Vorstellung, daß es angeblich ***zwei*** Wege gäbe, einen friedlichen und einen Weg des bewaffneten Kampfes, die je nach Situation ***beide*** den Sieg ermöglichen könnten, wurde nicht wirksam bekämpft und von Grund auf verworfen.

Angesichts dessen und angesichts der heute herrschenden extremen ideologischen Verwirrung ist es eine zentrale Aufgabe der Kommunistischen Partei, unerbittlich sämtliche konterrevolutionären Manöver und Spielarten der Propaganda des „friedlichen Wegs" zu entlarven und zu bekämpfen.

Die Analyse der Demagogien der modernen Revisionisten und ihrer Nachbeter zeigt, daß alle Genossinnen und Genossen die folgenden Leitlinien verstehen und anwenden müssen, um die Manöver der Revisionisten prinzipiell widerlegen und entlarven zu können[202]: Gegen den „friedlich-parlamentarischen Weg" der modernen Revisionisten muß ***prinzipiell*** vor allem betont werden, daß es eine gewaltlose, unbewaffnete Revolution als Weg zum Sieg des Proletariats niemals gegeben hat, heute nicht gibt und auch in der Zukunft nicht geben wird, daß die proletarische Revolution unter ***allen*** Umständen ***unmöglich*** ist ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch eine neue Macht, die Macht der bewaffneten Arbeiterklasse. Die Lage ist grundlegend

---

[201] Siehe dazu in „Gegen die Strömung", Nr. 40, „Die Revolution in Chile unterstützen", September 1987, den Artikel „Den Verrat der modernen Revisionisten nie vergessen".

[202] Ausführlich siehe dazu „Gegen die Strömung", Nr. 20, „Das Schema vom ‚friedlichen und nichtfriedlichen Weg' widerspricht dem Marxismus-Leninismus", Januar 1981. Dort wird der revisionistische „friedliche Weg zum Sozialismus" grundlegend und in allen Varianten auseinandergenommen.

genau so, wie sie Lenin 1918 festgestellt hat. Angesichts der durch den Kapitalismus und Imperialismus geschaffenen Verhältnisse

> **„ ... ist jeder Gedanke an eine friedliche Unterordnung der Kapitalisten unter den Willen der Mehrheit der Ausgebeuteten, an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus durch Reformen nicht nur ein Beweis extremen spießbürgerlichen Stumpfsinns, sondern auch ein direkter Betrug an den Arbeitern, eine Beschönigung der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verhehlung der Wahrheit.**
>
> **Diese Wahrheit besteht darin, daß die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokratisch, heute nicht mehr zurückschreckt vor Betrug und Verbrechen, vor der Hinschlachtung von Millionen von Arbeitern und Bauern, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Konfiskation ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparates, usw. bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Überwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche, Widerstand zu leisten und die kapitalistische Sklaverei wiedereinzuführen – nur solche Maßnahmen sind geeignet, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu gewährleisten."**
>
> (Lenin, „Thesen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale", 1920, Werke Band 31, S. 174/175)

● Aus „taktischen" Gründen von zwei Möglichkeiten, zwei Wegen heute auszugehen, ist völlig falsch.[203] Das Proletariat gar politisch

---

[203] In ihrem „Offenen Brief" von 1963 betonten die modernen Revisionisten der KPdSU, daß sie von **zwei** Möglichkeiten ausgehen:

„ ... von der Möglichkeit des friedlichen und auch des nichtfriedlichen Übergangs."
(Zitiert in: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung", Nachdruck Oberbaum Verlag, 1973, S. 638)

Im nächsten Atemzug erklären sie dann ausdrücklich, daß die Arbeiterklasse bestrebt sein müsse,

Fortsetzung nächste Seite

auf beide Wege „vorbereiten" zu wollen, würde nur den Revisionisten in die Hände arbeiten, ihren konterrevolutionären Thesen Zugeständnisse machen und beim Proletariat Illusionen erzeugen und es mit falschen Hoffnungen einschläfern, so daß es von der unumgänglichen Vorbereitung auf den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie und seine bewaffnete Machtergreifung abgelenkt und abgehalten wird. Denn die Vorbereitung auf die gewaltsame, bewaffnete Revolution, auf den Bürgerkrieg ist keinesfalls eine von zwei möglichen Formen der Taktik, sondern eine große und prinzipielle Frage, die den ganzen Aufbau der Partei (nämlich nicht auf Basis des Legalitätsprinzips), die gesamte Erziehung der Massen im Geist des revolutionären Krieges auch und gerade ein nichtrevolutionären Zeiten, die Grundfrage der Revolution überhaupt betrifft.

● Die revisionistische Position, „zur Not" und als „Antwort" auf die reaktionäre Gewalt auch zur revolutionären Gewalt zu greifen, verurteilt das Proletariat von vornherein zur Niederlage. Denn damit erhält die imperialistische Reaktion die Initiative in die Hand. Das defensive Abwarten auf das Zuschlagen der Reaktion wie die Defensive überhaupt ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands. Die Kommunistische Partei muß den Zeitpunkt des bewaffneten Kampfes, des bewaffneten Aufstands selbständig festlegen. Außerdem hat das Proletariat zwar den Wunsch, unnötige Opfer zu vermeiden, aber die gewaltsame bewaffnete Revolution in Form des Krieges gegen die Bourgeoisie ist kein „notwendiges Übel", sondern hat vielmehr große Bedeutung für die Emanzipation des Proletariats. Die Kommunistische Partei muß für die aktive und offensive Anwendung der revolutionären Gewalt Sorge tragen.

● Um den Revisionisten alle Spekulationen aus der Hand zu schlagen, müssen wir auf der theoretischen Ebene, nicht in der praktischen Politik, erläutern, daß es ***historische*** Ausnahmesituationen gegeben hat, in denen Marx und Engels wie Lenin und Stalin von der realen Möglichkeit einer „friedlichen" Entwicklung der proletarischen Revolution ausgegangen sind, im Sinne von „ohne Bürger-

---

Fortsetzung der Fußnote

„ ... die sozialistische Revolution mit *friedlichen* Mitteln, *ohne Bürgerkrieg* zu vollziehen."

(Zitiert in: „Die Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung", Nachdruck Oberbaum Verlag, 1973, S. 639; Hervorhebungen von uns.)

krieg", ***aber nicht ohne Waffen und Gewalt*** (soweit Teile des Staatsapparats bereits ausgebaut waren, mußten diese auch unbedingt zerschlagen werden!), daß weiter in „ferner Zukunft", wie Stalin sagt, ein „friedlicher" Entwicklungsweg für manche kapitalistischen Länder unter den Bedingungen einer sozialistischen Umwelt ***theoretisch*** möglich, wenngleich auch dann wenig wahrscheinlich ist[204], im gleichen Sinne, d. h. ohne Bürgerkrieg, aber mit gewaltsamer Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats. Schließlich muß auch für alle „fernere Zukunft" festgehalten werden, daß in bezug auf die Machtergreifung auch die „unwahrscheinliche" Möglichkeit der Vermeidung des Bürgerkrieges ***nichts*** daran ändert, daß das Programm der Kommunistischen Partei – was die Machtergreifung des Proletariats betrifft – ***einzig*** sich auf den ***Bürgerkrieg*** zu orientieren hat!

● Völlig verlogen ist insbesondere auch die Berufung der modernen Revisionisten auf die historische Erfahrung der „Doppelherrschaft", die in Rußland für eine gewisse Zeit nach der Februarrevolution 1917 bestand. In Wirklichkeit ***bestätigen*** die Erfahrungen in der Phase der „Doppelherrschaft", die nur eine bestimmte Phase im Gesamtprozeß der Revolution in Rußland war, die Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten, daß die Zerschlagung des alten Staatsapparates durch den bewaffneten Kampf erfolgen muß, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter und anderen Ausgebeuteten bewaffnet sein müssen, daß der alte Staatsapparat unbedingt zerschlagen werden muß. Die Phase des „friedlichen Wegs" während der „Doppelherrschaft" widerlegt in Wirklichkeit die revisionistischen Theorien völlig. Lenin und Stalin verstanden etwas völlig Anderes, völlig Entgegengesetztes, wenn sie damals für eine gewisse Zeit von der „friedlichen" Weiterentwicklung der Revolution sprachen:

---

[204] Unmittelbar nachdem Lenin den immerhin denkbaren „Ausnahmefall" in der fernen Zukunft erwähnt hat, daß die Bourgeoisie in einem kleinen Staat „friedlich die Macht abtritt" (d. h. gezwungen durch die Waffengewalt des Proletariats, d. h. eben nicht freiwillig!), setzt er fort:

„Viel wahrscheinlicher ist es allerdings, daß auch in den kleinen Staaten der Sozialismus *nicht* ohne Bürgerkrieg verwirklicht wird und *deshalb* muß das Programm der internationalen Sozialdemokratie (der Kommunistischen Parteien, A.d.V) *einzig* die Anerkennung eines solchen Krieges sein."

(Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus", 1916, Werke Band 23, S. 63/64)

❑ Sie war ***nur*** möglich auf der Basis des ***Bürgerkriegs*** im Februar 1917. Erst durch den bewaffneten Februaraufstand war die Grundvoraussetzung erfüllt, daß die Arbeiterklasse ***bewaffnet*** war.

❑ Durch die Februarrevolution, die den Zarismus stürzte, durch den Aufstand des Proletariats und seinen bewaffneten Kampf war bereits massiv begonnen worden, den alten Staatsapparat zu zerschlagen.[205]

Aber auch eine solche Analyse von theoretisch möglichen Besonderheiten, die nichts zu tun hat mit dem „friedlich-parlamentarischen Weg" der alten und modernen Revisionisten, hat nichts zu tun mit der Lage in Deutschland heute, ist überhaupt nicht in den hochkapitalistischen Ländern anzuwenden[206], in denen der Staatsapparat durch keine vorausgegangenen bewaffneten Auseinandersetzungen angeschlagen bzw. paralysiert ist, seine bewaffneten Formationen aufgeblähter sind denn je, während das Proletariat und die anderen werktätigen Massen unbewaffnet sind.[207]

---

[205] Als weiteres sehr wesentliches Moment kommt schließlich noch die durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufene Gesamtsituation hinzu.

[206] Ganz im Gegensatz zur revolutionären Kommunistischen Partei, die weiß, daß heute überall reaktionäre Staatsapparate existieren und ausgebaut werden, weshalb sie jedes Gerede über den „friedlichen Weg" als ***reale*** Möglichkeit ablehnt, behauptete eine besonders raffinierte Variante des Revisionismus verbal, daß der „friedliche Weg" zwar nicht „gewaltlos" sei, aber heute real „ohne Bürgerkrieg" möglich sei, daß der „friedliche Weg" in diesem Sinne eine Frage der ***„realen*** politischen Strategie und Taktik" sei (vgl. das revisionistische Machwerk „Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-tungs", Franfurt/Main 1973, S. 123). Daß es sich hier nur um ein Manöver handelt, wird um so deutlicher, wenn die selben „linken" Revisionisten genau so wie die anderen Propagandisten des „friedlichen Wegs" von der Vorstellung ausgehen, „das Parlament in den Dienst des Volkes zu stellen" (ebenda, S. 124).

[207] **„Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies (insbesondere „die Vervollkommnung und Festigung der ‚Exekutivgewalt', ihres Beamten- und Militärapparats", A.d.V.) gemeinsame Züge der ganzen neueren Entwicklung der kapitalistischen Staaten überhaupt sind. (...)**

Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der ‚Staatsmaschinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit verstärkten Repressalien

Fortsetzung nächste Seite

● Daß das Nazi-Regime nicht durch das eigene Volk gestürzt, sondern der nazifaschistische Staatsapparat durch die Waffengewalt der Alliierten, vor allem durch die Rote Armee, zerschlagen worden war, mußte als wesentliche Besonderheit der Lage in Deutschland nach 1945 von vornherein berücksichtigt werden. Dies durfte jedoch nicht dazu benutzt werden, die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution zu revidieren. Vielmehr kam es auf die revolutionäre Verbindung der Prinzipien mit der deutschen Geschichte und den aktuellen Besonderheiten in Deutschland an.

Infolge der Zerschlagung des Nazi-Staatsapparats durch die Rote Armee war die Bourgeoisie in der SBZ enorm geschwächt, und es gab objektiv große Möglichkeiten, ohne Bürgerkrieg zum Sozialismus zu kommen. Der Revisionismus des „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" besteht darin, daß er die ***notwendige systematische Gewaltanwendung*** gegen die Bourgeoisie im allseitigen revolutionären Klassenkampf, sowohl in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem Weg zur sozialistischen Revolution, als auch unter der Diktatur des Proletariats ***leugnet***.[208] Der

---

Fortsetzung der Fußnote

gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.

Die Weltgeschichte führt jetzt zweifellos in ungleich größerem Ausmaß, als das 1852 der Fall war, zur ‚Konzentrierung' aller Kräfte" der proletarischen Revolution auf die ‚Zerstörung' der Staatsmaschinerie."
(Lenin, „Staat und Revolution", 1917, Werke Band 25, S. 423)

[208] Im Gründungsdokument der SED „Grundsätze und Ziele der SED" vom April 1946 wird offen ein gewaltfreier, friedlicher „demokratischer" Weg zum Sozialismus propagiert, der mit der besonderen Lage in Deutschland begründet wird. Dort heißt es:

„Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt."
(Dokumente der SED, Band 1, Berlin 1951, S. 9)

Diese Vorstellung war kein Ausrutscher sondern wurde weiter ausgebaut und ist in Reden und Schriften führender Kader der SED von 1946, wie bei Ulbricht und

Fortsetzung nächste Seite

„besondere deutsche Weg", welcher der ***Allgemeingültigkeit der Oktoberrevolution entgegengesetzt*** wurde, ist somit der revisionistische „friedliche Weg", auf dem mit rein gesetzlichen Mitteln, ohne Gewalt, die Macht der Arbeiterklasse errichtet werden soll.

Die eigentliche Katastrophe beginnt da, wo die besonderen Bedingungen im Nachkriegsdeutschland als besonders gut, gar als ***„Verdienst" der Deutschen*** betrachtet werden – statt als Ergebnis der ungeheuren Opfer der Roten Armee –, da sie in der Lage seien, den „blutigen Weg der Russen" in der Oktoberrevolution zu vermeiden.

Alle diese Möglichkeiten sind überhaupt historisch und theoretisch, dürfen also auf keinen Fall als heute reale Möglichkeiten propagiert werden:

Die Kommunistische Partei muß unter den heutigen Bedingungen den Weg der gewaltsamen Revolution der bewaffneten Volksmassen unter Führung des Proletariats, den Weg des Bürgerkriegs als einzigen Weg mit dem Ziel des Sturzes der Bourgeoisie und der Zerschlagung ihres Staatsapparats propagieren.

Fortsetzung der Fußnote

Pieck, zu finden. Siehe dazu genauer: „Gegen die Strömung", Nr. 27, „Die Friedensheuchler entlarven!", Dezember 1981 und „Gegen die Strömung", Nr. 58, „Die Entwicklung der SED – ein Teil der ‚deutschen Misere' ", Dezember 1991.

Die Lehren des Moskauer Aufstands

W. I. Lenin

(1906)

Zwischentitel wurden von der Redaktion eingefügt. Hervorhebungen im Original sind kursiv, Hervorhebungen der Redaktion sind fett gesetzt.

Vorbemerkung

In diesem kleinen, nicht einmal zehn Seiten umfassenden Artikel des Genossen Lenin sind eine Fülle grundlegender, hochaktueller Lehren enthalten. Hochaktuell – nicht im Sinne sofortiger Organisierung eines bewaffneten Aufstandes hier und heute –, hochaktuell im Sinne einer prinzipiellen Argumentation, einer grundlegenden Ausrichtung der kommunistischen Kräfte in Deutschland beim Aufbau der Kommunistischen Partei.

Es ist wahr, daß Lenin sehr konkret Erfahrungen zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort auswertet. Aber es ist gerade die Stärke des Genossen Lenin, konkrete Erfahrungen mit grundlegenden Gedanken, konkrete Erscheinungsformen mit tiefen Gesetzmäßigkeiten in den Zusammenhang zu stellen.

Lenin gibt als leitender Kopf der bolschewistischen Organisation mit einer gewichteten chronologischen Darstellung im nachfolgend abgedruckten Artikel darüber präzise Auskunft, wie Streiks, Massenaktionen, Barrikadenbau und Straßenkämpfe in den bewaffneten Aufstand übergingen.

Die erste Lehre dieses mehr spontanen als organisierten Übergangs von Streikkämpfen und einfachen Straßenkämpfen zum bewaffneten Kampf der Massen ist:

> **„Man hätte entschlossener, energischer und offensiver zu den Waffen greifen, hätte den Massen die Unmöglichkeit eines bloß friedlichen Streiks und die Notwendigkeit eines furchtlosen und schonungslosen bewaffneten Kampfes klarmachen müssen."**
> (Lenin, „Die Lehren des Moskauer Aufstands", 1906, Werke Band 11, S. 159/160)

Die zweite Lehre betrifft das opportunistische Märchen, „man könne gegen die modernen Truppen nicht kämpfen". Die Reformisten, von Lenin „rechter Flügel" genannt, wollen die feindlichen Truppen nur „geistig" bearbeiten. Lenin setzt dem die Kombination von Agitprop mit physischer Auseinandersetzung entgegen, heldenhafte, todesmutige Aktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die auf die physische Vernichtung der Führung der Konterrevolution abzielen. Die offensiv betriebene Vorbereitung auf den Aufstand, die Haltung zum Aufstand ist für einen Revolutionär wie Lenin zu Recht entscheidend, um Freunde und Feinde auseinanderzuhalten. Es ist gewiß nicht das einzige Kriterium, aber ein unbedingt notwendiges, zwingendes weiteres Kriterium:

> **„Es genügt nicht, die Menschen nach ihrem Verhältnis zu politischen Losungen zu gruppieren, darüber hinaus ist erforderlich, sie nach ihrer Einstellung zum bewaffneten Aufstand zu gruppieren. Wer gegen ihn ist, wer sich nicht auf ihn vorbereitet, den muß man rücksichtslos aus der Zahl der Anhänger der Revolution streichen und zu ihren Gegnern, zu den Verrätern oder Feiglingen rechnen."**
> (Lenin, „Die Lehren des Moskauer Aufstands", 1906, Werke Band 11, S. 162)

Die dritte Lehre fordert uns heute und in den nächsten Jahrzehnten heraus: „Die militärische Taktik hängt von dem Niveau der militärischen Technik ab." Lenin beweist diese These anhand der Kombination von Barrikadenkampf und partisanenartigen Fünfergruppen der Arbeiter und Arbeiterinnen, betont aber den Massenterror als Methode des Partisanenkrieges im Kampf gegen die Konterrevolution und seine organisierte und kontrollierte Unterordnung unter die Interessen und Bedingungen der Arbeiterbewegung.

Als wirklicher Revolutionär lenkt Lenin das Augenmerk auf die damalige Entwicklung der Militärtechnik, auf Handgranaten und Selbstladegewehre, fordert die Arbeiterabteilungen auf, sich theoretisch und praktisch, durch Erlernung der Technik und durch Beschaffung von Waffenvorräten, auf den nächsten, dann siegreichen Aufstand vorzubereiten.

Der Kernpunkt der Arbeit Lenins über die Lehren des Moskauer Aufstandes ist zweifellos, daß er das falsche „Entweder-Oder" bekämpft: ***entweder*** Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter ***oder*** konkrete Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes.

Diese pedantische, demagogische Gegenüberstellung ist in jeder Hinsicht falsch: sie ist doppelt und dreifach falsch, wo auf der Basis eines jahrzehntelangen Kampfes für die Entwicklung des Bewußtseins der Massen nun die besondere Situation den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Das Merkmal einer wirklichen revolutionären, kommunistischen Kraft ist, daß sie auf der Basis der ständigen Arbeit an der Entwicklung der Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen ebenfalls ideologisch, politisch und organisatorisch den Übergang von breiten Massenkämpfen in bewaffnete Kämpfe und den Aufstand vorbereitet, so daß dann die Kommunistische Partei und die fortschrittlichsten Kräfte der Arbeiterklasse in den geschichtlich entscheidenden Kämpfen den bewaffneten Aufstand auch praktisch zum Sieg der sozialistischen Revolution führen werden.

Redaktion ROT FRONT, Juli 1996

W. I. Lenin

Die Lehren des Moskauer Aufstands

Das Buch „Moskau im Dezember 1905" (Moskau 1906) ist gerade zur rechten Zeit erschienen. Es ist eine dringende Aufgabe der Arbeiterpartei, sich die Lehren des Dezemberaufstands zu eigen zu machen. Leider ist dies Buch wie ein Faß Honig mit einem Löffel Teer darin: ein ungeachtet seiner Unvollständigkeit außerordentlich interessantes Material – und unglaublich oberflächliche, unglaublich abgeschmackte Schlußfolgerungen. Wir werden diese Schlußfolgerungen gesondert behandeln, jetzt aber wollen wir uns der aktuellen politischen Frage, den Lehren des Moskauer Aufstands, zuwenden.

Der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer geschlossenen und mächtigen Konterrevolution, d. h. indem er den Gegner zwingt, sich zu seiner Verteidigung immer extremerer Mittel zu bedienen, und so immer machtvollere Mittel des Angriffs entwickelt.

Die erste Lehre des Moskauer Aufstands:

„Den Massen die Notwendigkeit eines erbitterten, blutigen, vernichtenden Krieges als unmittelbare Aufgabe der bevorstehenden Aktion verhehlen heißt sich selbst und das Volk betrügen."

Die Hauptformen der Dezemberbewegung in Moskau waren der friedliche Streik und die Demonstration. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitermassen beteiligte sich aktiv nur an diesen Kampfformen. Und doch hat gerade die Moskauer Dezemberaktion anschaulich gezeigt, daß sich der Generalstreik als selbständige und hauptsächliche Kampfform überlebt hat, daß die Bewegung mit elementarer,

unwiderstehlicher Gewalt diesen engen Rahmen durchbricht und eine höhere Kampfform, den Aufstand, gebiert.

Als die revolutionären Parteien und die Gewerkschaften in Moskau den Streik proklamierten, haben sie alle erkannt, ja gefühlt, daß er unvermeidlich in den Aufstand umschlagen müsse. Am 6. Dezember beschloß der Sowjet der Arbeiterdeputierten, „die Überleitung des Streiks in den bewaffneten Aufstand anzustreben". In Wirklichkeit aber war keine Organisation hierauf vorbereitet, sogar der Koalitionsrat der Kampfgruppen sprach *(am 9. Dezember!)* vom Aufstand als von etwas weit Entferntem, und zweifellos brach der Straßenkampf über seinen Kopf hinweg aus und verlief ohne seine Beteiligung. Die Organisationen blieben hinter dem Anwachsen und dem Schwung der Bewegung *zurück.*

Der Streik wuchs in den Aufstand hinüber, vor allem unter dem Druck der objektiven Verhältnisse, wie sie sich nach dem Oktober gestaltet hatten. Es war schon nicht mehr möglich, die Regierung durch einen Generalstreik zu überrumpeln, sie hatte bereits die Konterrevolution organisiert, die zu militärischen Aktionen gerüstet war. Sowohl der allgemeine Verlauf der russischen Revolution nach dem Oktober als auch die folgerichtige Entwicklung der Ereignisse in Moskau während der Dezembertage bestätigten in erstaunlicher Weise die Richtigkeit eines tiefgründigen Satzes von Marx:

> **Der revolutionäre Fortschritt bricht sich Bahn in der Erzeugung einer geschlossenen und mächtigen Konterrevolution, d. h. indem er den Gegner zwingt, sich zu seiner Verteidigung immer extremerer Mittel zu bedienen, und so immer machtvollere Mittel des Angriffs entwickelt.**[209]

Am 7. und 8. Dezember: friedlicher Streik, friedliche Demonstrationen der Massen. Am 8. Dezember: abends Belagerung des Aquariums. Am 9. Dezember tagsüber: Dragoner schlagen auf Teilnehmer einer Ansammlung auf der Strastnaja Ploschtschad (Platz in Moskau, der Übers.) ein. Abends: Demolierung des Fiedlerschen Hauses. Die Erbitterung wächst. Die unorganisierte Menge auf den Straßen be-

---

[209] Siehe Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", 1851-1852 Marx/Engels Werke Band 7, S. 11.

ginnt ganz spontan und noch unsicher die ersten Barrikaden zu errichten.

Am 10. Dezember: Artillerie beginnt Barrikaden und Menschenansammlungen auf den Straßen unter Beschuß zu nehmen. Der Barrikadenbau wird umsichtiger und ist schon nicht mehr eine vereinzelte, sondern zweifellos eine Massenerscheinung. Die ganze Bevölkerung ist auf den Straßen; die ganze Stadt überzieht sich an den Hauptzentren mit einem Netz von Barrikaden. Einige Tage lang entwickelt sich ein erbitterter Partisanenkampf zwischen den Kampfgruppen und den Truppen, ein Kampf, der die Truppen zermürbt und Dubassow um Verstärkungen flehen läßt. Erst am 15. Dezember erhalten die Regierungstruppen entscheidendes Übergewicht, und am 17. Dezember nimmt das Semjonowski-Regiment den Stadtteil Presnja ein, die letzte Feste des Aufstands.

Vom Streik und von Demonstrationen zu einzelnen Barrikaden, von einzelnen Barrikaden zu massenweiser Errichtung von Barrikaden und zum Straßenkampf mit den Truppen. Über den Kopf der Organisationen hinweg ging der proletarische Massenkampf vom Streik zum Aufstand über. Darin liegt die allergrößte geschichtliche Errungenschaft der russischen Revolution, die im Dezember 1905 erreicht wurde, eine Errungenschaft, die wie alle vorangegangenen um den Preis größter Opfer erkauft wurde.

Vom politischen Massenstreik wurde die Bewegung auf eine höhere Stufe gehoben. Sie zwang die Reaktion, in ihrem Widerstand *bis zum letzten* zu gehen, und brachte dadurch mit Riesenschritten den Augenblick nahe, in dem die Revolution im Gebrauch der Angriffsmittel ebenfalls bis zum letzten gehen wird. Die Reaktion kann *nicht weiter* gehen als bis zum Artilleriebeschuß von Barrikaden, Häusern und der Menschenmenge auf den Straßen.

Die Revolution kann noch weiter gehen als bis zum Kampf der Moskauer Kampfgruppen, sie kann noch viel, viel weiter gehen, in die Breite und in die Tiefe.

Und die Revolution ist seit dem Dezember weit vorangeschritten. Die Basis der revolutionären Krise ist unermeßlich breiter geworden – die Schneide ihrer Waffe muß jetzt viel schärfer sein.

Den Wechsel in den objektiven Bedingungen des Kampfes, der den Übergang vom Streik zum Aufstand erforderte, hat das Proletariat früher als seine Führer gefühlt. Die Praxis ist, wie stets, der Theorie vorangegangen. Der friedliche Streik und die Demonstrationen hörten mit einem Schlage auf, den Arbeitern zu genügen; sie fragten: Was weiter? – und verlangten aktiveres Vorgehen. Die Anweisung zum Barrikadenbau traf in den Stadtteilen mit riesiger Verspätung ein, zu einer Zeit, als im Zentrum schon Barrikaden errichtet wurden. Die Arbeiter gingen in Massen ans Werk, *gaben sich aber auch damit nicht zufrieden,* fragten: Was weiter? – und verlangten aktives Vorgehen. Wir, die Führer des sozialdemokratischen Proletariats, glichen im Dezember dem Heerführer, der seine Regimenter so unsinnig aufgestellt hat, daß der größte Teil seiner Truppen nicht aktiv an der Schlacht teilnimmt. Die Arbeitermassen suchten vergeblich Anweisungen für aktive Massenaktionen.

Es gibt somit nichts Kurzsichtigeres als die von allen Opportunisten aufgegriffene Ansicht Plechanows, es hätte keinen Sinn gehabt, den unzeitgemäßen Streik zu beginnen, „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen". Im Gegenteil, man hätte entschlossener, energischer und offensiver zu den Waffen greifen, hätte den Massen die Unmöglichkeit eines bloß friedlichen Streiks und die Notwendigkeit eines furchtlosen und schonungslosen bewaffneten Kampfes klarmachen müssen.

Wir müssen jetzt endlich offen und allen vernehmlich erklären, daß die politischen Streiks unzureichend sind, müssen in den breitesten Massen für den bewaffneten Aufstand agitieren, ohne diese Frage durch irgendwelche „Vorstufen" zu vertuschen, ohne sie durch irgend etwas zu verschleiern. Den Massen die Notwendigkeit eines erbitterten, blutigen, vernichtenden Krieges als unmittelbare Aufgabe der bevorstehenden Aktion verhehlen heißt sich selbst und das Volk betrügen. Das ist die erste Lehre der Dezemberereignisse.

Die zweite Lehre betrifft den Charakter des Aufstands, die Art, wie er durchgeführt wurde, die Bedingungen für den Übergang der Truppen auf die Seite des Volkes. Auf dem rechten Flügel unserer Partei sind hinsichtlich dieses Übergangs äußerst einseitige Ansichten verbreitet. Man könne nicht gegen die modernen Truppen kämpfen, es sei notwendig, daß die Truppen revolutionär werden. Es ver-

steht sich von selbst, daß von einem ernsten Kampf keine Rede sein kann, solange die Revolution nicht zu einer Massenbewegung geworden ist und nicht auch die Truppen erfaßt hat. Selbstverständlich ist die Arbeit unter den Truppen notwendig. Aber man darf sich diesen Übergang der Truppen nicht als einfachen, einmaligen Akt vorstellen, der das Ergebnis einerseits der Überzeugung und anderseits des Bewußtseins ist. Der Moskauer Aufstand zeigt uns anschaulich, wie schablonenhaft und lebensfremd eine solche Auffassung ist. In der Praxis führt das Schwanken der Truppen, das jede wirkliche Volksbewegung zwangsläufig mit sich bringt, bei Verschärfung des revolutionären Kampfes im wahrsten Sinne des Wortes zum *Kampf um das Heer*. Der Moskauer Aufstand zeigt uns gerade das Bild eines äußerst erbitterten, verzweifelten Kampfes der Reaktion und der Revolution um das Heer. Dubassow selbst erklärte, daß von den 15 000 Mann der Moskauer Truppen nur 5000 zuverlässig seien. Die Regierung suchte die Schwankenden durch die mannigfachsten, verzweifeltsten Mittel zurückzuhalten: Man suchte sie zu überzeugen, schmeichelte ihnen, bestach sie durch die Verteilung von Uhren, von Geld usw., man sparte nicht mit Schnaps, man suchte sie zu betrügen, einzuschüchtern, sperrte sie in die Kasernen ein, entwaffnete sie, griff mit Hilfe von Verrat und Gewalt Soldaten heraus, die man für besonders unzuverlässig hielt. Und man muß den Mut haben, geradeheraus und offen zuzugeben, daß wir in dieser Beziehung hinter der Regierung zurückblieben. Wir haben es nicht verstanden, die Kräfte, über die wir verfügten, für einen ebensolchen aktiven, kühnen, mit Initiative und offensiv geführten Kampf um das schwankende Heer zu nutzen, wie ihn die Regierung begann und erfolgreich zu Ende führte.

Die zweite Lehre des Moskauer Aufstands:

„Es genügt nicht, die Menschen nach ihrem Verhältnis zu politischen Losungen zu gruppieren, darüber hinaus ist erforderlich, sie nach ihrer Einstellung zum bewaffneten Aufstand zu gruppieren. Wer gegen ihn ist, wer sich nicht auf ihn vorbereitet, den muß man rücksichtslos aus der Zahl der Anhänger der Revo lution streichen und zu ihren Gegnern, zu den Verrätern oder Feiglingen rechnen.“

Wir haben mit der geistigen „Bearbeitung" der Truppen begonnen und werden sie noch beharrlicher betreiben. Aber wir werden traurige Pedanten sein, wenn wir vergessen, daß im Augenblick des Aufstands auch ein physischer Kampf um die Truppen erforderlich ist.

Das Moskauer Proletariat hat uns in den Dezembertagen vortreffliche Lehren erteilt, wie die geistige „Bearbeitung" der Truppen aussehen muß, so z. B. am 8. Dezember, als die Menschenmassen auf der Strastnaja Ploschtschad die Kosaken umringten, sich mit ihnen vermischten, mit ihnen verbrüderten und sie veranlaßten, zurückzureiten. Oder am 10. Dezember, als im Stadtteil Presnja zwei junge Arbeiterinnen, die in einer Menge von zehntausend Demonstranten eine rote Fahne trugen, sich den Kosaken mit dem Ruf entgegenwarfen „Tötet uns! Lebend werden wir die Fahne nicht hergeben!" Und die Kosaken gerieten in Verwirrung und sprengten fort, begleitet von den Rufen der Menge „Es leben die Kosaken!" Diese Beispiele von Kühnheit und Heldenmut müssen für immer im Bewußtsein des Proletariats verankert werden.

Nun einige Beispiele dafür, daß wir hinter Dubassow zurückgeblieben sind. Am 9. Dezember marschieren Soldaten mit dem Gesang der Marseillaise die Bolschaja Serpuchowskaja Uliza (Straße in Moskau. Der Übers.) entlang, entschlossen, sich den Aufständischen anzuschließen. Die Arbeiter senden ihnen Delegierte entgegen. Malachow sprengt Hals über Kopf selbst zu ihnen. Die Arbeiter kamen zu spät, Malachow aber zur Zeit. Er hielt eine flammende Ansprache, brachte die Soldaten ins Schwanken, ließ sie von Dragonern umzingeln, führte sie in die Kasernen zurück und sperrte sie dort ein. Malachow kam zur Zeit, wir aber nicht – obwohl in zwei Tagen 150 000 Menschen unserm Aufruf Folge geleistet hatten, die den Patrouillendienst auf den Straßen hätten organisieren können und müssen. Malachow ließ die Soldaten von Dragonern umzingeln, wir aber umzingelten die Malachows nicht durch Bombisten. Wir konnten das und hätten das tun müssen, und die sozialdemokratische Presse hat bereits seit langem (siehe die alte „Iskra") darauf hingewiesen, daß

während des Aufstands die rücksichtslose Vernichtung ziviler und militärischer Führer der Gegenseite unsere Pflicht ist.

Das, was sich auf der Bolschaja Serpuchowskaja Uliza abspielte, hat sich anscheinend in seinen Hauptzügen vor der Neswishski- und der Krutizki-Kaserne wie auch bei den Versuchen des Proletariats wiederholt, die Jekaterinoslawer „herauszuholen", ebenso bei der Entsendung von Delegierten zu den Pionieren in Alexandrow, bei der Rückkehr der Rostower Artillerie, die man nach Moskau schikken wollte, bei der Entwaffnung der Pioniere in Kolomna usw. Im Augenblick des Aufstands waren wir der Aufgabe, den Kampf um die schwankenden Truppen zu führen, nicht gewachsen.

Der Dezember hat einen weiteren tiefgründigen und von den Opportunisten vergessenen Satz von Marx anschaulich bestätigt, daß nämlich der Aufstand eine Kunst und daß die Hauptregel dieser Kunst die mit verwegener Kühnheit und größter Entschlossenheit geführte *Offensive* ist[210].

Wir haben uns diese Wahrheit nicht genügend zu eigen gemacht. Wir haben diese Kunst, diese Regel der Offensive um jeden Preis selbst nicht genügend gelernt und die Massen darin nicht genügend unterrichtet. Wir müssen jetzt mit aller Energie das Versäumte nachholen. Es genügt nicht, die Menschen nach ihrem Verhältnis zu politischen Losungen zu gruppieren, darüber hinaus ist erforderlich, sie nach ihrer Einstellung zum bewaffneten Aufstand zu gruppieren. Wer gegen ihn ist, wer sich nicht auf ihn vorbereitet, den muß man rücksichtslos aus der Zahl der Anhänger der Revolution streichen und zu ihren Gegnern, zu den Verrätern oder Feiglingen rechnen, denn es naht der Tag, an dem der Gang der Ereignisse, die Situation des Kampfes uns zwingen wird, Feinde und Freunde nach diesem Merkmal voneinander zu scheiden. Nicht Passivität müssen wir propagieren, nicht ein einfaches „Daraufwarten", daß die Truppen „übergehen" – nein, wir müssen die Trommel rühren und weit und breit verkünden, daß es notwendig ist, kühn und mit der Waffe in der Hand anzugreifen, daß es notwendig ist, hierbei die militärischen Führer zu vernichten und den allertatkräftigsten Kampf um die schwankenden Truppen zu führen.

---

[3] Siehe Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", 1851-1852, Marx/Engels Werke Band 8, S. 95.

Die dritte große Lehre, die uns Moskau erteilt hat, betrifft die Taktik und die Organisation der Kräfte für den Aufstand. Die militärische Taktik hängt von dem Niveau der militärischen Technik ab – diese Tatsache hat Engels wiederholt erläutert und den Marxisten eingehämmert.[211] Die militärische Technik ist jetzt eine andere als in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Gegen die Artillerie scharenweise vorzugehen und mit Revolvern die Barrikaden zu verteidigen wäre eine Dummheit. Und Kautsky hatte recht, als er schrieb, daß es nach dem Moskauer Aufstand an der Zeit sei, Engels' Schlußfolgerungen zu überprüfen, und daß Moskau eine *„neue Barrikadentaktik"* geschaffen habe. Diese Taktik war die Taktik des Partisanenkrieges. Die Organisation, die durch eine solche Taktik bedingt wurde, war die leicht bewegliche und außerordentlich kleine Abteilung: Zehnergruppen, Dreiergruppen, ja sogar Zweiergruppen. Man kann jetzt bei uns häufig Sozialdemokraten treffen, die verächtlich zu kichern beginnen, wenn die Rede auf Fünfer- und Dreiergruppen kommt. Aber mit diesem Gekicher will man nur auf billige Art darüber hinwegtäuschen, daß man vor einer *neuen* Frage der Taktik und der Organisation, wie sie bei dem gegenwärtigen Stand der militärischen Technik der Straßenkampf verlangt, die Augen verschließt. Lest euch den Bericht über den Moskauer Aufstand aufmerksam durch, ihr Herrschaften, und ihr werdet begreifen, was für eine Verbindung zwischen den „Fünfergruppen" und der Frage der „neuen Barrikadentaktik" besteht!

Die dritte Lehre des Moskauer Aufstands:

„Die militärische Taktik hängt von dem Niveau der militärischen Technik ab ... Wir können und müssen uns technische Vervollkommnungen zunutze machen, müssen die Arbeiterabteilungen lehren, Bomben in Massen herzustellen, müssen ihnen und unseren Kampfgruppen helfen, sich Vorräte an Sprengstoffen, Zündern und Selbstladegewehren zu besorgen."

---

[211] Diese These wurde von Friedrich Engels wiederholt in einer Reihe seiner Werke, insbesondere im „Anti-Dühring", entwickelt (Engels, „Anti-Dühring", 1894, Marx/Engels Werke Band 20).

Moskau hat diese Taktik hervorgebracht, aber noch lange nicht genug entwickelt, bei weitem noch nicht wirklich zur Taktik der breiten Massen gemacht. Es gab wenig Kampfgruppen, die Losung verwegener Überfälle wurde nicht in die Arbeitermasse getragen und von ihr nicht verwirklicht, die Partisanenabteilungen waren ihrem Charakter nach allzu gleichartig, ihre Waffen und ihre Kampfmethoden unzulänglich, ihre Fähigkeiten, die Massen zu führen, nur wenig ausgebildet. Wir müssen das alles nachholen und werden es nachholen, indem wir die Lehren des Moskauer Aufstands auswerten, indem wir diese Lehren unter den Massen verbreiten und die schöpferische Kraft der Massen selbst wecken, um diese Lehren weiter zu entwikkeln.

Der Partisanenkrieg, der Massenterror, der jetzt nach dem Dezember überall in Rußland fast pausenlos ausgeübt wird, wird zweifellos helfen, die Massen zu lehren, im Augenblick des Aufstands die richtige Taktik anzuwenden.

Die Sozialdemokratie muß diesen Massenterror billigen und zum Bestandteil ihrer Taktik machen, dabei muß sie ihn natürlich organisieren und kontrollieren, den Interessen und Bedingungen der Arbeiterbewegung und des allgemeinen revolutionären Kampfes unterordnen und rücksichtslos die „lumpenproletarischen" Verzerrungen dieses Partisanenkrieges beseitigen und ausmerzen, mit denen die Moskauer in den Tagen des Aufstands und die Letten in den Tagen der vielgenannten lettischen Republiken so prächtig und rücksichtslos aufgeräumt haben.

In der allerletzten Zeit macht die militärische Technik wiederum neue Fortschritte. Der japanische Krieg hat die Handgranate eingeführt. Die Gewehrfabriken haben das Selbstladegewehr auf den Markt geworfen. Beide werden in der russischen Revolution zwar schon erfolgreich angewandt, aber bei weitem noch nicht in genügendem Maße. Wir können und müssen uns technische Vervollkommnungen zunutze machen, müssen die Arbeiterabteilungen lehren, Bomben in Massen herzustellen, müssen ihnen und unseren Kampfgruppen helfen, sich Vorräte an Sprengstoffen, Zündern und Selbstladegewehren zu besorgen. Wenn sich die Arbeitermassen am Aufstand in der Stadt beteiligen, wenn sich die Massen auf den Feind stürzen, wenn der Kampf um die Truppen, die nach der Duma, nach Sveaborg und Kronstadt noch mehr schwanken, entschlossen und geschickt geführt wird und die Teilnahme des Dorfes am gemeinsa-

men Kampf gesichert ist, dann werden wir im nächsten bewaffneten Aufstand, der ganz Rußland ergreifen wird, den Sieg davontragen!

★ ★ ★

Wir wollen daher, gestützt auf die Lehren der großen Tage der russischen Revolution, unsere Arbeit breiter entfalten, kühner unsere Aufgaben stellen. Unserer Arbeit liegt die richtige Bewertung der Klasseninteressen sowie all dessen zugrunde, was im gegenwärtigen Zeitabschnitt die Entwicklung des gesamten Volkes erfordert. Sturz der Zarenmacht und Einberufung der konstituierenden Versammlung durch eine revolutionäre Regierung, das ist die Losung, um die wir einen immer größeren Teil des Proletariats, der Bauernschaft und der Truppen sammeln und sammeln werden. Die Entwicklung des Bewußtseins der Massen wird wie stets die Grundlage und der Hauptinhalt unserer ganzen Arbeit sein. Vergessen wir aber nicht, daß sich in einem solchen Zeitpunkt, wie wir ihn gegenwärtig in Rußland erleben, zu dieser allgemeinen, ständigen und wichtigsten Aufgabe besondere, spezielle Aufgaben gesellen. Wir wollen uns nicht in Pedanten und Philister verwandeln, wir wollen diesen besonderen Aufgaben des Augenblicks, diesen durch die gegebenen Kampfformen bestimmten speziellen Aufgaben nicht durch nichtssagende Hinweise auf unsere ständigen, unter allen Bedingungen, zu allen Zeiten unveränderlichen Verpflichtungen ausweichen.

Seien wir dessen eingedenk, daß ein großer Massenkampf naht. Das wird der bewaffnete Aufstand sein. Er muß nach Möglichkeit an allen Orten zu gleicher Zeit erfolgen. Die Massen müssen wissen, daß sie in einen bewaffneten, blutigen, erbitterten Kampf gehen. Todesverachtung muß die Massen ergreifen und den Sieg sichern. Die Offensive gegen den Feind muß aufs energischste durchgeführt werden; Angriff, nicht Verteidigung, muß die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung des Feindes wird ihre Aufgabe sein; die Organisation des Kampfes wird beweglich und elastisch sein; die schwankenden Elemente des Heeres werden in den aktiven Kampf hineingezogen werden. Die Partei des klassenbewußten Proletariats muß ihre Pflicht in diesem großen Kampf erfüllen.

Zuerst erschienen in: „Proletari" Nr. 2, 29. August 1906.
Nach: Lenin Werke Band 11, S. 157-165.

Inhalt

Editorial 3

Resolution 3
Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus! (Teil II) 7

Resolution 3, Teil II
Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung 8

Referat zu Resolution 3, Teil II 18

Ungebrochene Tradition: Die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus 18

Der deutsche Imperialismus – eine starke imperialistische Großmacht und ein eigenständiger Kriegsherd 19

Der deutsche Imperialismus – ein internationaler Ausbeuter und Unterdrücker 21

Der deutsche Revanchismus 24

- Den Revanchismus allseitig, an allen Fronten und in allen Formen bekämpfen! 25
- Die revanchistische Propaganda und Politik der Einverleibung aller angeblich „urdeutschen Gebiete" 26
- Der deutsche Imperialismus hat den Abschluß eines auf dem Potsdamer Abkommen beruhenden Friedensvertrages umgangen 26
- Die revanchistischen Pläne gegen Polen und die Oder-Neiße-Grenze 28
- Die revanchistischen Pläne gegen die Tschechische Republik 30
- Die revanchistischen Pläne gegenüber dem Gebiet um Kaliningrad 31
- Verstärkter revanchistischer Vormarsch in Osteuropa 32
- Erneute annexionistische Bestrebungen gegenüber Österreich 33
- Der Revanchismus richtet sich nicht nur „gegen Osten" 34
- Revanchismus und imperialistischer Konkurrenzkampf 35
- Revanchistischer Charakter der „Europa-Pläne" 36

Der deutsche Militarismus 37
Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie nach innen und außen 38
Das Kriegs- und Rüstungspotential des deutschen Imperialismus 39
Neue Stufe der militärischen Expansion, der militärischen und ideologischen Kriegsvorbereitung 41
Die Militarisierung durchdringt das ganze öffentliche Leben 42
Den Kampf gegen alle Formen des Militarismus und der Kriegsvorbereitung und für die Zerschlagung der Bundeswehr führen! 43
Die inneren Zusammenhänge zwischen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus 45
Die parlamentarisch verbrämte Diktatur der deutschen Bourgeoisie verschärft die politische Unterdrückung 46
Der Parlamentarismus: Hülle der Diktatur der Bourgeoisie 46
Die gut verteilten Rollen der bürgerlichen Parteien bei der Verschleierung der Diktatur des deutschen Imperialismus 48
Besonderheiten der parlamentarischen Republik des deutschen Imperialismus 49
Zunehmende Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfung der Faschisierung in Deutschland seit 1989 50
Das Gefängnissystem des deutschen Imperialismus – ein Unterdrückungsinstrument zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft 53
Staatliche Faschisierung und Nazi-Parteien / Nazi-Banden 56
Besondere Aspekte des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus 59
Der Imperialismus als Ursache der „modernen Völkerwanderung“ und ihre dennoch fortschrittliche Bedeutung 61
Die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern in Deutschland bekämpfen! 63
Politisches Asylrecht für die von Imperialismus und Reaktion Verfolgten! 66
Den Antisemitismus bekämpfen! 68
Den Antiziganismus bekämpfen! 71
Den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Frauen führen 74
Die Diskriminierung der werktätigen Frauen heute 74
Den Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel vernichten! 76

Einwirkung der Nazi-Ideologie auf die breite Masse der Frauen in Deutschland 77
Die Klassenfrage zum Ausgangspunkt nehmen 79
Forderungen und Ziele einer von der Kommunistischen Partei geführten proletarischen Frauenbewegung 81
Unsere Haltung zur heutigen Frauenbewegung 82

Verschlechterung der sozialen und politischen Lage der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen und die Kämpfe dagegen 84
Zunehmende Verelendung der Ausgebeuteten 86
Zunehmender Raubbau und Vergiftung der allgemeinen Lebensbedingungen der Werktätigen 88
Die deutschen Imperialisten schränken auch die legalen Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse zunehmend ein 91
Der DGB-Apparat – Werkzeug des deutschen Imperialismus 92
Den Kampf gegen den Antikommunismus in allen Varianten führen! 95

Resolution 4
Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland 99

Vorbemerkung 100

Resolution 4, Teil I
Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution 101

Referat zu Resolution 4, Teil I 106

Das Proletariat ist die einzig konsequent revolutionäre Klasse 107
Zentrale Gründe, warum das Proletariat der Totengräber des Kapitalismus ist 107
Entscheidender Maßstab für den revolutionären Charakter des Proletariats ist nicht sein aktueller Bewußtseinsstand 110
Die Klassengrenze zwischen dem Proletariat und den anderen Ausgebeuteten darf nicht verwischt werden 116

Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen in den Tageskämpfen eine Kampffront mit den Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern schaffen und vor allem die Revolution in ihren Herkunftsländern unterstützen 118

Das städtische Industrieproletariat ist der führende Kern des Proletariats. Das städtische Proletariat und das Landproletariat verwirklichen die Hegemonie des Proletariats 120

„Arbeitslosigkeit" – ein ökonomisches, politisches und ideologisches Instrument der deutschen Imperialisten. Die erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil der Arbeiterklasse 123

Die Arbeiteraristokratie – Stoßtrupp des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung 128

Die deutsche Bourgeoisie versucht, die gesamte Arbeiterklasse an sich zu ketten 130

Die Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats erfordert den radikalen Bruch mit der Arbeiteraristokratie und den Opportunisten 133

Die Bündnispartner des Proletariats in der sozialistischen Revolution 136

Klassenlage, Kampfkraft und Perspektive im Sozialismus – entscheidende Kriterien für die Bestimmung der Bündnispartner des Proletariats 137

Die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten auf dem Land sind die nächsten Bündnispartner des Proletariats 138

Zum Bündnis mit Teilen der werktätigen und ausgebeuteten Schichten der Stadt 146

Resolution 4, Teil II
Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus 151

Über den Zusammenhang zwischen Tageskämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, weitergehenden demokratischen Kämpfen und dem Kampf für die sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats 151

Referat zu Resolution 4, Teil II 159

Theoretische und programmatische Aspekte zur Diktatur des Proletariats und zur sozialistischen Demokratie 160

Warum die Diktatur des Proletariats zum erstenmal wirkliche Demokratie für die Arbeiterklasse und die Massen der Werktätigen bedeutet 161

Eine so radikale Revolution wie die proletarisch-kommunistische kann nicht „friedlich" aus der bürgerlichen Demokratie hervorgehen 163

Die Diktatur des Proletariats realisiert auch die unerfüllten Versprechen der bürgerlichen Demokratie 164

Das Ziel des Kommunismus ist nur zu erreichen durch die Verstärkung der sozialistischen Demokratie und des proletarischen Staates 165

Theoretische und programmatische Ausgangspunkte zum Wesen und zur Geschichte der bürgerlichen Demokratie 166

Warum die bürgerliche Demokratie eine Demokratie für die kapitalistische Minderheit ist 166

Imperialismus bedeutet die Wendung von der Demokratie zur Reaktion 173

Die Herrschaft des Imperialismus kann nicht durch „demokratische Umgestaltungen" beseitigt werden 177

Grundlegende Ausgangspunkte der revolutionären Strategie und Taktik 179

Theorie und Programm des wissenschaftlichen Kommunismus als Grundlage der Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei 180

Grundlegende Aufgaben und Grundsätze der Strategie und Taktik 182

Wesen und Aufgaben der kommunistischen Strategie 182

Wesen und Aufgaben der kommunistischen Taktik 184

Die Taktik als Plan und die Bedeutung der taktischen Prinzipien 185

Warum sich die Kommunistische Partei unter bestimmten Voraussetzungen auch am bürgerlichen Parlament beteiligen muß 194

Die sozialistische Revolution und die verschiedenen Stufen der ökonomischen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen 199

Bedeutung und Charakter der ökonomischen und demokratischen Tageskämpfe des Proletariats 199

Die unbedingte Notwendigkeit der demokratischen Kämpfe und das entscheidende Kriterium, daß in den demokratischen Kämpfen die Vorbereitung der sozialistischen Revolution die Hauptsache ist 205

Ausschlaggebende Gründe, warum der demokratische Kampf für die revolutionäre politische Erziehung des Proletariats unerläßlich ist 205

Die demokratischen Kämpfe müssen dem Kampf um den Sozialismus untergeordnet werden 210

Der Charakter der demokratischen Forderungen hängt nicht davon ab, ob diese vor, während oder nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats realisiert werden 214

Gefahren, Probleme und Aufgaben, wenn die Kommunistische Partei das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten voranträgt 218

Die Arbeiterklasse und ihre Vorhutpartei müssen im demokratischen Kampf selbst, in der Frage seines Inhalts und seiner Formen vorangehen 219
Der demokratische Kampf muß den deutschen Imperialismus maximal treffen 220
Die Verbindung zwischen den verschiedenen demokratischen Kämpfen herstellen! 224
Die Kommunistische Partei muß in den demokratischen Kämpfen konsequent die sozialistische Revolution vorbereiten 227
Die Kommunistinnen und Kommunisten müssen auch reaktionäre Organisationen ausnutzen, um ihre eigene Massenarbeit zu verstärken 229
Fragen der Mitarbeit in demokratischen Massenorganisationen 231
Unerläßliche Bedingungen für Bündnisse und Absprachen 232
Die demokratische Front als Hebel zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution aufbauen! 235

Resolution 4, Teil III
Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfs und des bewaffneten Aufstands 239

Referat zu Resolution 4, Teil III 245

Offensive Propaganda der befreienden Rolle der revolutionären Gewalt, um radikal mit den „deutschen Zuständen" zu brechen 247

Der Weg des bewaffneten Aufstands des Proletariats in Deutschland 254
Zielscheibe des bewaffneten Aufstands ist der deutsche Imperialismus 254
Der bewaffnete Aufstand des Proletariats und der anderen Ausgebeuteten in Deutschland muß grundlegend den Weg der sozialistischen Oktoberrevolution gehen 255
Die richtige strategische Führung des bewaffneten Aufstands ist entscheidend für die siegreiche Revolution des Proletariats 260
Gründe, warum der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines Bürgerkriegs annimmt 264
Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen zu großen Opfern bereit sein, um den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen und zu festigen 268

Die sozialistische Revolution vorbereiten heißt, für alle Möglichkeiten des Ausbruchs der Revolution gewappnet sein 271
Der bewaffnete Aufstand muß von Anfang an planmäßig vorbereitet werden, aber nicht alles ist planbar 271
Im imperialistischen Krieg beziehungsweise Weltkrieg gilt die Linie: Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg! 275

Aufgaben zur Vorbereitung der gewaltsamen Revolution des Proletariats 278
Die Kommunistische Partei muß die marxistisch-leninistische Theorie über die Militärfrage studieren 278
Die bewaffneten Revolutionen und Kämpfe der Völker in Geschichte und Gegenwart auswerten 279
Die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung und der KPD im bewaffneten Kampf auswerten 282
Die militärischen Taktiken der imperialistischen Konterrevolution auswerten 283
Praktische Erziehung zur Vorbereitung der gewaltsamen Revolution des Proletariats 283
Die Aufgaben der bewaffneten Revolution des Proletariats bestimmen die Art des Aufbaus der Kommunistischen Partei 285
Nur im scheinbaren Gegensatz zu den modernen Revisionisten lehnt auch das „Stadtguerilla"-Konzept den bewaffneten Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter ab 286
Gegen alle Spielarten des revisionistischen „friedlichen Wegs" als Hauptgefahr kämpfen! 290

Die Lehren des Moskauer Aufstands 301
Vorbemerkung 302
W. I. Lenin: Die Lehren des Moskauer Aufstands 304

"Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Marx/Engels:
"Manifest der Kommunistischen Partei"

Preis 20,- DM